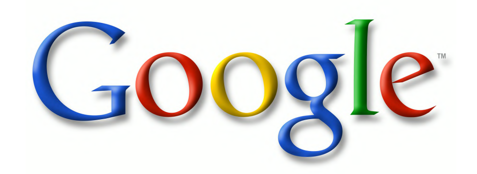
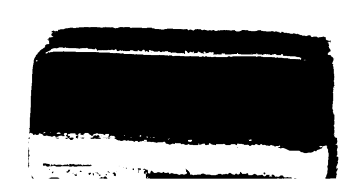
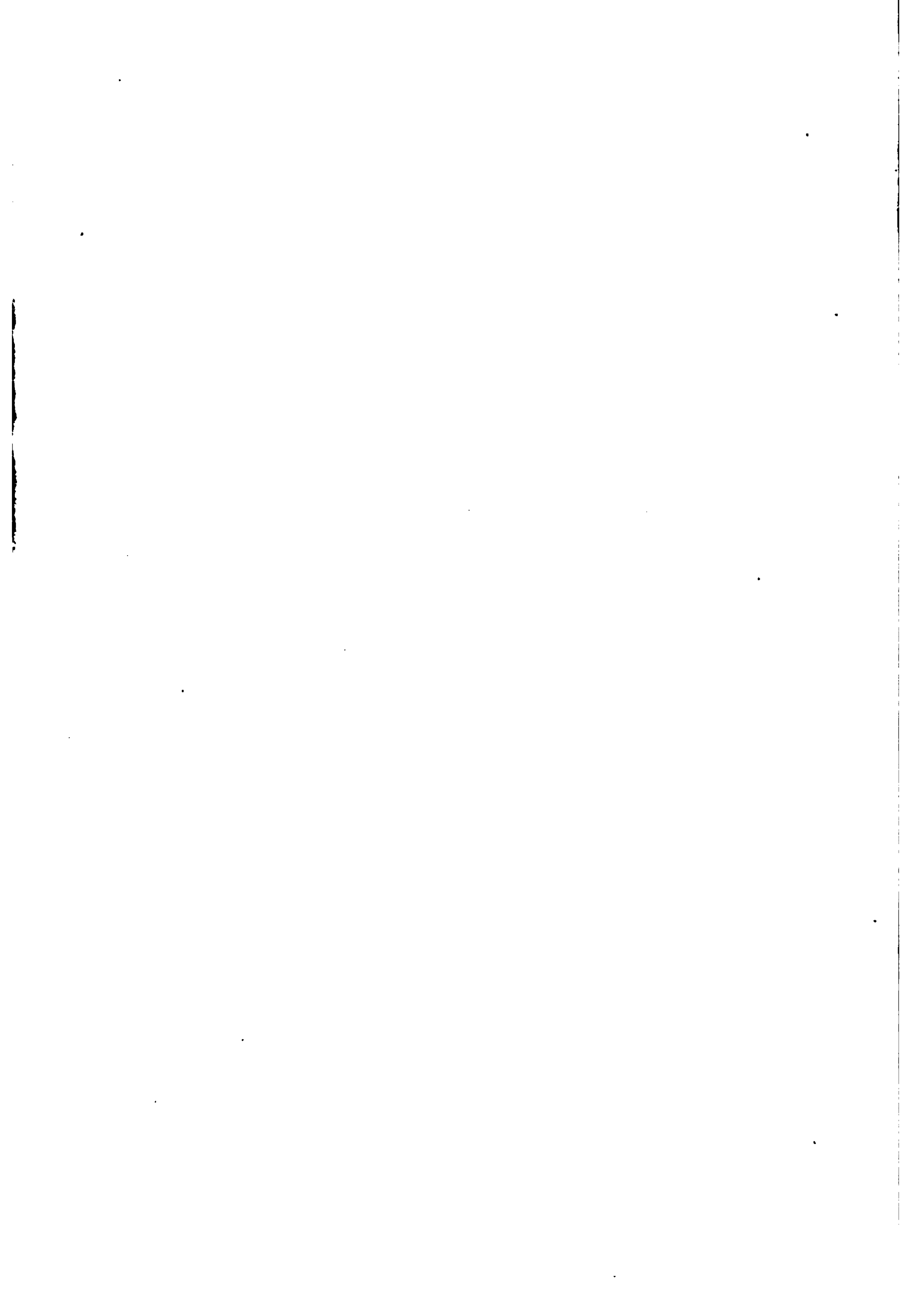


Georg von Hertling

Erinnerungen aus meinem Leben


1837
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE

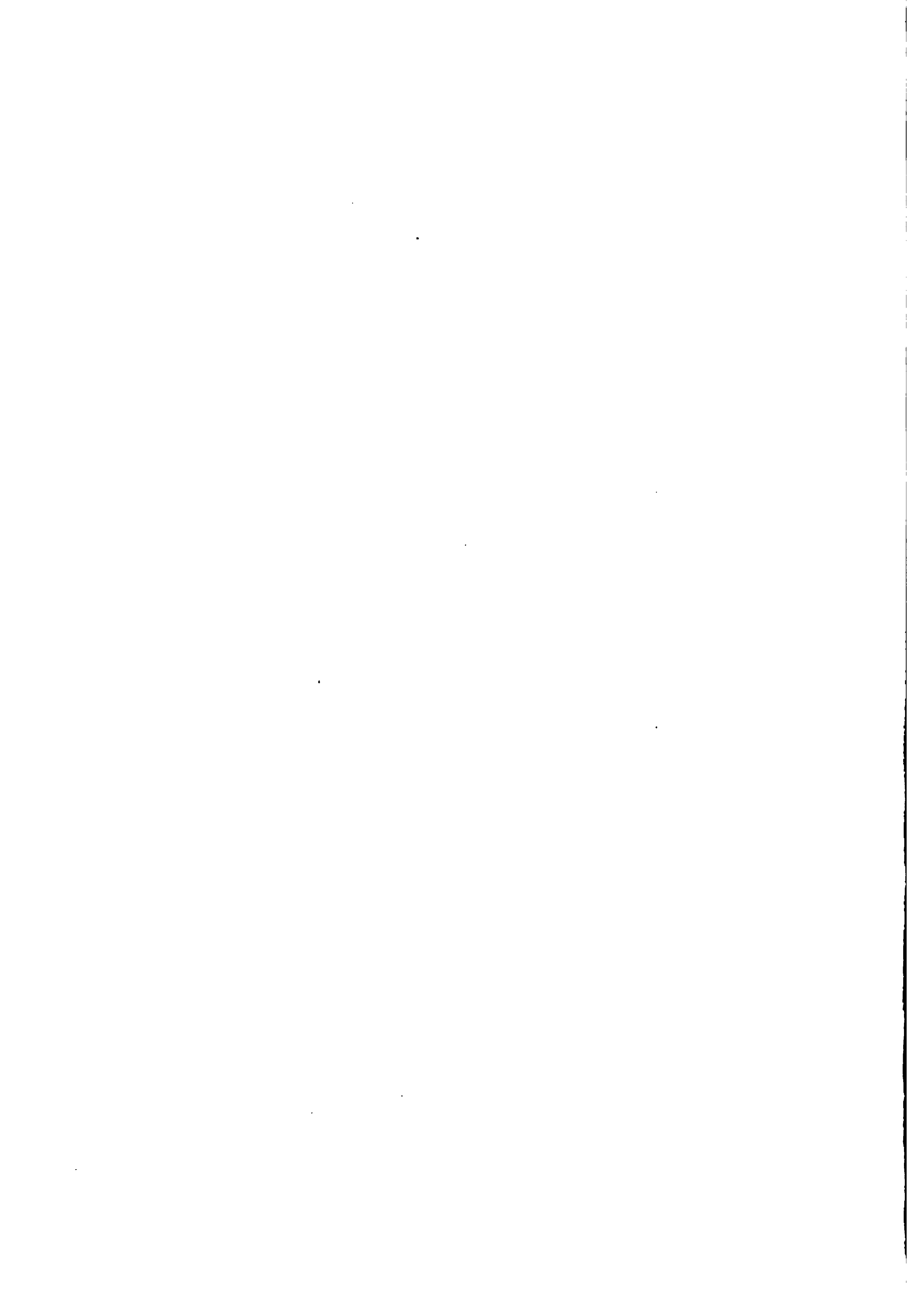









TU
ADESTO







Graf von Hertling.
Aufnahme aus dem Jahre 1912.

Georg von Hertling

Erinnerungen aus meinem Leben

Zweiter Band

herausgegeben von Karl Graf von Hertling

Verlag der Jos. Kösel'schen Buchhandlung
Kempten 1920 München

Gedruckt bei der Jos.
Kösel'schen Buchhdl., Kempten

Inhaltsverzeichnis.

Erstes Kapitel. 1882–1886.

In den ersten Tagen des Mai 1882 begann ich meine Lehrtätigkeit an der Universität München. Ich hatte eine vierstündige Vorlesung angekündigt über System und Geschichte der aristotelischen Philosophie, mich aber, da meine Berufung erst nach dem Abschlusse des amtlichen Verzeichnisses erfolgt war, mit dem Anschlag am schwarzen Brette begnügen müssen, und konnte unmöglich auf starken Zulauf rechnen. Daß sich einige dreißig Hörer eingefunden hatten, nahm ich als günstiges Zeichen für die Zukunft. Die Wahl des Themas war programmatisch; ich wollte die Studentenschaft, und wer sich sonst dafür interessieren mochte, von allem Anfang mit meinem Standpunkt in der Philosophie bekanntmachen. Ich war nicht der Vertreter eines eigenartigen philosophischen Systems; ich besaß nicht etwa „einen nach einer besonderen Formel geschliffenen Spiegel, um das Weltbild darin aufzufangen"; ich stand auf dem Boden der Tradition und war der Überzeugung, daß die philosophische Wissenschaft im Laufe der Geschichte herangewachsen sei wie alle anderen, indem die aufeinanderfolgenden Generationen sich die Früchte ihrer Arbeit mitteilten. Auf dem Boden der griechischen Philosophie stehend, die in Aristoteles ihren Höhepunkt gefunden hatte, im Sinne der christlichen Väter und der Lehrer des

Mittelalters weiterarbeiten, das war die Aufgabe, wie ich sie verstand und wie ich sie mir gestellt hatte. Dabei war ich weit davon entfernt, die Lehre eines einzelnen unter den letzteren, auch nicht des größten unter ihnen, Thomas von Aquin, repristinieren und den Schülern wie eine Grammatik einprägen zu wollen. Wie es die allein richtige Methode ist, zum Verständnisse der mittelalterlichen Denker zu gelangen, daß man zunächst sich die Probleme vergegenwärtigt, die sie zu lösen unternahmen, sodann aber sich Rechenschaft gibt, welche Hilfsmittel hierzu sie in den überkommenen Lehrsätzen und Begriffsverbindungen besaßen und weiterhin die Tauglichkeit der letzteren für die unternommenen Lösungsversuche prüft, so gilt es für die Gegenwart, die Probleme scharf ins Auge zu fassen, welche die Fortschritte der erfahrungsmäßigen Erkenntnis aufwerfen, und zuzusehen, ob für ihre Lösung die scholastischen Lehrsätze ausreichen, oder ob und inwieweit sie einer Richtigstellung bedürfen.

Im Zusammenhange dieser Gedanken erwähnte ich in der ersten Vorlesung die Encyclica Aeterni Patris vom 4. August 1879, in welcher Papst Leo XIII. zum Anschlusse an den Aquinaten ermahnt hatte, und zeigte, daß die von mir entwickelten Grundsätze mit den dort eingeschärften in Übereinstimmung stünden. Einige Zeit danach erzählte mir Dr. v. Druffel, zwei meiner neuen Kollegen seien in jener ersten Vorlesung gewesen und hätten insbesondere von dieser Bezugnahme auf die päpstliche Enzyklika Notiz genommen. Daß sie unfreundliche Folgerungen daraus gezogen hätten, habe ich niemals wahrnehmen können.

Die großstädtischen Verhältnisse brachten es mit sich, daß an einen Neuberufenen nicht die Anforderung gestellt wurde, die sämtlichen Mitglieder der Universität aufzusuchen. Man beschränkte sich auf die Angehörigen der eigenen Fakultät oder wenn, wie dies bei der philosophischen der Fall war, diese in zwei Sektionen zerfiel, auf die Angehörigen der eigenen Sektion, und pflegte daneben noch den Mitgliedern des akademischen Senats seinen Besuch zu machen. Zu ihnen gehörte auch Döllinger, der seit Jahren ständiger Vertreter der theologischen Fakultät im Senate war. So hätte ich auch ohne die Mahnung des Ministerialrates Völk Anlaß gehabt, zu ihm zu gehen. Die Aufnahme, die ich bei meinen Besuchen bei den Einzelnen fand, war durchweg eine freundliche.

Die Philosophie hatte, als ich kam, drei Vertreter; der älteste darunter war Beckers, der treue Anhänger der Schellingschen Philosophie, in deren Entwicklung er seinerzeit eine Rolle gespielt hatte. Er war Rektor gewesen, als ich in München studierte, und hatte bei der damaligen Jahrhundertfeier die Gedächtnisrede auf Fichte gehalten. Jetzt trat er wenig mehr hervor. Noch weniger war dies bei Frohschammer der Fall, der vor Jahren aus der theologischen Fakultät in die philosophische versetzt worden war. Mit der Kirche zerfallen, alt und mürrisch, nahm er an den Verhandlungen der Fakultät wenig Anteil; ob er noch Zuhörer hatte, weiß ich nicht. Das von ihm 1889 veröffentlichte Werk über Thomas von Aquin hat das wissenschaftliche Verständnis nicht gefördert, ist aber insbesondere durch die Vorrede, in der er seinen Zorn über ungebildete Kammermajoritäten ausschüttet, die der Univer-

sität Philosophieprofessoren nach ihrem Geschmacke aufdrängen, ein charakteristisches Denkmal seiner Sinnesweise. Endlich Karl Prantl. Er war ein gründlicher Gelehrter von umfassendem Wissen; seine mehrbändige Geschichte der Logik im Abendlande ist nicht nur ein Zeugnis außerordentlichen Fleißes, sondern hat auch in den das griechische Altertum behandelnden Abschnitten unzweifelhafte Verdienste. Für die spätere Zeit aber, wo er die Lehrer des christlichen Mittelalters der Reihe nach durchgeht, fehlt es dem Verfasser an jeglichem Verständnis, und der Mangel wird nicht ersetzt durch die Fülle der Scheltworte, womit er die einzelnen bedenkt. Als Lehrer hatte er großen Erfolg. Er las alljährlich das Collegium logicum, das von Studierenden aller Fakultäten besucht war. Nach der religiös-kirchlichen Seite trug er eine durchaus negative Haltung zur Schau, und die Neigung zu ätzendem Sarkasmus, welcher er gelegentlich in seinen Vorlesungen die Zügel schießen ließ, war geeignet, in jugendlichen Gemütern Verheerungen anzurichten. Der verstorbene Johannes Huber hatte freilich gemeint, es sei Prantl mit der Freigeisterei gar nicht ernst; wenn es zum Sterben gehe, werde er sicher nach dem Pfarrer von St. Ludwig schicken, in dessen Sprengel er wohnte. Tatsächlich haben seine Angehörigen dementsprechend gehandelt, als ihn in den Sommerferien 1888 während eines Landaufenthaltes ein Schlaganfall hinwegraffte. Mir gegenüber ist der Gegensatz nie hervorgetreten; der Verkehr bewegte sich vom ersten Tage an in den Formen kollegialer Höflichkeit.

Die klassische Philologie vertraten Christ, Wölfflin und

Bursian, von denen der letztere kurze Zeit nach meinem Eintritt in die Fakultät einer schweren Krankheit erlag. Christ war zweifellos ein tüchtiger Philologe, von kritischem Verstande und ein ungemein fleißiger Lehrer. Eine ganze Generation bayerischer Gymnasiallehrer war durch seine Schule hindurchgegangen. In seinem Charakter trat ein Zug von Selbstlosigkeit hervor. Druffel nannte ihn scherzweise den Selbstmörder, weil er alle Dinge so zu wenden wisse, daß sie zu seinem Nachteile und zum Vorteile anderer ausschlügen. Darin lag auch wohl der tiefste Grund für die zärtliche Liebe, mit der die zahlreichen Angehörigen seiner Familie an ihm hingen. Die Töchter wollten nicht heiraten, um das Elternhaus nicht verlassen zu müssen; in einem Falle hatte die Braut das gegebene Jawort wenige Tage vor der anberaumten Hochzeit wieder zurückgenommen. Christ war Gräzist; seine Geschichte der griechischen Literatur hat, soviel ich weiß, in Fachkreisen eine günstige Aufnahme gefunden. Eine sehr anders geartete Persönlichkeit war der Latinist Eduard Wölfflin. Von Herkunft Schweizer, entstammte er einer der alteingesessenen Baseler Familien und erfreute sich eines behäbigen Wohlstandes. Er war nicht ohne Geist, und die Studenten hörten ihn gerne, insbesondere darum, weil er, wie mir einmal einer sagte, es verstand, den Zuhörern im Kolleg allerhand „aufzupacken", was ihnen später nützlich sein konnte. Neben den Philologen mag gleich Heinrich Brunn genannt werden, der Archäologe. Ich hatte ihn seinerzeit in Rom getroffen, als er eben im Begriffe stand, seine Stelle als zweiter Sekretär des archäologischen Instituts auf-

zugeben und der Berufung an die Universität Folge zu leisten. Er war eine feinsinnige Natur, und man konnte es ihm anmerken, daß die Beschäftigung mit der griechischen Kunst den Inhalt seines Lebens bildete. Neuere Kunstgeschichte trug Moritz Carrière vor, der Ästhetiker, den sein Schwiegervater, der berühmte Liebig, nach München gezogen hatte. Er war ein geistreicher Nachzügler der Hegelschen Schule, von versöhnlicher Gesinnung, bemüht, auch fremden Standpunkten gerecht zu werden.

Unter den Historikern fand ich Cornelius noch vor, den ich als Student gehört hatte. Seine temperamentvolle Art hatte in den seitdem verflossenen zwanzig Jahren keinerlei Abschwächung erfahren; er war einer der leidenschaftlichsten Vertreter der kirchlichen Opposition. An Stelle Sybels, der noch zu Anfang der sechziger Jahre nach Bonn gegangen war, war Giesebrecht, der Verfasser der Geschichte der deutschen Kaiserzeit, aus Königsberg nach München berufen worden. ein ruhiger, nur seiner Wissenschaft und seinem Lehrberufe lebender Gelehrter. Jetzt war als dritter noch Friedrich hinzugekommen, der in der theologischen Fakultät Kirchengeschichte vorgetragen hatte, als ausgesprochener Altkatholik aber in die philosophische Fakultät versetzt worden war.

Als eines der Originale, wie sie früher häufiger an den deutschen Universitäten zu finden gewesen, jetzt aber im Aussterben begriffen seien, wurde mir gleich anfangs Konrad Hofmann bezeichnet. In seiner vielseitigen Gelehrsamkeit vertrat er sowohl die romanische als die germanische Philologie, konnte es aber vielleicht wegen seiner Eigenart nicht zu einer rechten

Einwirkung auf die Studenten bringen. Weit besser gelang dies dem viel jüngeren Breymann, den man, wie berichtet wurde, ursprünglich nur als Lektor der französischen Sprache heranziehen wollte, dann aber zum ordentlichen Professor gemacht hatte, und der nun mit gutem Erfolg um die Ausbildung der sogenannten Neuphilologen bemüht war. Nach der germanistischen Seite hatte Hofmann eine Ergänzung in Michael Bernays gefunden, „dem ersten Professor für neuere deutsche Literaturgeschichte", wie er selbst von sich sagte, um dann bescheiden hinzuzufügen, er meine dies natürlich nur chronologisch. Er war ein Bruder von Jakob Bernays in Bonn. Als bewunderter Vortragskünstler und darum vielbegehrter Redner hatte er sich mit dieser Tätigkeit schlecht und recht durchgeschlagen, worüber allerlei lustige Geschichten im Umlaufe waren. Ich hatte ihn in Bonn hie und da auf der Straße gesehen und das Bild eines in recht bescheidenen Verhältnissen lebenden Mannes gewonnen, war also im höchsten Grade überrascht, ihn in völlig veränderter Lage wiederzufinden. Er hatte eine große, herrschaftliche Wohnung inne, war im Besitze einer gewaltigen Bibliothek, deren Ausläufer den Besucher schon im Vorsaale begrüßten, und vereinigte bei seinen Wochenempfängen die verschiedensten gesellschaftlichen Elemente, Gelehrte und fürstliche Aristokraten. So hörte ich erzählen; denn ich selbst bin nie dort gewesen. Eine reiche Heirat hatte den Wandel herbeigeführt.

Die semitische Philologie vertrat Trumpp, von dem mir nichts in der Erinnerung geblieben ist, die indische der wegen seiner gründlichen Gelehrsamkeit und seinem besonnenen und

ruhigen Wesen allgemein geschätzte Ernst Kuhn. Er war, abgesehen von Friedrich, der einzige Überlebende aus jener Zeit, als ich im Februar 1912 aus dem Lehrkörper der Universität ausschied.

Nicht lange nach meiner Ankunft lud der Dekan — es war Cornelius — zu einer Fakultätssitzung ein; alsbald aber suchte mich Druffel auf und riet mir dringend, nicht in die Sitzung zu gehen. Ich war wenig geneigt, dem Rate zu folgen, aber er gab nicht nach, bis ich mich entschlossen hatte, fernzubleiben. Als aber kurze Zeit danach wieder eine Sitzung anberaumt wurde, erklärte ich dem Freunde, daß ich mich diesmal unter keinen Umständen würde zurückhalten lassen, und ging hin. Cornelius eröffnete die Verhandlungen, indem er als seine erste Pflicht am heutigen Tage bezeichnete, zwei neue Mitglieder der Fakultät zu begrüßen, Kollege Friedrich und Kollege von Hertling: „Der erstere hat der Berufung gezwungenermaßen Folge geleistet, Kollege von Hertling ist ihr freiwillig gefolgt; darum begegnen dem ersteren unsere Sympathien, die sich Kollege von Hertling erst erwerben muß." Blitzschnell fuhr es mir durch den Kopf: Was wirst du tun, wirst du dem Manne die gebührende Antwort geben und ihm antworten, wie du es im Parlament tun würdest? Nein; du würdest damit deine isolierte Stellung für immer besiegeln. So begnügte ich mich damit, mich zu erheben und eine stumme Verbeugung zu machen. Als ich später Windthorst von dem Vorfalle erzählte, meinte er: „Sie haben recht gehandelt, aber — ich würde doch etwas gesagt haben." Der Erfolg sprach indessen für mich. Schon

gleich am andern Morgen drückten mir die beiden angesehenen Fakultätsmitglieder Brunn und Prantl, mit denen ich im Universitätsgebäude zusammentraf, unter Worten der Mißbilligung ihr Bedauern über das Verhalten des Dekans aus.

Später erfuhr ich, daß dasselbe ein Vorspiel gehabt hatte. Vermutlich in jener Sitzung, von deren Besuch mich Freund Druffel abhielt, war von der Fakultät beschlossen worden, beim Ministerium dagegen zu protestieren, daß, ohne vorausgegangenes Einvernehmen mit ihr, Friedrich und ich berufen worden seien. Der Senat schloß sich dem Proteste an. In einem Schreiben vom 12. Juli nahm Minister von Lutz hierzu Stellung. Seine Ausführungen waren für Senat und Fakultät nicht eben schmeichelhaft. Nachdem der Minister nachdrücklich betont hatte, daß die Staatsregierung unzweifelhaft das Recht besitze, auch ohne vorherige Einvernahme der akademischen Behörden dem Könige Personalveränderungen an der Universität vorzuschlagen, meinte er, wenn, wie das Schreiben des Senats geltend machen wolle, eine einmalige, durch besondere Verhältnisse veranlaßte Abweichung von einem regelmäßig eingehaltenen Vertrage Grund zu der Befürchtung gebe, es möchte von nun an öfter davon Umgang genommen werden und das Verfahren schließlich ganz in Wegfall kommen, so wäre umgekehrt für die Staatsregierung Anlaß gegeben, ab und zu auch ohne besondere Veranlassung von dem Rechte der Ernennung akademischer Lehrer, ohne Einvernahme von Senat und Fakultät, Gebrauch zu machen, damit nicht etwa das Recht der Regierung als durch Nichtgebrauch erloschen angesehen werde.

Irgendwelche Folgen knüpften sich an die Vorkommnisse nicht. In der ganzen Folgezeit blieb der Verkehr in der Fakultät, auch wo grundsätzliche Auseinandersetzung, wie bei einzelnen Berufungen, nicht zu vermeiden war, ein friedlicher und freundlicher. Daß ich, solange diese Einrichtung bestand, mehrere Jahre — zuerst 1884 — zum Examinator aus der alten Philosophie in der sogenannten Spezialprüfung für die Kandidaten des Lehramtes ernannt wurde, konnte meine Stellung nur befestigen.

Mit Professor Bach von der theologischen Fakultät, der seit einigen Jahren für die Studierenden der Theologie philosophische Vorlesungen abhielt, einigte ich mich dahin, daß wir bestimmte Kollegien, und namentlich Logik, abwechselnd vortrugen, und so eine unliebsame Konkurrenz vermieden blieb.

Allmählich gewöhnten wir uns in München ein. Auch fehlte es nicht an freundlichen Kräften, die uns dabei behilflich waren. Noch lebten dort verschiedene meiner Verwandten. Vor einigen Jahren war die Witwe eines der Brüder meines Vaters mit einer kränkelnden Tochter von Landshut nach München gezogen, wo ihr älterer Sohn seinen Wohnsitz hatte, sofern er nicht als Flügeladjutant König Ludwigs II. diesem nach Berg oder Hohenschwangau oder einem der anderen Schlösser folgen mußte. Damit sollte es freilich nicht mehr lange gehen. Als die Verhältnisse am Hofe immer unerträglicher wurden, erbat mein Vetter seinen Abschied. Das nahm der König sehr übel auf: „Er werde ihm selbst sagen, wenn es Zeit sei, zu gehen“; jener aber beharrte auf seinem Entschluß, und die Entlassung wurde ihm denn auch schließlich

erteilt. Es war, wie bei den späteren traurigen Verhandlungen hervorgehoben wurde, der einzige Fall dieser Art, aber mein Vetter war durch eine glückliche Heirat in der Lage, auch als Privatmann leben und seiner Mutter die Tage ihres Alters verschönern zu können. Nähergekommen sind wir beide uns indessen erst später, als wir Nachbarn auf dem Lande geworden waren, wobei die Nachbarschaft freilich nur durch die ihm zu Gebote stehenden Verkehrsmittel zur Geltung kommen konnte; zuerst war es ein schmucker Viererzug, dann, dem Fortschritte der Zeit entsprechend, ein bequemes Automobil.

Sodann aber waren es Herr und Frau Freytag, die wir in Berlin kennen gelernt hatten, und mit denen wir in München in immer engere freundschaftliche Beziehungen traten. Selbst kinderlos, brachten sie unseren Kindern ein wahrhaft liebevolles Verständnis entgegen, was von diesen durch herzliche Anhänglichkeit erwidert wurde. Sie waren es vermutlich auch, die uns die Bekanntschaft mit den Schwestern Ringseis vermittelten. Emilie, die Dichterin, war der Mittelpunkt des kleinen Kreises und zweifellos eine hochbegabte Frau; ihre „Veronika" hatte schon in meiner Jugend einen großen Eindruck auf mich gemacht, und ich habe die schöne Dichtung wiederholt meinen Kindern zur Osterzeit vorgelesen. Jetzt interessierte mich besonders die von ihr herausgegebene Selbstbiographie ihres Vaters, des Leibarztes und Freundes König Ludwigs I. Mit allen Fasern ihres Herzens hingen die Schwestern an den Erinnerungen der vergangenen Jahre, wo in ihrem gastlichen Hause viele bedeutende Men-

schen verkehrt hatten; für die Gegenwart hatten sie weit weniger Interesse. Der kürzlich veröffentlichte Briefwechsel mit Alban Stolz hat die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sie gelenkt.

Von den Freunden aus der Studentenzeit lebten die Historiker Max Lossen und Druffel in München. Daß die Verschiedenheit des kirchlichen Standpunktes die alten freundschaftlichen Erinnerungen nicht ausgelöscht hatte, habe ich früher berichtet; das zeigte sich auch jetzt, aber zu einem lebhaften Verkehr konnte es begreiflicherweise doch nicht mehr kommen.

Ein kleiner Vorfall aus der Anfangszeit unseres Lebens in München ließ mich die charakteristische Eigenart der in Bayern üblichen Regierungsweise erkennen. Ich erhielt eines schönen Tages eine Anfrage von der zuständigen Behörde, sicheren Vernehmens nach stehe eines meiner Kinder im schulpflichtigen Alter, ohne in der Volksschule des Bezirks angemeldet zu sein; ich solle mitteilen, wo das Kind den schulplanmäßigen Unterricht, insbesondere aus der Religionslehre, erhalte. Ich war aufs höchste überrascht und geneigt, hierin einen Eingriff in die persönliche Freiheit, wenn nicht gar eine Beleidigung zu erblicken, da ich doch natürlich selbst für die Ausbildung meiner Kinder die erforderliche Vorsorge träfe. Eine Anfrage bei einem rechtskundigen Bekannten aber belehrte mich, daß die Behörde völlig in ihrem Rechte sei, da der gesetzliche Schulzwang in Bayern in gleicher Weise gegen die Kinder aller Stände durchgeführt werde. Wollte ich mich nicht der Gefahr aussetzen, daß das Kind zwangsweise zur

Schule abgeführt werde, so bleibe mir nichts anderes übrig, als um Dispens nachzusuchen, unter genauer Angabe, wo und durch wen der vorgeschriebene Unterricht erteilt werde. Damit war dann die Sache erledigt. Meinen kleinen Sohn schickte ich von Anfang an in die Volksschule, und ich muß zur Ehre der bayerischen Einrichtungen ausdrücklich anerkennen, daß Unterricht und Disziplin musterhaft waren, und ich keinerlei ungünstige Beeinflussung von seiten der den verschiedensten Kreisen angehörigen Schulkameraden wahrnehmen konnte. Infolgedessen ließ ich dann später auch meine beiden jüngsten Töchter die Volksschule besuchen, um sie, gleich den beiden älteren Schwestern, nachdem sie das vorgeschriebene Alter erreicht hatten, dem Ascherschen Institut zu übergeben. Das war nun eine Musteranstalt im wahren Sinne des Wortes, die sich seit Jahren weit über Bayerns Grenze hinaus eines großen Ansehens erfreute. Die Begründerin, Fräulein Ascher, war ohne Zweifel eine hervorragende Persönlichkeit von klarem Verstand und warmer, aber durchaus gesunder Frömmigkeit, mit pädagogischem Takt und, auf ihre langjährige Erfahrung gestützt, kannte sie alle Vorzüge und Schwächen der heranwachsenden weiblichen Jugend und legte das Hauptgewicht auf die Ausbildung des Charakters. Der Unterricht in den fremden Sprachen war vorzüglich und ersetzte vollkommen, wie die bei meinen Töchtern gemachte Erfahrung bestätigen kann, den Besuch ausländischer Pensionate. Geschichte und deutsche Literatur lehrte der geistreiche Hyazinth Holland, der sich durch seine Beiträge zur Kunstgeschichte einen geachteten Namen

gemacht hat und bis in sein hohes Alter hinein schriftstellerisch tätig gewesen ist. Ich habe es als eine Dankespflicht erachtet, dem Institut Ascher diese Worte zu widmen. Wie alles in der Welt hatte dasselbe freilich auch seine Zeit; nach dem Tode der Begründerin versuchte ihre treue vieljährige Gehilfin, Fräulein Zenner, es in der bisherigen Weise fortzuführen, und es war nicht allein die Rücksicht auf ihr zunehmendes Alter, welche sie zur Aufgabe veranlaßte. Hatte schon Fräulein Ascher sich gegen die Maßregeln der reglementierenden Schulbehörden, welche die Eigenart ihres Institutes bedrohten, zu wehren, so waren nunmehr die Abweichungen von den Lehrplänen und sonstigen Einrichtungen der staatlich beaufsichtigten oder geleiteten Anstalten zu groß geworden, als daß ein erfolgreicher Widerstand möglich gewesen wäre. Die dadurch geschaffene Lücke ist seitdem nicht ausgefüllt worden.

Der dringenden Mahnung Windthorsts, aber auch meiner eigenen Neigung folgend, hatte ich beschlossen, die parlamentarische Tätigkeit nicht aufzugeben. Zwar machte meine Berufung auf die ordentliche Professur in München nach der Geschäftsordnung des Reichstages die Niederlegung des Mandates nötig, aber die auf den 19. Juli festgesetzte Neuwahl erfolgte ohne jede Schwierigkeit. Nach Berlin mich zu begeben empfahl sich indessen einstweilen nicht. Ich mußte meine Vorlesungen im ersten Münchener Semester ohne Unterbrechung zu Ende führen; übrigens vertagte sich der Reichstag bereits am 30. Juni. Die Thronrede, mit welcher er am 27. April eröffnet worden war, hatte unter ausdrücklicher

Bezugnahme auf die Allerhöchste Botschaft vom vorigen Jahre zwei Vorlagen angekündigt: einen neuen, mit Berücksichtigung der Beschlüsse des Reichstags umgearbeiteten Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes, sowie ein Krankenversicherungsgesetz, welches die Einführung eines unbedingten Zwanges zur Versicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen der Krankheiten für alle Arbeiter vorsah, für welche die Durchführung dieser Maßregel möglich erscheine. Beide Vorlagen waren im Mai an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen worden, die indessen ihre Arbeit vorerst nicht aufnahm. Am 2. Dezember, nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages, beschloß sie, zunächst das Krankenversicherungsgesetz zu beraten.

Ende 1883 begab ich mich für kurze Zeit nach Berlin. Meiner Gewohnheit entsprechend suchte ich sofort nach meiner Ankunft Windthorst auf, fand ihn aber, wie ich nach Hause schrieb, „ernst und bekümmert". Er hatte in der Tat Grund dazu. Man wußte, daß schon seit einiger Zeit Verhandlungen der preußischen Regierung mit der Kurie schwebten, die bald einen guten Fortgang zu nehmen schienen, bald wieder völlig ins Stocken gerieten. Windthorst aber, der anerkannte Führer der organisierten deutschen Katholiken, war dabei völlig ausgeschaltet und auf zufällige und unzureichende Berichterstattung angewiesen. Ihn ängstigte der Gedanke, daß man in Rom in der begreiflichen Sehnsucht, wieder geordnete kirchliche Verhältnisse hergestellt zu sehen, ein zu weitgehendes Entgegenkommen zeigen könne. Er hatte die Empfindung, daß auch in Deutschland in manchen katholischen Kreisen,

bis in seine nächste Umgebung hinein, der Wunsch, Friede mit der Regierung zu machen, größer war als der entschlossene Wille, im Kampfe auszuharren, bis der befriedigende frühere Rechtszustand zurückgekehrt war. Parlamentarische Verhandlungen über kirchenpolitische Fragen fanden fast nur im preußischen Abgeordnetenhaus statt, der Reichstag hatte wenig damit zu tun, aber eine gewisse Wechselwirkung war vorhanden; die Stellung der Zentrumsfraktion im Reichstage konnte nicht ohne Einfluß auf die des Abgeordnetenhauses bleiben. Diese Stellung aber hatte seit dem Jahre 1879 eine bedeutsame Änderung erfahren, das Zentrum war nicht mehr die ausgesprochene Oppositionspartei; wiederholt hatte es in wichtigen Fragen den Ausschlag zu Gunsten der regierungsseitig vorgeschlagenen Maßregeln gegeben. Das mußte dahin führen, daß auch der Verkehr der Einzelnen, wie mit den Mitgliedern der Parteien, so auch mit den Vertretern der Regierung ein freundlicherer wurde. Seit einiger Zeit hatte Fürst Bismarck begonnen, den Freiherrn von Franckenstein zu sich zu bitten, um sich mit ihm über die jeweilige Lage zu besprechen. Windthorst erzählte mir von einem Worte, das Dr. Franz geprägt habe, „die Fraktion befinde sich auf der schiefen Ebene — nach oben". Unter der Nachwirkung der Unterredung mit der kleinen Exzellenz schrieb ich am 28. Januar 1883: „In der Politik ist der gestern von der ‚Norddeutschen Allgemeinen Zeitung' veröffentlichte Brief des Kaisers an den Papst das Neueste. Erfreulich ist derselbe nicht, die Ausdrücke des Wohlwollens kommen mir ziemlich kühl vor; schlimmer aber ist, daß als Belohnung für

ein Entgegenkommen des Papstes in Sachen der Anzeigepflicht nur eine Revision der eigentlichen Kampfgesetze in Aussicht gestellt wird, nicht eine wirklich befriedigende Lösung. Man nimmt an, daß die Veröffentlichung auf die Haltung des Zentrums drücken solle. Darin wird man sich natürlich verrechnen. Ich hoffe im Gegenteile, daß auch in anderen Fragen der Widerstand wieder etwas wachsen wird und bin bereits gestern bei der Budgetberatung in diesem Sinne tätig gewesen."

Bedeutungsvoll waren für mich zwei Bekanntschaften, welche ich damals in Berlin machte. Der Universitätsreferent im Kultusministerium, Göppert, war gestorben. Zu seinem Nachfolger war Dr. Althoff berufen worden, der bei der Verwaltung von Elsaß-Lothringen beschäftigt gewesen war und daneben auch an der Universität in Straßburg juristische Vorlesungen gehalten hatte. Dieser nun suchte mich ganz unvermutet in meinem Gasthofe auf. Ich habe später viel und oft mit dem seltenen Manne zu tun gehabt, dessen Einfluß sich weit über das Kultusministerium hinaus erstreckte. Das vertrauensvolle Wohlwollen, das er mir gleich anfangs bekundete, ist bis zuletzt unverändert geblieben. Und was hat er nicht alles im Laufe der Jahre mit mir und für mich unternehmen wollen! Bei jenem ersten Besuche bildete die Besetzung der Breslauer Professur, auf welche Minister von Goßler mich hatte berufen wollen, das hauptsächlichste Thema der Unterredung. Man hatte dafür einen jungen Westfalen, Dr. Clemens Baeumker, in Aussicht genommen, der eine tüchtige Arbeit zur aristotelischen Philosophie veröffentlicht

hatte, und für den ich mich schon deshalb interessierte. Aber auch Geheimrat Althoff war für ihn eingenommen, wie ich berichten konnte: „Ich bestärkte ihn nach Kräften in seiner guten Meinung und suchte namentlich seine Bedenken gegen die sofortige Ernennung des jungen Mannes zum Ordinarius zu zerstreuen. Er ging auf alles ein und schickte mir noch am Abend die Mitteilung, es sei in der Konferenz alles so in Aussicht genommen worden, wie wir verabredet hatten." Auf meine Veranlassung kam Dr. Baeumker selbst nach Berlin, und wir beide legten dort den Grund zu den kollegialen und freundschaftlichen Beziehungen, die uns viele Jahre, wenn auch meistens bei räumlicher Trennung, verbinden sollten.

Auf Wunsch von Franckenstein war ich in die mit der Beratung der Arbeiterversicherungsgesetze betraute Kommission eingetreten, in welcher er den Vorsitz führte. Doch waren die sehr eingehenden Verhandlungen schon viel zu weit vorgeschritten, als daß ich mit Erfolg hätte eingreifen können. Dagegen, daß der Versicherungszwang auch gegenüber den wirtschaftlichen Folgen von Krankheit eingeführt werden solle, hatte ich grundsätzliche Bedenken nicht; die Erwägungen freilich, die mich seinerzeit von der Haftpflicht zur Unfallversicherung herübergeführt hatten, trafen hier nicht zu. Dort hatte ich eine solidarische Haftung der Unternehmer für die aus den besonderen Verhältnissen des industriellen Großbetriebs sich ergebenden Unfälle konstruiert und daraus das Weitere abgeleitet. Hier wäre das höchstens den sogenannten Berufskrankheiten gegenüber möglich gewesen, was aber in der Durchführung schwierig und auch nur eine halbe Maß-

regel gewesen wäre. Zu jenen Erwägungen war nun aber ein zweites Argument hinzugekommen, das damals von den sogenannten Kathedersozialisten mit großem Nachdrucke eingeschärft wurde: die besondere Beschaffenheit der Ware Arbeit, die von der Person des Arbeiters unabtrennbar ist. Der Unternehmer, der im Arbeitsvertrag sich die Arbeitskraft des Arbeiters aneignet, um sie zu seinem Vorteil zu verwerten, gewinnt damit eine Herrschaft über die Person des Arbeiters, übernimmt aber auch zugleich die Verpflichtung, aus dem Erlös des Arbeitsproduktes nicht nur den täglichen Unterhalt des Arbeiters und seiner Familie zu decken, sondern auch in den Tagen unverschuldeter Arbeitslosigkeit Sorge für ihn zu tragen. Der Arbeiter selbst ist fast nie in der Lage, Ersparnisse zu machen und so seinerseits Vorsorge zu treffen. Soll er dann in der Zeit der Not der öffentlichen Unterstützung oder der privaten Mildtätigkeit überlassen bleiben? Damit würde der Unternehmer einen Teil der Produktionskosten auf unbeteiligte Dritte abwälzen. Wollte man, wie dies der Abgeordnete Lasker aussprach, in dem Versicherungszwang eine veränderte Form der Armenpflege erblicken, so hatte ich dagegen von meinem Standpunkte aus nichts zu erinnern. Denn auch die Armenpflege hat ihren Grund im natürlichen Recht. Der Mensch hat einen Anspruch auf das zum Leben Unentbehrliche. Der Anspruch richtet sich zunächst gegen die nächsten Angehörigen, die Familie; darüber hinaus gegen die öffentlichen Verbände. Gemeinde und Staat dürfen keines ihrer Mitglieder verhungern lassen. Dazwischen steht die Verpflichtung des Ar-

beitgebers seinen Arbeitern gegenüber. Der Versicherungszwang aber scheint als das geeignete Mittel, die Erfüllung dieser Verpflichtung zu gewährleisten. Die Zahlung der Versicherungsprämie durch den Arbeitgeber bedeutet die pflichtmäßige Übernahme des Teiles der Produktionskosten, welche durch die Fürsorge für den erkrankten Arbeiter entstehen. Ob auch der Arbeiter selbst Beiträge zahlen solle, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Die Bejahung empfiehlt sich, weil damit der Arbeiter offensichtlich ein Recht auf Krankenfürsorge erwirbt und diese nicht als eine ihm gespendete Wohltat aufzufassen hat. Die Berechtigung aber einer solchen Einrichtung ergibt sich daraus, daß der hinter ihr stehende allgemeine gesetzliche Zwang eine allgemeine Erhöhung des Arbeitslohnes zur Folge haben muß, und zwar um den Betrag der vom Arbeiter zu zahlenden Prämie. Es ist also zuletzt doch der Arbeitgeber, der für die Krankenfürsorge aufkommt; aber eine Voraussetzung war dabei unerläßlich: es mußte eine scharfe Grenze bestehen zwischen dem wirtschaftlich mächtigen Arbeitgeber und dem wirtschaftlich unselbständigen, nur auf den Ertrag seiner Arbeit angewiesenen Arbeitnehmer; wo dies nicht der Fall ist, wo der, der heute im eigenen Betriebe arbeitet, morgen von einem anderen in Dienst genommen wird, wie dies in weiten Kreisen der landwirtschaftlichen Arbeiter der Fall ist, hatte der Zwang zur Versicherung nach meiner Auffassung keine Berechtigung. Die Vorlage der verbündeten Regierungen trug dem auch insoferne Rechnung, als sie die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter an bestimmte Voraussetzungen knüpfte und nicht bedingungslos anordnete.

Bei alledem konnte ich mir nicht verhehlen, daß der von mir eingenommene Standpunkt nur von denen rückhaltlos geteilt werde, welche geneigt waren, sich die für mich maßgebenden grundsätzlichen Erwägungen auch ihrerseits zu eigen zu machen. Und vor allem mußten sie davon ausgehen, daß der Staat nur da mit seiner vollsten Gewalt vorgehen soll, wo es sich um den Schutz von Rechten oder um das Gesamtwohl handelt, nicht aber aus bloßen Zweckmäßigkeitsgründen die berechtigte Freiheit der Einzelnen zu beschränken befugt ist.

Daß man in Regierungskreisen, daß vor allem der leitende Staatsmann diesen Standpunkt bei seinen sozialreformatorischen Plänen nicht teilte, lag auf der Hand. Seine Absicht war, die durch die sozialdemokratische Organisation irregeleiteten Arbeiter durch gesetzliche Förderung ihrer Interessen an den Staat zu fesseln. Die deutschen Katholiken hatten es freilich am eigenen Leibe erfahren, wie gefährlich die Verstärkung der staatlichen Machtmittel, wie folgenschwer die Beschränkung der rechtlichen Freiheit sei, und Bischof Ketteler, ihr Wegweiser auf dem Gebiete der Sozialpolitik, hatte auch auf diesem Gebiet der freien Bewegung das Wort geredet und sich gegen jede zu weit gehende Ausdehnung des Staatszwanges gewandt. Aber wer unter dem Eindruck der großen Mißstände, welche die Entwicklung der Industrie überall begleitet haben, von warmherzigem Mitleid für die notleidenden Klassen erfüllt war, mochte jene Warnung überhören und den Moment für gekommen erachten, Hand in Hand mit den Regierungen auf dem von diesen vorgeschlagenen Wege Abhilfe zu schaffen, ganz ab-



gesehen von jenen Kreisen, die, nur um die eigenen Interessen bekümmert, ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit und durch theoretische Erwägungen nicht beeinflußt, jedem Vorschlage zuzustimmen bereit waren, welcher direkt oder indirekt eine Förderung dieser Interessen versprach.

Im Jahre 1881 hatte Dr. Franz Hitze unter dem Titel „Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft" ein Buch erscheinen lassen, das auf eindringenden Studien beruhte und von idealer Sinnesweise getragen war. Die schweren sozialen Mißstände haben nach dem Verfasser ihre Ursache in einer Störung des richtigen Verhältnisses von Kapital und Arbeit, welche die beiden Pfeiler der Gesellschaftsordnung sind. Die Lösung der sozialen Frage fordert daher die Wiederherstellung des richtigen Verhältnisses durch eine Reorganisation der Gesellschaft mit den Machtmitteln des Staates. Die Neuordnung soll eine ständische sein, wodurch der Verfasser dem Vorwurfe des Staatssozialismus zu entgehen glaubt; immerhin aber ist seine Meinung: „Nur eine durchgreifende Gesetzgebung, nur die allgegenwärtige Hand des Staates kann Ordnung schaffen." Daß dies meiner Auffassung diametral entgegenlief, brauche ich nach dem früher Gesagten nicht nochmals hervorzuheben. In einer eingehenden Besprechung, welche die christlich-sozialen Blätter im folgenden Jahre brachten — ich habe sie in meinen „Aufsätzen und Reden sozialpolitischen Inhaltes" wieder drucken lassen — führte ich aus, daß eine solche Ausdehnung der staatlichen Kompetenz unzulässig und im höchsten Grade gefährlich sei. Aber wenn der Stein erst einmal ins Rollen kam, würde ich imstande sein, ihn aufzuhalten?

In einem Briefe vom 26. Januar spreche ich von den „neuesten Sozialpolitikern des Zentrums“ mit dem Zusatze, Franckenstein schiene lange nicht so weit zu gehen wie diese. Zugleich äußere ich die Hoffnung, innerhalb der Fraktion das eine oder andere Wort sagen zu können. Vermutlich handelte es sich dabei um Ansichten, die in der Kommissionsberatung hervorgetreten waren und ihren Ausdruck in der Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter gefunden hatten. Am 14. Februar konnte die Kommission ihre Arbeiten beschließen; da die Verhandlungen im Plenum des Reichstages einstweilen nicht in Aussicht standen, ging ich nach München zurück.

Anfang April war ich wieder in Berlin, wo meiner eine große Überraschung wartete. Am 7. des Monats ließ mich Fürst Bismarck durch seinen Sohn, den Grafen Wilhelm, ersuchen, zu ihm zu kommen, da er sich mit mir über die Geschäftslage zu besprechen wünsche. Ich verhehlte mein Erstaunen nicht, daß der Fürst, dem ich nicht einmal die Ehre hatte vorgestellt zu sein, mich hierzu ausersehen habe, erklärte aber meine Bereitwilligkeit zu kommen und benachrichtigte Windthorst. Auch dieser war begreiflicherweise im höchsten Grade erstaunt. Er hätte allen Grund gehabt, sich verletzt zu fühlen, daß der Reichskanzler es vermied, mit ihm, der eigentlich allein maßgebenden Persönlichkeit in der Zentrumsfraktion, zu unterhandeln, und nun gar eines der jüngeren Mitglieder, das nur ganz neuerlich etwas hervorgetreten war, hatte zu sich rufen lassen. Aber er zeigte keine Spur von Empfindlichkeit, erklärte sofort, Bismarck werde mit mir über den Kulturkampf reden, und so müßten wir überlegen, was ich zu antworten haben würde.

Über die Unterredung mit dem Reichskanzler habe ich sogleich danach und unter dem frischen Eindruck eine Aufzeichnung gemacht, die ich später auf Veranlassung und durch Vermittlung des Abgeordneten Freiherrn von Huene Herrn Poschinger überließ, der sie seinem Buche „Bismarck und die Parlamentarier“ als Anhang beigab. Viel Beachtung hat sie dort nicht gefunden, und so lasse ich sie hier folgen, nicht weil die Unterredung politische Bedeutung gehabt oder sich irgendwelche Folgen daran geknüpft hätten, sondern weil, wie mir scheinen will, Bismarcks Art und Weise darin charakterisch zum Ausdrucke kommt:

„Der Reichskanzler begann mit einer Entschuldigung, daß er mich belästigt habe; es sei sein Wunsch, mit jemand über die parlamentarische Lage zu reden, er habe bisher gewöhnlich mit Herrn von Franckenstein verhandelt, dieser sei aber augenblicklich nicht in Berlin. (Er war durch die schwere Erkrankung seiner Schwiegermutter, der Fürstin Öttingen-Wallerstein, fern gehalten.) Es sei aber auch ihm, dem Fürsten, erwünschter, mit einem Herrn zu sprechen, dem die preußischen Verhältnisse genauer bekannt seien. Er habe zunächst die äußere, formelle Lage im Sinn. Wie ihm scheine, sei es die Absicht des Reichstags, quam citissime seine Arbeiten zu beenden, zu latitieren und die Gesetzesvorlagen der verbündeten Regierungen nicht zur Erledigung zu bringen, insbesondere nicht die großen sozialpolitischen Vorlagen. Das Unfallversicherungsgesetz sei nun fast ein Jahr in den Händen der Mitglieder; es sei aber noch nicht einmal zur Beratung in die Kommission gelangt. Und doch habe das Gesetz dem

Reichstag bereits früher vorgelegen, die damalige Fassung mit der Vielschreiberei, die das Gesetz, wenn es ins Leben getreten wäre, nach sich gezogen haben würde, habe ihm selbst zu Bedenken Anlaß gegeben. Nunmehr sei der Entwurf in einer Richtung verändert, welche diese Bedenken beseitige und die Durchführung der Unfallversicherung in direkter Annäherung an die Wünsche des Zentrums mittels korporativer Bildung erstrebe. Statt dieses Gesetzes habe die Kommission das Krankenkassengesetz durchberaten, allein die Krankenversicherung sei ein Stumpf ohne die Unfallversicherung; wer sorge für den verunglückten Arbeiter nach Ablauf der dreizehn Wochen, während deren die gesetzliche Krankenunterstützung eintreten solle? Seine Majestät der Kaiser habe, an der Schwelle des Grabes stehend, in der feierlichsten Form, durch eine Botschaft, den Willen kundgetan, Vorkehrungen zum Wohle der ärmeren Klassen zu treffen. Es sei ebenso seine, des Reichskanzlers, ernsteste Überzeugung, daß auf dem sozialen Gebiete nicht lediglich mit Repressivmaßregeln vorgegangen werden dürfe. Das Volk verstehe es nicht, daß trotzdem noch immer nichts geschehe, es würde demnächst an dem Ernste des kaiserlichen Willens zu zweifeln anfangen. Dies könne der Kaiser sich nicht gefallen lassen; er dürfe nicht dastehen wie ein Redner, der am anderen Tage nicht mehr wisse, was er Tags zuvor gesagt habe. Der Kaiser werde aber auch die Konsequenzen seiner Willensäußerung ziehen. Sollte der Reichstag etwa durch fortgesetzte Beschlußunfähigkeit die Realisierung der kaiserlichen Absichten verhindern wollen, so könne man zu-

nächst versuchen, kaiserliche Mahnbriefe zu erlassen. Helfe das nichts, so werde man zur Auflösung schreiten müssen, auf die Gefahr hin, den Reichstag in der gleichen Zusammensetzung wiederkehren zu sehen. Man dürfe gegebenenfalls einen Konflikt und die Gegenüberstellung des kaiserlichen Willens und des Reichstagswillens nicht scheuen. Allerdings scheine es fast, als ob der letztere als der allein berechtigte gelten solle. Alles werde nur auf die Wünsche und Bedürfnisse des Reichstages zugeschnitten. Das sprechendste Beispiel sei das Projekt des Reichstagsgebäudes, in welchem der Reichstag zum entscheidenden Mittelpunkt gemacht sei, während doch von Rechts wegen in erster Linie der Bundesrat Berücksichtigung hätte finden müssen; dieser sei der Souverän in Deutschland oder vielmehr die fürstlichen Vollmachtgeber desselben, ihm gebühre die Repräsentation des Reiches. Was er, der Reichskanzler, zunächst zu wissen wünsche, sei dies, ob der Reichstag entweder durch demnächstige Beratung des Budgets für 1884—85 Raum dafür schaffen werde, um die sozialpolitischen Gesetze in einer Wintersession zur Erledigung zu bringen, oder ob er die letzteren noch in dieser Session zu erledigen bereit sei.

Ich erwiderte, daß meine politischen Freunde das ernsthafteste Interesse an dem Zustandekommen der sozialpolitischen Gesetze nähmen und dasselbe in jeder Weise zu fördern bereit seien. Dies gelte ganz besonders auch von dem Unfallversicherungsgesetz. Von mir könnte ich sagen, daß ich es im Jahre 1880 als einen besonders glücklichen Griff angesehen hätte, daß gerade die Unfallversicherung heraus-

genommen und als erstes Ziel der Gesetzgebung vorgesteckt worden sei.

Meine Freunde stünden derselben auch jetzt mit vollster Sympathie gegenüber. Herr von Franckenstein habe, wie ich dies am Vormittag der Kommission mitgeteilt hätte, mir gegenüber die bestimmte Absicht geäußert, in den ersten Tagen der nächsten Woche die Kommission zur Beratung der Vorlage einzuberufen. Wir hätten ebenso den dringendsten Wunsch, das Krankenversicherungsgesetz zu Ende zu bringen, und es sei nicht unsere Schuld, wenn dasselbe nicht schon jetzt zur zweiten Plenarberatung gelangt sei, und statt dessen die endlosen Debatten über die Gewerbeordnungsnovellen stattfänden.

Aber es ließen sich demgegenüber doch auch große Schwierigkeiten nicht verkennen. Für das Krankenversicherungsgesetz habe die Kommission nicht weniger als fünfzig Sitzungen gebraucht, eine entsprechend lange Zeit werde die kommissarische Beratung des Unfallversicherungsgesetzes fordern, nun aber träte bereits am 16. April der preußische Landtag wieder zusammen. . . .

Hier unterbrach mich der Fürst; das Zusammentreten des preußischen Landtags könne keinen ernstlichen Einwand bilden. Die Herren, die beiden Häusern angehörten, hätten sich dies selbst zuzuschreiben. Die kommissarische Beratung zumal brauche einen Aufschub nicht zu erleiden. Man müsse sich einrichten, abwechselnd tagen; keine Regierung könne vor der unvermeidlichen Kollision der parlamentarischen Körperschaften zurückweichen, seien doch auch bedauerlicherweise der bayerische und der sächsische Landtag gerade jetzt von den betreffenden Regierungen einberufen worden.

Ich bemerkte, daß, was den bayerischen Landtag betreffe, Herr von Franckenstein zweimal persönlich im bayerischen Ministerium die Bitte vorgetragen habe, den Landtag nicht jetzt einzuberufen, daß aber die Erfüllung dieser Bitte auf unübersteigliche Hindernisse gestoßen zu sein scheine.

In der vorigen Ausführung fortfahrend, bemerkte ich sodann, daß zu den äußeren auch materielle Schwierigkeiten hinzukämen, welche eine rasche Erledigung des Unfallversicherungsgesetzes nicht erhoffen ließen; namentlich müsse die in dem Entwurfe vorgesehene Bildung der korporativen Verbände auf sehr ernsthafte Bedenken stoßen. Der Ansicht, die ich namentlich durch Hinweis auf die verschiedenen Zweige des Bergbaues begründete, daß in der Vorlage nicht genügend auf das eigene organische Wachstum Rücksicht genommen sei, trat der Fürst in einer kurzen Zwischenbemerkung bei. Eine vollständige Umarbeitung sei demnach unerläßlich, und man habe in der Kommission zu wissen geglaubt, daß auch die Herren Regierungsvertreter sich dieser Auffassung nicht widersetzten. Ob für eine solche Umarbeitung in der Kommission selbst sich die erforderliche Zeit in der laufenden Sitzungsperiode werde finden lassen, glaubte ich bezweifeln zu sollen, während der Fürst meine Zweifel nicht gelten lassen wollte. Den Gedanken, eine permanente Kommission mit der Arbeit zu betrauen, wie dies seinerzeit mit den Justizgesetzen geschehen sei, wies er mit der Bemerkung zurück, daß dies ja eine abermalige Vertagung des Reichstages einschlösse. Ich erklärte, daß meine Freunde auch auf jede andere Regelung der Sache nach Möglichkeit eingehen

würden, also beispielsweise auf die Durchberatung des sozialpolitischen Gesetzes in einer besonderen Session im Spätherbst.

Was die sofortige Beratung des Budgets für 1884—85 betreffe, so könne ich mich darüber nicht äußern, da die Frage meinen Freunden bisher nicht nähergebracht worden sei. Verschweigen wolle ich schließlich nicht, daß uns allerdings der dringende Wunsch erfülle, einmal zu einer längeren Pause in den parlamentarischen Arbeiten zu gelangen; „à qui le dites-vous?“ unterbrach mich der Fürst und erging sich des weiteren über die ungeheure Zeitvergeudung, welche die parlamentarische Geschäftsführung mit sich bringe, indem er speziell den Fall erwähnte, wo ein ganzes Ministerium vierzehn Tage lang im Abgeordnetenhause erschienen sei, um Tag für Tag vergebens zu warten, ob der Gegenstand seines Interesses endlich zur Diskussion gelangen werde. Es sei zu beklagen, daß die Redner sich so wenig Beschränkung auferlegten. Zustände solcher Art seien auf die Dauer unerträglich, zumal für die Minister und ihre Beamten. Eine andere Regelung der parlamentarischen Geschäfte sei notwendig. Den Reichstag regelmäßig im Oktober zu berufen, gehe nicht an, da alsdann der Bundesrat während des August in Berlin sein müsse. Man werde schließlich zu zweijährigen Budgetperioden kommen. Ich ging auf das letztere nicht ein, sondern äußerte, daß jene Mängel, und zumal die Zeitvergeudung, nicht minder auf Seiten der Abgeordneten empfunden würden, und vielleicht am meisten von der Zentrumsfraktion, welche, was der Fürst bestätigte, nur eine ganz kleine Zahl von Berufsparlamentariern aufweise. Trotzdem aber liege es, wie ich nochmals

und nachdrücklich hervorhob, keineswegs in der Absicht meiner politischen Freunde, die Fortführung der parlamentarischen Geschäfte dadurch tatsächlich zu beendigen, daß sie durch fortgesetztes Fernbleiben von Berlin zu ihrem Teile dazu beitrügen, den Reichstag beschlußunfähig zu machen.

Nunmehr gab der Reichskanzler dem Gespräche eine neue Wendung. Wenn sich die verbündeten Regierungen genötigt sehen sollten, polemisch gegen den Reichstag in der Richtung der zuvor beredeten Gesichtspunkte vorzugehen, so sei es, erklärte er mir, sein Wunsch, daß die zwischen der Zentrumsfraktion und der Regierung bereits bestehenden, durch menschliche Hilfe nicht lösbaren Schwierigkeiten nicht benützt werden möchten, um jenen Gegensatz noch zu verstärken. Der Streit zwischen Staat und Kirche — im weiteren Verlaufe der Unterredung nannte er es den Streit zwischen Staat und Kurie, den Streit zwischen König und Priester — werde niemals durch einen definitiven Friedensschluß beendigt werden. Man könne lediglich hoffen, von Fall zu Fall, von Stufe zu Stufe zu einem modus vivendi zu kommen. Nun aber trete ihm der Eindruck entgegen, gegen den er sich wehre, als ob jedesmal dann, wenn Aussicht auf einen solchen provisorischen Abschluß vorhanden sei, dieser durch einen feindseligen Vorstoß seitens der Zentrumspartei vereitelt werden solle. Zwei Punkte hob Fürst Bismarck hier speziell hervor: die scharfen Angriffe der Herren Dr. Windthorst und von Schorlemer-Alst in der Kultusdebatte des preußischen Landtags und das wiederholte Einbringen der Windthorstschen Antrages auf Freigebung des Messelesens und Sa-

kramentespendens. Verhandlungen mit Rom seien im Gange, sie würden, wie der Reichskanzler sich ausdrückte, fest vorangeführt; wenn er aber in solch verletzender und feindseliger Weise angegriffen würde, mache er keine Konzessionen; es schien aber, als ob gewisse Rufer im Streit ein Interesse an der Fortsetzung des Kampfes hätten. Auf meine Bemerkung, daß dies vielleicht von den Rufern, sicher nicht von den Führern im Streite gelte, erläuterte der Reichskanzler seine Ansicht dahin, daß er die publizistischen Rufer gemeint habe. Von diesen sei es ja auch natürlich: im Kriege, wo sie jeden Tag etwas Neues bringe, sei eine Zeitung interessanter als im Frieden. Ich entgegnete, daß ich dies nicht bestreiten wolle, daß aber meine parlamentarischen Freunde, wie ich mit voller Aufrichtigkeit versichern könne, sich sämtlich nach der Langeweile des kirchlich-politischen Friedens sehnten. Der Fürst fuhr fort, die Verhandlungen mit Rom seien außerordentlich schwierig, weil dort ein einheitlicher Wille nicht vorhanden sei. An der höchsten Stelle, wo ein solcher gesucht werden müsse, überschätze man den Wert von Argumentationen und beredten Ausführungen. Es sei ihm gelungen, gegen alle Hoffnung — wie er sich ein zweites Mal ausdrückte: gegen alle Logik — die Verhandlungen weiterzuspinnen, zu dem eventuale ein eventualissime zu finden. Er habe selbst seine Zweifel bei dem Vorbringen des neuesten Vorschlages nicht verborgen, zu seiner Freude habe man denselben in Rom von der grünen Seite genommen. Was er bei dem Vorgehen des Zentrums bekämpfe, sei häufig nicht so sehr der Inhalt als die Form und der intempestive Cha-

rakter. Jener Windthorstsche Antrag sei vom Bundesrat verworfen worden; er habe selbst dagegen gestimmt, und zwar wesentlich darum, weil er ihn für intempestiv gehalten habe. Was solle es nun bedeuten, wenn der gleiche Antrag abermals vorgelegt werde, ohne daß seitens des Zentrums etwas geschehen wäre, was ihn für die Regierungen annehmbar gemacht hätte?

Es sei dies gerade so, wie wenn die Regierung dem Reichstag das Tabakmonopol abermals, nachdem er es abgelehnt, in Vorlage bringen wolle. An sich müsse er sich durchaus für den Inhalt jenes Antrages aussprechen; er beklage es, daß Messelesen und Sakramentespenden unter Strafe gestellt sei, und halte dafür, daß hier vor allem Remedur geschaffen werden müsse. Abhilfe sei in verschiedener Weise möglich, einmal, indem man einfach die entsprechenden Worte ins Gesetz schreibe, wie dies der Windthorstsche Antrag bezwecke, aber auch auf andere Art. Er habe im vorigen Herbste die Absicht gehabt, eine dahinzielende Vorlage zu machen, sei aber auf den Widerspruch seiner Kollegen im Ministerium gestoßen; nur im äußersten Falle pflege er hieraus einen Kriegsfall zu machen.

Man überschätze überhaupt innerhalb des Zentrums sein Können; auch beim Kaiser treffe er nicht immer die gleiche Atmosphäre. Außerdem aber habe ihn damals die Haltung der Zentrumspartei abgeschreckt. Andererseits sei zu beklagen, daß man namentlich auf Seiten des Kultusministeriums die Anzeigepflicht in solcher Weise aufgebauscht, sie zum eigentlichen Mittelpunkt des Streites gemacht habe.

Dies beweise, wie gering die Menschenkenntnis in jenen Kreisen sei. Anzeigepflicht samt Veto gäben gar keine Garantie dafür, daß derjenige, den man auf Grund seiner bisherigen Haltung zu einem Amte zulasse, in diesem Amte nicht alsbald eine völlig veränderte Haltung einnehme. „Wir haben es ja erlebt," meinte er, „daß ein Mann, den wir fünfzehn Jahre hier in Berlin als Propst gehabt und als durchaus friedliebend gekannt haben, nachdem er Fürstbischof von Breslau geworden, uns von allen die größten Schwierigkeiten gemacht hat."

Hier erlaubte ich mir den Fürsten zu unterbrechen. Bezüglich des Herrn Fürstbischofs von Breslau liefen — daß dies auch auf seiten Seiner Durchlaucht der Fall sei; könnte ich freilich kaum annehmen — noch immer die bedauerlichsten Mißverständnisse um. Das Einzige, was der Herr Fürstbischof in dem Mischehenstreit getan habe, sei ja doch die Ausdehnung der Klementina gewesen. Fürst Bismarck ließ mich nicht ausreden; „infandum renovare dolorem," meinte er abwehrend. Es handle sich übrigens nicht nur um jene Vorkommnisse; auch auf anderen Gebieten bereite gerade Herr Herzog der Regierung die größten Schwierigkeiten. Er habe dieselbe beispielsweise bei der Ernennung von Domherren völlig ignoriert. Ganz besonders aber schien die Beschwerde des Reichskanzlers darin ihren Anlaß zu haben, daß der „bis dahin so friedfertige Mann" sich, wie er sagte, in Breslau zum Instrument eines der streitlustigsten Kämpfer gemacht habe.

Derjenige, auf den der Fürst hier zielte, war kein anderer

als Dr. Franz. Dieser hatte in der Zwischenzeit merkwürdige Wandlungen durchzumachen gehabt. Auf den dringenden Wunsch, fast könnte man sagen, auf den Befehl von Windthorst, der mit der bisherigen Leitung unzufrieden war, hatte er die Redaktion der „Germania" übernommen; das bedeutete für ihn ein Opfer, aber er trug es um der Sache willen. Als dann die Verhandlungen der preußischen Regierung mit Rom dahin geführt hatten, daß der durch den Tod des Fürstbischofs Förster verwaiste Bischofssitz durch die Berufung des Propstes Herzog wieder besetzt wurde, ernannte dieser Franz alsbald zum Domherrn und nahm ihn mit nach Breslau. Daß Franz bei seiner hervorragenden Begabung und seinem energischen Charakter alsbald die wichtigste Persönlichkeit im schlesischen Kirchenregiment wurde, konnte niemand überraschen.

Dieser Fall, fuhr der Reichskanzler fort, beweise eklatant, wie wenig Wert für den Staat die vorherige Anzeige habe. Niemals könne man wissen, wie ein Geistlicher, ein Beamter sich nach der Berufung entwickeln werde. Der Fürst exemplifizierte auf die unabsetzbaren Beamten, die man häufig schon nach zwei Jahren gerne wieder los wäre, und auf persönliche Erfahrung bei der Präsentation von Pastoren, um wiederholt zu versichern, daß für ihn die Frage der Anzeigepflicht keineswegs den Angelpunkt des Streites bilde. Auf die Freigebung des Messelesens zurückkommend, führte er sodann aus, daß, abgesehen von dem Windthorstschen Antrage, zwei Wege geeignet seien, dieselbe herbeizuführen. Den einen habe seinerzeit die Kurie selbst angegeben; es sei der, die Anzeige auf die kanonisch investierten Pfarrer zu beschränken,

für alle übrigen Geistlichen dagegen vollkommene Freiheit zu statuieren. Ganz neuerlich aber sei ihm noch ein anderer Weg nahegebracht worden, und zwar durch ein Promemoria meines Fraktionsgenossen Bruel, das durch Vermittlung eines konservativen Abgeordneten in seine Hände gelangt sei. Hierin werde unterschieden zwischen dem staatlichen und dem rein kirchlichen Charakter der geistlichen Handlungen; die staatliche Anerkennung der Amtshandlung und der Bezug der staatlichen Dotation werde von der vorhergegangenen Anzeige abhängig gemacht, die kirchliche Handlung als solche aber freigegeben. Fürst Bismarck wünschte von mir zu wissen, ob mir das Bruelsche Promemoria bekannt sei, ob dasselbe das Programm der Zentrumsfraktion ausdrücke. Ich erwiderte, daß ich in diesem Augenblicke zuerst von der Existenz desselben Kenntnis erhielte, daß das in jenem Promemoria adoptierte System, wie mir scheine, dem österreichischen entspreche, und daß dieses letztere, wie ich mich zu erinnern glaubte, in unseren Blättern als ein dem preußischen, in den Maigesetzen verkörperten, vorzuziehendes bezeichnet worden sei.

Ich ergriff sodann die Gelegenheit, auf die vorangehenden Ausführungen einiges zu erwidern. Ich wies darauf hin, daß wir die Bedeutung und die großen Schwierigkeiten der schwebenden Verhandlungen keineswegs verkennten. Wie wenig es in unserer Absicht liege, störend in dieselben einzugreifen, habe doch wohl kürzlich die Haltung der Fraktion deutlich gezeigt. Nachdem wir durch die Veröffentlichung der betreffenden Schriftstücke offiziell von der

Existenz von Verhandlungen zwischen der preußischen Regierung und dem Römischen Stuhle Kenntnis erhalten hätten, sei der Windthorstsche Antrag im Reichstag zurückgestellt worden. Der Fürst äußerte bitter, Drohungen pflegten auf ihn den entgegengesetzten Eindruck zu machen. Man unterschätze, welches Maß zäher Hartnäckigkeit eine weltliche Regierung aufzubieten imstande sei. Ich fuhr fort, daß keiner von uns töricht genug sei, zu glauben, die preußische Regierung werde sich etwas abtrotzen lassen. Inzwischen möge Seine Durchlaucht doch auch die Schwierigkeiten unserer Lage ins Auge fassen. In unseren Wahlkreisen stehe die kirchliche Frage überall im Vordergrund; vor dem kirchlich-politischen Interesse träten die wirtschaftlichen Differenzen durchaus zurück. Unsere Wähler bestürmten uns; sie verlangten, daß wir endlich einmal etwas mit nach Hause brächten. Zurückhaltung werde leicht als Zurückweichen gedeutet, die bloße Zurückstellung des erwähnten Antrags werde uns bereits von manchem unserer Anhänger verübelt. Wenn sodann in der Kultusdebatte des preußischen Abgeordnetenhauses meine Freunde einen schärferen Ton angeschlagen hätten, so erkläre sich dies, wie ich glaubte, daraus, daß man eben damals die Verhandlungen mit Rom als abgebrochen angesehen habe.

Fürst Bismarck erwiderte, daß er nicht wisse, woher diese Ansicht entstanden sei. Zu einer neuen Seite des Themas übergehend, führte er aus, daß er sich meinen Freunden nicht kurzerhand in die Arme werfen könne. Einmal wüchsen

bei jeder Konzession die Ansprüche; das letzte Ziel der römischen Aspiration sei ja schließlich die Theokratie. Außerdem trage ihm die Annäherung an das Zentrum sofort Verluste nach anderer Seite ein. Die Regierung müsse vorhandene Empfindungen und Empfindlichkeiten schonen; noch kürzlich habe man erlebt, welche Aufregung eine kirchliche Verfügung des „sehr beschränkten" Oberpräsidenten Wolf hervorgerufen habe. (Erläuternd sei hier eingeschaltet, daß Mitte Januar der Oberpräsident von Sachsen eine Polizeiverordnung erlassen hatte, die zur Aufrechterhaltung der Sonntagsruhe die Schließung aller Geschäfte von 1 Uhr mittags an vorschrieb.) Zwischen dem radikalen Gottesleugner und dem extremen Orthodoxen liege eine Menge von Nüancen, mit welchen die Regierung rechnen müsse. Stütze sich die Regierung auf das Zentrum, so verliere sie die Nationalliberalen und Freikonservativen; sie gewänne vielleicht den Fortschritt, aber die Fortschrittler seien Republikaner, sie möchten es leugnen oder nicht. Man könne nun vielleicht sagen, hole der Teufel die Liberalen, und versuchen, mit dem Zentrum und den Altkonservativen zu regieren; aber es sei zweifelhaft, ob diese die Majorität bildeten und behielten.

Endlich aber müsse man mit der Tatsache rechnen, daß Seine Majestät jeden Tag mit Tod abgehen könne. Schwerlich werde die neue Regierung mit einer konservativ-klerikalen Majorität regieren wollen. Seine jetzigen Gegner rechneten darauf, daß er in diese neue Regierung eintreten werde; dies werde indessen nicht geschehen. Was ihn, den alten und

kranken Mann, noch im Amte halte, sei lediglich die Rücksichtnahme auf den Kaiser, der jeden ernstlichen Rücktrittsgedanken mit Ausbrüchen des Zornes und der Tränen beantworte. Falle diese Rücksichtnahme weg, so werde er sich zurückziehen; er werde nicht darauf eingehen, etwa den habituellen Löwenbändiger weiter zu spielen und das Gebiet der inneren Verwaltung anderen zu überlassen. Entgegne man ihm, daß er bleiben, daß er es machen solle wie der Minister von Roon, welcher während der liberalen Ära das Kuckucksei in das Nest der Regierung gelegt habe, so würde ihn dies vielleicht reizen, wenn er fünfzehn Jahre jünger wäre. Denn alsdann müßte er noch die Kraft haben, fünfzehn Stunden täglich zu arbeiten, während er es jetzt knapp auf fünfe bringe. Er müßte imstande sein, vierundzwanzig Stunden ununterbrochen in der Umgebung Seiner Majestät zu bleiben, auf Reisen, in Manöver mitzugehen, stets zu Pferde an der Seite des Königs zu sein; das bringe er nicht mehr fertig. Das sei der Weg gewesen, auf dem er früher den Kaiser dazu vermocht habe, auf seine Politik einzugehen. Jetzt könne er das nicht mehr. Für welche Maßregeln aber alsdann in Zukunft die königliche Unterschrift zu erwirken sein werde, lasse sich nicht absehen. Schwerlich würden meine Freunde mit einem Ministerium Richter-Rickert besser fahren.

Ich entgegnete, daß wir eben wünschen und hoffen müßten, Gott werde Seiner Majestät noch einige Jahre schenken. Für eine Vorlage, welche jenes Bruelsche System adoptiere, würde ja auch auf die Zustimmung der Liberalen gerechnet werden können, da diese die sogenannten Rechte des

Staates wahre und ein schiedlich-friedliches Auseinandergehen bedeute. Das letztere bestätigte der Fürst, indem er jenes System als den Anfang einer Trennung von Staat und Kirche bezeichnete. Ich fuhr fort, der Fürst habe ja selbst anerkannt, daß ein definitiver Ausgleich nicht zu erhoffen sei; nach einem provisorischen Anschlusse werde allerdings auch das Zentrum nicht, um einen Ausdruck des Herrn von Puttkamer zu gebrauchen, „verduften".

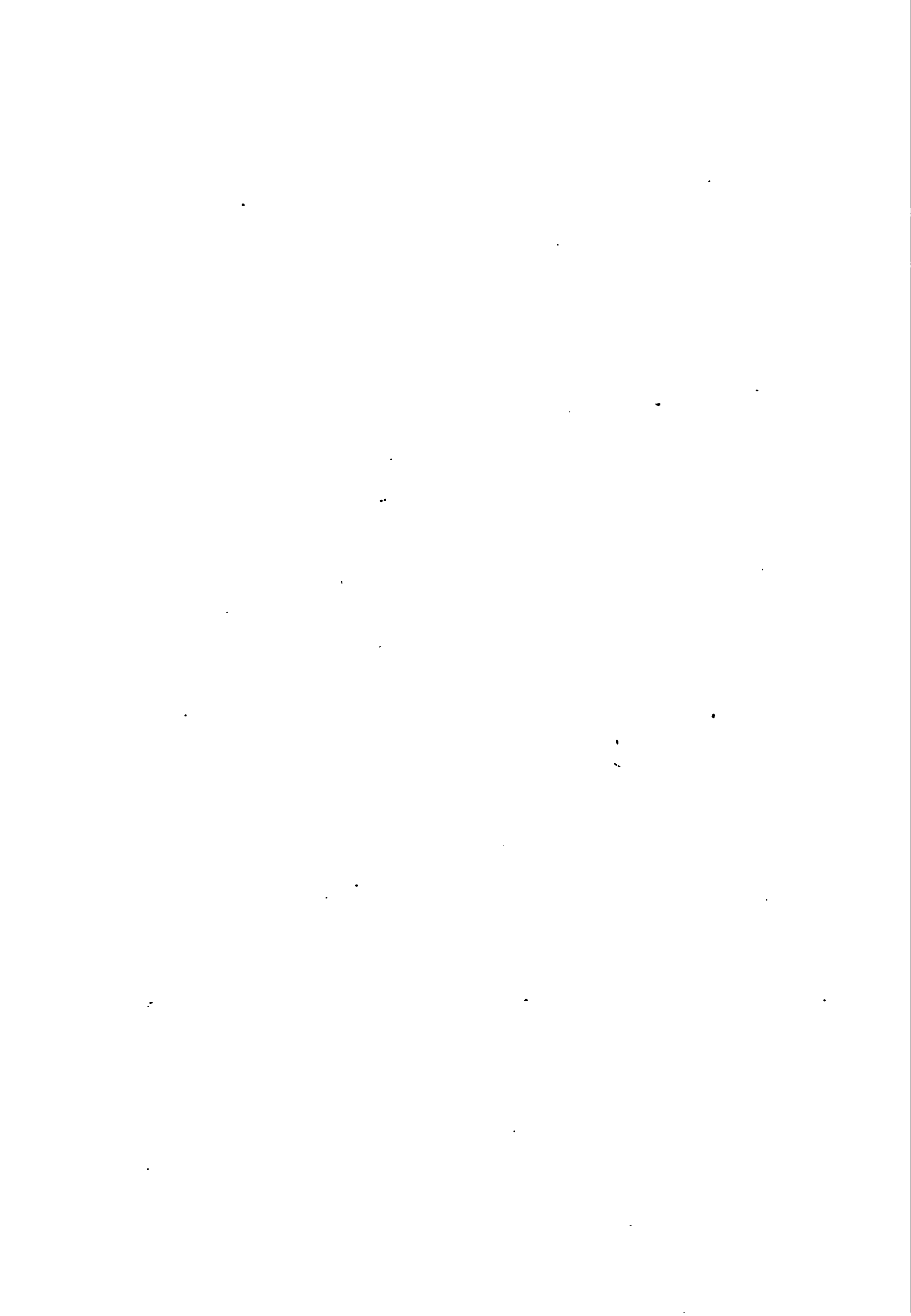
Der Reichskanzler unterbrach mich mit der Bemerkung, daß er dies gar nicht wünsche, und Herr von Puttkamer ja wohl überhaupt etwas rasch in seinen Ausdrücken sei. Fiele das religiöse Band hinweg, welches die heterogenen Elemente zusammenhalte, so würde die Mehrzahl zu den Herren Richter und Rickert gehen. Ich versuchte dies dahin zu berichtigen, daß in manchen von unseren Wahlkreisen die fortschrittlichen Elemente die Oberhand gewinnen würden; der Reichskanzler wollte das indessen auch von den jetzigen Abgeordneten anerkannt wissen. Nur ein kleiner Teil werde zu den Konservativen gehen, der Rest würde das sein, was die ehemalige Fraktion Reichensperger gewesen sei, die „immer gegen die Regierung gestimmt habe". Ich erklärte, wenn sonach ein definitiver Abschluß nach des Fürsten eigener Meinung niemals eintreten werde, wenn er selbst den Fortbestand der Zentrumsfraktion wünsche, so könne doch der Umstand, daß die Zentrumsfraktion nach einem vorläufigen Abschlusse ihr kirchliches Programm und ihre Forderungen der Regierung gegenüber festhalte, kein Grund sein, einen solchen vorläufigen Abschluß nicht herbeizuführen, und in anderen, zu-

mal in allen taktischen Fragen werde der Gegensatz zwischen dem Zentrum und der Regierung durch einen solchen vorläufigen Abschluß jedenfalls gemildert werden. Der Reichskanzler schien dies zuzugeben. Er wiederholte, daß das Bruelsche System ihm erst ganz neuerlich nahegebracht worden sei, und fügte hinzu, zurzeit sei das Kultusministerium mit einer Vorlage beschäftigt, welche nicht dieses, sondern das System der Unterscheidung zwischen den Stellen kanonischer Investitur und den übrigen zur Grundlage habe.

Nachdem ich den Fürsten noch über seine Stellung zu meinem, das Verhältnis der landwirtschaftlichen Arbeiter zur allgemeinen Krankenversicherung betreffenden Antrag befragt und eine günstige Meinungsäußerung erhalten hatte, stand ich auf, um zu gehen. Der Fürst erhob sich gleichfalls, und indem er lächelnd mit dem Finger drohte, sagte er: „Also, meine Herren vom Zentrum, keine Sturmpetitionen mehr!" Ich bezog dies auf die bekannte Kölner Petition und bemerkte, daß dieselbe ja wohl ein politischer Fehler gewesen sei, aber auch, wie ich glaubte, hier in Berlin überschätzt werde. Er ging darauf nicht ein, sondern äußerte, indem er mich nach der Türe begleitete, daß er seinerseits geneigt sei, etwas zu tun, daß er aber nicht wisse, wie er den Kaiser finden werde. Dieser sei in seinen Stimmungen wechselnd, je nach den Einflüssen, er wisse nicht, seien dies freimaurerische oder von den Hofpredigern ausgehende. Dann sei er sehr protestantisch, sehr antirömisch, ein anderes Mal sage er auch wieder, daß er den Frieden wolle. Ich glaubte noch klarstellen zu müssen, warum im Februar dieses Jahres das



Gräfin Anna von Hertling, geb. von Biegeleben.



Scheitern der Verhandlungen in den Kreisen meiner Freunde angenommen worden sei. Man habe dies aus den veröffentlichten Noten entnommen, sofern durch das, worin man das Ultimatum der preußischen Regierung geglaubt habe sehen zu sollen, dem römischen Stuhle eine unmögliche Konzession zugemutet werde. „Sie haben sie uns ja früher gemacht," entgegnete der Reichskanzler. Da ich sah, daß ihm das längere Stehen schwer fiel, brach ich ab und empfahl mich."

Soweit meine damalige Aufzeichnung. Daß sich politische Folgen an die Unterredung nicht anschlossen, wurde schon gesagt. Die Entwicklung der kirchenpolitischen Gesetzgebung nahm einen anderen Weg als den in der Bruelschen Vorlage angedeuteten, und zuletzt war es doch der vielbesprochene Windthorstsche Antrag, der das System der Maigesetze aus den Angeln hob. Dagegen erschien in der Tat der kaiserliche „Mahnbrief", den Bismarck angekündigt hatte; am 14. April kam im Reichstage eine kaiserliche Botschaft zur Verlesung, welche die ernste Aufforderung enthielt, die sozialpolitische Gesetzgebung zu Ende zu führen.

Als im preußischen Abgeordnetenhause die Beratung des Windthorstschen Antrages bevorstand, schrieb ich in Erinnerung an jene Unterredung an meine Frau: „Nach den mir seinerzeit gewordenen Äußerungen muß ich freilich fürchten, daß man in der Diskussion des Antrages einen abermaligen feindlichen Vorstoß sehen und daraus den Vorwand entnehmen wird, keinen friedlichen Schritt zu tun. Andererseits dürfen wir uns natürlich auch nicht durch die vagen Aussichten in eine Vertrauensseligkeit einwiegen lassen, die

uns nur bei dem katholischen Volk in Mißkredit bringen, an der entscheidenden Stelle aber doch nichts erreichen würde."

Für die zweite Lesung des Krankenversicherungsgesetzes, welche am 19. April begann, hatte ich den Antrag gestellt, die von der Kommission beschlossene allgemeine Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter zu beseitigen und das Gesetz im Sinne der Regierungsvorlage wieder herzustellen. Der Antrag erhielt indessen nicht die Mehrheit. Ich wiederholte ihn bei der dritten Lesung zu Ende Mai, und hier hatte er den erwünschten Erfolg. Was das Unfallversicherungsgesetz betrifft, so hatte sich in der Kommission mehr und mehr die Überzeugung herausgestellt, daß eine nochmalige Umarbeitung der Vorlage unerläßlich sei. So begnügte sie sich, dem Plenum eine Resolution in diesem Sinne vorzuschlagen und stellte die weiteren Beratungen ein.

In der Tat wurde dem im März 1884 wieder zusammengetretenen Reichstage ein neuer, der dritte Entwurf eines Arbeiterunfallversicherungsgesetzes vorgelegt. Bei der ersten Beratung am 14. März konnte ich der Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß die Vorlagen sich ganz wesentlich dem von mir und meinen Freunden vertretenen Standpunkte angenähert hätten. Der Reichszuschuß in der früher in Aussicht genommenen Form war fallen gelassen und, was ich besonders begrüßte, die Organisation der Unfallversicherung war auf korporative Grundlage gestellt durch Schaffung von Berufsgenossenschaften. Bedenken blieben auch jetzt noch zurück; sie richteten sich gegen die Ausdehnung dieser Berufsgenossenschaften über das ganze Reich, wogegen

ich die Bildung kleinerer Verbände empfahl, und sodann gegen die zentralistisch-bürokratische Ausgestaltung des Reichsversicherungsamtes. In der Kommission, an welche die Vorlage verwiesen, und in der ich zum Berichterstatter gewählt wurde, gelang es auf Grund einer Vereinbarung mit den Mitgliedern der beiden Rechtsparteien einschneidende Verbesserungen in meinem Sinne vorzunehmen. Das Gesetz wurde in dieser Gestalt mit ganz unwesentlichen Modifikationen vom Reichstage in zweiter und dritter Lesung beschlossen. Ich konnte hierüber Befriedigung empfinden; wenn ich aber geglaubt haben sollte, daß der von mir in der Sozialpolitik eingenommene grundsätzliche Standpunkt endgültig zum Siege gelangt sei, so wäre das eine Täuschung gewesen. Die Annahme der umgestalteten Vorlage bedeutete nur einen Haltepunkt, aber die Entwicklung ging in der früher geschilderten Weise weiter.

Im Herbste standen Neuwahlen zum Reichstage bevor. Mehr als in Bonn hatte ich seit meiner Versetzung nach München die Schwierigkeit empfunden, meine Lehrtätigkeit an der Universität mit der parlamentarischen Tätigkeit zu vereinigen, und ich überlegte, ob ich nicht besser täte, die letztere aufzugeben. Das war aber gar nicht nach dem Sinne Windthorsts, der mir am 8. August aus Bad Ems schrieb: „Niemand verläßt ungestraft den Boden, auf dem er gewachsen ist. Sie sind auf dem parlamentarischen Boden erwachsen, und dieser verspricht für Sie neues Wachstum. Auf dem akademischen Lehrstuhl wären Sie wegen der äußeren Hindernisse, die man Ihnen in der Zunft bereitete, vertrauert.

In der Tat, mein Freund, von Niederlegung des Mandats kann nicht die Rede sein, ich habe den Leuten hier erklärt, man solle Sie getrost wählen, mögen Sie erklären, was Sie wollen. Und folgst Du nicht willig, so brauch' ich Gewalt, worauf zu achten."

So ließ ich's denn vorläufig dabei, ging aber im November, nachdem der neugewählte Reichstag zusammengetreten war, nur auf ein paar Tage nach Berlin. Dort beschloß die Fraktion, einen neuen Schritt in Sachen des Arbeiterschutzes zu tun. In einem Antrage, den ich gemeinsam mit Freiherrn von Schorlemer-Alst und Dr. Lieber stellte, forderten wir die verbündeten Regierungen auf, „womöglich noch in dieser Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem erstens die Arbeit an Sonn- und Feiertagen, vorbehaltlich einzelner genau zu bestimmender Ausnahmen, verboten, zweitens die Kinder- und Frauenarbeit in den Fabriken eingeschränkt, drittens die Maximalarbeitszeit erwachsener, männlicher Arbeiter geregelt wird".

Die Verhandlungen darüber fanden vom 14.—16. Januar 1885 statt, nachdem noch von drei anderen Seiten Anträge, die das gleiche Gebiet betrafen, eingebracht worden waren. Ich war wieder von der Fraktion beauftragt, unsern Antrag zu begründen. Am Schlusse meiner längeren Rede führte ich aus: „Darüber dürfen wir uns doch keiner Täuschung hingeben, daß in weiten Kreisen unserer arbeitenden Bevölkerung sich eine große und eine steigende Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen geltend macht. In dieser Unzufriedenheit mit ihrem Lose, mit ihren wirtschaftlichen Verhältnissen

liegt der Grund, daß so viele unserer Arbeiter nur allzu gläubig gewissen Theorien zuhören, die ihnen eine Besserung ihrer Lage versprechen. Sie sind ja nicht imstande abzuwägen, ob jene Theorien jemals Wirklichkeit erlangen können, aber sie hören, daß man ihnen eine Verbesserung ihres Lebens verspricht, und deshalb hängen sie denen an, die jene Theorien vertreten. Nun ist ja wohl bisher schon manches geschehen, um jener Unzufriedenheit zu steuern. Durch die Krankenversicherung, durch die Unfallversicherung ist gewiß Erfreuliches geleistet worden, aber noch lange nicht alles. Wichtiger meines Erachtens als die Fürsorge für den kranken und den verunglückten Arbeiter ist es, auch dem gesunden Arbeiter die berechtigten Gründe seiner Unzufriedenheit hinweg zu räumen; wichtiger noch ist es, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterfamilien ihrem großen menschlichen Berufe ungestört nachkommen können. Wir fürchten ja nicht, daß das sozialdemokratische Ideal jemals Wirklichkeit gewinnen werde; es kann keine Wirklichkeit gewinnen, weil es direkt gegen die Einrichtungen der menschlichen Natur geht, und weil die Einrichtungen der menschlichen Natur stärker sind als die Spekulationen von Karl Marx. Aber was wir fürchten müssen, ist, daß die steigende Unzufriedenheit gelegentlich zu gewaltsamen, mit elementarer Kraft auftretenden Erschütterungen führen könnte, Erschütterungen, die alles in Frage stellen würden, was wir zu den Gütern der Zivilisation rechnen."

Die Haltung des Fürsten Bismarck war von Anfang an eine schroff ablehnende. Für meine Auffassung, wonach es

sich bei der Arbeiterschutzgesetzgebung um die staatliche Sicherung von Rechten handelt, hatte er schlechterdings kein Verständnis. Die Bewilligung unserer Forderung bedeutete in seinen Augen eine schwere Belastung der deutschen Industrie, eine Verminderung ihrer Exportfähigkeit. Mit schneidender Schärfe wandte er sich gegen das Zentrum, dem er agitatorische Tendenzen vorwarf und meinte höhnisch, wenn wir nicht bloß in den Wind geredet haben wollten, sollten wir doch sofort einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf vorlegen, der die Ausführbarkeit unserer Forderungen erkennbar machte. Seinen Auslassungen trat noch am gleichen Tage Herr von Schorlemer, und an dem folgenden der seit den Neuwahlen dem Reichstage angehörende Abgeordnete Dr. Hitze entgegen, dessen auf umfassenden Kenntnissen beruhende, in alle Einzelheiten eindringende Rede weit über die Grenzen des Zentrums hinaus Anerkennung fand. Auch ich hatte keinerlei Einwendung dagegen; am Schlusse der Debatte wurden die sämtlichen Anträge zur weiteren Behandlung einer Kommission überwiesen, die sofort ihre Arbeiten aufnahm. Ich war in dieselbe gewählt worden, konnte mich aber nicht an den Arbeiten beteiligen, da meine anderweitigen Verpflichtungen mich nach München riefen. Auch an der Ausarbeitung des vollständigen Gesetzentwurfes, wodurch jene Aufforderung des Fürsten Bismarck beantwortet werden sollte, hatte ich keinen Anteil. Das Verdienst gebührt den Herren Dr. Lieber und Dr. Hitze. Ebenso wenig konnte ich den späteren Plenarberatungen beiwohnen, in denen der Kanzler mit unverminderter Schroffheit unseren Bestrebungen, ganz besonders

den auf die Sicherung der Sonntagsruhe gerichteten, entgegentrat. Hier aber stieß er auf den Widerspruch seines alten Freundes, des konservativen Abgeordneten von Kleist-Retzow, der mit jugendlichem Feuer für Sonntagsruhe und christliche Sonntagsheiligung eintrat.

Am 15. Mai ging der Reichstag auseinander, ohne daß die Angelegenheit zur Erledigung gekommen wäre. Bei seinem Wiederzusammentritt im November brachte die Zentrumsfraktion, ebenso wie die Sozialdemokraten, die auf den gesetzlichen Arbeiterschutz gerichteten Anträge wieder ein. Zu Anfang Januar des nächsten Jahres (1886) kamen sie zur Beratung im Plenum; ich hatte als Mitantragsteller das Schlußwort und setzte mich diesmal mit den sozialdemokratischen Utopien auseinander. An den sich anschließenden Kommissionsberatungen konnte ich keinen Teil nehmen; auch führten dieselben zu keinem nennenswerten Ergebnis, nachdem mit Rücksicht auf die von der Regierung zugesagte gründliche Enquète über den gegenwärtigen Umfang der Sonntagsarbeit der hierauf bezügliche Teil der Anträge in der Kommission zurückgestellt worden war.

Dagegen fiel auf einem anderen Gebiete eine überaus folgenschwere Entscheidung. Die Thronrede vom 19. November hatte einen Gesetzentwurf angekündigt, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen. Der vom Bundesrat früher eingenommene Standpunkt war somit aufgegeben. Nach eingehenden Kommissionsberatungen, denen ich wiederum hatte fernbleiben müssen, wurde das Gesetz in den ersten Tagen

des April in dritter Lesung angenommen. Von den Voraussetzungen, von denen ich grundsätzlich die Berechtigung zur Einführung des Versicherungszwanges abhängig hatte machen wollen, war abermals eine in Wegfall gekommen: die scharfe Grenze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Den Landesgesetzgebungen wurde überlassen zu bestimmen, in welchem Umfange und unter welchen Voraussetzungen Unternehmer versichert oder Familienangehörige, welche im Betriebe des Familienoberhauptes beschäftigt werden, von der Versicherung ausgeschlossen sein sollen. Dazu kam dann noch die weitere Bestimmung, wonach an die Stelle des zu berechnenden Jahresarbeitsverdienstes die Veranlagung zur Grundsteuer trat; damit war jenen an die Natur des Arbeitverhältnisses geknüpften ethischen Erwägungen der Boden völlig entzogen, das sozialpolitische Problem zu einer Besteuerungsfrage geworden.

Zweites Kapitel. 1886—1891.

Der Sommer 1886 ist in den Annalen der bayrischen Geschichte mit dunklen Lettern eingezeichnet, der Monat Juni brachte die Königskatastrophe. Mit den Sonderbarkeiten des menschenscheuen Königs Ludwig II. hatte sich die Bevölkerung im Laufe der Jahre abgefunden; man sprach kaum mehr davon, es sei denn, daß jemand von einer ganz neuen bizarren Laune zu erzählen wußte. Von München hielt sich der König möglichst ferne, nur hie und da konnte man ihn, tief in eine Ecke des geschlossenen Wagens gelehnt, durch die Straßen fahren sehen. Die Regierung lag ganz und gar in den Händen des Ministeriums Lutz, das um so selbständiger vor-

gehen konnte, als der König einen Abscheu vor den Staatsgeschäften hatte, andererseits aber das Ministerium darauf rechnen durfte, bei etwaigen Konflikten mit der Kammermajorität den König auf seiner Seite zu haben, da dieser jener Majorität feindlich gegenüberstand, teils in Folge seiner absolutistischen Grundstimmung, teils aus Abneigung gegen die „Ultramontanen".

Seit einiger Zeit aber wurde die öffentliche Meinung beunruhigt durch Gerüchte über die wachsenden Schwierigkeiten der königlichen Kabinettskasse, welche durch die verschwenderischen Liebhabereien des Königs, insbesondere die in märchenhafter Pracht ausgeführten Bauten in Herrenchiemsee, Linderhof und Neuschwanstein verursacht waren. Man hörte von Zivilklagen, die gegen die Kabinettskasse eingereicht worden seien, und daneben von allerhand Schritten, welche im In- und Auslande im Auftrage des Königs unternommen wurden, um die fehlende Summe zu beschaffen; man nannte eine große Summe, um welche der damals noch bestehende Welfenfonds mit Erfolg angegangen worden sei. Ende April wurde bekannt, daß der König dem Ministerium befohlen habe, mit dem Landtage wegen Übernahme der Schulden der Kabinettskasse auf den Staat in Verhandlungen einzutreten. In der Tat fanden vertrauliche Besprechungen mit maßgebenden Persönlichkeiten, insbesondere der zweiten Kammer statt, die aber, was nicht überraschen konnte, ergebnislos verliefen. Man fühlte, daß eine Krisis heraufzog; schon vernahm man einzelne Stimmen, die von der Abdankung des Königs sprachen. Ich erinnere mich, daß

eines Tages Dr. von Druffel zu mir kam, um mir mit allen Zeichen sittlicher Entrüstung — die Worte will ich nicht wiederholen — zu erzählen, es sei ihm berichtet worden, Lutz habe sich vergewissert, daß Prinz Luitpold ihn im Ministerium belassen werde, und er habe für diesen Fall zugesagt, die Absetzung Ludwigs II. zu betreiben. Etwas später teilte mir Graf Konrad Preysing, mit dem ich eben damals begonnen hatte, in nähere freundschaftliche Beziehungen zu treten, im Vertrauen mit, daß er Auftrag erhalten habe, von wem sagte er nicht, sich mit Windthorst ins Benehmen zu setzen, um nach genauer Darlegung aller Verhältnisse dessen Meinung zu erfragen, ob er die Absetzung des Königs wegen Geisteskrankheit für möglich und zulässig halte. Windthorst habe ihm geantwortet: „Ihr König ist verrückt, und wenn er es nicht ist, so ist er es doch," womit er offenbar sagen wollte, daß bei dem Zustande Ludwigs II., selbst wenn die unheilbare Geisteskrankheit nicht medizinisch-wissenschaftlich erwiesen werden könne — das ärztliche Gutachten lag damals noch nicht vor —, im Interesse des Staates die Beseitigung desselben notwendig sei.

Wochen vergingen. Da am 10. Juni wurde eine vom Prinzen Luitpold unterzeichnete Proklamation angeschlagen, in welcher der Bevölkerung mitgeteilt wurde, daß König Ludwig II. an einem schweren Leiden erkrankt sei, welches ihn an der Ausübung der Regierung hindere und, da auch Prinz Otto, der Bruder des Königs, schon länger von einer schweren Krankheit ergriffen sei, Prinz Luitpold als nächster Agnat die Reichsverwesung über-

nommen habe. Auch wurde der Landtag auf den 15. Juni einberufen. Des weiteren erfuhr man, daß, begleitet von dem Direktor der Landesirrenanstalt Dr. von Gudden, einem sehr angesehenen Psychiater, sich eine Staatskommission nach Schloß Neuschwanstein begeben habe, um den König von der getroffenen Entscheidung zu unterrichten. Die Kommission bestand aus dem Minister des Königlichen Hauses Freiherrn von Crailsheim, dem Reichsrat Grafen von Törring-Jettenbach und dem Oberststallmeister Grafen von Holnstein. Der letztere war darum mitgenommen worden, weil er beim Dienstpersonal gefürchtet war, und er nicht zweifelte, daß sich dasselbe auch jetzt seinen Weisungen fügen werde. Die Annahme erwies sich als falsch. Die Kommission wurde nicht vorgelassen, sondern auf Befehl des Königs gefangen gesetzt, da auch die anwesenden Gendarmen erklärt hatten, nur ihrer vorgesetzten Behörde Gehorsam leisten zu können. Unglücklicherweise war in München versäumt worden, den zuständigen Bezirksamtmann von Füssen zu verständigen. Der weitere Befehl des Königs, die Gefangenen zu blenden, wurde zwar von den Beauftragten nicht ernst genommen, immerhin waren es peinliche Stunden, welche die Herren in den unteren Räumen des Schlosses zubringen mußten, bis die Proklamation des Prinzen Luitpold von München aus telegraphisch bekannt gemacht wurde und der Bezirksamtmann von Füssen die Freilassung der Gefangenen verfügte, die nun unverzüglich zu Fuß durch den Wald zur Eisenbahn nach Füssen eilten. Dr. von Gudden war zurückgeblieben, und es schien, wenigstens glaubte er es selbst, als ob es ihm gelungen sei, einen

bestimmenden Einfluß auf den Kranken gewonnen zu haben. Den König in Neuschwanstein zu lassen, empfahl sich nicht, da die Gefahr eines Fluchtversuches nahelag. Das phantasievolle Gebirgsvolk, das mit schwärmerischer Begeisterung an dem König hing, gerade wegen seiner Absonderlichkeiten, würde einen solchen Versuch zweifellos unterstützt haben. Auch war berichtet worden, daß jenseits der nahen Tiroler Grenze Wagen zur Flucht bereitstünden. Auf Zureden Guddens zeigte sich der König bereit, nach Schloß Berg am Starnbergersee überzusiedeln, wo er am 12. Juni eintraf. Am Abend des nächsten Tages, es war Pfingstsonntag, machte der König, nur von Gudden begleitet, nachdem er die in einiger Entfernung folgenden Wärter hatte wegschicken lassen, einen Spaziergang im Park. Als es spät und später wurde, ohne daß die beiden zurückkehrten, begann man angstvoll den Park zu durchsuchen und entdeckte an einer Stelle, wo man einen Ausblick auf den See hatte, die beiden Leichen im Wasser schwimmen. Die näheren Umstände, welche den tragischen Ausgang herbeiführten, werden für immer verborgen bleiben; nur Vermutungen sind möglich. Man nimmt an, daß der König, dem jede Stelle des Parkes und alle Verhältnisse des Sees genau bekannt waren, der zudem über eine große Körperkraft verfügte und ein gewandter Schwimmer war, an Flucht dachte, und in solcher Absicht in den See ging, um eine geeignete Stelle außerhalb des Parkes zu erreichen, daß Gudden ihm nacheilte, um ihn zurückzuhalten, und daß im See zwischen den beiden Männern ein furchtbares Ringen stattfand. Aber über dem letzten liegt für alle Zeit der Schleier des Geheimnisses.

In München herrschte fieberhafte Aufregung. Lautlos, wie es ihre Art dort ist, stand die Menschenmenge vor der Residenz, in angstvoller Erwartung neuerer Nachrichten. Die wildesten Gerüchte schwirrten durch die Stadt. Die Königin-Mutter sollte vor Schrecken und Schmerz gestorben sein, Minister Lutz einen Selbstmordversuch gemacht haben und dergleichen törichtes Gerede mehr.

Ich habe die Ereignisse nicht in München miterlebt, da ich über die Pfingsttage in Begleitung meines kleinen Sohnes nach Wertheim gegangen war. Dort stand mein Bruder, dem die liberale, kulturkämpferische Politik des Ministeriums den hessischen Staatsdienst verleidet hatte, an der Spitze der Verwaltung des vortrefflichen Fürsten Karl zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg. Zwei Monate vor dem Tode unserer Mutter hatte er zu deren großen Freude sich mit der Freiin Antonie von Henneberg-Spiegel vermählt und konnte sich so nicht nur einer befriedigenden Tätigkeit, sondern auch eines behaglichen Heimes erfreuen. Hier erhielt ich am Pfingstmontag Kenntnis von dem Vorgefallenen. Nach München zurückgekehrt, nahm ich mit der gesamten Universität an der feierlichen Bestattung des Königs teil. Als wir, wie üblich, im Senatssaal die Amtstracht anlegten, sagte Kollege Bernays zu mir: „Der tragische Dichter kann den Stoff nicht brauchen, er ist zu kraß." Das schulmeisterliche Pathos der Äußerung stieß mich ab, aber inhaltlich war es zweifellos zutreffend.

Die nun folgenden Landtagsverhandlungen waren wenig erfreulich. In beiden Kammern hatte man Ausschüsse bestellt, denen das Ministerium alles mögliche Material zu vertraulicher Beratung vorlegte. Auch das wenige, was da-

von in die Oeffentlichkeit drang, genügte vollkommen, um die Regierungsunfähigkeit Ludwigs II. und die Notwendigkeit der getroffenen Maßregeln darzutun, aber der Majorität der Abgeordnetenkammer lag vor allem daran, mit dem Ministerium Lutz Abrechnung zu halten und seinen Sturz herbeizuführen.

Ich hatte mich um die innerbayrische Politik bisher so gut wie nicht gekümmert. Die Partei, welche in der zweiten Kammer die Mehrheit besaß, hatte vor kurzem den Namen der bayrischen Patrioten mit dem Namen Zentrum vertauscht, aber der Unterschied ihrer politischen Haltung von der des Reichstagszentrums war mir von Anfang an entgegengetreten. Dieselbe war, ihrer Zusammensetzung entsprechend, durch bestimmte wirtschaftliche Interessen beeinflußt. Scherzweise pflegte ich wohl zu sagen, in Bayern laute das Zentrumsprogramm: Kornzölle und obligatorische Innungen. Mit den führenden Männern hatte ich keine Verbindung, am wenigsten mit dem zeitweise sehr einflußreichen Dr. Rittler, der eine mehr als problematische Natur war. Zwar traf ich hier und da mit zwei Reichstagskollegen, den Herren von Soden und von Gagern, zusammen, welche mit ein paar anderen adeligen Herren gleichfalls dem bayrischen Landtage angehörten, aber sie nahmen unter ihren Parteigenossen eine isolierte Stellung ein. Ebensowenig aber stand ich dem Ministerium nahe, persönlich kannte ich bis dahin nur Herrn von Lutz, der mir Vertrauen zu schenken schien und wiederholt mein Urteil über katholische Gelehrte eingeholt hatte. So unter anderem auch über den zuvor genannten Dr. Ritt-

ler, der vom Wallfahrtspriester in Maria-Eck zum Lyzeal-professor in Regensburg befördert worden war. „Das können's uns doch nit übel nehmen," hatte mir bei irgendeiner Gelegenheit der Ministerialrat Völk gesagt, „nachdem die Patrioten in der Kammer ihn zum Kultusreferenten gemacht haben." Als Rittler, um sich literarisch einzuführen, ein Lehrbuch der Philosophie herausgab, forderte Lutz ein Gutachten von mir über dasselbe. Nach allen anderen Richtungen, meinte er, kenne er den Mann, könne ihm in den Magen sehen, nun möchte er gerne wissen, wie es um seine Wissenschaft stehe. Das Buch mutete mich, als ich zu lesen anfing, merkwürdig bekannt an, seine Einleitungen, seine Begriffsbestimmungen, seine Terminologie erinnerten mich an die in lateinischer Sprache von gelehrten Jesuiten, wie dem Pater Tongiorgi, abgefaßten neuscholastischen Lehrbücher. Da ich wußte, daß Rittler Zögling des Kollegium Germanikum in Rom gewesen war, wandte ich mich an meinen Vetter, den Pater von Pelkhoven, mit der Bitte, mir Auskunft zu verschaffen, welches Lehrbuch dort im Gebrauche sei. Als Antwort schickte mir dieser ein starkes, autographiertes Heft, welches, wie er mir mitteilte, den philosophischen Vorlesungen dortselbst als Grundlage diene. Und richtig, es stimmte; das Lehrbuch des Dr. Rittler war der Hauptsache nach, wie ich dem Minister Lutz nachweisen konnte, eine deutsche Übersetzung des im Germanikum gebrauchten Leitfadens.

Politisch war ich natürlich ein Gegner des Ministers, der in der Konzilszeit und in den Anfängen des Kulturkampfes eine verhängnisvolle Rolle gespielt hatte; aber ich hatte

weder Veranlassung noch die Möglichkeit, ihm auf diesem Gebiete entgegenzutreten.

Daß die Kammermajorität das Ministerium bekämpfte, daß sie mit allem Eifer bestrebt war, dasselbe zu beseitigen, war begreiflich. Eine günstigere Gelegenheit, als jetzt gegeben war, konnte man nicht erhoffen; denn wenn auch kein Zweifel bestand, daß das Vorgehen des Ministeriums durch den Zwang der Verhältnisse gerechtfertigt war, so lag doch der Vorwurf nahe und wurde überall gehört, warum man erst jetzt, wo die Zustände unhaltbar geworden waren, sich zum Einschreiten entschlossen habe, alle die Zeit vorher aber, wo die Krankheit des Königs ganz ebenso bestand, wie später, diese Krankheit ignoriert, mit dem Könige, als ob er regierungsfähig sei, verkehrt, ja sich auf ihn gestützt und das Vertrauen, das er dem Ministerium schenkte, als wirksame Waffe gegen die Kammermajorität benützt habe. Von seiten des Ministeriums war man bestrebt, diesen Vorwurf nach Möglichkeit zu entkräften, doch blieb noch genug übrig, um der verschärften Opposition die Handhabe zu bieten.

Was mir aber und mit mir anderen mißfiel, war die Methode, nach welcher der Kampf geführt wurde. Hinter der offenkundigen Absicht, das Ministerium zu stürzen, traten die sachlichen Gesichtspunkte vollkommen zurück. Nach der bayrischen Verfassung konnten während einer Regentschaft Beamte nur in provisorischer Eigenschaft angestellt werden. Da man mit einer längeren Dauer der Regentschaft rechnen mußte — tatsächlich hat sie über 27 Jahre gedauert — legte die Regierung dem Landtag einen Gesetzentwurf vor, wonach im Inter-

esse der Beamtenschaft diese Bestimmung aufgehoben werden sollte. Die Vorlage wurde geschäftsordnungsmäßig einem Ausschusse überwiesen und in diesem mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Da ein gleiches Schicksal im Plenum mit Sicherheit zu erwarten war, zog das Ministerium die Vorlage zurück. Hatte doch die der Politik der Mehrheitspartei dienende Presse dieses Schicksal ausdrücklich vorausgesagt, die Ablehnung werde geschehen, um dadurch zu bekunden, daß das Ministerium nicht das Vertrauen des Landes besitze. Der Schritt war in doppelter Richtung verfehlt, einmal, weil er die größte und auch berechtigte Mißstimmung in den Kreisen der Beamten hervorrufen mußte, und zum zweiten, weil sich dadurch die Partei den Regenten entfremdete, der ihr seiner persönlichen Gesinnung nach keineswegs unfreundlich gegenüberstand, dem es aber jetzt vor allem darauf ankam, nach der durch die Königskatastrophe verursachten schweren Erschütterung des Staatslebens Beruhigung im Lande zu schaffen. Die Beseitigung des verhaßten Ministeriums wäre dann zu einem späteren Termin eher möglich gewesen. Jetzt konnte es nicht überraschen, daß der Regent, als das Ministerium nach dem Schlusse des Landtages um seine Entlassung nachsuchte, diese unter anerkennenden Worten ablehnte.

In den dem Ministerium nahestehenden Kreisen nahm man an, daß hinter dem Vorgehen der Kammermajorität der Präsident des Reichsrats gestanden habe. Ich möchte dies bezweifeln, wenn auch Freiherr zu Franckenstein sicherlich zu den Gegnern des Ministeriums Lutz gehörte und seinerseits seit Jahren als der kommende Mann bezeichnet worden war.

Aber mit der zweiten Kammer hatte er meines Wissens wenig Fühlung. In den letzten Wochen war er durch einen mit der Königskatastrophe zusammenhängenden Vorfall der Gegenstand übelwollenden Geredes geworden. Am Morgen des 11. Juni erhielt er in Marienbad, wo er sich damals befand, ein Telegramm eines mit ihm verwandten Flügeladjutanten des Königs, welches ihn im Auftrage desselben aufforderte, sofort nach Neuschwanstein zu kommen. Franckenstein zögerte nicht, die Reise anzutreten. Auf dem Bahnhofe in Würzburg traf er zu beiderseitiger Überraschung mit Graf Konrad Preysing zusammen. Auf die Frage des letzteren, wohin er gehe, gab er Ziel und Veranlassung der Reise an. „Also weißt du nicht," rief Preysing erschrocken aus, „was inzwischen vorgefallen ist, kennst den Inhalt der öffentlichen Proklamation nicht! Der König ist ja zur Abdankung gebracht, Prinz Luitpold hat die Regentschaft übernommen!" Franckenstein schwankte, was er tun solle. Als bayrischer Edelmann hatte er sich verpflichtet gefühlt, dem Rufe seines Königs Folge zu leisten, jetzt mochte noch die andere Empfindung dazu kommen, den König in seiner Notlage nicht im Stiche lassen zu dürfen; doch versprach er Preysing, sich auf der Durchreise durch München bei dem Prinzregenten zu melden. Dort wurde ihm die Sachlage authentisch mitgeteilt und die Unmöglichkeit dargetan, seine Reise fortzusetzen.

Bedauert habe ich damals, nicht einerlei Meinung mit Windthorst zu sein. Dieser stand den bayrischen Verhältnissen, insbesondere nach der persönlichen Seite, völlig fern und pflegte parlamentarische Aktionen nur danach zu beurteilen, wie er

selbst eine solche im Reichstage oder im preußischen Abgeordnetenhause geführt haben würde und auch führen konnte. Als ich ihn brieflich ersucht hatte, auf die katholische Presse in dem Sinne einzuwirken, daß sie die scharfe, nach meiner Ansicht das Ziel verfehlende Polemik gegen das Ministerium Lutz einstellen möge, schrieb er mir aus Bad Ems, daß er von den in meinem Briefe entwickelten Ideen grundsätzlich abweiche.

In völliger Übereinstimmung in der Beurteilung der Ereignisse und der dadurch geschaffenen Lage befand ich mich mit dem wiederholt genannten Grafen Konrad von Preysing-Lichtenegg-Moos. Wir hatten uns in Berlin durch den Reichstag kennen gelernt, waren uns aber dort nicht näher gekommen, wenn ich auch mit Vergnügen bei Tisch im Hotel Petersburg den Geschichten zuhörte, die er mit köstlicher lokaler Färbung aus seiner niederbayrischen Heimat zum besten zu geben pflegte. Seit meiner Übersiedelung nach München sahen wir uns häufig, die Politik bildete in der Regel den Gegenstand unserer Unterhaltung. Er war eine durchaus eigenartige, in keinerlei Schablone einzupassende Persönlichkeit und vereinigte in sich ganz entgegengesetzte Eigenschaften; ließ er seiner Rede freien Lauf und erging er sich, was er gerne tat, in Ausblicken in die nähere oder entferntere Zukunft, so konnte man ihn, zumal er die bildlichen Ausdrücke liebte, für einen Phantasten halten, dabei aber war er ein kluger Geschäftsmann und wußte sein großes Vermögen trefflich zu verwalten. Für sich selbst in hohem Grade bedürfnislos, legte er keinen Wert auf Eleganz und

luxuriöse Lebensweise. Wohltätigkeit aber übte er geradezu in großartigem Maße. Ich erinnere mich, gelegentlich von einer sehr namhaften Spende gelesen zu haben — es handelte sich, wenn ich nicht irre, um eine sechsstellige Zahl —, die er einem gemeinnützigen Zwecke zugewendet hatte. Als ich mir erlaubte, ihn freundschaftlich daran zu erinnern, daß er doch nicht zu weit gehen und seine eigene zahlreiche Familie nicht vergessen dürfe, meinte er, wohltun mache nicht ärmer, so hätten es seine Vorfahren in viel schwererer Zeit gehalten, und so wolle er es auch halten. Wenn ihn eine Sache beschäftigte, vergaß er Essen und Trinken, die Zeit hatte dann keine Bedeutung für ihn. Einmal trat er spät abends bei mir ins Zimmer mit den Worten: „Bitte, gib mir ein Stück Brot, ich habe den ganzen Tag nichts gegessen."

Als erblicher Reichsrat der Krone Bayern war er zu aktiver Teilnahme an der inneren Politik berufen, aber trotz seiner warmen Anhänglichkeit an das engere Vaterland und das bayrische Königshaus hatte er zu den sogenannten Patrioten kein inneres Verhältnis. Er war weit herumgekommen, im Inland und Ausland, hatte eine Zeitlang in der nächsten Umgebung des Bischofs Ketteler in Mainz gelebt und so einen weiten Blick gewonnen, den er sich dauernd bewahrte. Glaubte er sich zum Handeln berufen, so ging er am liebsten allein vor, weitläufige Vorbereitungen und Besprechungen mit anderen liebte er nicht, aber vertrauliche Missionen und delikate Aufträge übernahm er gerne und führte sie mit Geschick durch, wobei er an eine ganz besondere providentielle Leitung und Fügung glaubte. So war

er einst in aller Stille nach Rom geschickt worden, als sich in der Amtsführung eines bayrischen Bischofs Schwierigkeiten ergeben hatten und man in München den Wunsch hegte, die Angelegenheit direkt von der höchsten Stelle aus und mit Umgehung der Zwischeninstanzen, am besten durch Resignation des Bischofs, aus der Welt zu schaffen. Als er sich zur bestimmten Stunde — es war gegen Abend — nach dem Vatikan begab, wurde er, was ja nichts Ungewöhnliches, auf dem Petersplatze von einer Frau aus dem Volk angebettelt. Er griff in die Tasche, und gab ohne recht zu wissen, was er tat, der Bettlerin ein Goldstück. Diese war zuerst ganz starr vor Verwunderung, dann aber erging sie sich in unerschöpflichen Danksagungen und rief mit lauter Stimme die Madonna an, daß sie den Segen Gottes über den großmütigen Geber herabflehen möge. Im Vatikan erfuhr er sodann, noch ehe er den Zweck seines Kommens ausführlich hatte dartun können, daß nach einem am selben Tage eingetroffenen Telegramm eben jener Bischof — gestorben sei.

An mir und meinen Interessen und Bestrebungen nahm er warmherzigen Anteil. Und was hat er nicht alles aus mir machen wollen! Darin schloß er sich völlig dem Geheimen Rat Althoff in Berlin an, nur daß dieser an Preußen oder das Reich, Preysing aber an Bayern dachte. Keiner von den beiden hat eine Erfüllung ihrer weitausschauenden Pläne erlebt; ich selbst blieb bis zuletzt ungläubig.

Für die Generalversammlung der Görresgesellschaft war Danzig in Aussicht genommen, wohin man uns dringend eingeladen hatte. Im vorigen Jahre mußten wir uns mit einer

in Bonn abgehaltenen Vorstandssitzung begnügen; in den drei Jahren vorher waren die Versammlungen der Reihe nach in Paderborn, Freiburg und Coblenz abgehalten worden und in der üblichen Weise verlaufen. Nach Danzig zu gehen, schien ein Wagnis, aber es gelang. Die Teilnahme der Danziger Katholiken war rege, für die Vertretung der Wissenschaft sorgte das nicht allzuweit entfernte Braunsberg durch Entsendung von Professoren des Lyzeums Hosianum, unter denen wir in Professor Hipler schon längst einen treuen Freund unserer Bestrebungen hatten. Durch einen Gegenbesuch, den ich dort mit einigen näheren Bekannten machte, erwiesen wir uns dankbar; von den Danziger Herren war ein Ausflug nach Neufahrwasser mit einer Rundfahrt auf der Ostsee vorbereitet, die zu allgemeiner Befriedigung ausfiel. Nur, daß das schön gelegene Oliva an Neapel erinnere, konnte ich beim besten Willen nicht zugeben.

Nach Berlin ging ich in diesem Jahre nicht mehr, weder zu der außerordentlichen Session, die wegen des spanischen Handelsvertrages im September einberufen worden war, noch als der Reichstag im November wieder zusammentrat. So konnte ich die aus Anlaß der neuen Heeresvorlage wegen des darin vorgeschlagenen Septennates heraufziehende Krise in ihren ersten Anfängen nur aus der Ferne beobachten. In den ersten Tagen des neuen Jahres aber — 1887 — begab ich mich dorthin. Die Vorlage war an eine Kommission verwiesen worden, die zu ihrem Vorsitzenden den Grafen Ballestrem, zum Berichterstatter den Freiherrn von Huene, also zwei Zentrumsleute, gewählt hatte. Der Verlauf war vor-

auszusehen. Windthorst erklärte, daß das Zentrum bereit sei, „jeden Mann und jeden Groschen" zu bewilligen, die Bindung auf sieben Jahre aber ablehne. Hier traf er mit dem Standpunkte der damals sehr einflußreichen Fortschrittspartei zusammen. Am 11. Januar begann die Plenarberatung, in der Moltke eine seiner seltenen, aber um so beachtenswerteren Reden hielt. Der Reichskanzler griff wiederholt in die Debatte ein, es kam zu scharfen Auseinandersetzungen mit den Vertretern der Opposition. Als die Abstimmung am 14. Januar die Ablehnung des Septennates ergab, erhob sich Fürst Bismarck und verlas eine kaiserliche Botschaft, welche den Reichstag auflöste. Die Neuwahlen wurden auf den 26. Februar anberaumt.

Was sollte ich tun? Ich habe es schon gesagt, daß ich seit meiner Berufung nach München die Schwierigkeit, die Beteiligung an den Arbeiten des Reichstages mit meiner beruflichen Tätigkeit zu vereinigen, drückend empfand. Die Rücksicht auf meine akademischen Vorlesungen hatte mich genötigt, auch bei wichtigen Verhandlungen von Berlin fern zu bleiben, ich konnte deutlich ersehen, wie mein Einfluß in der Bewertung der sozialpolitischen Probleme im Schwinden war und so lag die Frage nah, ob ich nicht die sich bietende Gelegenheit nützen und bei den bevorstehenden Wahlen ein Mandat nicht mehr annehmen solle. Aber ich mußte mir sagen, daß dies gerade jetzt kaum angängig sei, angesichts der gewaltigen Anstrengungen, welche sowohl regierungsseitig wie von den uns feindlich gegenüberstehenden Parteien gemacht wurden, das Zentrum aus seiner ausschlaggebenden Stellung

zu verdrängen. Konservative, Reichspartei und Nationalliberale schlossen ein förmliches Kartell für die bevorstehenden Wahlen miteinander ab, die offiziöse Presse malte die Kriegsgefahr an die Wand, um das patriotische Empfinden gegen die Septennatsgegner aufzuregen.

Bedenklicher aber war für das Zentrum das Eingreifen des Papstes. Die damaligen Vorgänge sind niemals im Zusammenhange authentisch bekannt gegeben worden. In den Fraktionsverhandlungen war von der Stellungnahme Leos XIII. nicht die Rede. Für unsere ablehnende Haltung waren lediglich politische Gründe maßgebend; bereits zweimal hatte das Zentrum sich gegen eine Bindung auf sieben Jahre erklärt, 1873 und 1880, beide Male war es dabei in der Minderheit geblieben. Nunmehr hatte sich in Folge der Verschiebung unter den Parteien die Möglichkeit ergeben, das Budgetrecht des Reichstages sicher zu stellen und dadurch zuweitgehenden Belastungen der Bevölkerung mit Erfolg entgegenzutreten; so schien es nur konsequent, das Septennat auch diesmal abzulehnen. Es war eine Prinzipienfrage, denn die geforderte Präsenzziffer sollte, wie Windthorst immer wieder hervorhob, nicht angetastet werden. Erst nachträglich erfuhren wir, daß diesem schon vor dem Beginne der zweiten Lesung im Auftrage des Kardinalstaatssekretärs Jakobini durch den Münchener Nuntius der Wunsch des Papstes mitgeteilt worden war, das Zentrum möge im Interesse eines günstigen Fortganges der kirchenpolitischen Verhandlungen sich dem Verlangen Bismarcks nicht widersetzen und das Septennat bewilligen.

Der Wunsch war Windthorst im strengsten Vertrauen zugegangen, und dieser nahm die Verantwortung auf sich, niemandem, auch dem Freiherrn von Franckenstein nicht, etwas davon zu sagen. Wann und wie der letztere davon erfuhr, etwa durch einen zweiten Brief des Münchener Nuntius, weiß ich nicht, möglich, daß Bismarck es war, der ihm davon Kenntnis gab. Die Antwort aber, die Franckenstein nach der Abstimmung nach Rom gelangen ließ, hat er verschiedenen Fraktionsmitgliedern, darunter auch mir, vorgelesen. Er hat darin die Gründe dargelegt, welche das Zentrum bei seiner Abstimmung leiteten, und sodann ausgeführt, daß die Fraktion zusammengetreten sei, um die Rechte der katholischen Kirche zu verteidigen, daß sie in kirchlichen Dingen sich selbstverständlich der kirchlichen Autorität unterwerfe, daß sie aber als politische Partei nur bestehen könne, wenn sie in rein politischen Fragen volle Freiheit besitze. Wenn aber der Heilige Vater den Fortbestand des Zentrums nicht mehr für nötig erachte, so werde dieses sich auflösen. Am 3. Februar wurde in der Wiener Politischen Correspondenz ein Schreiben des Kardinals Jakobini an den Nuntius veröffentlicht, welches auf jene Antwort Franckensteins Bezug nahm, und am 9. Februar brachte die Münchener Allgemeine Zeitung den Wortlaut des an Windthorst gerichteten Schreibens vom 3. Januar. Der Widerspruch, in den sich das Zentrum mit den ausgesprochenen Wünschen des Papstes gesetzt hatte, war offensichtlich. Am gleichen Tage besuchte mich Freiherr von Huene in München, der vor kurzem an die Spitze der Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltung in Regensburg berufen war. Er

war Führer des Zentrums in allen militärischen Fragen, aber als Mann der Autorität und treuer Sohn seiner Kirche bedrückte es ihn, dazu beigetragen zu haben, die Fraktion in eine schiefe Stellung dem Römischen Stuhle gegenüber zu bringen. So bat er mich dringend, ihn mit dem Nuntius bekannt zu machen, mit dem er Rücksprache nehmen wolle. Zu unserer Überraschung empfing uns Monsignore Di Pietro mit heiterer Gelassenheit. „Prenez-le du parti bon," meinte er, „faites — comme Mr. Windthorst." In der Tat hatte am 6. Februar in Köln eine Versammlung der rheinischen Zentrumspartei stattgefunden, in welcher Windthorst gesprochen hatte, doch war bisher nur wenig darüber bekannt geworden. Nun wurden wir nachdrücklich auf den neuesten Meisterzug der unvergleichlichen kleinen Exzellenz hingewiesen. Mit begeistertem Jubel war er von der tausendköpfigen Menge begrüßt worden, in atemloser Spannung wartete sie auf das erlösende Wort, das sie in der schweren Krisis von ihm erhoffte. Und das Wort wurde ausgesprochen. Man wolle von ihm wissen, begann er, was er zu der päpstlichen Kundgebung sage; er sei von derselben im höchsten Maße befriedigt. Der Heilige Vater wünsche den Fortbestand des Zentrums, das sei in dem Schreiben des Kardinalstaatssekretärs ausdrücklich erklärt, und darin liege die Aufforderung an die katholische Bevölkerung, ihre Stimmen neuerdings für die Kandidaten des Zentrums abzugeben. Indem er so die Äußerung in den Vordergrund schob, welche die Antwort auf die von Franckenstein gestellte Frage brachte, hatte er die denkbar beste Wahlparole gewonnen.

Der Sturm war in der Hauptsache abgewehrt, wenn auch noch nicht alle Gefahr beseitigt schien. Einzelne Bischöfe hatten den Klerus unter Bezugnahme auf die Stellung des Papstes ermahnt, sich nicht an der Wahlagitation zu beteiligen; man konnte nicht wissen, wie weit ihr Beispiel Nachahmung finden werde. Eine Anzahl von Mitgliedern des katholischen Adels der Rheinprovinz hatte in einer öffentlichen Erklärung aufgefordert, sich vom Zentrum loszusagen. Unter diesen Umständen konnte ich meinen Wahlkreis nicht in die Lage versetzen, sich nach einem neuen Kandidaten umzusehen, der sich dann noch das Vertrauen der Wähler hätte erwerben müssen. Es blieb mir nichts übrig, als mich nochmals zur Annahme des Mandats bereit zu erklären. Aber damit war es nicht getan, ich mußte mich auch selbst um meine Wiederwahl bemühen. Bei der vortrefflichen Organisation der rheinischen Zentrumspartei hatte es bei den früheren Wahlen genügt, daß ich einmal in einer großen Versammlung in Koblenz erschien und eine Ansprache an die Wähler hielt. Bei der Nachwahl im Sommer 1882 war auch das nicht nötig gewesen. Ich hatte gehofft, mich auch diesmal davon dispensieren und meine Vorlesungen ohne Unterbrechung fortsetzen zu können, aber am 9. Februar schrieb mir Freund Müller: „Die Ereignisse drängen sich, und die Attacken auf das Zentrum werden jeden Tag heftiger. Das zwingt mich nochmals, an Sie zu schreiben und der Betrübnis Ihrer Wähler Ausdruck zu geben, daß Sie in diesem, vielleicht letzten und jedenfalls schwersten Ringen um die Existenz einer katholischen Partei den Mann ihres Vertrauens

nicht unter sich sehen sollen. Als ich zuletzt schrieb, glaubte ich selbst, Ihnen das schwere Opfer einer Reise hierher nicht anraten zu dürfen; seitdem haben die Verhältnisse sich so zugespitzt, der bureaukratische Hochdruck arbeitet so gewaltig, und es werden derartige Anstrengungen gemacht, das katholische Volk zu verwirren, daß ich meine, wenn es irgend möglich wäre, müßten Sie kommen. Gestern waren die Vertrauensmänner des ganzen Wahlkreises hier erschienen, die Stimmung war vortrefflich, aber von allen Seiten wurde der lebhafte Wunsch nach Ihrem Erscheinen ausgesprochen. Die Gegner benützen natürlich Ihre Entfernung, den Mangel an Fühlung mit Ihrem Wahlkreise, als Agitationsmittel, und wenn auch unsere Leute noch brav und treu sind, so müssen wir doch auch mit menschlicher Schwäche und menschlichem Unverstand um so mehr rechnen, als wir der offenen und kräftigen Hilfe des Klerus vielfach werden entbehren müssen. Ich bin weder hoffnungslos noch deprimiert, aber wir müssen uns auf das Äußerste anstrengen, und es darf kein Fehler gemacht werden, wenn wir einen durchschlagenden Erfolg erzielen wollen. Sie werden es mir unter diesen Umständen und bei dem Ernst der Lage nicht verdenken, wenn ich heute dringend bitte, Sie möchten kommen." So fuhr ich denn nach Koblenz und hielt auch noch, was früher nie erforderlich war, eine zweite Wählerversammlung in dem benachbarten Boppard.

Die Wahlen brachten einen entscheidenden Sieg der Kartellparteien auf Kosten der Linken, das Zentrum, auf das es bei der Auflösung hauptsächlich abgesehen war, kehrte in der alten Stärke zurück. Der neue Reichstag trat am 3. März

zusammen, auf den nächsten Tag war die Wahl des Präsidiums angesetzt. Welches die Absichten der Kartellparteien waren, wußten wir nicht. Kurz vor der Sitzung meldete Graf Adelmann, der als Schriftführer eine gewisse Fühlung mit den anderen Parteien hatte, nicht Franckenstein, sondern Heereman sollte als 1. Vizepräsident gewählt werden, was der erstere als eine persönliche Kränkung empfinden mochte. Unmittelbar vor Beginn der Verhandlungen kam derselbe Abgeordnete und berichtete, nicht Herr von Heereman, sondern ich sollte gewählt werden, aber nicht als erster, sondern als zweiter Vizepräsident. Zur Beratung mit den Freunden war keine Zeit, doch war ich entschlossen, abzulehnen, und tat dies, als das Wahlresultat bekannt gegeben wurde, mit dem Hinzufügen, ich wolle nicht den Schein erwecken, als ob ich nicht in jeder Weise mit dem Freiherrn von Franckenstein übereinstimmender Meinung sei. Windthorst war mit dem Zusatz unzufrieden, er mochte meinen, das Anschlagen einer persönlichen Note sei überflüssig, zumal dadurch erst recht eine gegen Franckenstein gerichtete Spitze in dem Vorgehen der Kartellparteien sichtbar gemacht werde.

Sogleich in den nächsten Tagen begannen die Verhandlungen über die unverändert wieder eingebrachte Heeresvorlage. In der Fraktion kamen wir überein, in Konsequenz unserer bisherigen Haltung auch jetzt nicht für das Septennat zu stimmen, aber mit Rücksicht auf den Wunsch des Papstes auch nicht dagegen, sondern uns der Abstimmung zu enthalten. So geschah es auch. Der Beschluß war nicht nach jedermanns Geschmack, ich erinnere mich, daß mir Heereman lächelnd sagte, wir seien ja erstaunlich schnell von unserer früheren

Stellung herabgeglitten; immerhin war der unliebsame Zwischenfall aus der Welt geschafft. Ich war drei Wochen im März und eine Woche im April in Berlin, mußte aber während des Sommersemesters in München bleiben und konnte daher an den sozialpolitischen Debatten nicht teilnehmen, die durch die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Bauhandwerker und die Seeleute, durch die Arbeiterschutzanträge und das vorgelegte Innungsgesetz herbeigeführt wurden.

Anfang Oktober fand in Mainz die Generalversammlung der Görresgesellschaft statt. Ich war gespannt, wie ich die Verhältnisse dort finden würde. Nahezu ein Jahrzehnt war seit dem Tode des großen Bischofs Ketteler vergangen, während dessen Domkapitular Moufang in aller Stille die Verwaltung der verwaisten Diözese führte. Endlich hatte sich die hessische Regierung zu Verhandlungen mit Rom bereit gefunden, bei denen auch der Fürst Ysenburg-Birstein beteiligt war, der damals eine gewisse politische Rolle zu spielen begonnen hatte, wobei er sich in einer Gegnerschaft gegen die Zentrumsleitung gefiel. Auf seinen Vorschlag hatte der Großherzog sich bereit gefunden, den Domkapitular Haffner unter Übergehung der älteren Herren Moufang und Heinrich als Bischof anzuerkennen. Ich war mit Haffner seit Jahren befreundet, wozu die gemeinsame Beschäftigung mit der Philosophie und später sein tätiges Interesse für die Görresgesellschaft beigetragen hatten. Er war ein geistreicher Mann, der neben seinem eigentlichen Berufe als Lehrer der Philosophie, in dem er freilich durch den Kulturkampf und die Verödung des Seminars brachgelegt worden war, lebhaften Anteil am öffentlichen

Leben nahm und als Redner in den Volksversammlungen wegen seines schlagfertigen Witzes sehr beliebt war. Die beiden älteren Kollegen mochten dies vielleicht nicht eben als eine geeignete Vorbereitung für die Nachfolge des ernsten und zurückhaltenden Ketteler halten, und blickten nicht ohne eine gewisse Sorge auf den bis zur Nervosität unruhigen Mann, ohne im geringsten seine Begabung und seine priesterlichen Tugenden anzuzweifeln. Ich konnte das deutlich wahrnehmen, und hörte bei einer geselligen Zusammenkunft, als der neue Bischof eine Tischrede hielt, wie Domkapitular Heinrich ihm wiederholt in lateinischer Sprache zuflüsterte, er möge seiner jetzigen Stellung eingedenk sein.

Die Versammlung verlief ganz nach Wunsch, unter großer, über die Gelehrtenkreise hinausreichender Beteiligung. In den Verhandlungen bildete die Stellung und Aufgabe des katholischen Historikers einen Gegenstand der Auseinandersetzung. Ich habe später einmal, es war auf der großen Katholikenversammlung in Köln im Jahre 1903, drei Perioden der katholischen Wissenschaft in Deutschland unterschieden: Die romantische zu Anfang des 19. Jahrhunderts, die apologetische und die streng wissenschaftliche. Die Freunde in Mainz wollten an der apologetischen Richtung festhalten, während wir in der Görresgesellschaft der Meinung waren, daß es gelte, auf dem strengwissenschaftlichen Gebiete den Wettbewerb mit den Andersgläubigen aufzunehmen, ja, daß gerade in der lediglich vom wissenschaftlichen Gesichtspunkte geleiteten Arbeit des katholischen Forschers die wirkungsvollste Apologetik gelegen sei.

Die großen Ferien hatte ich wie die beiden Vorjahre mit

meiner Familie in Ruhpolding zugebracht. Ich bin später öfters gefragt worden, wie wir gerade auf diesen Platz verfallen seien, und will erzählen, wie es kam. Kurz nach unserer Übersiedelung nach München im Jahre 1882 waren wir durch die Frage des trefflichen Hofrates Jochner, den wir gebeten hatten, uns seine ärztliche Sorge zuzuwenden, überrascht worden, wo wir unsern Landaufenthalt zu nehmen gedächten. Meine Frau erschrak ordentlich, daß sie, kaum in München eingewöhnt, schon wieder an einen Wechsel denken solle. Aber wir erfuhren, daß wer irgend konnte, in der Sommerzeit die Stadt zu verlassen und sich irgendwo auf dem Lande niederzulassen pflege. Die Sache wurde für uns dadurch erleichtert, daß Hofrat Jochner mit einem Vorschlag bei der Hand war. Der in Wien verstorbene Professor Arndts, der geschätzte Pandektist, hatte während seiner Lehrtätigkeit in München einen Bauernhof in Mühlfeld am Ammersee erworben und sich einige Räume zum Landaufenthalt wohnlich eingerichtet. Er war in zweiter Ehe mit der Witwe von Guido Görres vermählt, während die Gattin unseres Arztes eine Enkelin des alten Görres war und somit verwandtschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Familien bestanden. Jetzt war auch Frau Arndts gestorben, die Räume standen leer, und so kam Hofrat Jochner zu dem Vorschlage, daß wir die Sommerferien dort verbringen sollten. Wir gingen darauf ein und bereuten es nicht. Mühlfeld liegt am Ostufer des Sees, am Fuße der waldigen Höhe, die von dem Kloster Andechs gekrönt wird. Ein schöner Weg führt hinauf, den wir allsonntäglich zu gehen pflegten, dem Hochamte beizuwohnen. Die Klosterkirche mit dem weit ins Land

hineinragenden Turm birgt Reliquien der heiligen Elisabeth, und die Erinnerung an die rührende Gestalt des dreizehnten Jahrhunderts vermehrt die weihevolle Stimmung, welche das Betreten des altehrwürdigen Gotteshauses erweckt.

Eine direkte Eisenbahnverbindung mit München gab es damals noch nicht. Wer nicht, wie wir dies damals taten, sich eines Wagens bediente, fuhr zuerst eine kurze Strecke auf der Bahn München-Lindau, dann auf einem kleinen Dampfboot das Flüßchen hinauf, von dem der See den Namen hat, um hierauf das große Dampfboot zu besteigen, welches den Verkehr auf dem See vermittelt. Der Aufenthalt behagte uns, die Haushaltung bot keine unüberwindlichen Schwierigkeiten, an Spaziergängen fehlte es nicht, und die Kinder spielten gerne im Garten oder am Ufer des Sees. So gingen wir im nächsten Sommer wieder nach Mühlfeld.

Kurz nach der Rückkehr nach München aber traf uns ein schmerzlicher Schlag. Unser jüngstes, noch in Bonn geborenes Kind starb plötzlich nach kurzer Krankheit. Die Erinnerung an die herzige kleine Elisabeth, die so fröhlich dort herumgesprungen war und ihre blonden Locken im Winde hatte flattern lassen, war zu innig mit dem dortigen Aufenthalte verknüpft, als daß wir ihn noch einmal hätten wiederholen wollen. So mußte ein anderer Plan gefaßt werden, und auch hier wußte Hofrat Jochner Rat. Eine seiner Patientinnen hatte ihm viel Schönes von dem bei Traunstein in den Voralpen gelegenen Ruhpolding zu erzählen gewußt und auch Angaben über die dortigen Wohnungsverhältnisse gemacht. Rasch entschlossen fuhr ich an einem

freien Tage mit meiner Frau dorthin. Die Wagenfahrt durch das Tal der Traun, an malerisch gelegenen Dörfern vorbei, ließ Gutes erwarten, und die Erwartung täuschte uns nicht. Ruhpolding liegt in einem geräumigen, nach Norden offenen Tal, das im Osten durch den Staufen, nach Süden durch die Felsenpyramide des Sonntagshorns mit ihren Nebenbergen, nach Westen durch den Hochfelln abgeschlossen wird. Zwischen den beiden letzten ragt der zackige Rücken der Hörndlwand hervor, von einem Hügelrücken schaut die stattliche Pfarrkirche auf das friedliche Dorf hernieder. Noch war uns der Zauber der Gebirgswelt nicht aufgegangen, die so ganz verschieden war von der lachenden Rheinebene, aber allmählich fanden wir uns hinein und gerieten unter seinen Bann.

Wir hatten uns in einem kleinen, dem Kaufmann Zeller gehörigen Hause eingemietet und lernten nach und nach, wie tastend, die nähere und entferntere Umgebung kennen. Ich war von Jugend auf ein rüstiger Fußgänger gewesen und leitete jetzt auch die heranwachsenden Kinder dazu an, mußte aber selbst gelegentlich Lehrgeld zahlen, wenn ich, unerfahren wie ich darin war, mich an das Besteigen der höheren Berge machte. Als ich es gleich im ersten Jahre unternahm, allein und ohne Führer den gegen 1700 Meter hohen Rauschberg zu erklettern, verstieg ich mich so völlig, daß nur der laute Zuruf einer Sennerin, die mich aus einiger Entfernung erblickt hatte, mich vor Schlimmem behütete. Die im folgenden Jahre in Begleitung von Professor Georg Hüffer unternommene Besteigung des Sonntagshornes verlief zwar ohne einen solchen Zwischenfall,

belehrte mich aber, daß man für Wanderungen im Gebirge ganz andere Zeitmaße ansetzen muß als in der Ebene. Wir hatten die anstrengende Tour in einem Tage zurückgelegt. Später habe ich dann auch, besser dazu vorbereitet, die anderen Berge bestiegen, insbesondere den Hochfelln, der, in die Ebene herabfallend, eine herrliche Rundsicht über den weiten Spiegel des Chiemsees hinaus dem Auge darbietet. Schöner noch, ja die Perle von allem, was ich dort gesehen habe, ist der Blick von dem weiter südlich gelegenen Fellhorn. Man steigt langsam einen Bergrücken hinan und gelangt an eine schroff nach Tirol abfallende Wand, links ragen die Berchtesgadener Berge hinein, vor sich hat man die Loferer Steinberge und darüber die schneebedeckte Kette der Tauern mit Großglockner und Großvenediger.

Der erste Sommer war vergangen, der zweite herangebrochen, Ruhpolding war uns lieb geworden, und wir waren geneigt, unseren ständigen Aufenthalt dort zu nehmen. Das ging auch, wenn wir es so weiter hielten, wie wir es bisher gehalten hatten, uns einmieteten, aber nicht im Gasthofe aßen, was der Kinder wegen sich nicht empfahl, sondern selbst wirtschafteten. Das war freilich nicht bequem, und so war der Gedanke schon öfter erwogen worden, ob es nicht besser wäre, ganze Arbeit zu machen und sich ein eigenes Heim auf dem Lande zu gründen. Er wurde uns unmittelbar nahgebracht, als durch die Einführung der neuen Forstorganisation in Bayern zwei dem Fiskus gehörige Gebäude frei wurden und zur Versteigerung kamen. Das eine, mitten im Dorf von Häusern eingeschlossen, reizte uns nicht, wohl aber das andere,

an dem Wege zu dem nahen kleinen Orte Zell mitten in einem Garten gelegen. So entschloß ich mich, den Wurf zu wagen, und ging zu der Versteigerung, die, wenn ich mich recht erinnere, im Gasthause zur Post stattfand. Aber ein anderer Kauflustiger trieb den Preis so sehr in die Höhe, daß ich zurücktrat. Es traf sich, daß am gleichen Tage mein früher erwähnter Vetter mit seinem Viererzuge eintraf, uns zu besuchen. Als ich ihm von meiner fehlgeschlagenen Absicht berichtete, meinte er, wenn wir uns schon in Ruhpolding ansiedeln wollten, sollte ich nicht ein altes Haus kaufen, sondern nach meinem Geschmack und meinen Bedürfnissen neubauen. Davon erfuhr nun wieder mein Hauswirt, der Kaufmann Zeller, und kam mir zu sagen, daß er ein geeignetes Grundstück besitze, auf welches schon früher ein Herr aus München sein Auge geworfen habe, der Kauf sei aber damals nicht zustande gekommen. Der Platz sei der schönste in ganz Ruhpolding. Ich ließ mir ihn zeigen und fand, daß der Mann nicht zu viel gesagt habe. Es war eine Wiese auf einer mäßigen Anhöhe, südlich des Dorfes gelegen, von wo man einen entzückenden Rundblick über das Tal und nach den Bergen hat. Wir wurden handelseinig, der Platz, ein Tagwerk groß, ward mein Eigentum. Darauf sollte nun ein Haus gestellt und ein Garten angelegt werden. Wie würde sich Freund Richter gefreut haben, der so gern für mich ein Haus nach seinen Ideen gebaut hätte; aber ihn deckte schon seit Jahren in Bonn die Erde.

Es wäre am zweckmäßigsten gewesen, sich an eines der Münchener Baugeschäfte zu wenden, aber der Gedanke

kam mir nicht, der Plan wurde „in der Familie" entworfen und dann von einem gelernten Architekten der Fürstlich Löwensteinschen Verwaltung fachgemäß ausgearbeitet. Die Ausführung überließ ich dem biederen Zimmermeister Haßlberger, der in den letzten Jahren alle Neubauten in Ruhpolding und Umgebung übernommen hatte. Für den Garten interessierte sich einer der beiden Forstmeister, er gab Anweisungen für die Anlage und schaffte die Bäume herbei, kleine und größere. Der andere Forstmeister machte mich darauf aufmerksam, daß zu einem Wohnhaus auch Trinkwasser gehöre, er verriet mir eine günstig gelegene Quelle und bestimmte den Grundeigentümer sowie die Nachbarn, mir gegen mäßige Entschädigung die Benützung und die Zuleitung zu meinem Anwesen zu gestatten. 1886 hatte ich gekauft, im Frühjahr 1887 wurde der Grundstein gelegt, im September des gleichen Jahres, am Schutzengelfest, konnte der vollendete Neubau vom Ortspfarrer eingesegnet werden. Sommer für Sommer haben wir dann dort gewohnt, mit den Bäumen sind die Kinder herangewachsen; von den beiden Jüngsten war die eine ein Jahr, die andere gar erst zwei Monate alt, als sie den ersten Sommer dort verbrachten. Der Garten konnte nach einigen Jahren erheblich vergrößert, das Haus verschönert und später durch einen zweckmäßigen Anbau erweitert werden. Lust und Leid des Erdenlebens haben wir dort erfahren, an jedem Fleckchen haftete eine Erinnerung, Ruhpolding war die Heimat geworden.

Ich kehre zum Jahr 1887 zurück. Zum Reichstag, der im November wieder zusammentrat, konnte ich erst in der

zweiten Hälfte des Dezember für wenige Tage nach Berlin kommen. Ich besaß nicht mehr die Freiheit des Privatdozenten und mußte meine Stellung im Lehrkörper der Universität wahren und festigen. Doch hatte ich mich schon vorher in anderer Weise auf dem politischen Gebiete betätigt. Am 8. August beging die Universität Göttingen die Feier ihres hundertfünfzigjährigen Bestandes. Bei dieser Gelegenheit hielt der protestantische Theologe Albert Ritschel in seiner Eigenschaft als Prorektor eine höchst seltsame Rede, in der er bemüht war, die von ihm behauptete Koalition der Klerikalen, der Fortschrittler und der Sozialdemokraten auf eine wissenschaftliche Formel zu bringen. Ich hatte aus den Zeitungen davon erfahren, das Vorkommnis aber für eines der sensationellen Tagesereignisse gehalten, die rasch der Vergessenheit zu verfallen pflegen und mich nicht weiter darum gekümmert. Da schrieb mir unterm 23. September Windthorst: „Die Rede des Professors Ritschel in Göttingen bei Gelegenheit des Jubiläums ist so ungeheuerlich, daß sie nach meiner Ansicht nicht unbeantwortet bleiben kann. Die Antwort fällt naturgemäß Ihnen zu, und ich bitte Sie, in einem offenen Schreiben oder in einer anderen Ihnen bequem scheinenden Form den . . . . . Göttinger zurechtweisen zu wollen. Sie dürfen das aber nicht lange hinausschieben."

Ich ließ mir nun die im Druck erschienene Rede kommen und mußte mich Windthorsts Entrüstung anschließen. Ich wußte nicht, was mich mehr empörte, die bodenlose Arroganz oder die ganz ebenso große Unwissenheit des Redners. Er wollte eine wissenschaftliche Erklärung für

die befremdliche, freilich nur in seinem Kopfe existierende „Koalition der Klerikalen, der spezifisch Liberalen und der Sozialdemokratie" gefunden haben. „Die römisch-katholische, die sozialistische, die liberale Ansicht vom Staate," erklärte er, „haben ihren gemeinsamen Boden in der unrichtigen Entgegensetzung zwischen dem fabelhaften Naturrecht und dem geschichtlichen Rechte." Des näheren fand er dann die Brücke zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie in der angeblich von Thomas von Aquin vertretenen Lehre, wonach die im Naturrecht begründete Gemeinschaft der Erdengüter auch durch die positiv rechtliche Eigentumsordnung nicht aufgehoben werde, die Brücke zu den Freisinnigen in der den Jesuiten zugeschriebenen, insbesondere durch Bellarmin vertretenen Lehre von der Volkssouveränität.

Windthorst hatte recht, mehr als er dachte, dem Manne mußte i ch antworten, hatte ich mich doch mit den einschlagenden Fragen gründlich beschäftigt. Die Anerkennung des richtig verstandenen natürlichen Rechtes bildete, wie mehrfach hervorgehoben, die grundsätzliche Voraussetzung meines Standpunktes in der Sozialpolitik und nicht nur das; in einer Auseinandersetzung mit dem konservativen Abgeordneten von Helldorf hatte ich den prinzipiellen Gegensatz, der uns von ihm und seinen Freunden trenne, ausdrücklich darauf zurückgeführt, daß diese kein Recht kennen wollten, als nur im Staate und durch den Staat gesetzt, während wir an dem Rechte festhielten, das, aller staatlichen Gesetzgebung vorausgehend, von der Staatsgewalt zu schützen und von der staatlichen Gesetzgebung weiter zu entwickeln ist. So schrieb ich denn meinen offenen Brief

an Professor Ritschel, in dem ich nach einer kurzen Einleitung der Reihe nach über Gütergemeinschaft und Privateigentum, über die Herkunft der Staatsgewalt und die Volkssouveränität und über Naturrecht und positives Recht handelte.

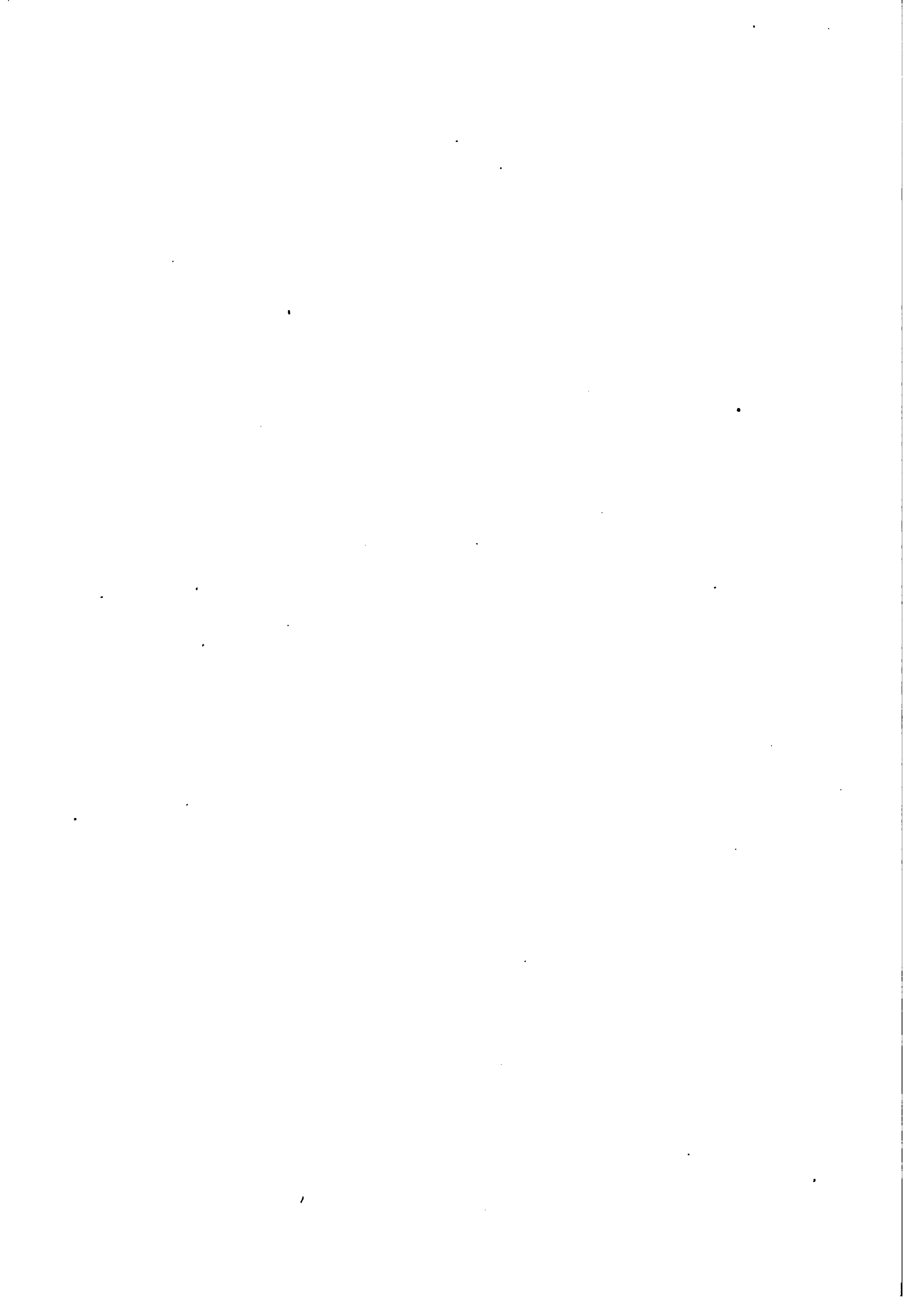
Die stark polemisch gehaltene Schrift erschien noch im Laufe des Winters und fand bei den Freunden, Gelehrten und Politikern viel Beifall. August Reichensperger nannte sie ein wahres Meisterstück von Abfertigung und meinte scherzweise, wollte man sich des studentischen Jargons bedienen, so wäre von einer großen Paukerei zwischen einem Göttinger und einem Münchener Professor zu berichten, bei welcher der erstere so viele Blutige erhalten habe, daß der Paukdoktor alle Mühe haben werde, ihn wieder zu flicken. Aber auch die anderen, die die Sache nur von der ernsten Seite nahmen, waren der Meinung, der Herr habe seinen Teil bekommen und werde sich nicht zum zweiten Male vorwagen. In der Tat antwortete der Angegriffene nicht. Auf Befragen, was er zu dem offenen Briefe sage, soll er geantwortet haben, er pflege solche Dinge nicht zu lesen. Einer seiner Anhänger schrieb später im Archiv für Geschichte der Philosophie eine Kritik; aber der Hieb, den er mir durch die Bemerkung zu versetzen glaubte, in der kurzen Zeit, in welcher der Brief dem beigefügten Datum zufolge verfaßt sei, lasse sich die Ritschelsche Theologie nicht bewältigen, ging fehl. Um diese Theologie habe ich mich damals und auch später nicht gekümmert, sie ging mich nichts an; wogegen ich mich wandte, waren die völlig haltlosen, aus Unwissenheit und dem Unvermögen, katholische Denkweise zu begreifen, hervorgegangenen Behauptungen des Redners.



Graf Hertling mit seinen Enkelkindern.



Graf Hertlings Landhaus in Ruhpolding.



Dafür hatte mein Münchener Kollege, Professor Carrière, das richtige Verständnis. Er schrieb zu meiner Verwunderung eine freundlich gehaltene Anzeige in die Allgemeine Zeitung. Nicht zufrieden waren einige meiner nächsten Verwandten. Der frühere hessische Bundestagsgesandte von Biegeleben tadelte bei aller Anerkennung der sachlichen Ausführungen das Übermaß an Ironie und meinte, Ironie sei auf dem geistigen Gebiete, was das Salz in der Küche, eine überaus wirksame Würze, die man aber nicht zuviel anwenden dürfe. Strenger urteilte die Schwester meiner Mutter, die ihrem Sohne von Hannover nach Göttingen gefolgt war und sich daher sozusagen mitten auf dem Kriegsschauplatze befand. Sie mißbilligte den angeschlagenen Ton und meinte, kennte sie mich nicht als einen umgänglichen Menschen, so würde sie ganz irre an mir werden. Werfe ich jetzt wieder einen Blick auf das damals Geschriebene, so möchte ich meinen Verwandten Recht geben, andererseits aber, wenn ich dann wieder die geradezu unqualifizierbaren Auslassungen des Redners lese, so ergreift mich der gleiche Unmut, der mich das erstemal erfüllte.

Eine Bemerkung allgemeiner Art drängt sich hier auf. Vorkommnisse wie die Ritschelsche Rede sind Folgen unserer Minoritätsstellung, der deutschen Katholiken überhaupt und der katholischen Gelehrten insbesondere. In selbstzufriedener Abgeschlossenheit glaubt man im anderen Lager auf katholische Leser oder Zuhörer keinerlei Rücksicht nehmen zu müssen. Das würde anders werden, wenn an den deutschen Universitäten überall, auch in den weltlichen Fächern, glau-

benstreue Katholiken als Lehrer tätig wären; die Scheu vor dem Kollegen würde davon zurückhalten, Gebiete zu betreten, auf denen man nicht wirklich zu Hause ist.

Auch in den ersten Wochen des neuen Jahres blieb ich dem Reichstage fern. Von den beiden Aufgaben, denen ich meine Kräfte zu widmen hatte, der Betätigung auf wissenschaftlichem Gebiete und der Beteiligung am öffentlichen Leben, hatte die erstere mehr und mehr das Übergewicht meines Interesses davongetragen. Der Kulturkampf, durch den ich vor Jahren ins Parlament geführt worden war, hatte längst seinen Höhepunkt überschritten; Fürst Bismarck selbst hatte den ungeheuren Fehler eingesehen, der damit begangen worden war, und bemühte sich, wieder friedliche Zustände herbeizuführen. Änderungen der Gesetzgebung, zu denen die langsam sich fortschleppenden Verhandlungen mit Rom führten, wurden im preußischen Abgeordnetenhause beraten, der Reichstag hatte mit kirchenpolitischen Fragen nur höchst selten zu tun. Eine Zeitlang, seit der Einbringung des Antrages Graf Galen, hatte mich die Sozialpolitik gefesselt; ich hatte eifrig und, was die Stellung der Zentrumsfraktion betrifft, mit Erfolg darin gearbeitet. Aber die Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung hatte mehr und mehr von dem Standpunkte abgeführt, welchen ich grundsätzlich als den richtigen ansah, so daß mein Interesse daran abnahm. Was den Reichstag in erster Linie beschäftigte, Finanz- und Wirtschaftsfragen, lag mir durchaus fern, und die ganz große Politik, die innere und erst recht die äußere, überließen wir sämtlich Windthorst, der für uns alle denken und handeln mußte.

Auf den 20. Februar 1888 war die zweite Lesung der von den Kartellparteien beantragten Verlängerung der Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre angesetzt. Obwohl der Erfolg von vornherein feststand, da die Antragsteller die Majorität besaßen, entschloß ich mich, für drei Wochen nach Berlin zu gehen. So war ich dort, als am 9. März Kaiser Wilhelm starb. Das Ereignis berührte mich innerlich nicht. Ich hatte die Erlebnisse von 1866 und die Empfindungen, die uns damals in Süddeutschland erfüllten, noch nicht überwunden. Aber wie ich im vorigen Jahre Zeuge der allgemeinen Teilnahme gewesen war, mit der die Bevölkerung den Eintritt des alten Kaisers in das 90. Lebensjahr beging — bei der Illumination am Abend war kein Fenster der Stadt, wie ärmlich auch die Behausung sein mochte, ohne Licht geblieben —, so war ich jetzt Zeuge der tiefen Trauer, die sein Tod in den weitesten Kreisen hervorrief. Auch für den Kronprinzen, den überaus populären „Sieger von Weißenburg und Wörth", hatte ich die längste Zeit wenig Sympathie gehegt und war darin durch die liberale Gesinnung, die man ihm nachsagte, nur bestärkt worden. Aber seitdem den schönen, stattlichen Mann das tückische Leiden befallen hatte, das er ohne Klage ertrug trotz des bis an sein Krankenbett dringenden Streites der Ärzte, hatte ich aufrichtiges Mitgefühl mit dem fürstlichen Dulder.

Wir waren im Reichstag versammelt, wo uns Bismarck amtlich die Todesnachricht mitteilen sollte. Sein Erscheinen zog sich in die Länge; man wollte wissen, daß telegraphisch mit San Remo, wo der Kranke weilte, verhandelt werde, ob

Bismarck bleibe oder nicht. Als ich hinwarf, der neue Kaiser müsse ihn ja behalten, es gäbe ja niemanden, der der Aufgabe gewachsen sei, erwiderte Windthorst ärgerlich: „Diese Rede höre ich nun alle Tage, und wenn Sie es heute werden, können Sie es auch!" Ich legte dem Worte keine Bedeutung bei und konnte nicht ahnen, daß ich fast dreißig Jahre später daran erinnert werden würde. Bismarck kam endlich und verkündete mit allen Zeichen seelischer Erschütterung, daß Kaiser Wilhelm um halb 9 Uhr vormittags zu seinen Vätern abberufen worden sei. Die Konservativen in meiner Nähe schluchzten laut; ich war boshaft genug, das Auftreten schauspielerhaft zu finden, auch fiel mir Perikles ein, wie er vor der athenischen Volksversammlung weinte. Aber ich war im Unrecht und bin nachträglich überzeugt, daß Bismarcks Tränen echt waren; er hatte allen Grund, seinem kaiserlichen Herrn nachzutrauern.

Um die Mitte des März kehrte ich nach München zurück. Die Hoffnungen, die man auf liberaler Seite gehegt haben mochte, erfüllten sich nicht; zu einem Ministerium Richter-Rickert, wovon seinerzeit Bismarck gesprochen hatte, kam es nicht, nur der allzu konservative Herr von Puttkamer mußte fallen. Bereits am 15. Juli hatte die kurze Episode der Regierung Kaiser Friedrichs ihr Ende erreicht. Der Reichstag wurde auf den 25. einberufen, um sich am 26. wieder zu vertagen; ich hatte mich nicht für verpflichtet gehalten, deswegen meine Vorlesungen zu unterbrechen.

Während der Sommerferien wurde ganz unerwartet in Oberstdorf, wo er seinen Landaufenthalt genommen hatte,

Professor Prantl, mein Spezialkollege, von einem Schlaganfall getroffen, der seinen Tod herbeiführte, ein Ereignis, das mich besonders nahe berühren mußte. In der Zusammensetzung der Fakultät waren ohnehin schon tiefgehende Veränderungen eingetreten. Giesebrecht hatte im Jahre 1883 sein siebzigstes Lebensjahr begonnen; mit Rücksicht hierauf hatte das Ministerium in dem Etat für 1884/85 eine Ersatzprofessur angefordert. Im Finanzausschusse der Kammer und deutlicher noch im Plenum wurde seitens der Majorität der Wunsch ausgesprochen, daß die Professur mit einem katholischen Gelehrten besetzt werde, und als Herr von Lutz sich zu der Zusage verstand, daß ein Mann von maßvoller Gesinnung berufen werden solle, der alle religiösen Empfindungen schone, bestand Gefahr, daß die im Finanzausschusse genehmigte Position im Plenum abgelehnt würde. Um dieselbe zu retten, schlug der Minister vor, die Besoldungen für zwei Professuren zu bewilligen, von denen die eine mit einem katholischen Historiker besetzt werden solle, und drang damit durch. So kam es, daß die philosophische Fakultät aufgefordert wurde, Personalvorschläge für zwei Professuren zu machen, von denen der eine nach freier Wahl geschehen konnte, bei dem anderen die Forderung der Landtagsmajorität und die Zusage des Ministers berücksichtigt werden mußten. Man kann begreifen, daß dies nicht nach dem Sinne der Fakultät war. Die Unterscheidung der beiden Professuren in eine „vorurteilslose und eine katholische" veranlaßten mich jedoch, in die Debatte einzugreifen. Ich führte aus, daß die Aufgabe des Historikers eine zweifache sei; einmal gelte es die Tatsache festzustellen,

zum zweiten die sichergestellten Tatsachen zu bewerten und in Zusammenhang zu bringen. Was das erste betreffe, so seien hierfür ausschließlich die Regeln der wissenschaftlichen Methode maßgebend; hier müsse der Forscher völlig objektiv zu Werke gehen und dürfe schlechthin nichts von seinem Eigenen dazutun. Er solle herausbringen, was wirklich geschehen sei. Anders, wenn es sich um die zweite Aufgabe handle. Für die Beurteilung dessen, was sich wirklich zugetragen hat, für die Bewertung der Ereignisse könne der Forscher gar nicht von dem Maßstabe absehen, der die letzte Grundlage in seiner Weltanschauung habe. Gewiß müsse er die größte Vorsicht walten lassen und sich so vollständig wie möglich über alle einschlägigen Verhältnisse und Umstände unterrichten, aber zuletzt werde doch immer die eigene Persönlichkeit mitreden. Eben darum sei auch das Verlangen katholischer Kreise berechtigt, unter den Professoren der Geschichte an der Universität auch solche von katholischer Überzeugung zu besitzen. Gegen diese Ausführungen konnte schwerlich etwas eingewendet werden, und ich erinnere mich auch nicht, in der Fakultät auf Widerspruch gestoßen zu sein. Kollege Christ sprach mir sogar seine Befriedigung aus über die Art, wie ich „die Sache geführt hätte".

Gegenüber einer Äußerung, die, glaube ich, von Cornelius herrührte, daß man keine Vorschläge machen könne, weil man von katholischen Historikern nichts wisse, nannte ich verschiedene Namen, die in Betracht gezogen werden könnten. Im Landtage war namentlich auf Janssen hingewiesen worden, den Verfasser der „Geschichte des deutschen

Volks", doch bestand von vornherein keine Aussicht auf seine Berufung; daneben auf Baumann, der damals eine Stelle in der Fürstlich Fürstenbergischen Archivverwaltung in Donaueschingen bekleidete, den Verfasser einer in Fachkreisen geschätzten Geschichte des Allgäus. Ich hatte gegen ihn keine Einwendung, wies daneben aber mit Nachdruck auf Dr. Grauert hin, der sich im vorigen Jahre als Privatdozent für Geschichte in München habilitiert hatte. Er stammte aus Pritzwalk in der Mark Brandenburg, wohin vor Jahren seine Familie aus Westfalen eingewandert war, ohne aber auf ihre westfälische Eigenart und ihr treues Festhalten am katholischen Glauben zu verzichten. Eine Schwester von ihm war die Gattin meines Fraktionskollegen, des Landgerichtsrats Otto Schmidt, den ich von meiner Berliner Studentenzeit her kannte. Er selbst hatte mich 1876 in Berlin aufgesucht, um sich als Mitglied der Görresgesellschaft anzumelden und seine Pläne und Absichten mit mir zu besprechen. Er strebte die akademische Laufbahn an, dachte sich aber als Historiker einen Rückhalt im Archivdienst zu schaffen. Von Herrn von Sybel, dem Direktor der preußischen Staatsarchive, hieß es, daß er die sich meldenden Bewerber fragen lasse, ob sie die Maigesetze anerkennen. So dachte Grauert an Bayern und wandte sich nach München. Er hatte als Schüler von Waitz in Göttingen promoviert; jetzt hörte er noch juristische Vorlesungen an der Universität und beteiligte sich an den archivalischen Übungen, welche der damalige Direktor des allgemeinen Reichsarchivs, Franz von Löher, abhielt. Hierbei wurde dieser auf den ungewöhnlich begabten jungen Mann aufmerksam und forderte ihn auf, in

den bayerischen Archivdienst einzutreten, was denn auch im Jahre 1877 geschah. Nach meiner Berufung nach München wurden wir bald näher miteinander bekannt. Ich erfreute mich an der festen kirchlichen Gesinnung und dem damals schon sehr ausgebreiteten Wissen des jungen Gelehrten, und aus der Übereinstimmung in allen großen Fragen des Lebens entwickelte sich rasch ein freundschaftliches Verhältnis. Nachdem Grauert zweimal als Begleiter des von der Historischen Kommission dorthin entsandten Dr. Riezler nach Rom gegangen war, um in dem soeben geöffneten vatikanischen Archiv nach Materialien zur Geschichte Ludwigs des Bayern zu forschen, habilitierte er sich im Jahre 1883 an der philosophischen Fakultät. Ich habe dem Kolloquium, das er zu diesem Zwecke zu bestehen hatte, angewohnt und erinnere mich noch wohl des angeregten Verlaufs, welches dasselbe nahm, als sich Cornelius daran beteiligte. Am Schlusse der langen Beratung beschloß die Fakultät, für die katholische Geschichtsprofessur Baumann und Grauert zu nennen, bezüglich des letzteren aber dem Bedauern Ausdruck zu geben, daß dies seiner religiösen Richtung wegen geschehen müsse, obwohl er erst kurze Zeit habilitiert sei und die älteren und verdienteren Privatdozenten Dr. von Druffel und Dr. Stieve dadurch zurückgestellt werden müßten.

Die Vorschläge gingen nun zunächst an den Senat. Nach den Satzungen der bayerischen Universitäten hat dieser das Recht, an den Vorschlägen der Fakultäten seinerseits Änderungen vorzunehmen. Das geschah auch in diesem Falle; Grauert wurde von der Liste gestrichen. Nun fragte es sich, was das

Ministerium tun werde. Ich nahm die Gelegenheit wahr, durch einen der wenigen mir bekannten Landtagsabgeordneten Herrn von Lutz auf Dr. Grauert aufmerksam zu machen, worauf dieser mir sagen ließ, ich möge selbst zu ihm kommen. Das tat ich denn auch, und hatte eine lange und sehr interessante Unterredung mit dem Minister, der beim Abschied bemerkte, wir könnten uns beide das Zeugnis geben, recht offenherzig gewesen zu sein. Ein Vorwurf gegen mich konnte darin dem ganzen Zusammenhange nach nicht liegen. Herr von Lutz hatte sich scharf gegen die Kammermajorität ausgesprochen, die stets geneigt sei, ihre Kompetenz zu überschreiten und in die Regierung einzugreifen. Aus diesem Grunde werde er sich nicht entschließen, Baumann zu berufen, der durch seine Verschwägerung mit Dr. Orterer diesem die Möglichkeit geben würde, auch in die Universitätsverhältnisse hineinzugreifen. Dr. Orterer war damals eines der jüngsten Mitglieder der Kammer, hatte sich aber bereits eine einflußreiche Stellung geschaffen, die er mehr als ein Menschenalter hindurch behauptete; er war ein Mann von gründlichem Wissen und zuverlässigem Charakter.

Im Jahre 1885 wurde Grauert zum ordentlichen Professor für Geschichte an der Universität ernannt, und ich war in der glücklichen Lage, nunmehr einen Gesinnungsgenossen in der Fakultät zu besitzen; dagegen war das Ergebnis ganz und gar nicht nach dem Geschmack des Dr. Sigl vom „Bayerischen Vaterland", das einen grimmigen Artikel brachte über die unter Mithilfe der Patrioten erfolgte Verpreußung der Universität.

Bei der Wiederbesetzung der durch Prantls Tod erledigten Professur lagen die Dinge weit einfacher, der Landtag war nicht beteiligt, da kein neues Gehalt zu bewilligen war; die Universität hatte freie Wahl. Ich habe dabei nicht nur in meiner Eigenschaft als Philosophieprofessor mitgesprochen, sondern auch als Mitglied des Senates, in den ich im Herbst 1888 gewählt worden war. Freilich konnte ich nur in negativer Weise eingreifen, sofern ich mich entschieden und mit Erfolg gegen den einen und anderen Kandidaten verwahrte. Selbst Vorschläge zu machen, war ich nicht in der Lage. Nach gründlichen Beratungen, zuerst in einer dazu gewählten Kommission, dann im Plenum der Fakultät und endlich im Senat, einigte man sich dahin, dem Ministerium Professor Stumpf in Halle vorzuschlagen, der sich insbesondere durch seine Arbeiten auf dem Gebiete der Psychologie einen Namen gemacht hatte, dabei aber nicht zu denen gehörte, welche die Philosophie in der Psychologie aufgehen lassen wollten, sondern auch den darüber hinausliegenden Fragen sein Interesse bewahrt hatte. Er war ein Schüler von Franz Brentano, und ich hatte ihn während seiner Studentenzeit in Würzburg kennen gelernt. Von dort war er, nachdem er die Theologie aufgegeben hatte, nach Göttingen zu Lotze gegangen, hatte dort sein Doktorexamen bestanden und sich auch, wenn ich nicht irre, als Privatdozent niedergelassen. Seine Berufung nach Halle hatte insofern eine gewisse Bedeutung, als die Universitätsstatuten Katholiken grundsätzlich vom Lehramt ausschlossen, somit für Stumpf eine besondere Dispens nötig war. Ob auf die Erteilung derselben der Umstand einwirkte, daß

er ebenso wie sein ehemaliger Lehrer innerlich der Kirche entfremdet war, weiß ich nicht. Im Frühjahr 1889 siedelte er nach München über. Wir haben dort eine Reihe von Jahren bis zu seiner Berufung nach Berlin friedlich und kollegialisch nebeneinander gelebt. Um unerwünschte Reibungen fernzuhalten, hatten wir Kandidaten gegenüber, die sich zum Examen in der Philosophie meldeten, die von uns vertretenen Fächer in der Weise abgegrenzt, daß bei dem einen der Schwerpunkt auf der psychologischen, bei dem andern auf der geschichtlichen Seite lag, eine Abgrenzung, die sich auch bei späteren Berufungen als zweckmäßig erwies.

Die Generalversammlung der Görresgesellschaft wurde im Jahre 1888 in Eichstätt abgehalten, wo die Dozenten an dem dem Bischof unterstehenden Lyzeum die wünschenswerte Beteiligung aus Gelehrtenkreisen sicherten, und die Anwesenheit des ebenso trefflichen wie liebenswürdigen Bischofs Freiherrn von Leonrod eine besondere Zierde bot. Auch einige Herren von der Universität Löwen waren erschienen, darunter Professor Mercier, der spätere Kardinal. Das Hauptereignis jener Tagung war die Bekanntgabe, daß mit dem Druck des Staatslexikons begonnen sei. Wir konnten nicht ahnen, wie viele Jahre noch vergehen würden, bis aus dem ersten Heft der erste Band und gar das vollständige Werk geworden war. Der Ausübung meiner parlamentarischen Tätigkeit war ein neues Hindernis dadurch erwachsen, daß mich die philosophische Fakultät zu einem ihrer Vertreter im Senat für die Jahre 1889 und 1890 erwählt hatte. Ich durfte hierin, erinnerte ich mich der ersten Begrüßung durch den Dekan, mit

Genugtuung erkennen, daß von der damaligen unfreundlichen Stimmung nichts mehr geblieben war. Aber ich war nun auch noch fester an München gebunden, da ich eine Senatssitzung unmöglich versäumen konnte, und doch sollte die bevorstehende Wintersession die schwierige Aufgabe der Alters- und Invalidenversicherung lösen.

Ich hatte bei der Richtung, welche die sozialpolitische Gesetzgebung inzwischen eingeschlagen hatte, der Vorlage von Anfang an mit dem größten Mißtrauen entgegengesehen. Nach der ersten Lesung, die zu Anfang Dezember stattfand, wurde der Gesetzentwurf der Kommission überwiesen und von dieser unter dem Vorsitz des Frhrn. v. Franckenstein einer mehrere Wochen in Anspruch nehmenden gründlichen Prüfung unterzogen. Die nicht unbedeutenden Abänderungen, welche dabei vorgenommen wurden, bewegten sich leider nicht in der Richtung, welche von mir und der Majorität des Zentrums auf dem Gebiete der Sozialpolitik bisher eingenommen worden war. Persönlich konnte ich mich nicht beteiligen, verfolgte aber mit Aufmerksamkeit die in die Öffentlichkeit dringenden Nachrichten und sah mich endlich veranlaßt, in einem längeren Artikel, welchen die „Kölnische Volkszeitung" am 6. Januar 1889 unter der Aufschrift „Eine ernste Entscheidung" brachte, Stellung zu nehmen. Da er die Frage einer grundsätzlichen Erörterung unterwirft, lasse ich ihn hier in der Hauptsache folgen:

„Die Kommission des Reichstags für das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz hat in ihrer Sitzung vom 28. Januar den § 14, welcher das Reich behufs Aufbringung der Mittel heranzieht, zwar nicht dem Wortlaut, wohl aber dem

wesentlichen Gedanken nach angenommen. Sie hat damit, soweit es an ihr lag, einen Grundsatz von ungeheurer Tragweite bestätigt. Wenn der Paragraph Gesetzeskraft gewinnt, so ist damit der Bruch mit der älteren Auffassung vom Verhältnisse des Staates zur Gesellschaft endgültig vollzogen. Der Staatssozialismus, welcher die Mittel der Gesamtheit beliebig im Interesse einzelner Gesellschaftskreise verwertet und seine auf die Reform der gesellschaftlichen Ordnung abzielenden Maßregeln zwangsweise durchführt, ist in der schroffsten Form proklamiert.

„Es sind noch nicht acht Jahre verflossen, seit der Reichstag sich mit überwältigender Mehrheit gegen ein derartiges System erklärte. Der erste Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes vom Jahre 1881, welcher bekanntlich, nachdem er im Reichstage durchberaten war, an dem Widerspruch des Bundesrates scheiterte, enthielt in § 13 die Bestimmung, daß die Versicherungsprämie für diejenige Klasse von Arbeitern, deren Jahresarbeitsverdienst 750 Mark und weniger beträgt, zu zwei Dritteln von den Betriebsunternehmern, zu einem Drittel vom Reich aufzubringen sei. Gegen eine solche Heranziehung von Reichsmitteln sprachen sich bei Gelegenheit der ersten Beratung Redner aus allen Parteien mit Ausnahme der sozialdemokratischen aus. Konservativer Redner war der nunmehrige badische Bevollmächtigte zum Bundesrat, Freiherr von Marschall, dessen Ausführungen hauptsächlich auf den Nachweis der grundsätzlichen Unzulässigkeit des Reichszuschusses gerichtet waren. Die Kommission strich den letzteren und legte die Kosten der Versicherung aus-

schließlich den Beteiligten auf, den Unternehmern zu zwei Dritteln, den Arbeitern zu einem Drittel. Die Ausführungen des Ministers von Böttícher, durch die Beteiligung eines öffentlichen Verbandes solle dem Arbeiter zu Bewußtsein gebracht werden, daß der Staat auch für ihn sorge, fanden bei der weit überwiegenden Mehrheit keinen Anklang. Ein Antrag zur zweiten Lesung, gestellt von einem kleinen Häuflein preußischer Konservativer unter Führung des Abgeordneten von Kleist-Retzow, welcher die Heranziehung öffentlicher Mittel, wenn auch in veränderter Fassung, wieder in das Gesetz hineinbringen wollte, wurde abgelehnt. Der bezeichnende Umstand, daß für ihn außer den Antragstellern nur noch die Vertreter der Sozialdemokratie sich erhoben, rief die Heiterkeit des Hauses hervor. Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf diese Vorgänge äußerte Professor L. Brentano in seiner Charakteristik der sozialpolitischen Parteien in Deutschland (in der ersten Auflage von Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie, Seite 939), „das Zentrum sei den staatssozialistischen Regierungsentwürfen gegenüber bis jetzt der Auffassung des Bischofs Ketteler treu geblieben." Bis jetzt — das lautete fast wie der Ausdruck der Erwartung, daß das Zentrum auf die Dauer dieser Auffassung nicht treu bleiben werde. Sollte Brentano zum Propheten geworden sein? . . .

„Das Unfallversicherungsgesetz vom Jahre 1884 entsprach in seinen leitenden Gedanken den sozialpolitischen Grundsätzen der Zentrumspartei. Wir denken dabei an die berufsgenossenschaftliche Organisation, an die Aufbringung der Mittel durch die Industrie selbst, und vor allem, worin bereits die früheren

Entwürfe vorangegangen waren, an die Richtung des staatlichen Zwanges gegen den Unternehmer, der gehalten wird, seine Arbeiter gegen die Gefahren sicherzustellen, welche aus der Natur des Betriebes hervorgehen. Das Gesetz war aus den Verhältnissen der modernen Industrie herausgewachsen. Dieselben verlangten eine Erweiterung der Haftbarkeit für Schuld zur Haftbarkeit für Zufall, das heißt für jene durch vielerlei konkurrierende Umstände herbeigeführten Unfälle, welche die Fabrikarbeit mit Maschinen, Arbeitsteilung und Ansammlung vieler Arbeiter auf engem Raum als schwer vermeidbare Übelstände begleiten. Es war bedenklich, den Gedanken des Gesetzes auch auf andere Gebiete auszudehnen, bedenklicher noch das rasche Tempo, in welchem der Reihe nach die verschiedenartigsten Berufsgattungen dem Versicherungszwang unterworfen wurden. Als seinerzeit die Sozialdemokraten einen Antrag einbrachten, welcher jeden deutschen Reichsbürger, dessen tägliches Einkommen nicht mehr als 15 Mark beträgt, dem Versicherungszwang unterwerfen wollte, fand derselbe kaum eine ernsthafte Beachtung. Man wird heute sagen müssen, der einzige Vorwurf, welcher die Antragsteller treffe, sei der, der Zeit zu rasch vorangeeilt zu sein. Jedenfalls hatte ihr Vorschlag den Vorzug der größten Einfachheit für sich.

„Der verhängnisvolle Schritt in der sozialpolitischen Gesetzgebung der letzten Jahre ist in weiten Kreisen kaum beachtet worden. Er geschah damals, als man bei der Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft die Veranlagung zur Grundsteuer an die

Stelle des zu berechnenden Jahresarbeitsverdienstes treten ließ und in logischer, sofort ausdrücklich gezogener Folgerung hiervon den Arbeitgeber auch für seine eigene Person in die Versicherung mit einbegriff. Damit hatte der staatliche Versicherungszwang einen neuen Sinn und eine neue, ungeahnte Erweiterung erfahren. Wenn man im modernen Leben dem Staate das Recht zuschreiben mag, jeden Arbeitgeber zu zwingen, daß er seine Arbeiter gegen die Folgen der Betriebsunfälle sichern solle — ein Recht, welches ursprünglich nur aus den besonderen Verhältnissen der Großindustrie abgeleitet war —, so folgt daraus doch noch lange nicht das weitere Recht des Staates, den Arbeitgeber zu zwingen, sich selbst zu versichern; aber Einsprüche gegen diese, in keiner Weise zu rechtfertigende Steigerung des staatlichen Zwangsrechtes, wenn sie überhaupt erhoben wurden, verhallten ungehört.

„So bestätigt sich das auch in der Politik, daß nur der erste Schritt Schwierigkeit macht. Als es sich um die erstmalige Einführung des Staatszwanges auf dem Gebiete der Arbeiterversicherungsgesetzgebung handelte, begegnete der Gedanke vielfachem Widerspruche. Auch katholische Kreise waren bedenklich, doch verschloß man sich hier auf die Dauer der Einsicht nicht, daß innerhalb gewisser Grenzen der Zwang zulässig und seine Einführung eine Notwendigkeit sei. Jetzt, nachdem wir obligatorische Kranken- und Unfallversicherung in weitestem Umfange haben, wird die Frage der grundsätzlichen Zulässigkeit gar nicht mehr erörtert. Was innerhalb bestimmter Grenzen auf Grund bestimmter Voraussetzungen als annehmbar anerkannt worden war, gilt nun bereits ohne

jede Einschränkung als selbstverständlich. Daß die neue Gesetzesvorlage, welche augenblicklich den Reichstag beschäftigt, den Versicherungszwang nicht nur allgemein auf alle Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge und Dienstboten ausdehnt, sondern dem Bundesrat zugleich die Befugnis erteilt, denselben auf Taglöhner, Hausindustrielle, Lohnmeister und Betriebsunternehmer zu erstrecken, welche nicht regelmäßig wenigstens einen Lohnarbeiter beschäftigen, scheint auf keiner Seite beanstandet worden zu sein . . .

„Unter diesen Umständen hat die oben erwähnte Abstimmung über den § 14 kaum mehr überraschen können; nachdem man einmal dem Versicherungszwange die weite Ausdehnung gegeben hat, muß es einleuchtend erscheinen, daß Industrie und Landwirtschaft allein für die Kosten nicht aufkommen können, daß somit die von den verschiedenen Parteien, insbesondere auch vom Zentrum, angestrebte Alters- und Invalidenversorgung ohne Heranziehung von Reichsmitteln nicht möglich sein würde. Es ist dasselbe Argument, welches auch gegen die berufsgenossenschaftliche Organisation ins Feld geführt wird, die um deswillen für das neue Gebiet nicht anwendbar sein soll, weil der Kreis der einzubeziehenden Personen weiter reicht als jene Organisationen. Der Fehler ist da wie dort derselbe: die Ausdehnung des Gebietes weit über den ursprünglichen legislatorischen Gedanken und, um es nur gleich zu sagen, auch weit über das Bedürfnis hinaus.

„Wird die Zentrumsfraktion sich so weit von ihrer früheren Haltung abdrängen lassen, daß sie nicht nur auf die berufsgenossenschaftliche Organisation verzichtet, nicht nur der

fortgesetzten Steigerung der staatlichen Zwangsbefugnis zustimmt, sondern auch in den Reichszuschuß willigt, dessen Ablehnung für sie im Jahre 1881 unumgängliche Bedingung war?

„Der Gedanke, daß die Fürsorge für die Arbeiter, Fürsorge im weitesten Umfange, von den in Berufsgenossenschaften zu vereinigenden Arbeitgebern zu tragen sei, hätte in allmählicher Ausgestaltung zu einer wirklichen Sozialreform hinführen können. Das Gesetz, welches jetzt der Beratung des Reichstages unterliegt, ist keine sozialpolitische Maßregel im großen Stile; es ist, Herr von Böttcher mag sich dagegen wehren so viel er will, nur eine anderweitige Regulierung der Armenpflege."

Wenige Tage nach der Veröffentlichung des Artikels erhielt ich die nachstehenden charakteristischen Zeilen von Dr. Lieber: „Verehrter lieber Freund! In Eile sage ich bei flüchtigem Aufenthalt daheim Ihnen von Herzen Dank und Einverständnis zu ‚Eine ernste Entscheidung'. Sie konnten so etwas schreiben . . . Die Handschrift ist verstanden worden. Sie werden unzweideutige Beweise dafür haben; daß sie in unserm Sinne Wendung schaffe, ist — leider! — nicht zu hoffen. Abwärts gibt's selten Einhalt. So werden wir mit Ehren fallen. ‚Will mir die Hand noch reichen.'"

Am 14. Februar brachte die „Kölnische Volkszeitung" einen weiteren Artikel aus meiner Feder, der die ganze Tragweite, welche die Entscheidung gerade für die Zentrumsfraktion habe, hervorhob:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, im Kulturkampf erstarkt, entnimmt das

feste Band ihrer Zusammengehörigkeit zunächst der Übereinstimmung auf dem religiös-kirchlichen Gebiete. Im preußischen Abgeordnetenhause sorgt schon die Schulfrage dafür, daß diese Zusammengehörigkeit nach innen wie nach außen niemals in Vergessenheit gerät. Anders im Reichstag. Kirchlich-politische Fragen sind dort seit dem Ende der siebziger Jahre immer seltener zur Erörterung gelangt; die wirtschaftlichen Fragen aber, die seit eben jener Zeit in den Vordergrund getreten sind, pflegen bekanntlich auch engverbundene politische Parteien unter Umständen nach verschiedenen Richtungen auseinanderzutreiben. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat dies zu verschiedenen Malen an sich erfahren müssen. Wenn ihre Zusammengehörigkeit trotzdem bisher nie ernstlich in Gefahr war, so wirken hierfür verschiedene Gründe zusammen. Einmal die Natur jener Fragen selbst; eine Partei, die sich in grundsätzlichen Dingen geeinigt weiß, kann es ertragen, wenn über die Zweckmäßigkeit einer Tarifkommission oder einer wirtschaftlichen Maßregel untergeordneter Art verschiedene Ansichten zur Geltung gebracht werden. Dazu kommt der persönliche Einfluß und die wohlbegründete Geltung ihrer ausgezeichneten Führer.

„Alle anderen Fraktionen können das Zentrum beneiden um das Vertrauen, mit welchem seine Mitglieder auf die Herren Dr. Windthorst und Freiherrn von Franckenstein blicken. Eine kaum minder bedeutende Stütze des Zusammenhaltes ist endlich die Überlieferung, die Erinnerung an frühere Kampfgenossenschaft. Aber man darf nicht vergessen, daß diese letztere Stütze im Laufe der Jahre schwächer wird, je mehr

die Zeiten des schlimmsten Kampfes zurücktreten; man darf insbesondere nicht übersehen, daß die Wahlen seit 1881 in wachsender Zahl Mitglieder herzugeführt haben, welche den eigentlichen Kulturkampf nicht miterlebt haben, für welche jene Erinnerungen nicht gelten, welche vielleicht mit ganz anderen Anschauungen, als sie die aufgezwungene Oppositionsstellung erzeugt, der Fraktion beigetreten sind. Um so wichtiger ist es darum, daß die Anlässe des Auseinanderstimmens nicht zu häufig wiederkehren, und daß umgekehrt jede Gelegenheit, die grundsätzliche Übereinstimmung zu bekunden, aufs nachdrücklichste ergriffen und festgehalten werde.

„Um eine solche Gelegenheit handelt es sich bei der Beratung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes. Neben ihrer Haltung in den kirchenpolitischen Kämpfen ist nichts so fest mit der innersten Natur und der Geschichte der Zentrumsfraktion verwachsen als ihre Stellung zu der sozialen Frage. Von Anfang an völlig zielbewußt, ist sie seit 1877 im Reichstage mit dem Antrag Graf Galen aufgetreten, hat sie nicht ohne Erfolg ihren Einfluß bei der Gewerbeordnungsnovelle von 1878 geltend gemacht, ist sie unermüdet in stets wiederholten Ansätzen für die Ausbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung tätig gewesen, und wenn es ihr aus bekannten Gründen hier bis jetzt noch nicht gelungen ist, einen praktischen Erfolg zu erreichen, so ist doch die Richtigkeit der von ihr allein vertretenen Grundsätze nunmehr von allen Parteien des Hauses anerkannt. Die Sozialpolitik der Regierung dagegen folgt anders gerichteten Bahnen. Das ist nicht erst durch die schroff ablehnende Haltung deutlich geworden, welche sie eben

jenen auf Ausdehnung des Arbeiterschutzes gerichteten Bestrebungen gegenüber eingenommen hat, es ist von den Rednern des Zentrums bestimmt, wenn auch mit einer gewissen Zurückhaltung hervorgehoben worden . . .

„Man hat seinerzeit mit einer gewissen Glaubhaftigkeit erzählen gehört, der Reichskanzler habe die Umgestaltung des ersten Unfallversicherungsgesetzes ausdrücklich in Rücksicht auf die Wünsche des Zentrums vornehmen lassen. Bei den späteren Vorlagen scheint die Neigung hierzu gefehlt zu haben, vielleicht auch das Bedürfnis. Jedenfalls ist man jetzt an einem Punkt angelangt, welcher mit der von der Zentrumsfraktion bisher eingehaltenen Linie nichts mehr gemein hat. Daß nun die Fraktion ihrer überwiegenden Mehrheit nach der Regierungsvorlage zustimmen oder gar wie in früheren Fällen das Gewicht ihres moralischen Einflusses für die Durchbringung derselben einsetzen werde, fürchten wir nicht. Aber als überaus beklagenswert würde es uns erscheinen, wenn sie abermals nach verschiedenen Seiten auseinandergehen sollte, statt durch ein einmütiges Nein sich auf dem Boden ihrer Grundsätze zu sammeln! Kaum würde sobald eine Gelegenheit wiederkehren, bei welcher die jüngeren Mitglieder, welche an der kirchlich-politischen Aktion keinen Teil genommen haben, ihre grundsätzliche Zugehörigkeit zum Zentrum bekunden könnten. Und von einer Sozialpolitik des Zentrums als solchem würde in Zukunft nicht mehr die Rede sein können. Es gäbe keine mehr, und der löbliche Eifer für Holzzölle und Befähigungsnachweis würde nach unserm Dafürhalten diesen Mangel nicht wettmachen.“

Daß auch diesmal die „Handschrift" erkannt und meine Ausführungen von einzelnen meiner Freunde übel vermerkt worden waren, konnte ich bei meiner nächsten Anwesenheit in Berlin deutlich wahrnehmen. Franckenstein hatte sich in das umfangreiche und verwickelte Gesetz völlig hineingearbeitet und beherrschte es in allen einzelnen Bestimmungen, was ihm bei der Besprechung desselben eine gewisse Überlegenheit sicherte. „Hast du das Gesetz gelesen? Hast du es ganz gelesen? Hast du es auch verstanden?" pflegte er sofort die ihn interpellierenden Freunde zu fragen und dadurch vor etwaigem Widerspruche abzuschrecken. Eine seiner Hauptstützen war der damalige stellvertretende bayerische Bevollmächtigte zum Bundesrat, Landmann, der spätere Kultusminister.

Am 15. März bat mich Windthorst, sobald wie möglich nach Berlin zu kommen; er stimme ganz mit mir überein und wir müßten sehen, wie wir die Sache noch ordnen könnten. So fuhr ich denn nach Berlin, wo am 29. März die zweite Lesung des Gesetzes stattfinden sollte. Ich hatte zu derselben gemeinsam mit Dr. Hitze den Antrag gestellt, die Wirkung des Gesetzes auf die gegen Unfall versicherten Industriearbeiter auf Grundlage der Berufsgenossenschaften zu beschränken und den Reichszuschuß zu streichen. Am 30. berichtete ich nach Hause:

„Gestern konnte ich unmöglich schreiben. In der Frühe mußte ich mich vorbereiten; dann kam die Plenarsitzung, in der ich reden und achtgeben mußte; dann war Essenszeit und hierauf hatte ich noch Kommissionssitzung bis

nach zehn Uhr. Den Verlauf der Verhandlung wirst Du aus der Zeitung ersehen haben. Es war ein Unglückstag für das Zentrum. Ich sprach zuerst, die Anhänger waren zufrieden; ich stand etwas unter dem Drucke der Situation, gab aber meinem entschiedenen Protest gegen die staatssozialistische Aera bestimmten Ausdruck. Die Rede machte im Hause sichtbar Eindruck. Alle die furchtsamen Leute, die das Gesetz nicht wollen, aber es nicht laut zu sagen wagen, bekamen Courage und begannen zu hoffen, es möge nun doch noch vielleicht zu Fall kommen. So schien alles gut, und daß sich Franckenstein zum Worte gemeldet hatte, machte uns nur für ihn besorgt, weil er gar kein Redner ist. Die Sache kam aber anders. Franckensteins Rede war ein — Dementi meiner Ausführungen; ihr kurzer Sinn war, daß ich von den Dingen nichts verstünde; gegen meine prinzipielle Deduktion, welche auf dem alten Zentrumsprogramme basierte, führte er die viel gerühmte kaiserliche Botschaft ins Feld, von der gleich danach Bismarck sagte, daß er dem hochseligen Kaiser den Gedanken dazu eingegeben habe. Darauf kam der Minister von Bötticher, der in seinen gegen mich gerichteten Ausführungen wenig bewies und wenig verbindlich war. Ihm habe ich in einer persönlichen Bemerkung gründlich heimgeleuchtet, die zwar vielleicht gedruckt nach nicht viel aussieht, die aber durch die Energie, mit der ich sie ihm zurief, jedenfalls zeigte, daß ich mich vor den Herren nicht fürchte, weil ich von ihnen nichts will. Der Effekt meiner Rede war aber hin; die furchtsamen Leute krochen wieder in ihre Mauselöcher, die Kartellbrüder jubelten Franckenstein zu, der heute ganz

in ihrem Sinn und in ihrer Weise gesprochen hatte. Im Zentrum herrschte tiefe Bestürzung, zum Teil auch Entrüstung. Persönlich waren F. selbst und seine Anhänger nachher weit freundlicher, als sie am Tage vorher gewesen waren. . . . Aber was kann das helfen? Der Bruch ist offen zutage getreten. Der Bruch mit der Vergangenheit, mit dem Programm, der Bruch innerhalb der Partei. Windthorst sprach von Weggehen; ich sagte, das heiße die Firma liquidieren; er meinte, das sei bereits heute geschehen. Ich kann es hier kaum mehr aushalten, muß aber doch die Durchberatung des Gesetzes vorläufig noch abwarten, da immer noch Zwischenfälle kommen könnten, die es scheitern ließen. Freilich ist zu fürchten, daß das kleine Häuflein Konservativer, welche Rückverweisung an die Kommission, d. h. Begrabung beantragen wollten, seit gestern sehr zusammengeschmolzen ist."

Am Abend des gleichen Tages konnte mein Bericht etwas anders lauten: „. . . Der Tag ist weit besser verlaufen wie der gestrige; Windthorst hat meisterhaft und mit großem Erfolg gesprochen; zuerst den Riß innerhalb der Fraktion so geschickt wie nur immer möglich zugedeckt und dann auch sachlich die Hauptbedenken gegen den Gesetzentwurf scharf und schlagend hervorgehoben. Aeußerlich ist daher die Einigkeit für den Moment wieder hergestellt oder, richtiger gesagt: die Absicht des Zusammenhaltens. . . . Daß aber bei der Abstimmung über § 1 vier Fünftel der Fraktion auf meiner Seite waren und nur ein Fünftel auf der Seite von F., war nicht nur für mich eine große Genugtuung, sondern machte auch im Hause und auf der Ministerbank sichtbaren

Eindruck. Ueberhaupt hatte man wohl nicht geglaubt, daß die Minorität eine so starke sein würde, denn zu den 72, die gegen § 1 gestimmt haben, werden bei der Schlußabstimmung noch sehr viele andere hinzukommen. Über das endliche Schicksal läßt sich nichts sagen; ich glaube noch immer, daß das Gesetz angenommen werden wird, obwohl eine ganze Anzahl von Leuten aus den verschiedenen Fraktionen die Hoffnung hegt, es möge durch irgend einen Zwischenfall zum Scheitern kommen. Den Eindruck oder die Überzeugung habe ich übrigens auch jetzt schon, daß es doch nicht überflüssig war, daß ich hierherkam. Windthorst hat mich beauftragt, Dir zu sagen, ich hätte die zwei Tage im Mittelpunkt der Diskussion gestanden; tatsächlich ist kein Name so oft genannt worden wie der meine. Ich sagte ihm, daß ich nur ihm zuliebe gekommen sei; er meinte aber, ich dürfe mir sagen, daß es auch von Erfolg für die Sache gewesen sei."

Nach München zurückgekehrt, erfuhr ich aus Briefen Windthorsts, daß die Schwierigkeit der Lage andauere. Er war besorgt, daß unzutreffende Nachrichten nach Rom dringen möchten, und ersuchte mich, die Nuntiatur zu informieren. Dringend wünschte er, daß ich am 7. Mai in Berlin anwesend sein möge, wo eine entscheidende Fraktionssitzung stattfinden werde.. Das war mir nun leider unmöglich; am 3. Mai schrieb er mir abermals: „Ich war wegen des Landtagsschlusses, des wunderlichsten, den ich jemals mitgemacht (er wurde auch in der Presse vielfach besprochen), auf zwei Tage in Berlin. Die Stimmung gegen das Invaliden-

gesetz ist in konservativen Kreisen im Steigen, und wenn die Leute frei abstimmen könnten oder wollten, würde es mit Glanz verworfen. Aber die Regierung arbeitet mit Hochdruck, und dem werden die schwachen Herren kaum widerstehen. Doch wir müssen tun, was nur möglich ist. An mich ergehen dazu Aufforderungen von allen Seiten. Bachem schreibt mir, daß die Stimmung am Rhein sehr erregt sei und gegen unsere Freunde sich wende, die mit uns in dieser Sache nicht übereinstimmen. Ich bin über die Situation im höchsten Grade betrübt; es tut mir unendlich leid, wenn Sie zum 7. nicht da sind. Am 6. abends werde ich wieder in Berlin sein. Es soll sofort eine Fraktionssitzung stattfinden, in welcher voraussichtlich ernsthafte Erörterungen vorkommen werden, dazu hätte ich Sie gerne dort. Wiederholen Sie Ihren Besuch in der Münchener Nuntiatur. Kommen Sie jedenfalls so rasch wie möglich und schicken Sie alle Kollegen aus Bayern nach Berlin."

Vom 17. bis 23. Mai fand die dritte Beratung statt, zu der ich mich nach Berlin begab. Wie gewöhnlich ging ich sogleich zu Windthorst, den ich diesmal gut aussehend, aber sehr niedergedrückt fand. Er berichtete mir über die vor wenigen Tagen abgehaltene Fraktionssitzung, welche „gut inszeniert gewesen sei; Lieber habe gut, wenn auch etwas überschwänglich gesprochen". Äußerlich herrschte Friede, im Innern aber fand ich die Stimmung schlecht auf beiden Seiten und befürchtete immer mehr, daß der Riß sich diesmal nicht werde verkleistern lassen. Am liebsten wäre ich gleich wieder nach München zurückgefahren, zumal ich mich entschlossen

hatte, des lieben Friedens halber in die öffentliche Debatte nicht mehr einzugreifen. Aber Windthorst bat mich, seinetwegen hier zu bleiben, „damit er doch jemand habe, den er fragen könne"; so entschloß ich mich denn zu bleiben.

An einem der letzten Tage nahm Windthorst noch einmal das Wort, in der Form etwas müde, aber er sagte doch alles, was gesagt werden mußte. Am 24. erfolgte die Annahme des Gesetzes mit 186 gegen 165 Stimmen; die geringfügige Majorität wurde dadurch herbeigeführt, daß 11 Mitglieder des Zentrums für das Gesetz gestimmt hatten.

„Das Diner im Kaiserhof ist wohl jetzt die einzige Brücke über den Abgrund" meinte treffend Fräulein E. von Wangenheim. Dort pflegten seit längerer Zeit Windthorst und Franckenstein zu essen, zusammen mit einer kleinen Gruppe von Fraktionsmitgliedern. Auch ich schloß mich an, wenn ich in Berlin war. Daß die Unterhaltung in diesen Tagen nicht den früheren unbefangenen, freundschaftlichen Charakter trug, läßt sich denken. Sobald die Mahlzeit beendet war, forderte mich Windthorst auf, mit ihm eine kurze Fahrt durch den Tiergarten zu machen, was dann auch regelmäßig geschah.

Mitten in die aufregenden sozialpolitischen Debatten des Reichstages fiel der Besuch des Königs von Italien in Berlin. Am 23. Mai fand, veranlaßt durch eine Adresse der römischen Deputiertenkammer, im Reichstage eine Demonstration zu Gunsten des befreundeten Königreiches statt, wozu Franckenstein die folgende Erklärung abgab: „Meine gesamten politischen Freunde schließen sich dem Danke des Herrn Präsidenten an, tun dies aber mit dem ausdrücklichen Vorbehalt,

daß dadurch unserer Stellung zur römischen Frage nach keiner Richtung hin präjudiziert werden soll."

Die Erklärung hatte ihre Vorgeschichte. In zwei aufeinander folgenden Fraktionssitzungen hatte Windthorst auf die Eventualität einer solchen Demonstration hingewiesen und daran die Frage geknüpft, wie sich das Zentrum dazu verhalten wolle, war dabei aber jedesmal auf die kühle Ablehnung Franckensteins gestoßen. Er wisse nichts davon und glaube nicht daran; Herr von Levetzow würde ihn davon unterrichtet haben, wenn etwas an der Sache wäre. Endlich in einer dritten Sitzung überraschte uns Windthorst durch die Mitteilung, er wisse, daß noch am gleichen Tage der Präsident von Levetzow den Reichstag zu einer Demonstration zugunsten Italiens veranlassen werde. „Wir müssen uns also entscheiden, wie wir uns dazu stellen werden." Sofort wurde beschlossen, daß Windthorst im Namen der Fraktion eine Erklärung abgeben solle, in welcher unser pflichtmäßiger Vorbehalt wegen der römischen Frage Ausdruck finden müsse. Nach Schluß der Fraktionssitzung kam ein dem rheinischen Adel angehöriger Kollege auf uns zu und meinte, bisher habe doch Franckenstein jedesmal solche Erklärungen der Fraktion im Plenum abgegeben, das müsse doch wieder geschehen. Ob ich es nicht Windthorst sagen wolle? Ich entgegnete, wenn dies seine Ansicht sei, so möge er sie selbst Windthorst mitteilen, und ging auf das Lesezimmer, um einige Zeitschriften durchzusehen.

Als ich von dort zurückkam, stürzte mir ein anderes rheinisches Fraktionsmitglied entgegen und rief: „Windt-

horst sucht Sie, Sie müssen sofort zu Windthorst kommen!" Ich fand die kleine Exzellenz in größter Erregung. „Sie haben ja die ganze Sache miterlebt," sagte er; „Franckenstein wollte ja gar nichts davon wissen; ich mußte alle meine Energie anwenden, eine Beschlußfassung herbeizuführen, und nun kommen die adligen Herren und wollen, daß nicht ich, sondern Franckenstein das Wort für die Fraktion ergreife. Das lasse ich mir nicht gefallen, ich reise ab." Ich versuchte, ihn zu beruhigen, doch wie es mir schien, ohne Erfolg. „Wir müssen die Sache besprechen" fuhr er fort, „sagen Sie Franckenstein, er möge in das kleine Sprechzimmer unten beim Eingange kommen und Sie müssen auch mitkommen." So geschah es, und ich befürchtete in größter Spannung, Zeuge einer peinlichen Szene werden zu müssen. Windthorst nahm sogleich das Wort: „Franckenstein, ich habe mir die Sache überlegt, Sie müssen die Erklärung abgeben." So hatte eine kleine Viertelstunde genügt, um alle persönlichen Empfindungen hinter der einen großen Sache, dem einmütigen Zusammenhalten der Fraktion, zurücktreten zu lassen. Ich war aufs tiefste ergriffen, ich hatte Windthorst kaum je größer gesehen.

Sofort nach der Abstimmung im Reichstag kehrte ich nach München zurück in der Hoffnung, mich dort mehr noch als bisher meiner wissenschaftlichen Tätigkeit widmen zu können. Für den Herbst freilich drohte schon wieder eine Störung. Die alle Jahre stattfindende große Generalversammlung der Katholiken Deutschlands sollte diesmal in Bochum abgehalten werden, und ich war als Präsident dafür

ins Auge gefaßt worden. Vorgeschlagen hatte mich mit Wissen des ständigen Kommissars, des Fürsten zu Löwenstein, Prälat Dr. Hülskamp. Ich war nicht sehr erfreut darüber; der fremde Ort, die unbekannte Umgebung, die mir angesonnene Aufgabe, bei der ich mich auf keinen meiner engeren Freunde würde stützen können, machten mich ängstlich, aber Dr. Hülskamp bot seine ganze Beredsamkeit auf, meine Bedenken zu zerstreuen. Am 7. Mai schrieb er mir: „Vor vielen anderen haben Sie für Bochum voraus, daß Sie zugleich ein Edelmann und ein Sozialpolitiker sind. Einen Herrn vom Adel brauchen wir, erstens, weil voriges Jahr in Freiburg ein Bürgerlicher erster Präsident gewesen ist, und zweitens, weil unsere Freunde im Industriebezirke etwas stark demokratisch angehaucht sind. Aus letzterem Grunde ist aber nicht jeder Kavalier dort möglich; Sie nimmt man gern, weil man Sie kennt und schätzt und Sie (mit vollem Rechte ja) für einen Freund des Volkes hält." Einen Augenblick schienen die im Ruhrgebiet ausgebrochenen Arbeiterunruhen die Abhaltung der Versammlung in Frage zu stellen, doch trat bald wieder Ruhe ein und so konnte die Einladung für den 25. August erfolgen.

Vorher durfte ich einem schönen Familienfeste beiwohnen. Onkel Max Biegeleben beging mit seiner Gattin, der liebsten Freundin meiner seligen Mutter, an die sie noch von ihrem Krankenbette aus einen ihrer letzten Verse gerichtet hatte, am 20. August die goldene Hochzeit. Die Feier fand in Cransberg am Nordabhang des Taunus statt, wo Onkel Arnold, der jüngste der Brüder, sich vor einiger Zeit einen

schönen Herrnsitz erbaut hatte. Nähere und entferntere Verwandte waren in großer Anzahl erschienen, auch wir waren von München gekommen. Außer den Angehörigen der Familie war noch mein ehemaliger Religionslehrer, der treue Freund und Berater meiner Jugendjahre, der spätere hochgeschätzte Freund der beiden Familien, Dekan Beyer, zugegen. Am Vorabend wurden von den Kindern und Enkeln allerlei sinnreiche, auf das Fest bezügliche Darstellungen vorgeführt; am Haupttage fand in der Frühe die kirchliche Feier, die Einsegnung des Jubelpaares statt, zu der sich die Gäste vom Schlosse aus im Zug zur Kirche begaben. Beim Diner sollte ich auf Wunsch von Onkel Arnold, nachdem er die Rede auf die Gefeierten gehalten hatte, ein paar Worte über den Geist der Familie sprechen. Dabei mußte ich natürlich auch derer gedenken, die diesen Geist im Leben betätigt hatten und nicht mehr unter uns weilten. Bei dem Namen meiner Mutter brach der würdige alte Dekan in lautes Weinen aus.

Die Tage, die mich noch von der Bochumer Versammlung trennten, brachte ich mit meiner verwitweten Schwester und ihren beiden Töchtern in St. Goar zu. Am Nachmittag des 25. traf ich in Bochum ein. Als mein Zug in den Bahnhof einfuhr, hörte ich von weitem laute Hochrufe, und erfuhr, daß soeben Windthorst angekommen und jubelnd empfangen worden sei.

Die Katholikenversammlungen waren seit Jahren zu ganz besonderen Ehrentagen für Windthorst geworden; sie bewiesen, mit welch' begeisterter Liebe das katholische Volk an seinem großen Führer hing; es war mein Wunsch, dies auch jetzt

meinerseits nach Kräften zu fördern und Windthorst überall die erste Stelle und das erste Wort zu überlassen. So begleitete ich ihn in alle Haupt- und Nebenversammlungen, in denen er unermüdlich zu sprechen bereit war; lachend fragte er mich beim Nachhausegehen: „Wie oft habe ich nun heute wieder geredet, und was habe ich alles gesagt?"

Ich selbst habe nur, wie es üblich war, in der ersten öffentlichen Versammlung am 26. August, nachmittags, die Eröffnungsrede gehalten. Ich erinnerte in dieser Rede daran, daß wir uns im Säkularjahre der französischen Revolution befänden, die man an anderer Stelle nicht nur als das größte Ereignis der neueren Geschichte, sondern als den Ausgangspunkt einer neueren vollkommeneren Gesellschaftsordnung hinzustellen bestrebt sei. Das aber sei ein verhängnisvoller Irrtum. Wie die Fortschritte der materiellen Kultur, die gewaltige Entwicklung der modernen Industrie, deren Zeugen dem nach Bochum Reisenden überall entgegentreten, auf der Unterwerfung unter die Naturgesetze beruhen, deren Wirksamkeit wir auf bestimmte Ziele richten, so auch könne ein wirklicher gesellschaftlicher Fortschritt nicht durch Auflehnung gegen die Gesetze erfolgen, welche Gott wie in die Natur, so auch in die menschliche Gesellschaft gelegt habe. Als solche Gesetze nannte ich das Gesetz der Autorität und die Unterordnung unter die Wohlfahrt des Ganzen. Sich gegen dieses Gesetz aufgelehnt zu haben, bezeichnete ich als den Frevel und zugleich das Verhängnis der französischen Revolution.

Ich weiß nicht, ob es mir gelang, meine Gedanken näher auszuführen und dadurch zu völliger Klarheit zu

bringen; der amtliche Bericht ließ, wie mir schon bald nach der Versammlung gemeldet wurde, dies jedenfalls nicht erkennen.

Im Spätjahr besuchte mich im Herbst Herr von Franckenstein; daß die Erlebnisse des Frühjahres noch nachwirkten, war begreiflich, obwohl wir beide bemüht waren, alles Trennende möglichst zurückzustellen; aber das alte gute Einvernehmen wollte nicht wiederkehren, und so hinterließ der Besuch mir einen wehmütigen Eindruck. Ich konnte nicht ahnen, daß es das letzte Wiedersehen sein sollte.

Um jene Zeit waren in Bayern die parlamentarischen Kämpfe auf dem Höhepunkt angelangt. Die Mehrheitspartei der Abgeordnetenkammer hatte zu Anfang Oktober die folgenden Anträge eingebracht: den Regenten zu bitten, das Ministerium zu der Erklärung anzuhalten, daß das Placetum regium, das heißt die aus dem Anfange des Jahrhunderts stammende Bestimmung, wonach keine Verordnungen und Gesetze der Kirchengewalt ohne Placet des Königs vollzogen werden dürfen, sich auf Glaubens- und Sittenlehre nicht erstrecke, ferner den altkatholischen Zentralverein als eine von der katholischen Kirche verschiedene Religionsgesellschaft zu behandeln und im Bundesrate dahin zu wirken, daß die Wirksamkeit des Jesuitengesetzes vom 4. Juni 1872 auf die Redemptoristen zurückgenommen werde.

Ich habe früher berichtet, daß ich die Methode, welche von jener Partei, die sich seitdem den Namen Zentrum beigelegt hatte, nach der Königskatastrophe eingeschlagen worden war, meinerseits nicht für richtig und zweckentsprechend hielt.

Die gegen den Minister von Lutz gerichtete persönliche Spitze trat zu deutlich hervor und machte es unmöglich, das Vertrauen des Regenten zu gewinnen, der zwar innerlich der katholischen Sache durchaus zuneigte, vor allem aber, wie schon früher bemerkt, nach den Erschütterungen des Jahres 1886 bestrebt war, Ruhe und Friede im Lande zurückkehren zu sehen. Das Mißtrauen gegen das Ministerium stand auch jetzt unzweifelhaft im Hintergrund; sachlich waren die Anträge berechtigt, das Festhalten an dem veralteten Placetum regium hatte nach der Verkündigung des Unfehlbarkeitsdogmas zu unerträglichen Zuständen geführt. Wo es in einzelnen Fällen nachgesucht worden war, war es verweigert worden; das für die ganze Kirche maßgebende Dogma wurde von der bayerischen Staatsregierung ganz einfach ignoriert, als ob es nicht bestünde; Inhaber kirchlicher Pfründen, welche sich dem Dogma nicht unterworfen hatten, blieben, vom Staate beschützt, im Besitze derselben; die Altkatholiken, obwohl sie zu selbständiger Kirchenbildung übergegangen waren, wurden behandelt, als ob sie nach wie vor zur katholischen Kirche gehörten; sie konnten in der Öffentlichkeit kirchliche Funktionen ausüben, ja dem altkatholischen Bischof Reinkens war gestattet worden, eine Firmungsreise nach Bayern zu unternehmen. Ein von den Bischöfen der Staatsregierung übergebenes Memorandum, welches auf diese Mißstände hingewiesen und dringend Abhilfe verlangt hatte, war abschlägig beschieden worden.

Die Verhandlungen begannen am 6. November, das Ministerium verhielt sich durchaus ablehnend; die Anträge

gelangten indessen zur Annahme, und das Zentrum schien entschlossen, falls die Regierung auf ihrem Standpunkt beharrte, alle im Kultusetat enthaltenen Neuforderungen abzulehnen. Darüber ging das Jahr zu Ende.

Anfang Januar 1890 kam aus Berlin die Nachricht, Herr von Franckenstein sei von einer schweren Lungenentzündung ergriffen worden. In fieberhafter Spannung erkundigte ich mich tagtäglich nach seinem Befinden; am 22. trat der Tod ein. Alle Meinungsverschiedenheiten des vorigen Jahres waren vergessen. Das katholische Deutschland stand trauernd an der Bahre des langjährigen Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, ich selbst schrieb einen Nachruf für das „Münchener Fremdenblatt". Die Beisetzung sollte in Ullstadt stattfinden. Da Franckenstein seit einigen Jahren auch erster Präsident der bayrischen Reichsratskammer gewesen war und der Landtag zurzeit versammelt war, entsprach es dem Herkommen, daß die Reichsratskammer sich in corpore daran beteiligte und auch die Regierung sich vertreten ließ. Darüber hinaus konnte man die Beteiligung zahlreicher Bekannter und Verehrer aus den verschiedensten Teilen Deutschlands, insbesondere von Mitgliedern der Zentrumsfraktion, erwarten. Es war Vorkehrung getroffen, daß in der Frühe des Begräbnistages ein Sonderzug die Leidtragenden von Nürnberg nach Markt Biebart, der Eisenbahnstation, bringen sollte, wo Wagen bereitstanden. So fuhr ich am Vorabend nach Nürnberg.

Am Bahnhofe in München erblickte mich der Minister Baron Crailsheim, mit dem ich nähere Beziehungen bis dahin nicht

gehabt hatte, und forderte mich auf, zu ihm in seinen Salonwagen zu kommen. Dort traf ich den Oberstkammerherrn Baron Malsen, welcher als Vertreter des Prinzregenten nach Altstadt reiste. Das Gespräch kam sehr bald auf die schwebenden kirchenpolitischen Fragen. Baron Malsen wollte die Erklärung für die ablehnende Haltung der Staatsregierung in Sachen des Unfehlbarkeitsdogmas darin erblicken, daß durch dasselbe eine ungeheure Steigerung der päpstlichen Autorität eingetreten sei. Ich entgegnete, daß die Bedeutung des Dogmas ganz und gar auf dem Boden der theologischen Doktrin liege, und daß im Gegenteil im kirchlichen Leben und für den einzelnen Gläubigen eine Einschränkung dieser Autorität eingetreten sei. Bisher hätten wir uns gegenüber den verschiedenen päpstlichen Erlassen, insbesondere den zahlreichen Enzykliken von lehrhaftem Inhalt, gefragt, ob die Aussprüche derselben einen das Gewissen bindenden Charakter hätten. Jetzt wüßten wir, daß dies nicht der Fall sei und ein schlechthin bindender Charakter nur denjenigen Aussprüchen zukomme, welche der Papst ausdrücklich in seiner Eigenschaft als Träger der obersten kirchlichen Lehrgewalt verkünde.

Baron Malsen meinte, das sei ihm neu und leuchte ihm ein, dann aber bleibe noch die gleichfalls vom Vatikanum ausgesprochene Lehre von dem Universalepiskopat des Papstes; das bedeute ja doch, daß der Papst in jeder einzelnen Diözese bischöfliche Maßnahmen ergreifen könne, was zu einem für die Staatsregierung unerträglichen Zustand führen müsse. Auch hier konnte ich ihn beruhigen, indem ich ausführte, daß der

Papst in der Theorie alle bischöflichen Rechte besitze; wo aber, wie in Bayern, ein Konkordat mit der Staatsregierung bestehe, liege darin eine vertragsmäßige Einschränkung in der Ausübung dieser Rechte, und bekanntlich sei es niemals die Kirche gewesen, die ein abgeschlossenes Konkordat gebrochen habe. Ob wir bei jener Unterredung irgendwelche praktische Konsequenzen bezüglich des gegenwärtigen Konfliktes mit der Kammermehrheit gezogen haben, und inwieweit sich Herr von Crailsheim daran beteiligt hat, ist mir nicht mehr erinnerlich.

Nach München zurückgekehrt, schien es mir eine Pflicht der Höflichkeit zu sein, dem Minister meinen Besuch zu machen. Hier nun sprach dieser mir gegenüber in größter Offenheit von der schwierigen Lage, in der sich die Regierung befände, und insbesondere er selbst, da er wegen Erkrankung des Ministers von Lutz mit der Vertretung des Kultusetats beauftragt sei. Von dem in der zweiten Verfassungsbeilage festgelegten Placetum regium dürfte die Staatsregierung nicht abgehen. Von einem darin begründeten Gewissenszwang könne jedoch nicht die Rede sein; die Erteilung oder Nichterteilung des Placet bedeute lediglich die Gewährung oder Nichtgewährung des brachium saeculare, d. h. das Eintreten des Staates zugunsten kirchlicher Interessen. Dem Unfehlbarkeitsdogma sei nun einmal das Placet versagt worden, eine nachträgliche Anerkennung sei nicht möglich; hieraus ergäbe sich alles andere, worüber man sich in Abgeordnetenkreisen so bitter beklage. Ich erwiderte, der Minister werde nicht leugnen, daß der jetzige Zustand, wo die Altkatholiken trotz ihrer oppositio-

nellen Haltung der kirchlichen Autorität gegenüber und obwohl sie zur Bildung selbständiger Gemeinden übergegangen seien, als zur katholischen Kirche gehörig angesehen würden, auf die Dauer unhaltbar sei. Sie könnten nur als zugelassene Religionsgesellschaft im Sinne der zweiten Verfassungsbeilage gelten und müßten von der Regierung als solche erklärt werden. Die von dem Minister hervorgehobene Schwierigkeit wegen des nicht plazetierten Unfehlbarkeitsdogmas lasse sich umgehen. Wie aus den von den Altkatholiken selbst als vollgültige Zeugen anerkannten Organen hervorgehe, seien die Altkatholiken schon längst nicht bei dem einen Dogma stehen geblieben, sondern lehnten eine ganze Reihe kirchlicher Satzungen und Einrichtungen ab. Hier könne und solle die Staatsregierung eingreifen und demgemäß die Altkatholiken für eine private Religionsgesellschaft erklären. Der Minister hatte mir aufmerksam zugehört und meinte verbindlich, er bedaure, daß ich nicht zu seinen politischen Gegnern in der Kammer gehöre; mit mir würde er sich verständigen können. Der von mir vorgeschlagene Weg schien ihm einzuleuchten; eine Schwierigkeit aber erblickte er darin, daß zurzeit der erzbischöfliche Stuhl von München erledigt sei, so daß er nicht mit diesem verhandeln könne. Ich verwies ihn auf den von mir hochgeschätzten Dr. Rampf, den gegenwärtigen Bistumsverweser, und begab mich meinerseits sofort zu diesem, um seinen Rat und seine Unterstützung zu erbitten. Dr. Rampf sprach mir sein vollkommenes Einverständnis aus, trat auch mit den übrigen bayrischen Bischöfen in Verbindung, fand aber bei diesen, wie ich später erfuhr, nicht das richtige

Verständnis. Um so mehr war dies bei dem päpstlichen Nuntius der Fall. Bayern hatte damals das Glück, in Monsignore Agliardi einen hervorragenden Vertreter des Papstes zu besitzen, der verständnisvoll und weitblickend sich mit unsern Verhältnissen zurechtgefunden hatte. Ich war mit ihm, wie, weiß ich nicht mehr, in nähere, beinahe freundschaftliche Beziehungen gekommen. Er pflegte regelmäßig des Sonntags bei uns zur Teestunde zu erscheinen, wozu sich nach und nach ein Kranz von Freunden und Gesinnungsgenossen eingefunden hatte.

Im Laufe der Jahre wurde diese unsere Teestunde auch zum Sammelpunkte für junge Leute aus angesehenen Familien des In- und Auslandes, die in München ihre Studien machten und an mich empfohlen waren. Eine Zeitlang waren es namentlich vornehme junge Polen, welche mir der treffliche Professor Pawlicki in Krakau zusandte. Ich hatte ihn auf einer unserer Generalversammlungen der Görresgesellschaft kennen gelernt, die er mit großem Interesse zu besuchen pflegte, so daß wir ihn sogar zu den Verhandlungen des Vorstandes zuzogen. Er war ein gründlicher Gelehrter und liebenswürdiger Mensch, und ich habe ihm, auch als die persönlichen Beziehungen seltener wurden und endlich ganz aufhörten, ein treues Gedächtnis bewahrt.

Am 13. August gab Minister von Crailsheim bei Beratung des Kultusbudgets die Erklärung ab, die Regierung werde sich an die kirchlichen Behörden wenden und gegebenenfalls die Altkatholiken als eine eigene Religionsgesellschaft erklären. Sobald diese Regelung eingetreten sei, würde ein

zum Altkatholizismus übergetretener Geistlicher auf Anrufung der kirchlichen Behörde von seiner Pfründe entfernt werden. Damit war der Weg zum Frieden gezeigt; aber der Kammermehrheit genügte das nicht. Es lag ihr, abgesehen von der Abstellung der tatsächlichen Mißstände, vor allem andern an einer Niederlage der Regierung in einer grundsätzlichen Frage, obwohl das, worum es sich hier handelte, die Abschaffung des in der Verfassung festgelegten Placets, während der Dauer der Regentschaft unmöglich war, und auch die Reichsratskammer dafür nicht zu haben gewesen wäre. Die Dinge gingen indessen ihren Gang. Minister von Lutz erklärte, daß, wenn Verhandlungen geführt würden, er selbst sie führen wolle. Monsignore Agliardi trat mit Eifer für den sich bietenden Ausgleich ein, was aber wiederum das Mißfallen der Kammermehrheit hervorrief. Er erzählte mir später, daß man in Rom (durch welche Mittelsmänner weiß ich nicht) versucht habe, gegen ihn Stimmung zu machen, dies aber an dem Vertrauen gescheitert sei, dessen er sich beim Heiligen Vater erfreuen dürfe.

Am 10. März erhielt die Staatsregierung auf ihre Anfrage in Sachen der Altkatholiken vom erzbischöflichen Vikariat die Antwort, daß sich diese, ganz abgesehen von den vatikanischen Dekreten, in wesentlichen Punkten von der Verfassung und den Lehren der Kirche getrennt hätten. Daraufhin wurde noch am gleichen Tag dem Ausschusse des bayrischen altkatholischen Landesvereins in München eröffnet, daß die Königliche Staatsregierung die Altkatholiken nicht mehr als Mitglieder der katholischen Kirche behandeln könne, sondern

dieselben nur noch auf die Rechte einer privaten Religionsgesellschaft im Sinne der zweiten Verfassungsbeilage Anspruch zu erheben hätten. Der Konflikt war damit aus der Welt geschafft, das Kultusbudget wurde bewilligt.

Am 25. Januar war der Reichstag durch den Kaiser mit einer Rede geschlossen worden. Am 26. Februar fanden die Neuwahlen statt. Ich hatte an meinem Entschlusse, kein Mandat anzunehmen, trotz aller Bitten von Freund Müller, und aller Vorstellungen von Windthorst, festgehalten. Die Verbindung mit den alten Freunden in Berlin wurde durch den Briefwechsel mit Graf Preysing einigermaßen aufrecht erhalten, doch mußte mein Interesse an den dortigen Vorgängen und Verhältnissen allmählich abnehmen. Daß die Ereignisse von Ende März, der Abgang Bismarcks und die Berufung Caprivis, von mir aus der Ferne mit lebhaftem Interesse verfolgt wurden, war selbstverständlich.

Überaus schmerzlich traf mich der Tod des Mainzer Domkapitulars Moufang; ich hatte ihn zuletzt auf der Generalversammlung in Eichstätt gesehen und dort gleich andern mit Betrübnis wahrgenommen, wie sehr der ausgezeichnete Mann gealtert und in seiner früheren wunderbaren Geistesfrische abgenommen hatte. Einige Zeit danach erhielt ich von ihm eine Karte, worin er mir in freundschaftlichen Worten Vorwürfe machte, daß ich an Mainz vorübergefahren sei, ohne ihn aufzusuchen; er sei doch „so sehr des Trostes bedürftig". Nach Berlin kam er nicht; man erfuhr, er sei krank; am 27. Februar meldete mir Domdekan Heinrich den Tod. Moufang war im Reichstag als Redner

fast nie aufgetreten, um so wichtiger war seine Tätigkeit innerhalb der Fraktion. Immer wieder war er es, der Mißverständnisse aufzuklären, Meinungsverschiedenheiten auszugleichen und den Mitgliedern den unschätzbaren Wert einmütigen Zusammenstehens ans Herz zu legen wußte.

Die Erfüllung meines Wunsches, mich in München ungestört meinem wissenschaftlichen Berufe widmen zu können, sollte immer wieder auf Hindernisse stoßen, ja, ich sollte mehr als durch die früher geschilderten Vorgänge, wo ich ja nur die erste Anregung gegeben, alles andere dagegen den kompetenten Stellen überlassen hatte, in Mitleidenschaft gezogen werden. Auf der Katholikenversammlung in Bochum war ich durch den Beschluß des Geschäftsordnungsausschusses überrascht worden, die nächstjährige Generalversammlung in München abzuhalten. Meine Frage, von wem die Einladung hiezu ausgegangen sei und ob insbesondere Graf Konrad Preysing, der doch in erster Linie in Betracht gezogen werden müsse, beteiligt sei, fand keine ausreichende Beantwortung, und so kehrte ich nicht ohne Sorge nach München zurück. Hier hatten sich neuerdings unerfreuliche Strömungen bemerkbar gemacht und Elemente hervorgetan, welche ich durchaus nicht als geeignete Vertreter der katholischen Sache ansehen konnte. Ein gewisser Konrad Fischer, früher Postbeamter, der, wie man sagte, nicht ganz freiwillig aus seiner Stellung geschieden war, hatte sich mit Eifer in die Journalistik und noch mehr auf eine leidenschaftliche agitatorische Tätigkeit geworfen, die ihm rasch in verschiedenen Vereinen eine angesehene, vielleicht auch gefürchtete Stellung verschaffte. Auch im katholischen Kasino,

wo doch bisher von derartigem Treiben nichts zu spüren gewesen war, gärte es. Ich war dem Kasinoverein gleich anfangs als Mitglied beigetreten und vertrat auch seit einigen Jahren in der Vorstandschaft meinen Freund Preysing, das eigentliche Haupt und die wichtige finanzielle Stütze der Gesellschaft. Jetzt aber drängten sich solche, die bisher im Hintergrund gestanden hatten, lärmend hervor, und ich ging ernstlich mit dem Gedanken um, auszuscheiden. Ob es Konrad Fischer war, von dem der Plan, die Katholikenversammlung in München abzuhalten, ausging, weiß ich nicht. Jedenfalls aber war er es, der jetzt mit dem größten Eifer für die Ausführung eintrat, und eben dies zeigte, wie begründet meine Sorge gewesen war. Wie sehr ich mich im Rechte befand, hat die spätere Geschichte des Mannes gezeigt, der es zwar noch für kurze Zeit zu einem Reichstagmandat brachte, sich dann aber veranlaßt sah, dem Vaterlande den Rücken zu kehren und sein Glück jenseits des Meeres zu suchen.

Im April begannen die ersten Vorbereitungen, worüber die Zeitungen berichteten; ich hielt mich vollständig zurück. Da erschien unvermutet am 25. April Minister Baron Crailsheim bei mir, um mir im Auftrage S. K. H. des Prinz-Regenten mitzuteilen, daß Höchstderselbe dringend wünsche, die diesjährige Generalversammlung der Katholiken Deutschlands möge nicht in München abgehalten werden. Daß diesem Wunsche entsprochen werden müsse, war für mich keinen Augenblick zweifelhaft, ganz abgesehen von den Gründen, die mich selbst gegen die Abhaltung eingenommen hatten. Rasch entschlossen telegraphierte ich an die Kölnische Volkszeitung, die Ausführung des Planes

sei auf Hindernisse gestoßen, und schrieb einen Brief an den ständigen Kommissar der Versammlungen, den Fürsten Karl zu Löwenstein, worin ich ihm den mir übermittelten Wunsch des Prinz-Regenten mitteilte. Ich fügte hinzu: „ob es zweckmäßig und im Interesse der katholischen Kirche in Bayern und der bayrischen Zentrumsfraktion gelegen ist, diesem ausdrücklich kundgegebenen Wunsche entgegenzuhandeln, werden Euer Durchlaucht selbst ermessen. Der Herr Minister Baron Crailsheim war der Meinung, daß es für uns nicht wünschenswert sein könne, wenn S. K. H. der Prinz-Regent uns noch mehr abgeneigt würde, als er es bereits sei. Eine Schwierigkeit liegt freilich darin, daß von diesem wichtigen Vorkommnis nur im engsten Kreise gesprochen werden kann, da aber, wie mir gleichzeitig mitgeteilt wurde, auch der hochwürdigste Herr Erzbischof sich Euer Durchlaucht gegenüber als entschiedenen Gegner des Projekts zu erkennen gegeben hat, wenn er auch selbstverständlich nicht in der Lage war, ein autoritatives Verbot zu erlassen, so würden ja Euer Durchlaucht von da leicht den Grund entnehmen können, die Generalversammlung nach einer anderen bayrischen Stadt zu verlegen."

Das Telegramm in der Kölnischen Volkszeitung schlug wie eine Bombe ein. „Wer hat die Depesche abgesandt, wo sind die Hindernisse zu suchen?" fragte man erregt in jenen Kreisen. Fürst Löwenstein dagegen war, wie aus seinem Antwortschreiben an mich hervorging, durchaus nicht geneigt, dem Wunsche des Regenten nachzugeben. Er erblickte darin nur eine Machenschaft des „schlauen" Ministers Lutz, von dem sich auch der päpstliche Nuntius habe einfangen lassen. Das

Letztere gab mir Veranlassung, nochmals an den Fürsten zu schreiben, um den bei der Sache gar nicht beteiligten, von mir hochverehrten Nuntius Monsignore Agliardi in Schutz zu nehmen.

Inzwischen gingen die Vorbereitungen weiter; man erfuhr, daß im katholischen Kasino eine Versammlung stattgefunden habe und von dieser eine Deputation an den Erzbischof abgesandt worden sei, um seine Zustimmung zur Abhaltung der Katholikenversammlung zu erbitten. Die früher erwähnte Sedisvakanz war nämlich vor kurzem durch die Transferierung des Bischofs von Passau erledigt worden. An seiner Stelle war Dr. Rampf zum Bischof von Passau ernannt und dadurch dem Kreise seiner Münchener Freunde und Verehrer entzogen worden. Ich kannte den neuen Oberhirten der Erzdiözese nur dem Namen nach und war daher überrascht, als er mich am 17. Mai bitten ließ, in einer wichtigen Angelegenheit zu ihm zu kommen. Ich begab mich sofort zu Exzellenz Thoma und erfuhr dort, daß diesem unter dem 16. Mai ein Handschreiben des Prinz-Regenten zugegangen sei, worin dieser nochmals den dringenden Wunsch aussprach, daß die Katholikenversammlung im Interesse des Friedens unterbleiben möchte. Ich war kaum bei dem Erzbischof eingetreten, als der Polizeipräsident von Müller erschien. Auf meine an diesen gerichtete Frage, was unter den in dem Schreiben erwähnten möglicherweise zu ergreifenden weiteren Maßnahmen zu verstehen sei, erhielt ich eine Antwort, die mich zwar inhaltlich nicht befriedigte, mir aber sofort die Überzeugung verschaffte, daß Herr von Müller jenes Schreiben verfaßt

hatte. Erzbischof Thoma erklärte, daß unter den gegebenen Umständen die Versammlung unterbleiben müsse, und ersuchte mich, dies in seinem Namen einer auf den gleichen Abend ins katholische Kasino einberufenen Versammlung mitzuteilen. Die Versammlung verlief äußerst stürmisch; Konrad Fischer wütete und schäumte und wandte sich mit seinen Invektiven direkt gegen mich. Doch fehlte es auch nicht an ruhigen und verständigen Männern, die zur Besonnenheit und Mäßigung mahnten. Das Ergebnis war der Beschluß, von der Abhaltung der Versammlung in München abzusehen.

Am 31. Mai schied Herr von Lutz krankheitshalber aus dem Dienst, und Herr von Müller, der schon immer als ein kommender Mann gegolten hatte — er war viele Jahre Geheimsekretär des unglücklichen Königs Ludwig II. gewesen — wurde sein Nachfolger. Herr von Lutz starb noch im gleichen Jahre am 3. September.

Die Katholikenversammlung war auf Ende August nach Koblenz einberufen worden. Auf Wunsch von Freund Müller in Koblenz sagte ich mein Erscheinen zu und übernahm auch eine Rede über Görres. Dort traf ich mit Windthorst zusammen. Es sollte das letztemal sein. Daß Windthorsts Auffassung der bayrischen Verhältnisse von mir nicht geteilt und ebenso wie von Preysing als nicht zutreffend angesehen wurde, habe ich früher erwähnt. Daß aber das Ausfallen der Münchener Katholikenversammlung keinen Verlust für unsern hochverehrten Freund bedeuten dürfe, stand für Preysing fest. Er teilte mir seinen Plan mit, den Prinz-Regenten zu veranlassen, durch eine größere Gabe für die Marienkirche in Hannover,

Windthorsts Lieblingswerk, diesem den Dank für die vielen den Einzelstaaten erwiesenen Dienste abzustatten. Ich möge die Eingabe redigieren, da er selbst nicht gelernt habe, „deutsch zu schreiben". So geschah es, und die Marienkirche in Hannover erhielt als Geschenk des Prinz-Regenten von Bayern eine große und schöne Orgel. Die näheren Umstände sind damals nicht bekannt geworden, ich sehe aber keinen Grund, sie nicht nachträglich mitzuteilen. Daß ich bei dieser Ehrung für Windthorst mitwirken konnte, minderte meine Betrübnis, daß wir uns bei unserm letzten Zusammentreffen in dem Urteil über die bayrischen Verhältnisse nicht hatten einigen können und in Meinungsverschiedenheit auseinander gegangen waren. Im März des folgenden Jahres wurde Windthorst von einer Lungenentzündung ergriffen, derselben tückischen Krankheit, die vor ihm Franckenstein und Mallinckrodt hingerafft hatte. Konrad Preysing weilte an dem Krankenbette, unermüdlich Tag und Nacht, so war er auch Zeuge der letzten Äußerungen des merkwürdigen Mannes; einige darunter sind mir aus Preysings Erzählungen im Gedächtnis geblieben; einmal, vom Traum erwachend, rief Windthorst: „Bismarck rückt heran"; bekanntlich war eine Zeitlang davon die Rede, daß der ehemalige Reichskanzler ein Mandat zum Reichstage annehmen werde, eine Aussicht, die Windthorst mit schwerer Sorge erfüllte. Ein andermal, wieder in der Nacht, fragte er plötzlich: „Wer ist da?" „Ich, Konrad Preysing", war die Antwort. „Ach, Sie mein lieber Preysing, Sie sind mir immer treu gewesen, zwischen Sie und mich hat sich nie eine parlamentarische Blindschleiche eingedrängt." Letzteres war der

Spitzname des konservativen Abgeordneten von Helldorf; an welchen Vorgang Windthorst dabei gedacht haben mochte, weiß ich nicht.

Am 14. März trat der Tod ein. Preysing sorgte für das Begräbnis und die Überführung der Leiche. Am 18. März fand in der Hedwigskirche der feierliche Trauergottesdienst statt, welchem außer den Vertretern des Kaisers und der Kaiserin der Reichskanzler von Caprivi, die Minister und zahlreiche Mitglieder sämtlicher Fraktionen des Reichstages und des Abgeordnetenhauses beiwohnten. Fürstbischof Dr. Kopp hielt die Gedächtnisrede, hierauf wurde die Leiche im feierlichen Zuge durch das Brandenburger Tor zum Bahnhof gebracht. Unter größter Beteiligung von nah und fern wurde sie in der Marienkirche in Hannover beigesetzt. Ich konnte zu meinem schmerzlichen Bedauern nicht teilnehmen; die weite Reise von München nach Hannover wäre kein Hindernis gewesen, aber ich stand unmittelbar vor einer andern Reise, die ich nicht mehr verschieben konnte.

Im Jahre 1888 hatte in Paris ein internationaler katholischer Gelehrtenkongreß stattgefunden; der Aufruf, der zur Beteiligung einlud, war auch in meine und meiner Freunde Hände gelangt. Bei der Verwandtschaft der Bestrebungen gedachten wir zwei Vertreter der Görresgesellschaft hinzuschicken, doch kam der Plan nicht zur Ausführung. Und auch von uns anderen war keiner in der Lage, sich persönlich nach Paris zu begeben; immerhin konnten wir unsere Sympathie dadurch bekunden, daß wir uns unter die Zahl der Teilnehmer (Adhérents) aufnehmen ließen. Das Jahr darauf er-

hielt ich einen Brief des Abbé Pisani, des Sekretärs der Vorbereitungskommission, der es, wie mir scheint, verdient, vollständig mitgeteilt zu werden: „C'est comme secrétaire de la commission chargée d'organiser le congrès de 1891, et du nom de la commission tout entière, que je me présente à vous. Vous avez bien voulu adhérer au congrès de 1888. Vous avez reçu, je pense, les volumes du compte rendu et vous avez pu constater, que notre première tentation n'est pas demeurée sans produire quelque résultat. Cependant une lacune importante frappe tous les yeux, à côté de mémoires envoyés par des anglais, des espagnols, des belges, des italiens, et même des américains, la science allemande laisse une place vide! Faut-il l'attribuer, cette absence, au malentendu, qui divise nos deux peuples depuis bientôt vingt ans? Et cependant il n'y a pas de terrain plus neutre, que celui de la science et du catholicisme. Aussi je ne le crois pas, on nous avait d'ailleurs annoncé la venue de deux délégués de la Görresgesellschaft, qui ont été empêchés au dernier moment par des circonstances imprévues. Mr. Janssen de Francfort a également été empêché de venir occuper le fauteuil de vice-président général, qui lui avait été réservé. Il a écrit, qu'il serait des notres, en 1891, et nous espérons, qu'il sera accompagné d'un grand nombre de vos compatriotes, auxquels nous sommes prêts à faire sans aucune arrière-pensée l'accueil, que se doivent des hommes de science et de foi."

Am Schlusse bat er mich, ihm, wenn möglich, Männer zu nennen, welche geneigt wären, sich an dem Unternehmen

zu beteiligen. Auf der Generalversammlung der Görresgesellschaft in Augsburg erschien sodann der an einer Lehranstalt in Paris tätige, in Metz geborene, aber fließend deutsch sprechende Abbé Müller und wiederholte mündlich die Einladung.

So also war damals in katholischen Gelehrtenkreisen in Frankreich die Stimmung! Man begreift, daß ich mich mit dem Gedanken befreundete, für den nächsten Kongreß persönlich nach Paris zu reisen. Bestärkt wurde ich darin durch das schriftliche Anerbieten des genannten Abbé Müller, für Unterkunft zu sorgen und als Führer zu dienen. Einen Augenblick schienen Schwierigkeiten aufzutauchen, die eine Beteiligung von deutscher Seite nicht ratsam gemacht haben würden. Die deutsche Kaiserin war kürzlich in Paris gewesen, und einzelne Blätter wußten zu berichten, daß die dortige Bevölkerung ihr einen unfreundlichen Empfang bereitet hätte. Auch hieß es, die französischen Künstler weigerten sich, die bevorstehende große Berliner Kunstausstellung zu beschicken. Über beide Punkte beruhigte mich indessen ein Brief des Abbé Müller vom 4. März 1891, in dem er mir mitteilte, daß ich zum Vizepräsidenten des Kongresses ausersehen sei, und hinzufügte: „Ich hoffe, daß die Ereignisse, die in den letzten Tagen vorgekommen sind, Sie und die andern deutschen Herren von Ihrem Vorhaben nicht zurückschrecken werden. In der Tat, es ist viel zu viel Lärm in den Zeitungen gemacht worden. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß die deutsche Kaiserin überall mit der tiefsten Ehrfurcht empfangen worden ist. Wenn einige Zeitungen, die übrigens keinen Wert haben und im Lande gar keinen Anklang gefunden haben, Unerfreuliches

gemeldet haben, so war das in einem Lande, wo unumschränkte Preßfreiheit herrscht, kaum zu verwundern, und ich will nicht einmal in Betracht ziehen, ob nicht auch Unvorsichtigkeiten von unserer Regierung und von Ihrer Gesandtschaft in Paris begangen worden sind. . . . Alle französischen Maler gehen nicht nach Berlin, manche aber werden an der dortigen Kunstausstellung teilnehmen, und an der Spitze stehen unsere besten Größen: Bonnat, Bouguereau u. a."

So fuhr ich denn, begleitet von meinen Freunden Grauert und Hüffer, in den letzten Tagen des März nach Paris. Wir wurden dort aufs freundlichste empfangen. Oberster geistiger Leiter des Unternehmens war Monsignore d'Hulst, Rektor der katholischen Universität, ein feiner, geistreicher Mann und sehr beliebter Prediger, zur Zeit der Nachfolger Lacordaires auf der Kanzel von Notre Dame. Außer ihm und den Zuvorgenannten erinnere ich mich insbesondere noch an Mr. de Lapparent, einen der bedeutendsten Geologen der damaligen Zeit, der seine Staatsstellung aufgegeben hatte, um Professor an der katholischen Universität in Paris zu werden. Er hielt einen sehr interessanten Vortrag über die Erosion, das heißt die durch die Einwirkungen des Wassers bewirkten Veränderungen auf der Erdoberfläche. Klar und präzis, ohne Schwulst und Phrase, in anmutigster Bewegung fortschreitend, ohne jedes falsche Pathos, in vollendeter Eleganz, wußte er etwa eine Stunde lang eine Zuhörerschaft zu fesseln, aus der ihm die wenigsten ein fachmännisches Interesse entgegenbrachten. Neben ihm nenne ich noch den Sozialpolitiker Claudio Jannet und den ebenso wegen seiner eleganten Sprache, als wegen

seiner unermüdlichen Wohltätigkeit hoch angesehenen Abbé de Broglie, Bruder des Herzogs. Der Vortrag des Letzteren bildete ein charakteristisches Gegenstück zu demjenigen Lapparents. Er behandelte ein schwieriges Thema aus der Erkenntnislehre und Methodologie, und seine Ausführungen gaben vielfach zu Ausstellungen Anlaß, aber es war eine Freude, dem beweglichen alten Herrn, mit dem scharf geschnittenen Profil, den sprechenden Augen und den grauen, weit abstehenden Haaren zuzuhören. Nicht unerwähnt möchte ich lassen den liebenswürdigen Präsidenten der société bibliographique, Marquis de Beaucourt, von dem das Scherzwort ging, er sei un faux marquis, mais un vrai gentilhomme, vermutlich weil er einen erblichen Anspruch auf den von ihm angenommenen Titel nicht hatte; sodann die auch bei uns aufs vorteilhafteste bekannten apologetischen Schriftsteller Allard und Vigouroux und endlich den bedeutendsten von allen, Abbé Duchesne, Professor an der Sorbonne und an der katholischen Universität, eine Kombination, wie sie wohl bei keinem anderen Manne möglich wäre. Sein Vortrag über die Gräber der Päpste zeigte in kleinem Rahmen ein Muster methodischer Forschung und geistvoller Darstellung.

In seiner Eröffnungsrede hatte Monsignore d'Hulst in warmen Worten die Teilnehmer begrüßt und dabei, speziell zu uns Deutschen gewandt, folgendes ausgeführt: „Das katholische Deutschland trauert um den großen Mann, der so lange Jahre hindurch die treue Hingabe an alles was heilig ist, die fruchtbringende Verbindung von Vaterlandsliebe und religiöser Überzeugung und den unbesieglichen Wider-

stand gegen jede Gewissensbedrückung in seiner Person verkörpert hat; aber es hat darum nicht geglaubt, seine Sympathien für ein Unternehmen zurückdrängen zu sollen, welchem Herr Windthorst auf der letzten Katholikenversammlung in Koblenz die mächtige Unterstützung seines Wortes geliehen hat. Kein Auftauchen von Erinnerungen, welche die Völker trennen und das Herz der Nationen bluten machen, wird uns abhalten, diesen Männern voll Herz, voll Wissenschaft und voll Glauben die Bruderhand darzureichen. Sie erstreben mit uns den Triumph der Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe." Zum Präsidenten des Kongresses wurde der Bischof von Angers, Msgr. Freppel ernannt. Eine Reihe von Vizepräsidenten aus den verschiedenen Ländern wurde ihm beigegeben, darunter auch ich. Ähnliches geschah in den einzelnen Sektionen; so wurde in der historischen Sektion Grauert, in der philosophischen Professor Bach aus München gewählt. Dazu kam endlich noch eine commission directrice, von der ich nicht weiß, was sie zu tun hatte, welcher Grauert und Hüffer als Mitglieder angehörten. Die offiziellen Sitzungen fanden in den Sälen der katholischen Universität, Nebenversammlungen auch in anderen Räumen statt.[1])

1) Während der Tagung des Kongresses wurde Herrn Professor Grauert ein Zeitungsausschnitt aus dem Stuttgarter Schwäbischen Merkur vom 1. April 1891 zugesandt, der die Veröffentlichung eines Briefes des Bischofs Freppel vom 17. März 1891 an den Pariser Berichterstatter des Berliner Lokalanzeigers brachte, worin die Rückgabe Elsaß-Lothringens gefordert, im andern Falle mit Krieg gedroht wurde. Dies veranlaßte die an dem Kongreß teilnehmenden Deutschen, ein Schreiben an Msgr. d'Hulst zu richten, worin sie erklärten, an den allgemeinen Sitzungen, sowie an dem Festmahle zu Ehren Msgr. Freppels nicht teilnehmen zu

An einem der Abende gab uns die jeunesse catholique einen „Punsch“. Mit einer deutschen studentischen Feier hatte das wenig Ähnlichkeit, schon wegen der Eleganz der äußeren Ausstattung, aber an Begeisterung fehlte es nicht. Alle Redner zeigten sich erfüllt von dem Gedanken, daß uns katholische Gelehrte ein über die verschiedenen Nationalitäten hinausreichendes, einigendes Band umschlinge. „Il n'ya plus de frontières“, rief der Bischof von Nancy, Msgr. Tourinaz, in den Saal. Blitzschnell durchzuckte mich der Gedanke: jetzt werde ich wohl etwas sagen müssen. Und ich muß wohl laut gedacht haben, denn der neben mir stehende Professor Kurth, von Lüttich, den wir wiederholt bei den Versammlungen der Görresgesellschaft als lieben Gast hatten begrüßen können, begab sich sofort zu dem Leiter der Versammlung, Msgr. d'Hulst, und dieser erteilte mir ohne Verzug das Wort. Da stand ich nun, ohne auch nur einen Augenblick Zeit gehabt zu haben, meine Gedanken zu sammeln und dazu die Schwierigkeiten der fremden Sprache! Aber, wer ins Wasser geworfen wird, muß schwimmen, und so faßte ich Mut und sprach von dem Danke, den wir deutsche Katholiken den uns aus Frankreich zugekommenen vielfachen Anregungen schuldeten. Ich nannte dabei insbesondere die Namen Lacordaire und Montalembert. Dann aber flog es mir wiederum durch den Sinn, daß ich doch als Deutscher die nationale Würde wahren müsse, und so fuhr es mir heraus: „C'est vrai nous

---

können. An den einzelnen Sektionssitzungen hingegen würden sie sich weiter beteiligen. Ein Entschuldigungsbesuch, den Msgr. d'Hulst daraufhin den betreffenden Herrn abstattete, erledigte den Zwischenfall.

n'aimons pas trop la France officielle." . . . Wenn ich aber befürchtet hatte, möglicherweise hierdurch einen Mißton in die Versammlung zu bringen, so sollte ich sogleich aufs überraschendste vom Gegenteil überzeugt werden. Ein gewaltiger Beifallssturm folgte gerade diesen meinen Worten. Es war klar, zwischen den Männern, die sich hier versammelt hatten, und den Politikern, die die Geschicke Frankreichs leiteten, klaffte ein Gegensatz. Ich habe in jenen Tagen wiederholt mit verschiedenen Herren, namentlich auch solchen, die der französischen Aristokratie angehörten, gesprochen und ihnen die Frage vorgelegt, warum sie nicht, statt sich in Legitimisten, Orleanisten, Bonapartisten usw. zu scheiden, zu einer geschlossenen Partei der Abwehr gegen die kirchenfeindliche Partei sich zusammenschlössen. Aber davon wollten sie nichts wissen und ergingen sich, statt auf die Frage einzugehen, in leidenschaftlichen Äußerungen gegen ihre damaligen Machthaber: ces fripons, ces voleurs, ces ladres!

Daß wir über den Versammlungen Paris nicht vergaßen, verstand sich von selbst. Von den eigentlichen Sehenswürdigkeiten wird wohl kaum eine unbesucht geblieben sein. Eingehend betrachtete ich den ehrwürdigen Bau von Notre Dame. Gilt doch die Ile de France, auf der die Kathedrale erbaut ist, als die Geburtsstätte der Gotik; bewundernd stand ich im Louvre vor Lionardos Mona Lisa. Eines der jüngeren Mitglieder des Kongresses, dem es die Verhältnisse nicht gestatteten, eine politische Laufbahn zu ergreifen, hatte sich statt dessen mit Eifer und Erfolg auf das Studium der mittelalterlichen Kunstgeschichte und Archäologie geworfen und war un-

ermüdlich bestrebt, uns dahin zu führen, wo etwas aus diesen Gebieten zu sehen war. Beinahe wäre es ihm gelungen, mir auch für mittelalterliche Rüstungen ein wärmeres Interesse abzugewinnen! Die historischen Erinnerungen der späteren Zeit wurden darüber nicht vergessen, wir waren in Versailles und gedachten der Schrecknisse der Revolution, die sich dort abspielten, und im Dôme des Invalides, wo ein Blick auf den von zahlreichen Trophäen umgebenen steinernen Sarg Napoleons auf den Beschauer einen mächtigen Eindruck macht. Endlich aber schlenderten Hüffer und ich, während Grauert historischen Forschungen auf der Bibliothek nachging, über die Boulevards, um ein Bild des heutigen Paris, seines Lebens und Treibens zu gewinnen. Eine gegen uns Deutsche gerichtete unfreundliche Stimmung trat nirgends hervor; nur wenn wir des Abends in einem Restaurant zu laut uns unterhielten, richteten die übrigen Anwesenden sofort ihre Blicke auf uns.

Durch interessante Erlebnisse mannigfacher Art bereichert, traten wir die Rückreise an. Die in Paris angeknüpften Beziehungen wirkten noch einige Zeit nach, besonders dankbar empfand ich es, als Claudio Jannet, dem ich meine sozialpolitischen Aufsätze und Reden geschickt hatte, mir etwas später sein Werk über das Kapital zugehen ließ.

In München sollte ich alsbald wieder vor eine Frage aus dem politischen Bereich gestellt werden. Windthorst war gestorben. Was er für die Zentrumsfraktion der beiden Parlamente, für das gesamte katholische Volk, ja für die Kirche gewesen war, kam erst jetzt nach seinem Tode in vollster Deutlichkeit ganz allgemein zum Bewußtsein. Wer sollte ihn ersetzen?

Wer besaß die Autorität des durch jahrelange Kämpfe erprobten Führers, dessen bloßes Erscheinen die katholische Bevölkerung zu flammender Begeisterung mit fortriß? Wer war so wie er Meister in der parlamentarischen Taktik? Wer verfügte über seine nie versagende Geistesgegenwart, die ihn in jedem Momente das Richtige treffen ließ? Wer besaß seine Geschicklichkeit in der Behandlung der Menschen, ganz abgesehen von den großen Eigenschaften des Geistes und Herzens, die nur dem engen Kreise der ihm Nahestehenden bekannt waren? Auf diese Fragen gab es keine Antwort; die klaffende Lücke lag vor aller Augen, aber es war niemand da, der sie hätte ausfüllen können. Nur für einen Nachfolger in seinem Wahlkreise Meppen konnte und mußte freilich gesorgt werden.

Unterm 10. April erhielt ich zwei Briefe von dem Grafen Ballestrem, der nach dem Tode Franckensteins den Vorsitz in der Zentrumsfraktion des Reichstages führte; den einen hatte er in eben dieser Eigenschaft geschrieben, den anderen als Freund an den Freund gerichtet. Ich lasse den letzteren hier folgen: „Um was es sich in diesen Zeilen handelt, weißt Du bereits, verehrter Freund, ehe Du sie zu lesen beginnst; denn schon vor länger als drei Wochen hat Dir Konrad Preysing auf meine Bitte diesbezügliche Mitteilungen gemacht und dann — steht es ja höchst indiskreter Weise in allen Zeitungen. Also es handelt sich darum, daß Du die Nachfolge unseres seligen Windthorst in dem Meppener Reichstagsmandat annimmst. Es ist mir bekannt, daß die bejahende Antwort dieser Frage große Opfer verschiedenster Art für Dich im Gefolge hat. Du wirst als gewissenhafter Mann alles abwägen und Dich dann ent-

scheiden. Im voraus bin ich überzeugt, daß diese Entscheidung, möge sie ausfallen, wie sie wolle, eine durchaus sachliche und wohldurchdachte, jedenfalls aber eine sehr schwere für Dich sein wird.

Meines Amtes ist es, kurz einige Gründe anzuführen, welche für eine bejahende Antwort der gestellten Frage sprechen. Nach dem Tode Windthorsts ist die Zentrumsfraktion in einer ganz veränderten, ganz neuen Lage. Windthorst tat ziemlich alles; er zog die nötigen Informationen ein, er führte die Verhandlungen mit der Regierung und den anderen Parteien, er führte fast ausschließlich die Debatte im Plenum, und schließlich — er hatte das Geschick und die Autorität, die verschiedenen Elemente, die in der Fraktion vereinigt sind, in wichtigen Fragen fast immer unter einen Hut zu bringen; kurz, man kann sagen, Windthorst war eigentlich die Fraktion. Es war dieses ja ein ungesunder Zustand, . . . die Sache hat ja darunter nicht gelitten, wenigstens nicht für den Augenblick; denn Windthorst besorgte alles, in unermüdlicher Arbeitskraft, besser, als es wohl die meisten getan häten. . . . Es ist nur eine sehr beschränkte Anzahl der 104 Mitglieder der Zentrumsfraktion des Reichstages, welche ein tieferes Verständnis für die eigentlichen Zwecke der Zentrumsfraktion und überhaupt für politische Fragen hat; die meisten fallen nicht einmal mit ihrer Stimme ins Gewicht, denn sie sitzen meistenteils zu Hause. — Gewiß sind noch einige bedeutende Männer und hervorragende Intelligenzen in der Fraktion, aber sie haben sich in den letzten Jahren immer mehr von einer politischen Tätigkeit in derselben zurückgezogen. . . . Nun ist Windt-

horst nicht mehr, und die Zwecke der Zentrumsfraktion: „Erkämpfung der kirchlichen Freiheit auf allen Gebieten, der Gleichberechtigung der Katholiken im Deutschen Reiche, Wiederherstellung der christlichen Schule, Durchdringung aller staatlichen Institutionen mit christlichen Grundsätzen usw." sind noch lange nicht erreicht, werden nicht sobald vollständig erreicht werden, und wenn sie erreicht werden sollten, müssen sie erhalten werden. Die Katholiken im Deutschen Reich sind eine geborene Minorität; nur durch ihre Einigkeit gegenüber ihren gespaltenen Gegnern üben sie einen maßgebenden Einfluß aus; diese Einigkeit kommt in den Zentrumsfraktionen zum Ausdruck und zur Betätigung. An dem Tage, wo die Zentrumsfraktionen aufhören oder einflußlos werden, werden die Katholiken im Deutschen Reiche auf allen den vorher erwähnten Gebieten wieder von ihren Gegnern auf das schmachvollste geknechtet. Die Zentrumsfraktionen in den Parlamenten sind daher nach menschlichem Ermessen als dauernde Institutionen eine absolute Notwendigkeit.

Es ist wohl auch nur diese Erwägung, für die höchsten Ideale der Menschheit einzutreten, welche eine Anzahl Männer, welche zu Hause eine nutzbringende Tätigkeit, angenehme Familienverhältnisse und eine behagliche Existenz haben, veranlassen kann, ihre Familie und ihre Geschäfte daheim zu vernachlässigen und monatelang hier in Berlin der höchst unerfreulichen Tätigkeit eines Abgeordneten obzuliegen. Die Zahl solcher Männer nimmt aber in der Zentrumsfraktion von einer Legislaturperiode zur andern in wahrhaft erschreckender Weise ab, und ich sehe das Finis centri, wenn

es nicht wieder gelingt, hochbegabte, den höheren Gesellschaftsklassen angehörige, politisches Verständnis habende und mit Beredsamkeit ausgerüstete Männer für die idealen Aufgaben des Zentrums im Parlament zu gewinnen. Das Zentrum stirbt sonst, nicht durch seine Gegner, sondern durch Marasmus. Jetzt nach dem Tode Windthorsts ist die Gefahr eine akute; an jeden, dem Gott Gaben verliehen hat, wie ich sie nebenstehend geschildert, ergeht sein Ruf, diese Gaben für die Verteidigung seiner Heilsanstalt, der heiligen Kirche, zu gebrauchen.

Mein teurer Freund! Es ist meine ernste Überzeugung, daß an Dich dieser Ruf an erster Stelle ergeht; wenn irgend jemand den Verlust Windthorsts für das Zentrum halbwegs ersetzen kann, so bist Du es allein; es würde zu weit führen, die Gründe hierfür weitläufig auseinanderzusetzen. Konrad wird Dir noch manches mündlich mitteilen, aber meine Bitte ergeht an Dich, wenn Du es irgend mit Deinen Privatverhältnissen gewissenhafterweise vereinbaren kannst, so werde der Nachfolger Windthorsts, nicht nur im Mandat, sondern auch in vielen anderen Sachen. Ich verspreche, Dir treu und selbstlos zur Seite zu stehen, wie ich dieses stets auch dem lieben kleinen Windthorst getan habe. Einstimmig bezeichnet Dich das katholische Volk als den berufensten Nachfolger Windthorsts; auch in der Fraktion ist nur eine Stimme darüber; kannst Du nicht annehmen, so werden wir in Meppen beim Wahlkampf, der dann stattfinden wird, wenig Erfreuliches erleben. Also, wenn es irgend geht, teurer Freund, nimm an! Gott stärke Dich zu heilbringendem Entschluß."

Meine Antwort war gleichfalls eine geschäftliche und eine freundschaftliche. In der letzteren schrieb ich: „Innigen Dank für Deinen Brief, ob er mir gleich fast zum Herzbrechen war. Mit Ausnahme dessen, worin ich eine Überschätzung meines Könnens erblicken muß, stimme ich allen Deinen Erwägungen zu. Ich gebe Dir in allem recht, und ich kann trotzdem nicht zu dem von Dir gewünschten Entschlusse kommen. Gewiß ist niemals ein Mandat in ehrenvollerer Weise angeboten worden; ich danke Dir, dem Vorstande der Zentrumsfraktion und den Vertrauensmännern von Meppen aus tiefstem Herzen für das in mich gesetzte Vertrauen, aber ich kann das Mandat nicht annehmen. Nicht daß ich nicht zu Opfern bereit wäre! Ich bin vollkommen davon durchdrungen, daß es Pflicht für mich wäre, anzunehmen, wenn es eben möglich wäre." Die Unmöglichkeit begründete ich, abgesehen von äußeren für mich sehr ins Gewicht fallenden Umständen, auf die ich nicht näher eingehen will, mit der Unvereinbarkeit der parlamentarischen mit der wissenschaftlichen Tätigkeit. „Während der letzten Jahre meiner Zugehörigkeit zum Reichstage hatte ich versucht, beide Tätigkeiten zu vereinigen, aber während mein Lehrberuf darunter litt, wurde meine Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten immer geringer und nichtssagender. Für vierzehn Tage nach Berlin zu gehen, brächte dort wenig Nutzen und verringerte die Zuhörerschar in meinen Vorlesungen. Selbstverständlich müßte ich jetzt ein ganz anderes Verfahren einschlagen; ich müßte von Anfang bis Ende präsent sein, könnte also im Wintersemester niemals und meistens auch nicht im Sommersemester, Vorlesungen halten. Das ist

die einfache Sachlage; zur Beseitigung dieses Hindernisses gibt es kein Mittel. Wie schwer mir trotzdem die Entscheidung gefallen ist, kann Dir Konrad Preysing berichten. . . . Dir aber, hochverehrter Freund, laß mich zum Schlusse nochmals meinen herzlichsten Dank für Deinen lieben, herrlichen Brief, den ich als wertvolle Erinnerung aufbewahren werde, aussprechen und damit die Bitte verbinden, daß Du den Grund meiner Ablehnung würdigen und mir Deine Freundschaft bewahren mögest."

Inzwischen hatte ich auch die offizielle Anfrage des Wahlkomitees erhalten und ebenfalls ablehnend bescheiden müssen. Dem Reichstage schien ich dadurch auf alle Zeiten Valet gesagt zu haben; daß ich aber nicht jeder politischen Tätigkeit in Bayern entzogen wurde, dafür sorgte Konrad Preysing. Es war, wie ich wußte, schon lange sein Plan, daß ich Mitglied der Reichsratskammer werden sollte, und er war in aller Stille mit der ihm eigenen Zähigkeit für die Verwirklichung des Planes tätig, gestützt auf die alten Beziehungen, die ihn mit der erlauchten Person des Regenten und einflußreichen Männern seiner Umgebung verbanden. Ich legte der Sache einstweilen eine größere Bedeutung nicht bei; auch würde ja eine Ernennung zum Reichsrat der Krone Bayern schädliche Folgen für meine Lehrtätigkeit nicht gehabt haben. Im Laufe des Sommers konnte ich aus gelegentlichen Andeutungen entnehmen, daß die Ernennung tatsächlich bevorstehe. Es wird an einem der letzten Tage im Juli gewesen sein, als mir Minister von Müller persönlich davon Mitteilung machte. Gleizeitig mit mir wurde Professor von Bechmann von der juristischen Fakultät in die Reichsratskammer berufen.

Die Ernennung brachte mir eine große Anzahl von Glückwunschschreiben ein; daß sie das Mißfallen des Dr. Sigl vom bayrischen Vaterland erregte, verstand sich von selbst und braucht nicht hervorgehoben zu werden. Die Einführung geschah noch im Oktober des gleichen Jahres; erster Präsident war damals der Graf von Törring-Jettenbach, der bei der Königskatastrophe eine Rolle gespielt hatte, zweiter Präsident der frühere Minister von Pfretzschner. Zu zeitraubender Beteiligung an politischer Arbeit kam es einstweilen nicht, ich konnte mich endlich mit ganzer Kraft der Wissenschaft widmen.

Drittes Kapitel. 1891—1896.

Der Hochschullehrer steht dem Gros seiner Zuhörer mehr oder minder fremd gegenüber. Es schallt seinen Ausführungen aus ihrer Mitte kein Echo entgegen, er weiß nicht, welche Aufnahme ein Vortrag findet, ob und wie er wirkt, nur aus dem Grade und dem Tempo, in welchem im Laufe des Semesters die Bänke sich lichten, kann er einigermaßen auf Grad und Umfang des vorhandenen Interesses schließen. Um so erfreulicher ist es, wenn sich Einzelne, von wissenschaftlichem Streben erfüllt, persönlich an ihn wenden und ihn um Rat und Anleitung angehen, dann kann sich ein wirkliches Verhältnis von Lehrer und Schüler herausbilden, was zu den schönsten Erlebnissen des akademischen Berufes gehört. Die äußere Veranlassung hiezu bildet am häufigsten der Wunsch eines Kandidaten, den Doktorgrad zu erwerben; dann wendet er sich an den Fachprofessor, entweder um ihm ein selbständig gewähltes Thema für die zu schreibende Dissertation zur Billigung vorzulegen und wo möglich Winke und Anregung für

die Ausarbeitung zu gewinnen, oder auch um sich ein Thema vorschlagen zu lassen. Es war in den Verhältnissen begründet, daß auch schon, ehe die früher besprochene Grenzregulierung mit dem Spezialkollegen erfolgt war, die von mir veranlaßten oder unter meiner Leitung entstandenen Doktorarbeiten zumeist der Geschichte der mittelalterlichen Philosophie entnommen waren. Hier lag ein Arbeitsfeld, das reiche Ausbeute versprach. Das Programm hatte ich in meinem Buche über Albertus Magnus entwickelt. Es galt, die Probleme scharf zu erfassen, welche die mittelalterlichen Denker beschäftigt hatten, und die Mittel zu ihrer Lösung festzustellen, die sie als ein von ihren Vorgängern ererbtes Gut besaßen, endlich die Verarbeitung dieses Materials kritisch zu würdigen.

Um zu Arbeiten dieser Art anzuregen, hatte ich schon um die Mitte der achtziger Jahre, als ich in der Fakultät aufgefordert wurde, das Thema für eine Preisarbeit anzugeben, dafür „Albertus Magnus als Interpret der aristotelischen Metaphysik" vorgeschlagen. Ein Lösungsversuch traf zum angesetzten Termin nicht ein, wohl aber meldete sich bald danach ein Studierender bei mir und berichtete, daß er sich nachträglich an die Bearbeitung dieses Themas machen wolle. Es war ein fleißiger junger Mann, aber nur mittelmäßig begabt; die Doktordissertation hatte, als sie endlich billigen Anforderungen genügen konnte, mir mindestens ebenso viel Arbeit gemacht als dem Verfasser, der sich übrigens nur kurze Zeit des Doktortitels erfreuen konnte. Näheres über seinen bald danach erfolgten Tod habe ich nicht erfahren. So war der Anfang nicht eben vielversprechend; um so erfreulicher

erwies sich der weitere Verlauf. Im Jahre 1888 promovierte J. A. Endres mit einer Dissertation über „Alexander von Hales“, vier Jahre später Matthias Baumgartner auf Grund seiner „Beiträge zur Psychologie und Erkenntnislehre des Wilhelm von Auvergne“. Beide waren Theologen. Endres wandte sich auch nach seiner Promotion der Seelsorge zu und war darin in Augsburg tätig, als wir dort im Jahre 1890 die Generalversammlung der Görresgesellschaft abhielten. Nicht lange danach wurde er zu meiner Freude als Professor der Philosophie an das Lyzeum nach Regensburg berufen. In dieser Stellung hat er mit schönem Erfolg in der Erforschung der mittelalterlichen Philosophie weiter gearbeitet und insbesondere weniger bekannte Erscheinungen der Frühscholastik ans Licht gezogen. Ich habe in ihm immer mit besonderer Freude meinen ältesten Schüler gesehen und ihm später die Herausgabe meiner Aufsätze philosophie-geschichtlichen Inhaltes anvertraut, nachdem er sich bereits vorher der Neuausgabe meines Albertus Magnus angenommen hatte.

Baumgartner dachte wohl von Anfang an an die akademische Laufbahn, ich veranlaßte ihn daher, nachdem er seine Studien in München vollendet hatte, nach Breslau zu gehen, um unter Professor Baeumkers sachkundiger Leitung noch tiefer in die Wissenschaft einzudringen, insbesondere nach der literärgeschichtlichen Seite. Baeumker hatte seit kurzem mit der Herausgabe der „Beiträge zur Geschichte der mittelalterlichen Philosophie“ begonnen, in denen nun auch Baumgartners Arbeit in erweitertem Umfange Aufnahme fand, und am 23. VI. 1893 schrieb er mir: „Mit bestem Dank habe ich

die Zuweisung der Arbeit des Herrn Baumgartner für die ‚Beiträge' angenommen. Die Arbeit füllt eine empfindliche Lücke aus, die sich auch mir schon verschiedentlich fühlbar gemacht hat, und läßt ebensosehr den Fleiß des Verfassers wie Ihre umsichtige Leitung erkennen." Gleichzeitig wünschte Baeumker meinen Namen als Mitherausgeber der „Beiträge" auf dem Titelblatte nennen zu dürfen, was ich gerne zusagte. Von mir selbst ist freilich die längste Zeit dort nichts erschienen, wohl aber ist die eine oder andere der dort veröffentlichten Arbeiten aus meiner Schule, wenn ich so sagen darf, hervorgegangen; ich will auf Einzelheiten nicht eingehen. Baumgartner ist nach Jahren auf dem Wege über München und Freiburg als Nachfolger Baeumkers nach Breslau zurückgekehrt und hat sich dort durch seine Neubearbeitung des die Patristik und die Scholastik behandelnden Teils des Überweg'schen Grundrisses der Philosophie in weiten Kreisen vorteilhaft bekannt gemacht. Endres und Baumgartner sind indessen unter denen, die ich in dem angegebenen Sinne als meine Schüler ansprechen darf, nicht die einzigen, die später selbst Lehrer der Philosophie geworden sind. Neben ihnen nenne ich Switalski in Braunsberg, der sich insbesondere mit erkenntnistheoretischen Fragen beschäftigt, Wittmann in Eichstätt, den vorzüglich ethische Probleme zu interessieren scheinen, und Wunderle, ursprünglich gleichfalls in Eichstätt, dann in Würzburg, der sich mit Eifer und Erfolg auf das Gebiet der Religionsphilosophie und Religionspsychologie geworfen hat, und Espenberger in Freising.

Meine eigene schriftstellerische Tätigkeit war eine Zeitlang durch die Neubearbeitung des großen, nach den ersten

Herausgebern so genannten Wetzer- und Welteschen Kirchenlexikons in Anspruch genommen. Aus dem Bereich der mittelalterlichen Spekulation hatte ich dafür unter anderm den Artikel Abälard übernommen. Der berühmte Dialektiker des elften Jahrhunderts war mir nie eine sympathische Persönlichkeit gewesen, jetzt aber, da ich mich näher mit ihm und seinen Lebensschicksalen zu beschäftigen hatte, wurde er mir immer rätselhafter. Insbesondere stieß ich bei der Lektüre der unter seinen Schriften befindlichen Geschichte seines Unglücks (Historia calamitatum mearum) auf eine solche Menge von Unwahrscheinlichkeiten, daß ich darin unmöglich ein historisches Aktenstück erblicken konnte und auf die Vermutung kam, daß dieselbe gar nicht von Abälard herrühre, sondern ein Roman und eine Fälschung sei. Viel Anklang habe ich indessen mit dieser Vermutung nicht gefunden.

Die Beziehung zum Kirchenlexikon gab mir sodann die Veranlassung, mich auch mit einem Kapitel aus der neueren Philosophie zu beschäftigen. Ich hatte für dasselbe den Artikel Loke übernommen und war bei der Ausarbeitung auf eine Frage gestoßen, die schon andere vor mir beschäftigt hat. Bekanntlich enthält das erste Buch von Lokes berühmtem „Versuch über den menschlichen Verstand" eine ausführliche Bekämpfung der Lehre von den angeborenen Ideen. Gegen wen wendet sich diese Polemik? Daß es Cartesius, der berühmte Erneuerer der Lehre, nicht sein kann, ist längst hervorgehoben; denn in der Form, in der sie von Loke bekämpft wird, hat er sie nirgendwo vorgetragen, und so war schon da und dort die Vermutung aufgetreten, daß sie sich gegen Cud-

worth und Henri More richten könne, die Männer der Schule von Cambridge. Ich konnte mir durch Vermittlung der Staatsbibliothek zu München die Werke der Genannten verschaffen und fand bei dem Studium derselben, daß weit wichtigere Momente als jenes negative sie mit Loke verbinden. Angesehene Historiker der Philosophie haben bis in die Neuzeit hinein Loke als den eigentlichen Vater des modernen Empirismus bezeichnet. Wer sich damit begnügte, nur das erste Buch des genannten Werkes einzusehen, konnte diese Auffassung als begründet ansehen. Anders, wer insbesondere das vierte Buch heranzog. Hier zeigt sich in überraschender Weise ein ganz anderes Bild. Hier erscheinen die Ideen oder Begriffe nicht mehr als willkürliche, den Sinneseindrücken entnommene Gebilde, sondern als ein irgendwie Festes und Gegebenes. Aus den Beziehungen zwischen den Begriffen ergeben sich sodann allgemeingültige Urteile, und mit Hilfe dieser letzteren weit über die Sinneswahrnehmung hinausführende Beweisgänge; kurz gesagt, dem Sensualismus der ersten Bücher tritt hier ein ebenso ausgesprochener Intellektualismus gegenüber. Ich glaube gezeigt zu haben, daß dies auf den Einfluß der Schule von Cambridge zurückgeht, mit welcher Loke auch durch persönliche Beziehung in naher Verbindung stand, und bin mit dieser Auffassung, wenn ich nicht irre, mehr und mehr durchgedrungen. Von einzelnen Fachgenossen erhielt ich übrigens gleich anfangs zustimmende Äußerungen, so von Baeumker in Breslau und Erdmann in Halle. Der letztere bekannte, schon bei flüchtiger Lektüre, Belehrung über Strömungen des englischen philosophischen Lebens gewonnen zu haben, von denen er, „wie leider die

meisten von uns, noch wenig wisse". Mein Buch über „Loke und die Schule von Cambridge" erschien im Spätjahr 1892, es sollte mir die Tore der bayrischen Akademie der Wissenschaften öffnen. Erinnerte ich mich der Schwierigkeiten, mit welchen ich viele Jahre zu kämpfen hatte, gedachte ich der unfreundlichen Haltung der Bonner Fakultät, der ablehnenden Stellung des preußischen Kultusministeriums bis zum Eintritte Althoffs, so konnte ich ein solches Ergebnis kaum erwarten.

Die Tagung der Görresgesellschaft fiel in diesem Jahre aus. Das Jahr zuvor hatten wir sie in dem schönen, an historischen Erinnerungen reichen Hildesheim abgehalten. Dort hatten wir insbesondere der Toten gedacht. Noch vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen erinnerte der dortige Bischof an den schweren Verlust, den das gesamte katholische Deutschland im März dieses Jahres und mit ihm auch unsere Gesellschaft erlitten hatte, deren Bestrebungen Windthorst ein herzliches Interesse entgegenbrachte. In der Sitzung der historischen Sektion widmete Prälat Hülskamp dem Kardinal Hergenröther einen inhaltreichen, warm empfundenen Nachruf, in der Schlußsitzung hielt ich eine Gedächtnisrede auf Domdekan Heinrich (Mainz), von dem ich schon bei früherer Gelegenheit erwähnt hatte, daß er es gewesen ist, der den ersten Anstoß zur Gründung der Görresgesellschaft gegeben hat.

Für die Versammlung des folgenden Jahres 1893 hatten wir uns die süddeutsche, gleichfalls durch geschichtliche Erinnerungen und mittelalterliche Bauwerke ausgezeichnete Bischofsstadt Bamberg gewählt. Zuvor aber sollten mich die Interessen der Görresgesellschaft nach Berlin führen. Der

großartige Entschluß Papst Leos XIII., die Schätze des vatikanischen Archivs der wissenschaftlichen Forschung zu öffnen, hatte dazu geführt, daß nicht nur einzelne Historiker sich nach Rom begaben, sondern von verschiedenen Seiten eigene Institute zur systematischen Ausbeutung und Bearbeitung dieser Schätze ins Leben gerufen worden waren. Auch die Görresgesellschaft hatte seit kurzem, freilich mit recht bescheidenen Mitteln, ihr römisches Institut eröffnet, das begreiflicherweise mit dem ungleich reicher ausgestatteten kgl. preußischen historischen Institut nicht konkurrieren konnte, immerhin aber bei glücklicher Wahl des Leiters und der Mitarbeiter Tüchtiges zu leisten vermochte. Eine große Schwierigkeit lag in der Abgrenzung der Arbeitsfelder; hier konnten gleich anfangs unliebsame Reibungen kaum ausbleiben, ,und es bedurfte allseitigen guten Willens, sie zu verhüten. Ich glaube dem Andenken des damaligen Generaldirektors der preußischen Staatsarchive, dem die oberste Leitung des Institutes in Rom oblag, Geheimrat von Sybel, nicht zu nahezutreten, wenn ich sage, daß er katholischen Unternehmungen mit wenig Wohlwollen gegenüberstand. Er hat das in den Kulturkampfjahren allzu deutlich gezeigt. Ob er, wie mir jemand, der es wissen konnte, später versicherte, recht eigentlich darauf aus war, dem historischen Institut der Görresgesellschaft Schwierigkeiten zu machen, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls kam es wiederholt zu Unstimmigkeiten, von denen man auch im preußischen Kultusministerium Kenntnis erhielt. Dort aber waltete nun schon seit einer Reihe von Jahren als führender Geist der Geheimrat Althoff, der

gerade umgekehrt von Anfang an bestrebt war, den Interessen der Katholiken gerecht zu werden. So wird denn auch von ihm der Vorschlag ausgegangen sein, durch mündliche Verhandlung in Berlin ein friedliches Nebeneinanderarbeiten der beiden Institute herbeizuführen.

Im Frühjahre 1893 begab ich mich in Begleitung von Professor Grauert nach Berlin, wo wir im Beisein von Althoff direkt mit Sybel verhandelten. Wir waren von Anfang an bereit, jedem Vorschlage beizustimmen, der der Görresgesellschaft ein ihren besonderen Interessen und Aufgaben angemessenes Arbeitsfeld frei ließ, aber auch Sybel hatte mildere Saiten aufgezogen, und so kam man bald zum Schluß. Die getroffene Vereinbarung fand die Zustimmung des Gesellschaftsvorstandes, worüber ich sofort an Althoff berichtete, der mir unter dem 26. März seine große Befriedigung darüber kundgab und die zuversichtliche Erwartung äußerte, daß das preußische Institut unser Verhalten voll würdigen und sein Verhalten entsprechend einrichten werde. Daß er in dem gleichen Briefe den Wunsch aussprach, mich wieder im Reichstage zu sehen, sei nur nebenbei erwähnt.

Die Generalversammlung in Bamberg fand zu Anfang September statt. In meiner Eröffnungsrede sprach ich über „Die Aufgabe der katholischen Wissenschaft und die Stellung der katholischen Gelehrten in der Gegenwart", ein Thema, mit dem ich mich über ein Jahrzehnt hindurch immer wieder befassen sollte. Dasselbe bei einer Versammlung der Görresgesellschaft zu behandeln, lag nahe, denn es betraf Ziele und Aufgaben, das Programm und den grundsätzlichen Standpunkt

der Gesellschaft. Von Anfang an hatten wir uns dazu bekannt, daß zwischen Glauben und Wissen kein Gegensatz bestehen könne, und daß die Wissenschaft, wenn sie sich streng innerhalb ihres Gebietes halte und gewissenhaft den Regeln der Logik und der den einzelnen Disziplinen angepaßten Methoden folge, weder eine Beschränkung ihrer Freiheit, noch einen Konflikt mit der kirchlichen Lehre zu befürchten habe. Die Stellung der katholischen Gelehrten in der Gegenwart bezeichnete ich durch die Sätze: „Wir sind in der Minderheit und haben darum die Folgen zu tragen, die sich überall an die Minderheitsstellung anknüpfen.' Hier vor allem müsse Abhilfe geschafft werden. Solange wir nur da und dort den einen oder anderen versprengten Vertreter katholischer Wissenschaft besitzen, kommen wir nicht weiter. Wenn aber einmal an jeder Hochschule ein halbes Dutzend tüchtiger katholischer Dozenten tätig ist, so wird viel gewonnen, und es wird nicht länger möglich sein, die katholischen Gelehrten zurückzusetzen oder zu ignorieren. Hier mitzuwirken, sei das der Görresgesellschaft vorgezeichnete Ziel, und zugleich sollte sie ein Vereinigungspunkt für die Gesinnungsgenossen bilden."

Von Bamberg begab ich mich nach Würzburg, wo die Katholikenversammlung stattfand. Hier konnte ich zu meiner großen Freude alte Freunde aus dem Reichstage, so insbesondere den Freiherrn von Heeremann begrüßen. Aber auch einen anderen Bekannten aus viel früherer Zeit suchte ich auf. Ich habe früher erzählt, daß ich während meines Aufenthaltes in Würzburg 1866/67 täglich mit Franz Brentano zusammen bei dem trefflichen Domvikar Beckert speiste, und

habe auch ein Charakterbild des wahrhaft heiligmäßigen Mannes zu geben versucht. Er war später Pfarrer von St. Peter geworden, jetzt fand ich ihn von einer schweren, überaus schmerzhaften Krankheit befallen. Daß wir jener Tage nur mit tiefer Wehmut gedenken konnten, war natürlich.

Nach München zurückgekehrt, überraschte mich Hofrat Freytag, an den und seine liebenswürdige Gattin wir uns seit unserer Übersiedelung nach München enge angeschlossen hatten, mit dem Vorschlage, eine gemeinsame Reise nach Rom zu unternehmen. Ohne langes Besinnen ging ich darauf ein, und in den ersten Tagen des Oktober machten wir uns auf den Weg. Nahezu ein Menschenalter war darüber hingegangen, seit ich zum erstenmal die ewige Stadt betreten hatte, um dort begeisternde und unvergeßliche Tage zu durchleben. Wie vieles war seitdem anders geworden! Rom die Hauptstadt des aus der Revolution hervorgegangenen italienischen Königreiches, der Papst wie ein Gefangener in den Vatikan eingeschlossen! Ich mußte erwarten, daß dies auch in der äußeren Erscheinung hervortreten werde, und die „santa atmosfera die Roma", von der einst der alte Baron Schröder gesprochen hatte, geschwunden sei. Auch die Art des Reisens war ja nicht mehr die gleiche wie im Jahre 1865. Damals fuhren wir mit dem Wagen von Viterbo nach Rom, und als zwischen den Hügeln der Campagna die Kuppel von St. Peter auftauchte, rief der Vetturino, mit der Peitsche dorthin deutend: „Ecco, signori, ecco Roma!" Diesmal spähte ich, als wir uns fahrplanmäßig dem Ziel der Reise näherten, eifrig danach aus, ob nicht ein ähnliches Bild sich wieder zeigen

würde, und als in der Tat die Kuppel sichtbar wurde, sagte ich zu dem Eisenbahnschaffner, der schlaftrunken auf der Plattform saß: „Adesso si vede Roma," worauf er gähnend erwiderte: „Si signore."

Und die Veränderungen im Innern, die meiner warteten, waren freilich groß genug! Ich denke dabei weniger an die geschmacklosen Neubauten, unter denen der Justizpalast die Palme verdient, sondern an die Zerstörung des Alten. Am schmerzlichsten berührt wurde ich durch den Anblick des Colosseums! Verschwunden war das Kreuz in der Mitte, mit seiner ergreifenden Inschrift, verschwunden die vierzehn Stationen, verschwunden sogar der uralte Efeu, der einst malerisch über die Bogenreihen herunterhing, dagegen der Boden aufgewühlt, um Substruktionen aufzudecken, die dem Beschauer nichts sagten, aber den nüchternen und kalten Eindruck der großen Ruine verstärkten. Eines freilich war geblieben, die römische Sonne! Und als ich vom Janikulus aus die Fenster von Rocca di Papa im Abendscheine leuchten sah, da war es, als seien die dazwischen liegenden Jahre ausgelöscht und sei ich erst gestern hier gewesen. Eine freudige Überraschung kam hinzu. Mein Bonner Freund, Professor Simar, war im Sommer 1891 zum Bischof von Paderborn erwählt und demnächst vom Papste bestätigt worden. Ich hatte keine Ahnung, daß er eben jetzt den vorgeschriebenen Besuch ad limina apostolorum unternommen habe; nun trafen wir uns unvermutet bei San Pietro in Montorio und feierten ein kurzes Wiedersehen.

Eine Empfehlung von Monsignore Agliardi, der kurz

zuvor, infolge seiner Versetzung nach Wien, München verlassen hatte, verschaffte uns eine Privataudienz; Leo XIII. empfing uns mit väterlicher Güte. Die Audienz verlief in den hergebrachten Formen gemessener Feierlichkeit und hinterließ in uns den Eindruck, den es in jedem empfänglichen Gemüte hervorrufen muß, sich dem Oberhaupte der katholischen Kirche, dem Stellvertreter Christi, nahen zu dürfen. Von bemerkenswerten Einzelheiten der kurzen Unterredung ist nichts zu berichten.

Um so interessanter war nach dieser Richtung eine Unterhaltung mit Kardinal Rampolla. Ihn aufzusuchen, war ich durch einen mir gleichfalls von Monsignore Agliardi zugegangenen Empfehlungsbrief veranlaßt. Da der Kardinal Wert darauf zu legen schien, mit mir eingehender zu sprechen, suchte ich ihn nach dem ersten Höflichkeitsbesuche nochmals auf. Die öffentliche Meinung stand damals unter dem Eindrucke russisch-französischer Verbrüderungsfeste, und die deutsche kirchenfeindliche Presse war seit Jahren eifrig bemüht, den Apostolischen Stuhl in einen Gegensatz zum Dreibund zu bringen und als eifrigen Förderer der russisch-französischen Verbindung hinzustellen, von welcher er angeblich eine Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft erwartete. Dem gegenüber ergriff Kardinal Rampolla die Gelegenheit, mit allem Nachdrucke und aller Bestimmtheit zu erklären, daß der Heilige Stuhl niemals an eine gewaltsame Wiederherstellung der früheren Zustände gedacht habe, daß der Papst niemals eine andere als eine friedliche Aktion unternehmen werde, und daß er es darum auch stets abgelehnt

habe, sich in eine der bestehenden politischen Gruppierungen hineinziehen zu lassen. Gefordert werde einzig, daß die Katholiken allerwärts die römische Frage als eine ungelöste und der Lösung bedürftige hinstellten, wie dies auch auf unsern Katholikenversammlungen geschähe. Ich habe nicht verfehlt, der Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung" von dieser wichtigen Erklärung Kenntnis zu geben.

Das Jahr 1894 ist in meiner Erinnerung durch eine schwere Sorge und eine schöne Feier in meiner Familie bezeichnet. Wir waren wie alle Jahre bei Beginn der großen Ferien nach Ruhpolding gegangen; dort wurde Toni, unsere älteste Tochter, von einer schweren Krankheit befallen; ärztliche Hilfe war nur unzureichend vorhanden, sie litt große Schmerzen und der Zustand verschlimmerte sich von Tag zu Tag. Da kam Hilfe in der Not; Hofrat Jochner unterbrach seine eigene Kur in Bad Gastein, blieb einige Tage bei uns, traf die nötigen Anordnungen und konnte uns mit der tröstlichen Versicherung verlassen, daß die Gefahr vorüber sei. Aber Wochen und Wochen vergingen noch, ehe wir mit der Wiedergenesenen nach München zurückkehren konnten. Dort feierten wir am 28. Oktober das Fest unserer silbernen Hochzeit. Meine sämtlichen Geschwister waren anwesend, mein Bruder, der schon seit mehreren Jahren seine Stelle beim Fürsten Löwenstein aufgegeben hatte, lebte seit kurzem ganz in München. Aus Darmstadt war meine verwitwete Schwester mit ihren beiden Töchtern, und meine Schwägerin Elisabeth, die Witwe meines Schwagers Josef Biegeleben, mit

ihrer Tochter und ihrem Bruder Ludwig gekommen, und auch meine jüngere Schwester hatte mit ihrem Manne und ihrer eben erwachsenen Tochter die weite Reise von Lüneburg nach München nicht gescheut. Zu ganz besonderer Freude aber gereichte es uns, daß auch Tante Sofie Detmold, von der ich wiederholt gesprochen habe, gekommen war. Sie hatte mir seit meiner Knabenzeit ein besonders warmes Interesse entgegengebracht und dieses später auf meine Kinder übertragen, denen gegenüber sie, zumal wenn sie uns in Ruhpolding besuchte, die Stelle der zu früh verstorbenen Großmutter vertrat. Sie selbst hatte große Freude an den wiederholten Besuchen, wußte den Reiz unserer Gebirgslandschaft zu würdigen und war glücklich, in einem katholischen Lande inmitten einer gläubigen Bevölkerung zu leben.

Den Vorabend des 28. verbrachten wir bei meinem Bruder. Die zahlreich vertretene Jugend stellte in lebenden Bildern allerhand auf das Fest Bezügliches dar, wozu ihnen insbesondere von meiner älteren Schwester, aber auch von anderen Verwandten Gedanken und Anleitungen und die hübschen begleitenden Verse geboten worden waren. Am andern Tage fand in der Frühe in der erzbischöflichen Kapelle die kirchliche Feier statt; zu Mittag waren die Festgäste bei uns zu Tisch, mit den Familienmitgliedern Graf Konrad Preysing und der uns nahe befreundete damalige Pfarrer von Ruhpolding. Wir beide, meine Frau und ich, hatten allen Grund, den Tag mit freudigem Danke zu begehen. Wir hatten in dem abgelaufenen Vierteljahrhundert schwere und frohe Tage in Liebe und Eintracht zugebracht, wir hatten

Zeiten kränkender Zurücksetzung, aber auch solche ersprießlicher Wirksamkeit in einmütiger Gesinnung durchlebt und die daraus erwachsenen Pflichten und Aufgaben gemeinsam getragen. Die Kinder, fünf an der Zahl, waren, Gott sei Dank, gesund und schauten erwartungsvoll ins Leben hinein, die jüngeren noch im schulpflichtigen Alter.

Um jene Zeit trat die Kunst neuerdings in den Kreis meiner Interessen ein. Unter der Nachwirkung meiner römischen Erinnerung hatte sie viele Jahre eine Beschäftigung meiner Mußestunden gebildet. Aus Schnaases Geschichte der bildenden Künste hatte ich reiche Anregung geschöpft. Eine Zeitlang trug ich mich mit dem Plane, ein Bild des Lebens und Schaffens von Friedrich Overbeck zu entwerfen, und hielt auch über ihn in Köln einen Vortrag, der im Drucke erschienen ist. Dann aber nahm die Politik alles, was die Berufstätigkeit an Zeit und Kraft übrig ließ, in Anspruch. Das sollte nun wieder anders werden. Ein Kreis junger, strebsamer Künstler, an ihrer Spitze der schon damals zu den schönsten Hoffnungen berechtigende Bildhauer Georg Busch, hatte sich zu einer Gesellschaft für christliche Kunst vereinigt; nicht in starrer Nachahmung des Alten, sondern in frei schaffender Tätigkeit wollten sie christliche Ideen in einer dem modernen Empfinden entsprechenden Weise zur Darstellung bringen und sich zugleich mit ihrer Tätigkeit in den Dienst der Kirche stellen. Wie sie dazu kamen, unter den Kunstfreunden, die sie gleichfalls in ihre Organisation hineinzuziehen gedachten, gerade mich zum Präsidenten der Gesellschaft zu erwählen, weiß ich nicht, aber sie traten mit

dem dahin gerichteten Ersuchen an mich heran und ich ging darauf ein. Eine Reihe von Jahren habe ich in dieser Eigenschaft an der Ausgestaltung der Gesellschaft teilgenommen und mich an ihrer Entwicklung gefreut, die Leitung dann aber später anderen Händen übergeben.

Am 19. März 1895 erlitt Minister von Müller ganz unerwartet einen Schlaganfall. Ich erhielt die Nachricht in der Nuntiatur, wo ich einen Besuch zu machen hatte. Nach Hause zurückgekehrt, traf ich dort im Salon meiner Frau den Grafen Preysing; als er die erschütternde Nachricht erfuhr, brach er in Tränen aus. Nicht daß ihn mit dem Erkrankten eine enge persönliche Freundschaft verbunden hätte, aber einer seiner Lieblingspläne brach zusammen. Er wußte, daß Herr von Müller nach dem Ministerium des Innern strebte, wo ihm eine Dienstwohnung zur Verfügung gestanden und er einen viel weitergehenden politischen Einfluß hätte ausüben können als auf dem engeren Gebiete des Kultusdepartements. Darum galt es Preysing zunächst auf die Beseitigung des Ministers von Feilitzsch hinzuarbeiten, um Herrn von Müller Platz zu machen. Nachfolger des letzteren sollte dann niemand anders als — ich werden. Das war nun alles zu Ende, Herr von Müller starb wenige Tage danach. Er war ein Mann von hervorragenden Geistesgaben und ungewöhnlicher Arbeitsfreudigkeit, was vielleicht an seinem frühen Tode die Schuld trug. An seine Stelle trat Herr von Landmann, dessen ich früher als bayrischen stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat gedacht habe. Später erzählte mir jemand, es sei im Ministerrat, als es sich um die Ernennung des neuen

Kultusministers gehandelt habe, auch mein Name genannt worden, worauf einer der Herren, gemeint war der Finanzminister von Riedel, erklärt habe, das könne doch niemand von ihnen verlangen, daß sie einen Parteimann in Vorschlag brächten.

Ich habe früher von dem Plane berichtet, die große Katholikenversammlung in München abzuhalten und die Umstände mitgeteilt, die denselben glücklicherweise zum Scheitern brachten. Aber schon damals hatte Konrad Preysing sich vorgenommen, den Plan im richtigen Augenblicke wieder aufzunehmen und in der geeigneten Weise, das heißt unter Ausscheidung zweifelhafter Elemente, zur Ausführung zu bringen. Dieser Augenblick schien ihm jetzt gekommen, und mit der ihm eigenen, zu jedem persönlichen Opfer bereiten Energie ging er ans Werk. Daß er sich dabei mit mir ins Einvernehmen setzte, war natürlich; insbesondere sollte ich für die Rednerliste und für die Verteilung der herkömmlichen Themata Sorge tragen. Einen großen Teil der Arbeit übernahm Preysing selbst. Da von den für Versammlungen in München zur Verfügung stehenden Sälen keiner ausreichend war, um die aller Voraussicht nach sehr große Zahl der Teilnehmer aufzunehmen, wurde die einer der größten Brauereien gehörige Halle ausersehen und in glänzender Weise unter Zuziehung künstlerischer Kräfte ausgestattet. Ich glaube kaum, daß eine der früheren oder späteren Versammlungen in einem ähnlich schönen Lokale getagt hat. Zum Präsidenten hatten wir Freund Müller ausersehen, der, wie mit mir, so auch mit Preysing, durch alte Beziehungen verbunden war. Beide hatten zu gleicher Zeit die Universität in Bonn besucht.



... seines Ruhpoldinger Landsitzes mit Exzellenz von Treutler, k. preuß.

Natürlich mußte, wie auf allen bisherigen Versammlungen, auch über die römische Frage gesprochen werden. Das war keine ganz leichte Aufgabe, denn seit einiger Zeit verfolgte nicht nur die kirchenfeindliche Presse, sondern auch die italienische Regierung die Behandlung dieser Frage in katholischen Versammlungen mit Argwohn. Irre ich nicht, so war es in Wien, wo die italienische Regierung einen amtlichen Schritt unternommen hatte. Es kam darauf an, alles zu vermeiden, was zu unliebsamen Weiterungen Anlaß gegeben hätte. Auf Preysings Wunsch übernahm ich die Rede, aber ich änderte das Thema und sprach nicht über die römische Frage, sondern über „Rom und der Papst im Jahre 1895". Indem ich die heutigen Zustände mit den früheren verglich, gewann ich den Rahmen, in welchem ich den Schmerz der katholischen Welt über das an dem Papste und der Kirche begangene Unrecht und die Wünsche für eine bessere Zukunft zum Ausdruck bringen konnte, ohne das Gebiet der eigentlichen Politik zu betreten. Die Rede, die ich in meinen kleinen Schriften habe abdrucken lassen, fand damals viel Beifall, und es gab auch einzelne Persönlichkeiten in München, denen ich durch meine Behandlung des schwierigen Themas einen Stein vom Herzen genommen hatte. Auch sonst konnte man mit dem Verlaufe der Versammlung durchaus zufrieden sein, insbesondere auch mit der Art und Weise, wie der erwählte Präsident seines Amtes gewaltet hatte. Müller verbrachte nachher noch einige Tage in Ruhpolding, stieg auch mit uns auf den Hochfelln und verließ uns mit dem Wunsche und der Hoffnung, wieder zu kommen.

In den ersten Tagen des Oktober hielt die Görresgesellschaft ihre Generalversammlung in Fulda ab. Wir waren dankbar, daß man uns dort wieder freundlich entgegenkam, nachdem Anfragen an andern Orten nicht zu dem gewünschten Erfolge geführt hatten. Ich hielt bei dieser Gelegenheit eine Gedächtnisrede auf Karl Lossen. Dieser, mein liebster Freund aus der Studentenzeit, war am 24. Februar 1893 seiner Familie, seinen Freunden und der Wissenschaft durch einen frühen Tod entrissen worden. „Wenn einer von seinen Freunden," so schrieb mir kurz danach sein Bruder Wilhelm, Professor der Chemie in Königsberg, „so bist Du es, der mit mir ganz erfaßt und fühlt, was wir verloren haben. Ich schreibe darum auch nicht, wie er war in seinem ganzen Wesen; das weißt Du ja. Er ist sich gleich geblieben bis zuletzt." Sodann berichtete er über die letzten Leidenswochen des Entschlafenen und von der wohltuenden Teilnahme, welche Vorgesetzte, Kollegen und Fachgenossen bewiesen hatten. Durch alle die zahlreichen Briefe zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke, daß er sich hohe Verdienste um seine Wissenschaft erworben hat, daß aber sein Charakter, sein ganzes Wesen ihn noch mehr als seine Wissenschaft über viele andere erhoben hat. So hob speziell die „Kölnische Zeitung" in einer Notiz seine wissenschaftlichen Verdienste kurz und bündig hervor und fügte dann nur den einen Satz hinzu: „Lossen war als Mensch ein geradezu idealer Charakter von unendlicher Herzensgüte und von einer wahren und tiefen Frömmigkeit." Auf den gleichen Ton war meine Gedächtnisrede gestimmt, wobei ich mich, abgesehen von meiner eigenen Er-

fahrung, die sich auf eine langjährige enge Freundschaft gründete, auf das Zeugnis zweier Fachgenossen und Mitarbeiter von Lossen stützte.

Sehr eingehend beschäftigten wir uns in Fulda mit unserem römischen Institut. Im vergangenen Frühjahr hatte sich Professor Finke im Auftrage der Görresgesellschaft nach Rom begeben, um sich aus persönlicher Einsicht über die Arbeiten unserer Stipendiaten zu unterrichten. Ein anderes kam hinzu: Von Seiten des Unterarchivars des Heiligen Stuhles, des bekannten Forschers P. Denifle, war der Vorstand der Görresgesellschaft darauf aufmerksam gemacht worden, daß in der Veröffentlichung der Akten des Konzils von Trient eine Aufgabe liege, welche, wie kaum eine andere, den Zielen und Absichten unseres historischen Instituts entspreche, eine Aufgabe, zu der sicherlich in erster Linie katholische Forscher berufen seien, aber auch eine dringende Aufgabe, weil bereits andere Hände sich danach ausstreckten. Die Anregung schien uns im höchsten Grade beachtenswert und Professor Finke war beauftragt, die ersten orientierenden Schritte nach dieser Richtung zu unternehmen. Auf Grund des von ihm erstatteten Berichtes hatte der Vorstand in einer am 17. Mai abgehaltenen Sitzung die Inangriffnahme des Unternehmens beschlossen. Die von mir an Kardinal Rampolla gerichtete Eingabe hatte den gewünschten Erfolg. Papst Leo XIII. gab zu der geplanten Herausgabe der Acta Tridentina seine Einwilligung und ermächtigte die Görresgesellschaft ausdrücklich dazu. Im Herbst des gleichen Jahres wurde mit den Arbeiten begonnen. Trotzdem schien es notwendig, daß von Seiten des Vorstandes der

obersten kirchlichen Behörde Näheres über unseren Plan mitgeteilt werde, am besten mündlich, und es wurde beschlossen, daß ich selbst diese Aufgabe übernehmen solle. So kam es, daß ich noch im gleichen Monate, am 18. Oktober, abermals nach Rom reiste. Ich trug unseren Wunsch unter Darlegung unserer gesamten Verhältnisse direkt dem Kardinal Rampolla vor, und die gegebene Erlaubnis wurde mündlich wiederholt. Eine besondere Freude aber bereitete mir diesmal eine Audienz bei Leo XIII., der mich mit den Worten empfing: „Vous avez bien parlé de moi à Munich." Während meines Aufenthaltes in der ewigen Stadt war ich Zeuge eines Vorganges, welcher den tiefsten Grund der römischen Frage in greller Deutlichkeit hervortreten ließ. Der König von Portugal hatte amtlich seinen Besuch bei dem König von Italien in Aussicht gestellt, dann aber, als der Papst, den er gleichfalls aufzusuchen gedachte, an dem Standpunkte festhielt, einen katholischen Fürsten, der Gast des Quirinals wäre, nicht zu empfangen, die Absicht aufgegeben. Darüber brach in der römischen Presse ein Sturm los, der jeder Beschreibung spottete. Eines der gelesensten Blätter kündigte dem König, der sich „zum Knecht der Pfaffen" erniedrigt habe, die demnächstige Absetzung an. Ein anderes ergriff den Anlaß, den unversöhnlichen Gegensatz zwischen dem revolutionären Italien und dem Papsttume hervorzuheben. „Wir sind," so hieß es dort, „die Erben der französischen Revolution und der Enzyklopädisten, die ihre Lehrer gewesen sind; wir wollen keine kirchliche, sondern eine auf die Wissenschaft gestützte, unabhängige Moral und die Beseitigung des überlieferten Katholizismus. Das ist

das Ziel, welches uns nach Rom geführt hat; von einer Versöhnung mit dem Vatikan kann keine Rede sein."

Unser Münchener Freundeskreis hatte inzwischen eine Bereicherung erfahren. Georg Hüffer, der durch den Tod eines reichen Verwandten in eine sorgenlose Lage versetzt worden war, so daß er auf eine Professur in Breslau verzichten konnte, war nach München übergesiedelt. Sein Wunsch, daß ihn die philosophische Fakultät als Honorarprofessor annehmen und ihm gestatten möge, nach Neigung und freier Wahl historische Vorlesungen zu halten, war freilich nicht in Erfüllung gegangen; er scheiterte an dem Widerspruche eines unserer Historiker, der — höchst charakteristisch — der Befürchtung Ausdruck gab, man wolle München zu einem besonderen Sitz katholischer Geschichtswissenschaft machen.

Das führt wieder auf das schon mehrfach berührte Thema der Stellung der katholischen Gelehrten in Deutschland. Im Jahre 1896 veröffentlichte ich in den Historisch-Politischen Blättern einen Aufsatz über das Bildungsdefizit der Katholiken in Bayern. Es war Monsignore Agliardi gewesen, der eines Tages mit der Frage an mich herantrat, wie es doch komme, daß man in dem katholischen Bayern an allen höheren Stellen bei Hof und an der Regierung Protestanten treffe. In jenem Aufsatze wies ich auf gewisse in der Geschichte des bayrischen Staates begründete Umstände hin. Das Bayern des 18. Jahrhunderts hatte eine ausschließlich katholische Bevölkerung, war aber ein reiner Agrarstaat. Zu dem aus den Umwälzungen und Verschiebungen der Jahrhundertwende hervorgegangenen neuen Königreich waren zahlreiche protestantische Bezirke,

insbesondere aber die Städte Augsburg, Nürnberg, Regensburg mit ihrem vermögenden, gebildeten Bürgertum hinzugetreten. Diese städtische Bevölkerung nun war es, welche das Material für den Beamtenstand lieferte, und das steigerte sich in den folgenden Generationen, da die Bewohner der Städte in weit höherem Maße als das Landvolk geneigt und bereit waren, ihre Kinder am höheren Unterricht teilnehmen zu lassen. Die Söhne der Beamten aber stellten dann hinwiederum zu den Besuchern der höheren Schulen und damit zu den Kandidaten für den höheren Staatsdienst ein stetig anwachsendes Kontingent, und dazu kam dann noch das protestantische Pfarrhaus. Ich war seit kurzem Mitglied des Kuratoriums des K. Maximilianeums, einer von König Max begründeten Anstalt, in welcher besonders befähigte Kandidaten des höheren Staatsdienstes eine den Universitätsunterricht ergänzende und vervollständigende Ausbildung finden sollten; es konnte meiner Beobachtung nicht entgehen, daß nicht nur die Mehrzahl der Bewerber Protestanten waren, sondern auch unter den zur Aufnahme Gelangten eine große Zahl aus protestantischen Pfarrhäusern stammte. Für die bayrischen Verhältnisse dürfte das bezeichnend genug sein.

Auf der anderen Seite waren den Katholiken infolge der Säkularisation die besten Stützen genommen, auf denen in früheren Zeiten die Pflege der Wissenschaft und Geistesbildung geruht hatte, die reichen Stifte und Klöster, die auch in Zeiten des Verfalls wenigstens einige Mitglieder zählten, welche sich wissenschaftlichen Beschäftigungen in der einen oder anderen Richtung hingaben, und die namentlich und in weitem Umfange

begabten Jünglingen die Mittel zur Erlangung höherer Bildung geboten hatten. Für diesen Ausfall, den man nicht hoch genug anschlagen kann, boten die Einrichtungen des neuen Staatswesens keinen Ersatz. Es hätte einer richtigen Einschätzung der Tatsachen und einer vorausschauenden Schulpolitik bedurft, um dem stetigen Fortschreiten des Protestantismus in Bayern entgegenzuwirken. Noch die neueste Schulstatistik bestätigte, daß die gelehrten Schulen in Bayern relativ stärker von Protestanten als von Katholiken besucht werden. Daß das Mißverhältnis am stärksten an den Universitäten hervortreten mußte, liegt auf der Hand. Die Mitteilungen, welche der Kultusminister von Landmann im März des Jahres in der Kammer über das Verhältnis der Konfessionen an den bayrischen Universitäten machte, waren geradezu aufsehenerregend und mußten die Katholiken erkennen lassen, wieviel hier nachzuholen sei.

Auf der Generalversammlung der Görresgesellschaft, welche Ende September 1896 in Konstanz stattfand, sprach ich über die Ursachen des Zurückbleibens der deutschen Katholiken auf dem Gebiete der Wissenschaft. Im Sinne der obigen Ausführungen ging ich den geschichtlichen Vorgängen nach, welche ganz allgemein die Gestaltung der deutschen Staaten bedingt haben, und beschäftigte mich besonders mit dem Einfluß derselben auf den Anteil der Katholiken an Bildung und Wissenschaft. Ich gestand zu, daß wir uns in Deutschland von den Protestanten haben überflügeln lassen, und wies neuerdings mit allem Nachdruck auf die Pflicht hin, hier für Abhilfe zu sorgen. Es ist eine falsche

Politik, wenn man sich auf unserer Seite zur Erklärung dieses Mißverhältnisses auf das Übelwollen der Staatsregierungen oder der Universitäten selbst beruft; um einem angeblichen oder wirklichen Übelwollen mit Erfolg entgegenzutreten, müßten wir imstande sein, bei jeder Vakanz, möge es sich dabei um Staatswissenschaft oder Medizin, um Geschichte oder Naturforschung handeln, Kandidaten in hinreichender Auswahl aufzuweisen; in Wahrheit aber werden wir häufig genug keinen einzigen zu nennen wissen. Zu diesem Ende ist von größter Wichtigkeit, daß wir die Wertschätzung der Wissenschaft und des wissenschaftlichen Berufes in weiten Kreisen zu steigern uns bemühen. Nicht daß diese Wertschätzung bisher gefehlt hätte, schon immer hat das katholische Volk mit Verehrung zu den Männern aufgeblickt, die mit den Waffen der Wissenschaft die Wahrheiten des Glaubens verteidigten; aber was wir jetzt brauchen, das sind nicht so sehr die Apologeten, als vielmehr die eigentlichen Fachgelehrten, diejenigen, die, mit dem Rüstzeug der modernen Forschung ausgestattet, in selbständiger Arbeit das Gebiet des menschlichen Wissens zu erweitern und zu befestigen bemüht sind. Und glaube man nicht, daß die Apologetik dabei zu kurz käme. „Ein einziger Gelehrter, der erfolgreich in die Forschung eingreift, dessen Namen mit weithin sichtbaren Zeichen in die Blätter der Geschichte eingegraben ist, und der sich zugleich in seinem Leben als treuer Sohn der Kirche bewährt hat, wiegt ganze Bände von Apologetik auf."

Meine Ausführungen, insbesondere meine Konstanzer Rede, fanden vielfach Beachtung. Auf gegnerischer Seite

wollte man natürlich von meiner historischen Erklärung unseres Zurückbleibens auf dem Gebiete der Wissenschaft nichts wissen, sondern wiederholte nur immer wieder das alte Wort von der Inferiorität der Katholiken und der Bildungsfeindlichkeit der Kirche. Insbesondere mein Hinweis auf die schädlichen Nachwirkungen der Säkularisation wurde bei völliger Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse mit Hohn überschüttet. Aber auch in katholischen Kreisen begegnete ich nicht überall dem richtigen Verständnis; ich war erstaunt, daß meine Worte über den apologetischen Wert einer ohne apologetische Zielpunkte betriebenen wissenschaftlichen Forschung da und dort in theologischen Kreisen Anstoß erregte. Von einer Geringschätzung der kirchlichen Apologetik war doch in keiner Weise die Rede. Um so mehr freute es mich, als mir einige Zeit danach von einem schwäbischen Pfarrer die Gründung eines Vereins zur Unterstützung katholischer Studierender berichtet wurde, der sich dabei ausdrücklich auf die von mir gegebenen Anregungen bezog. — Nach Konstanz hatte mich zum ersten Male mein Sohn begleitet, der kürzlich, noch nicht achtzehn Jahre alt, das Gymnasium absolviert hatte. Mit ihm und einigen Teilnehmern der Versammlung besuchte ich das im Bodensee gelegene, an historischen Erinnerungen reiche, durch Scheffels Dichtung bekannte Kloster Reichenau.

Im Jahre 1896 wurde ich in die Königlich bayrische Akademie der Wissenschaften aufgenommen, zunächst, dem Herkommen gemäß, als außerordentliches, einige Jahre später, nachdem ich mich an den Arbeiten der Akademie beteiligt hatte, als ordentliches Mitglied. Ich habe in den

Sitzungsberichten zwei Aufsätze über Descartes' Beziehungen zur Scholastik veröffentlicht, wobei ich bestrebt war, einer Frage, die schon von anderer Seite berührt war, tiefer und allseitiger nachzugehen; namentlich interessierte es mich, festzustellen, in welcher besonderen Ausgestaltung im Kolleg von La Flèche die scholastische Philosophie vorgetragen wurde. Später ließ ich an der gleichen Stelle einen Aufsatz folgen: „Augustinus-Zitate bei Thomas von Aquin", wobei ich auf den charakteristischen Unterschied in der methodischen Verwendung von Zitaten innerhalb der mittelalterlichen und der modernen Wissenschaft hinwies. Und wiederum später hielt ich an einem der akademischen Festtage eine Rede über „Wissenschaftliche Richtungen und philosophische Probleme im 13. Jahrhundert", in der ich, wie ich alsbald mit Vergnügen konstatieren konnte, mehr als einem Zuhörer ganz neue Aufschlüsse zu geben in der Lage war. Die Rede, sowie die früher genannten Aufsätze, sind später in meinen von Professor Endres herausgegebenen historischen Beiträgen zur Philosophie erschienen.

Viertes Kapitel. 1896–1899.

Das gleiche Jahr 1896 war es, das mich nach mehrjähriger Unterbrechung wieder in den Reichstag zurückführte. Von verschiedenen Seiten waren immer wieder Äußerungen des Bedauerns an mich gelangt, daß ich dort fehle, und daran der dringende Wunsch geknüpft worden, ich möchte neuerdings die parlamentarische Arena betreten. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hatte seit dem Tode Windthorsts schwere Zeiten durchgemacht. Unterstützt durch die Er-

innerungen an die Kulturkampfzeit hatte er es verstanden, die verschiedenartigen Elemente, aus denen sie bestand, zusammenzuhalten. Das war jetzt weggefallen, und zugleich trat die Erinnerung an die in jener Zeit begründete Kampfgenossenschaft mehr und mehr zurück. Wiederholt kam in wichtigen Fragen der Mangel an einheitlicher Führung unliebsam zur Erscheinung. Das hatte nicht nur in weiten Kreisen unserer katholischen Bevölkerung, sondern auch, wie mir glaubhaft versichert wurde, im Vatikan ernste Besorgnisse hervorgerufen. Die neueste schwere Krisis hatte die Caprivische Militärvorlage vom Jahre 1893 gebracht. Daß innerhalb der Fraktion zwei entgegengesetzte Richtungen — man sprach von einem rechten und einem linken Flügel — bestanden, ließ sich nicht mehr in Abrede stellen; und nun hatte die durch die Ablehnung der Militärvorlage hervorgerufene Auflösung des Reichstages bei den Neuwahlen eine völlige Veränderung in der Zusammensetzung der Fraktion bewirkt. Der Adel war mit ganz wenigen Ausnahmen daraus verschwunden.

Ich hatte dem allen aus der Ferne mit schmerzlichem Bedauern zugesehen, aber helfen konnte ich natürlich nicht. Auch war bei den Neuwahlen aus keinem Wahlkreise die Anfrage wegen Annahme eines Mandats an mich gelangt. Daß das jetzt im Jahre 1896 geschah, war merkwürdigerweise durch Verhandlungen in der bayrischen Reichsratskammer veranlaßt. Vorgänge, die sich an den Namen Fuchsmühl (in der Oberpfalz) anknüpfen, hatten damals großes Aufsehen hervorgerufen; zwischen einem adligen Gutsbesitzer und der dortigen Bevölkerung war Streit entstanden wegen der so-

genannten Holzrechte. Streitigkeiten dieser Art, die auf frühere Besitzverhältnisse und Rechtsansprüche zurückgingen, kamen auch anderwärts in Bayern vor, so, ohne daß ich selbst daran beteiligt gewesen wäre, in meiner nächsten Umgebung. Aber in Fuchsmühl hatten dieselben einen bedenklichen Grad erreicht. Die Bevölkerung war dazu übergegangen, ihre Ansprüche mit Gewalt durchzusetzen, so daß der Bezirksamtmann sich veranlaßt sah, militärische Hilfe zu requirieren. Darüber große Aufregung, heftige Angriffe nach verschiedenen Seiten in der Presse und schließlich auch Verhandlungen im Landtag.

Am Tage, bevor der Gegenstand in der Reichsratskammer zur Sprache gelangen sollte, bei Gelegenheit der Beratung des Forstetats, kam Graf Preysing zu mir, um mir zu sagen, ich müsse notwendig das Wort ergreifen. Er befürchtete, daß bei der Zusammensetzung und dem Charakter der Reichsratskammer einseitig das Interesse des Besitzers zur Geltung gebracht würde; das dürfe nicht sein. Preysing hatte richtig vorausgesehen; zwar der erste Redner aus der Hohen Kammer tadelte sowohl das Verhalten des Freiherrn von Zoller wie insbesondere das der Regierung; aber ein anderes, sehr angesehenes Mitglied, Herr von Auer, vertrat einseitig den Standpunkt, daß das Vorgehen der Fuchsmühler Bevölkerung eine schwere Gefahr für die Staatsautorität bedeute, und daß die von ihr unternommenen Versuche der Selbsthilfe zweifellos von andern in ähnlichen Fällen wiederholt werden würden.

Nach ihm kam ich zu Wort; darin, daß die Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität zu den allerersten

Aufgaben der Staatsregierung gehörte, stimmte ich natürlich mit Herrn von Auer überein, aber „auf der andern Seite", fuhr ich fort, „gibt es Zeiten und gibt es Fälle, wo der einseitige Standpunkt des formalen Rechtes nicht ausreicht, sondern höhere Erwägungen eintreten müssen, Erwägungen moralischer und politischer Natur. Heute, wo eine weitverbreitete, skrupellose Agitation die Besitzlosen gegen die Besitzenden aufstachelt, wo alle Privilegien der Geburt, des Besitzes und der Bildung dem Haß und Neid der aufgewühlten Massen preisgegeben werden, heute ist es keine richtige Politik der höheren Klassen, wenn sie sich lediglich auf ihr kahles Recht versteifen; heute läßt sich das Recht des Privateigentums nur wirksam verteidigen durch die volle, rückhaltlose, tatkräftige Anerkennung der auf demselben haftenden sittlichen und sozialen Pflichten. Auch am Ende des vorigen Jahrhunderts war in Frankreich das formale Recht auf seiten der herrschenden Klassen, aber die Vernachlässigung der sozialen Pflichten durch letztere war einer der Hauptgründe für das Heraufkommen der Revolution, welche die ganze alte Gesellschaftsordnung in Trümmer schlug. Ich will damit keinen Vorwurf gegen irgendeinen einzelnen erheben; ich will nur ganz allgemein dem Standpunkt des formalen Rechts den Standpunkt der sozialen Pflicht entgegenstellen." Ich ging dann etwas näher auf das Materielle der Vorgänge ein, um mich am Schlusse gegen die Staatsregierung zu wenden. Ich beklagte, daß, während die öffentliche Meinung von Anfang an in ganz einseitiger Weise präokkupiert worden sei, man vergeblich nach der Stelle ausgeschaut habe,

welche durch die Vollständigkeit ihrer Kenntnisse und durch ihre Autorität zur Berichtigung und Leitung der öffentlichen Meinung befähigt und berufen gewesen wäre. „Stand die Regierung auf Seiten der Fuchsmühler, auf welche sich die gesamte öffentliche Meinung, soweit sie in der Presse zum Ausdruck kommt, gestellt hatte, dann hätte man gewünscht, daß es laut gesagt, und dann auch von Anfang an energisch gegen alle Schuldigen vorgegangen worden wäre. . . . Oder man war der entgegengesetzten Anschauung; man war insbesondere der Meinung, daß das Verhalten der beteiligten Behörden und Beamten kein Tadel treffe, dann hätte ein energisches Eintreten für diese letzteren eine Korrektur für die irregeleitete Meinung gebildet. Ich beklage es, daß weder das eine noch das andere geschehen ist und fast ein volles Jahr vergehen mußte, bis wir Kenntnis von jener Verkettung von Umständen erhielten, welche bei den Fuchsmühler Vorgängen gewaltet hat, jener Häufung bedauerlicher Zufälle, durch welche ein angesehenes Mitglied der andern Kammer sich zu der Vermutung berechtigt glaubte, daß etwas im Gange der Staatsmaschine nicht in Ordnung sei."

Gegen die von mir erhobenen Vorwürfe legte der Finanzminister von Riedel mit einer bei ihm ungewohnten Lebhaftigkeit Verwahrung ein und fand dabei die Unterstützung zweier Mitglieder der Kammer; und nicht nur das, die hohen Herren, die sonst immer ein vornehmes Schweigen zu bewahren pflegten, zollten den drei Rednern lauten Beifall. Im weiteren Verlauf sprach dann auch Preysing, der meine Partei ergriff und der Verteidigung des Ministers das treffende Wort ent-

gegenhielt: Verwalten bedeutet noch nicht regieren. Eine Entscheidung wurde nach keiner Seite getroffen; ein Beschluß erfolgte nicht, und das Vorkommnis hatte für die Oeffentlichkeit rasch an Interesse verloren.

Für mich aber sollte die Wirkung nachkommen. Einige Tage später meldete sich bei mir während einer Sitzung der Abgeordnete Seeberger, welcher im Reichstage einen schwäbischen Wahlkreis vertrat, teilte mir mit, daß der Abgeordnete Reindl, ein verdienter Veteran der Zentrumspartei, der den Wahlkreis Illertissen vertreten hatte, gestorben sei, und frug bei mir an, ob ich das erledigte Mandat annehmen wollte. Ich war aufs höchste überrascht. Nach der völligen Umgestaltung, welche, wie zuvor bemerkt, die Neuwahlen herbeigeführt hatten, wobei insbesondere der Adel ausgemerzt worden war, kam jetzt an mich, dessen Gesinnungen doch bekannt waren, aus einem bayrischen Wahlkreise diese Anfrage! Die Tatsache allein war überaus bedeutsam und konnte wichtige Folgen für die weitere Entwicklung der Zentrumspolitik im Reichstage haben. So drängte ich denn alle meine schweren Bedenken zurück und entschloß mich, anzunehmen. Mit Befriedigung empfand ich es, daß dieser Entschluß die freudige Zustimmung meiner alten Freunde fand; auch in Koblenz nahm man es nicht übel, daß ich nicht wieder als Vertreter des rheinischen Wahlkreises in den Reichstag zurückkehren sollte; besonders wichtig aber war mir ein Brief von Dr. Lieber, worin er schrieb: „Hoffentlich ist die neueste Drahtmeldung über die Kandidatur in Illertissen nun auch die endgültige, und können wir Sie bald wieder als Kollegen hier begrüßen. Gestatten Sie in-

des, daß ich für meinen Teil darauf nicht warte, sondern Ihnen sofort meine Freude darüber ausspreche, daß man, wenn auch erst nach verschiedenen Mißerfolgen, im Wahlkreise Vernunft und Mut genug gehabt hat, Sie aufzustellen, und daß Sie das in mehr als einem Betracht nicht hoch genug anzuschlagende Opfer bringen wollen. Gott lohne Ihnen und der gnädigen Frau Baronin, der ich verehrungsvollst die Hand küsse, den heldenmütigen Entschluß. Und so Gott Dank! Nun endlich wieder auf frohes Wiedersehen. In Liebe und Verehrung treu."

Von den Vorkommnissen, auf welche hier angespielt wird, ist mir nichts mehr erinnerlich; wohl aber mußte ich alsbald erfahren, daß der neue Wahlkreis an meine Bewerbung ganz andere Anforderungen stellte, als dies am Rhein der Fall gewesen war. Damals sprach ich in Koblenz und auch einmal in Boppard vor großen Versammlungen; nunmehr mußte ich jetzt und später eine ganze Anzahl kleinerer schwäbischer Ortschaften aufsuchen und in mehr oder minder beschränkten Räumlichkeiten, wie sie eben das Wirtshaus bot, mich einer Gruppe von Wählern vorstellen. Dabei konnte ich auch die ganz verschiedene Geistesart und Haltung der Zuhörerschaft feststellen. Die beweglichen Rheinländer pflegten meinen Ausführungen von Anfang bis zu Ende mit deutlich erkennbarem Einverständnis zu folgen, einzelne Stellen durch lauten Zuruf zu unterstreichen und zum Schlusse ihre Zustimmung durch demonstrativen Beifall kundzugeben. Die schwäbischen Wähler hörten meinen Reden in tiefem Schweigen, wenn auch mit gespannter Aufmerksamkeit, zu und ließen mich erst, wenn ich

geendet hatte, durch lauten Beifall erkennen, daß sie mit mir einverstanden seien.

Meine Wahlreisen in Schwaben waren für mich auch in anderer Beziehung interessant. Sie führten mich in die verschiedenen Bestandteile, aus denen historisch der heutige bayrische Kreis Schwaben entstanden ist: städtisches Gebiet, Kirchengut und Besitztümer ehemaliger größerer oder kleinerer Fürsten und Herren. So gehörte zum Beispiel Aulendorf, wohin meine Wahlreise mich führte, den Grafen von Königsegg, Thannhausen den Grafen von Stadion. Thannhausen ist der Geburtsort von Christoph von Schmid. An ihn erinnert ein schönes, von Ferdinand von Miller gegossenes Denkmal, welches den Erzähler von einer Gruppe aufmerksam zuhörender Kinder umgeben darstellt. Aber mich hatte schon die ganze Gegend an ihn erinnert. Da waren ja überall die kleinen so hinter Obstbäumen versteckten Dörfchen, daß man die Häuser kaum sehen konnte! Gerade damals hatte ein mir ganz unbegreiflicher literarischer Feldzug gegen Christoph Schmid begonnen, dem man das Recht abstreiten wollte, als Jugenddichter zu gelten. Dem stand ich meinerseits durchaus ablehnend gegenüber. Mit welcher Begeisterung hatten meine Geschwister und ich Rosa von Tannenburg, Heinrich von Eichenfels und wie die schönen Bücher alle heißen, verschlungen. Und abgesehen davon, wie geeignet sind jene Schriften, um in den jugendlichen Lesern die Empfindungen der Pietät und der einfachen Frömmigkeit zu wecken und zu stärken! Glücklicherweise ist seitdem auch wieder eine Gegenbewegung eingetreten, welche den damaligen pädago-

gischen Übereifer zurückweist. Auch nach Kirchheim bei Mindelheim führte mich gelegentlich die Wahlreise, wo ich gastliche Aufnahme bei dem Grafen, späteren Fürsten Fugger-Glött fand, der mich auch das eine oder andere Mal in eine Versammlung begleitete.

Am 10. Juni fand die Wahl statt, am 21. fuhr ich nach Berlin. Wieviel hatte sich in der kurzen Zwischenzeit geändert, schon gleich im Äußern! In der ersten Periode meiner parlamentarischen Tätigkeit hatte der Reichstag in dem alten, ursprünglich nur als Provisorium gedachten Hause in der Leipzigerstraße getagt; jetzt war an die Stelle der große Wallotsche Monumentalbau am Königsplatze getreten; von seinem architektonischen Wert will ich nicht reden; als Geschäftshaus war das alte Gebäude bequemer. Von der völlig andersartigen Zusammensetzung der Zentrumsfraktion wurde schon gesprochen. Sie kam recht deutlich nach der geselligen Seite zur Geltung. Ein Witzbold charakterisierte dies dahin, der bayrische Löwe habe den norddeutschen Hof aufgefressen. An letztgenanntem Orte hatten sich in einem für sie reservierten Saale die zahlreichen adligen Mitglieder der Fraktion und einige andere Herren allabendlich zusammengefunden. Franckenstein trank dort regelmäßig seine Limonade; Windthorst erschien nur ganz selten.

Das war nun vorbei, dagegen kam ein größerer Kreis in einem Lokale an der Französischen Straße zusammen, in welchem Münchener Löwenbräu geschenkt wurde; hier wie bei den Sitzungen der Fraktion präsidierte mit der gewissenhaftesten Ausdauer der gute Graf Alfred Hompesch, der an Stelle des

nicht wiedergekehrten Grafen Ballestrem den Vorsitz übernommen hatte. Er war kein selbständiger Politiker und hatte nicht den Ehrgeiz, Führer zu sein, aber er lebte für die Fraktion, von früh bis spät bemüht, ihre Geschäfte zu führen und den Mitgliedern in ihren besonderen Interessen behilflich zu sein. Präsident war der Freiherr von Buol, ein wackerer Mann, dem nur seine Schwerhörigkeit in der Führung des Präsidiums hinderlich war. Vielleicht aber hatte dieselbe auch ihre Vorteile; sie verhinderte ihn, vorzeitig nach der Präsidentenglocke zu greifen und unterstützte die stoische Ruhe, die ihm in kritischen Momenten zugute kam. Als im Frühjahr 1895 die Majorität des Reichstags, bedauerlicherweise unter maßgebender Mitwirkung des Zentrums, es ablehnte, ein Huldigungstelegramm an Bismarck, anläßlich seines 80. Geburtstages, zu senden und infolgedessen ein ungeheurer Tumult im Hause entstand, und Herr von Levetzow das Präsidium niederlegte, trat Buol, der damalige erste Vizepräsident, an seine Stelle, läutete und sagte mit einer Stimme, die keinerlei Erregung verriet: „Wir treten in die Tagesordnung ein." Die Wirkung war eine geradezu verblüffende; die Sitzung konnte ohne Störung zu Ende geführt werden. Ein andermal, wo ich selbst zugegen war, hätte ich eine größere Aktivität gewünscht; es war am 18. März 1898, als Bebel die Gelegenheit ergriff, um am 50. Jahrestag die achtundvierziger Revolution zu verherrlichen, wobei ihm der Präsident einen sehr weiten Spielraum verstattete. Für mich aber hatte der Vorgang aus einem andern Grund ein gewisses Interesse. Bebel nahm

nicht weniger als dreimal das Wort und sprach mit ungeheurer Leidenschaft; da wurde mir klar, daß in dem angeblichen Naturredner ein gutes Stück Schauspieler steckte. Wer nur ehrlich das aussprechen will, was ihm am Herzen liegt, müßte bei einer solchen Kraftanstrengung unterliegen.

Ich bin Buol, obwohl er mit einer Tochter Karl von Savignys verheiratet war, nicht näher gekommen. Reichskanzler war seit zwei Jahren Fürst Chlodwig zu Hohenlohe, der mich, als ich ihm bekannt gemacht wurde, mit großer Freundlichkeit als Kollegen aus der bayrischen Reichsratskammer begrüßte. Er war Mitglied derselben als bayrischer Standesherr, doch hatte ich ihn niemals dort getroffen; jetzt aber gab die freundliche Bezugnahme hierauf die Möglichkeit, gegebenenfalls persönlich mit ihm in Verbindung zu treten. Mit Lieber war das Verhältnis sofort das alte. Wir hatten uns in den sozialpolitischen Fragen und der Bekämpfung des Staatssozialismus zusammengefunden und daneben keine Veranlassung gehabt, etwa vorhandene Meinungsverschiedenheiten hervortreten zu lassen. Daß solche vorhanden sein konnten, durfte ich daraus schließen, daß er sich mit Vorliebe, mündlich und schriftlich, als Demokrat bezeichnete. Tatsächlich war ihm denn auch bei seiner politischen Führerschaft der letzten Jahre vorzüglich der linke Flügel der Fraktion gefolgt.

Als neues Mitglied der Fraktion, das mir bis dahin nur oberflächlich bekannt war, fand ich den Prinzen Franz Arenberg vor. Ich gestehe, daß ich ihm zu Anfang mit einem gewissen Mißtrauen entgegentrat; er war eine in der Ber-

liner vornehmen Welt viel gesehene und geschätzte Persönlichkeit, hatte auch eine Zeitlang die diplomatische Karriere verfolgt, und ich wußte nicht recht, wie ich seine politische Gesinnung einzuschätzen hätte. Aber je näher ich ihn kennen lernte — unsere Plätze im Sitzungssaal lagen nebeneinander — desto mehr mußte das Mißtrauen schwinden. Seine vielfachen Beziehungen benützte er nur, wenn es galt, andern Menschen einen Dienst zu erweisen, und seine Wohltätigkeit war fast ohne Grenzen. Daß er ein Jugendfreund Bülows war, sollte für die Fraktion wichtig werden.

Mein Aufenthalt in Berlin war damals nur von kurzer Dauer; die den Reichstag beschäftigenden letzten Verhandlungen über das Bürgerliche Gesetzbuch konnten für mich ein besonderes Interesse nicht haben; auch vertagte sich das Haus bereits am 1. Juli. Ende Januar des nächsten Jahres begab ich mich wieder nach Berlin. Ich stand meinerseits noch immer unter der Nachwirkung der Kämpfe auf dem sozialpolitischen Gebiet von 1889, hatte aber den Eindruck, als ob in der Fraktion kaum jemand noch daran dächte, und man sich mit der damals von der Regierung eingeschlagenen und vom Reichstag mit einer geringfügigen Majorität gebilligten Richtung abgefunden hätte; ja einzelne waren sogar eifrig bestrebt, an der weiteren Ausführung mitzuarbeiten. Als ich Lieber darauf ansprach, der mich vor nicht langer Zeit brieflich an unsern gemeinsamen Widerstand gegen den Staatssozialismus erinnert hatte, meinte er, er habe sich mit so vielen anderen Fragen zu beschäftigen gehabt, daß er diesen Dingen habe freien Lauf lassen müssen. Ich hatte meiner-

seits nicht die Absicht, seinem Beispiele zu folgen und wartete nur auf eine Gelegenheit, meinen grundsätzlich abweichenden Standpunkt zur Geltung zu bringen, in der Hoffnung, daß dann auch die Mehrheit der Fraktion zu ihrer früheren Haltung zurückkehren würde.

An Veranlassungen dazu sollte es nicht fehlen. Von sozialdemokratischer Seite war ein Antrag auf Einführung des Achtstundentags eingebracht worden; demgegenüber beantragte Dr. Hitze, die Arbeitszeit der Arbeiter über 16 Jahre auf höchstens 63 Stunden wöchentlich festzusetzen. Die Anträge standen am 4. und 11. Februar 1897 zur Diskussion. Am 11., abends, schrieb ich an meine Frau: „Nun habe ich also schon zwei Reden gehalten, eine kleine, improvisierte gestern und eine große, vorbereitete heute. Die heute hatte den Beifall von Lieber und Galen, und Hitze hat sie, soviel ich merken konnte, nicht übel genommen. Ich habe es meinerseits für notwendig gehalten, einmal der übermäßigen Ausdehnung des Staatszwanges entgegenzutreten und eine Lanze für die Freiheit zu brechen. Ihr werdet ja meine Rede in der Zeitung lesen, und mehr, als darin steht, kann ich auch hier nicht sagen.“ Zwei Tage später kam ich noch einmal auf den Gegensatz zu Hitze zurück. „Derselbe besteht darin, daß Hitze von vorne herein für die Arbeiter Partei nimmt und in seiner Gutmütigkeit alles befürwortet, was diesen nützlich und erwünscht wäre, ohne zu bedenken, daß man dafür doch nicht ohne weiteres die Staatsmacht heranziehen kann. Er ist vollkommen Staatssozialist, während ich nicht nur der individuellen Freiheit und der privaten

Initiative Raum lassen will, sondern auch in der weiteren Steigerung der staatlichen Machtbefugnisse eine ernste Gefahr erblicke. Da sich nun aber bekanntlich die meisten Menschen nicht durch die Vernunft und nach Grundsätzen, sondern durch Sympathien und Antipathien leiten lassen, so kommt es, daß die Katholiken am Rhein und in Westfalen durch ihre Abneigung gegen die, übrigens in den Händen der Liberalen befindliche Großindustrie sich, ohne es zu merken, in den Staatssozialismus haben hineinführen lassen. Was Herr Brandts aus Wohlwollen für seine Arbeiter tut, das sollen die liberalen Fabrikanten zu tun gezwungen werden. Die ganze Presse steht natürlich auch auf dieser Seite, den gegensätzlichen Standpunkt haben aber die . . . . . vermutlich gar nicht herausgefunden."

Meinen grundsätzlichen Standpunkt habe ich schon früher zum Ausdruck gebracht. Ich sah in dem Staat nicht den großen Wohltäter, der, wie ich es einmal öffentlich ausgedrückt habe, die Müden und Schwachen an seine Brust drückt, sondern den Beschützer der Rechte, insbesondere zu Gunsten derjenigen, die infolge ihrer wirtschaftlichen Lage nicht imstande sind, dafür mit Erfolg einzutreten. Nach meiner Auffassung hatte die Sozialpolitik unter den Verhältnissen, wie sie die Entwicklung der Industrie mit sich gebracht hat, die Rechte zu schützen, die mit dem „ärmsten Arbeiterkind geboren werden", also das Recht auf Gesundheit und Leben, den Schutz des Familienlebens usw. Dagegen wollte ich nicht die Staatsgewalt zu arbeiterfreundlichen Maßnahmen nach einer willkürlichen Schablone angerufen sehen. Auch teilte ich die Hoffnung nicht,

die seinerzeit den Fürsten Bismarck bestimmt hatte, in seiner Weise in die Sozialpolitik einzugreifen, daß er nämlich die Arbeiter an die Staatsordnung fesseln und sie abhalten werde, den trügerischen Vorspiegelungen der Sozialdemokraten Gehör zu geben.

Einen ähnlichen Standpunkt vertrat ich auch in der Innungsfrage; seit Jahr und Tag arbeitete man in Handwerkerkreisen auf die Einführung von Zwangsinnungen hin und bestürmte den Reichstag mit Petitionen. Von einer so tiefgehenden Einschränkung der Gewerbefreiheit wollte ich meinerseits nichts wissen, ebensowenig von der von der gleichen Seite verlangten Einführung des sogenannten Befähigungsnachweises. Man erfuhr, daß ein Gesetzentwurf in Vorbereitung sei, welcher im Gegensatz zu einer früheren, nach beiden Richtungen sehr weitgehenden Vorlage eine mittlere Linie einschlage. Hievon ist in den beiden folgenden Briefen die Rede: „16. Febr. Um 8 Uhr soll ich bei Herrn von Bötticher sein zu einer vertraulichen Besprechung in der Handwerkervorlage. Er forderte mich heute früh in der Kommissionssitzung dazu auf; ich hatte keine rechte Lust und würde die Sache lieber Hitze und dem Handwerkervertreter Euler überlassen haben, aber der Minister ließ nicht los. Nun will ich sehen, was es gibt. Heute dauerte das Plenum nur bis drei, weil dann Gratulationsempfang beim Reichskanzler war, der goldene Hochzeit feierte. Ich ging mit einer Gruppe vom Zentrum gleichfalls hin und ließ mich auch der Fürstin vorstellen; das Ganze dauerte nur wenige Minuten. Interessant aber ist folgendes: um 11 Uhr hatte der Kardinal Kopp im

Reichskanzlerpalais Messe gelesen, man konnte den Altar noch sehen. Das erregte nun den heftigsten Fanatismus der Protestanten. Man bedenke auch nur: eine hl. Messe im Palais des deutschen Reichskanzlers! Und eine Anzahl von Konservativen und Nationalliberalen erklärten nun, zu der Gratulation nicht gehen zu wollen." — „18. Febr. Vorgestern ging ich also zu Böttcher. Es war nur ein ganz kleiner Kreis versammelt, außer dem Staatssekretär und zwei seiner geschicktesten Beamten vom Reichsamt des Innern, der preußische Handelsminister Brefeld, der württembergische Regierungsdirektor Schicker, eine der Arbeitskräfte des Bundesrates, und fünf Abgeordnete, drei von uns und zwei handwerkerfreundliche Konservative. Böttchers Absicht war, für die in Vorbereitung begriffene neue Handwerkervorlage Stimmung zu machen, und das gelang ihm vorzüglich. Um 9 Uhr schlug er vor, eine kleine Pause zu machen und einen kleinen Imbiß einzunehmen. Man begab sich in die oberen Räume, wo auch die Ministerin war, und setzte sich zu Tisch; es wurde ein Souper serviert, kalt, aber, wie mir schien, sehr gut und jedenfalls vollkommen ausreichend, sich satt zu essen, wenn man nicht, wie ich, noch satt vom Diner war. Dann wurde die Beratung fortgesetzt, und siehe da: Herr Euler, der sich selbst einen Führer der Handwerker nannte und der vor Tisch eine donnernde Volksversammlungsrede im Sinne der bekannten Handwerkerforderungen gehalten hatte, erklärte jetzt auf den Boden der neuen Vorlage treten zu wollen, ebenso der eine konservative Handwerker; der andere war schon vorher fortgegangen. Hitze, der die Situation durchschaute, war ärger-

lich, sieht aber ein, daß nichts zu machen ist. Der neue Entwurf, der auf einen Vermittlungsvorschlag Bayerns zurückgeht und worüber auch Feilitzsch, als er bei uns war, eingehend berichtet hatte, enthält die obligatorische Innung in so abgeschwächter Gestalt, daß auch ich dafür stimmen kann und mich auch so aussprach."

Daß zwischen Hitzes und meinen Auffassungen ein Gegensatz bestehe, war natürlich den Sozialdemokraten nicht entgangen, und ein Mitglied dieser Partei ergriff eine sich ihm bietende Gelegenheit, darauf hinzuweisen, um daraus parteipolitisches Kapital zu schlagen. Ich berichtete darüber am 21. Februar: „Ein Sozialdemokrat hatte auf den Unterschied zwischen Hitze und mir hingewiesen, daraus einen förmlichen Gegensatz gemacht und namentlich aus meiner Rede den Schluß gezogen, daß das Zentrum eine Schwenkung gemacht und den Arbeiterschutz aufgegeben habe. Das mußte natürlich zurückgewiesen werden, und die Schwierigkeit lag nur darin, es in einer mit der Wahrheit zu vereinigenden Weise zu tun; ich glaube aber, daß mir dies gelungen ist. Wichtiger noch war, daß Hitze in derselben Sitzung einen Rückzug angetreten und sich in der Frage des Maximalarbeitstages auf den korrekten Zentrumsstandpunkt zurückgezogen hatte. Ihm selbst war dies vielleicht gar nicht so zum Bewußtsein gekommen und unseren Leuten der Mehrheit nach erst recht nicht, andern aber wohl, so daß meine Aktion in diesem Punkt als völlig geglückt gelten kann. Denn es kommt natürlich nicht darauf an, Streit und Zwiespalt zu erregen, sondern die Sozialpolitik des Zentrums sachte auf den alten Standpunkt

zurückzuführen. Mit Lieber bin ich dabei völlig d'accord; was Gröber, Bachem, Schädler usw. dazu denken, weiß ich noch nicht.

... Die politische Lage scheint mir recht ernst zu sein. Man will keinen Krieg, will nicht gestatten, daß Griechenland sich auf Kreta festsetzt, will aber auch keine energischen Maßregeln ergreifen, um das letztere durchzusetzen. England geht seine eigenen Wege, Rußland spielt sicherlich im stillen ein falsches Spiel, in Italien und Frankreich ist die Volksstimmung im Gegensatz zu der Politik der Regierungen, Deutschland macht schneidige Vorschläge, die aber von den übrigen Mächten nicht angenommen werden. Wie da etwas Gutes herauskommen soll, ist nicht abzusehen."

Die letzten Ausführungen beziehen sich auf die durch das völkerrechtswidrige Vorgehen Griechenlands auf Kreta heraufbeschworene Krise im Orient. Deutschland hatte dort ein politisches Interesse nicht, und der Reichsleitung lag, wie Herr von Marschall am 22. Februar im Reichstag erklärte, nur an der Erhaltung des europäischen Friedens, andererseits aber auch an dem Schutze der kleinen Leute in Deutschland, in deren Händen sich leider ein verhältnismäßig hoher Betrag griechischer Anleihen befand.

Die nächsten Tage sollten ein Vorspiel der Kämpfe bringen, vor welche sich der Reichstag demnächst gestellt sah. Die Budgetkommission beriet über die Neuforderungen im Marineetat. Wie groß das Interesse war, welches der Kaiser hieran nahm, hatten wir schon vor mehreren Wochen aus den von ihm gefertigten Darstellungen über die Entwicklung der Ma-

rine der verschiedenen Länder, welche er dem Reichstage übersandt hatte, gesehen. Ich sehe sie noch deutlich vor mir, die langen Tabellen mit den sauber eingezeichneten Schiffchen.

Ich schrieb hierüber an meine Frau: „10. März. . . . Gestern gab es politische Aufregung. Das Plenum fiel aus, dagegen hielt die Budgetkommission eine sehr interessante Sitzung, in der über die Marineforderungen beraten wurde. Ich war mehrere Stunden als Zuhörer anwesend; von unserer Seite ist man durchaus nicht geneigt, die neuen Positionen zu bewilligen, zumal man darin vorwiegend nur die Liebhabereien des Kaisers zu erblicken hat. Nun wurde aber Dr. Lieber von dem Nationalliberalen Dr. Hammacher mitgeteilt, die Nichtbewilligung von zwei Kreuzern würde nach absolut zuverlässigen Nachrichten die sofortige Entlassung von Hohenlohe und Marschall, die Auflösung des Reichstages und die Abänderung der Verfassung, also einen Staatsstreich zur Folge haben. Ich erklärte sogleich, daß ich daran nicht glaube, daß erfahrungsgemäß von den großen Worten zu wirklichen Taten noch ein weiter Weg sei, daß sich ein Staatsstreich allenfalls in Preußen, aber doch nicht im Reiche machen lasse, wo auch noch die Fürsten und die übrigen Regierungen mitzureden hätten, und daß wir gar keine Veranlassung hätten, uns durch solch eine Drohung einschüchtern zu lassen. Lieber ging am Abend noch zu Marschall, der krank zu Bette lag, ihn aber doch empfing und ihm sagte, daß er von allem dem nichts wisse und das Ganze für ein unbegründetes Gerede halte. Heute früh sollte im engen Kreise über unsere Haltung gesprochen werden; es wurde aber nichts daraus, da nun Lieber

krank ist und nicht erscheinen konnte. Allgemein neigte man jetzt zu der Meinung, daß es sich um einen bloßen Schreckschuß gehandelt habe, und daß Lieber auch darin auf Windthorst hinauskomme, daß er sich leicht Flöhe ins Ohr setzen lasse." — „18. März. Hier kursieren die unglaublichsten Gerüchte und werden trotz aller Unglaublichkeit ernsthaft weiter erzählt. Stumm soll vom Kaiser den Befehl haben, heute in der Sitzung mitzuteilen, daß die Ablehnung der von der Budgetkommission gestrichenen Marineforderungen durch das Plenum die sofortige Entlassung von Hohenlohe, Marschall, Posadowsky und Hollmann zur Folge haben werde! Vermutlich würde auch dann der Reichstag heimgeschickt usw. Ich glaube vorläufig nicht daran, aber die heutige Sitzung kann interessant werden."

„19. März. Die gestrige Sitzung war sehr interessant, wenn auch der erwartete Kladderadatsch ausgeblieben ist und auch wohl heute nicht nachkommen wird. . . . Übrigens ist die Hoffnung oder Befürchtung, das Zentrum könne in der Marinefrage nachgeben, durchaus eitel; man wird bei den Beschlüssen der Budgetkommission stehen bleiben und die Konsequenzen ruhig abwarten." — „23. März. Am Samstag abend war also Diner bei Nieberding, nur zwanzig Personen, darunter mehr als die Hälfte Exzellenzen, von Ministern Bosse, Brefeld und der frühere Justizminister von Schelling, sodann Admiral Hollmann, von Abgeordneten Levetzow, Bennigsen, Stumm und Hammacher. Obwohl am selben Tage die Marineabstimmung stattgefunden hatte, und die Kreuzer von uns gestrichen worden waren, war doch jedermann durchaus artig mit

mir und auch die Stimmung keineswegs eine gespannte. Nach Tisch hatte ich eine lange Unterredung mit Bosse über Jesuitengesetz, weibliche Orden, Parität und Antipathie des Kaisers gegen uns Katholiken usw.; ich sagte ihm in gewohnter Offenheit alles, was man nur immer einem preußischen Kultusminister sagen kann. Wir schieden trotzdem in großer Freundschaft, aber daß meine Worte irgendwelchen Erfolg haben könnten, ist bei Bosses Schwäche nicht zu hoffen."

Vom 21. bis 23. März fand die hundertjährige Geburtstagsfeier Kaiser Wilhelms I. statt. Ich wohnte der Enthüllung des in der Nähe des Schlosses errichteten Denkmals bei, nahm sodann auch mit vielen Abgeordneten an dem Festmahl im Schlosse teil, sowie an der Festvorstellung im Opernhause. Das zur Aufführung gebrachte Wildenbruchsche Schauspiel sollte in allegorischen Bildern Leben und Taten des alten Kaisers verherrlichen. In der Hofloge hatten der Kaiser und die erschienenen Fürstlichkeiten Platz genommen. Der König von Sachsen soll geäußert haben: „Bei uns kennt man dieses Märchen nicht." Prinzregent Luitpold hatte den besten Teil erwählt: er schlief. Die Illumination am Abend war lange nicht so allgemein wie vor zehn Jahren, da die Bevölkerung aus eigener Initiative den 90. Geburtstag des Kaisers feierte.

Dem Reichstag war gleich anfangs eine Novelle zu den Unfallversicherungsgesetzen zugegangen, welche neue Bestimmungen über den Begriff „Invalide" enthielt, sowie über Erhöhung der Renten. In der ersten Beratung, welche im Januar kurz vor meinem Eintreten in Berlin stattgefunden hatte, war von einem konservativen Redner geäußert worden,

eine Reform der Invaliditäts- und Altersversicherung sei wichtiger als die der Unfallversicherung. In der Kommission, welcher ich beigetreten war, wurde dieser Gedanke wieder aufgenommen. Unterm 13. konnte ich berichten: „Wir gehen mit dem kühnen Gedanken um, einen Vorstoß im Sinne meines Antrages vom Jahre 1889 zu machen und die Ausscheidung der landwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesindes aus der Zwangsversicherung zu beantragen. Die Aussichten auf Erfolg sind freilich sehr gering."

In den letzten Tagen des März fand die erste Lesung des die Handwerkerfragen betreffenden Gesetzes statt. Ich hatte mich zu Wort gemeldet, ließ mich dann aber streichen, da die Vertreter der Zwangsinnungen auf der ganzen Linie sich auf dem Rückzuge befanden und Hitze im vermittelnden Sinne gesprochen hatte. Die Vorlage wurde an eine Kommission verwiesen. Von Seiten der Sozialdemokraten war wiederum ein Antrag auf Einführung des Achtstunden-Tages eingebracht worden. Derselbe wurde in der Sitzung vom 7. April abgelehnt; angenommen wurde dagegen ein von Hitze angeregter und auf seinen Wunsch von mir vertretener Antrag, die Regierung möge Erhebungen anstellen, wie weit die Arbeiter-Schutzbestimmungen unter zweckentsprechender Anpassung auf das Handelsgewerbe ausgedehnt werden können.

Ostern verbrachte ich zu Hause, am 27. April war ich wieder in Berlin; von da meldete ich am 28.: „Ganz gegen meine auf Buols letzte Mitteilungen gegründete Erwartung kommt heute schon das Invaliditätsgesetz zur Diskussion; heute

kann ich unmöglich reden, doch wird sich die Diskussion jedenfalls bis morgen hinausziehen.“ So geschah es, und wie ich am 30. berichtete, ergriff ich in der Tat das Wort. „Gestern habe ich also eine große Rede gehalten. Eigentlich sollte und wollte Lieber zuerst sprechen und den Zentrumsantrag in Sachen des Invaliditätsgesetzes, der nun doch von der Fraktion eingebracht wurde, begründen. Er erklärte mir aber in der dem Plenum vorangehenden Sitzung der Budgetkommission, daß er krank sei und nicht reden könne, ich müsse es übernehmen. Das war mir dann schließlich auch recht, und es ging auch ganz gut. Meine Hoffnungen, daß wir mit dem Antrag durchdringen würden, waren ja nie große, aber einen succès d'estime haben wir im Hause jetzt schon davongetragen. Ich darf sagen, daß meine Rede einen gewissen Eindruck gemacht hat. Auch Herr von Bötticher kam zu mir, um mir zu sagen, wie sehr sie ihn interessiert habe. Außerdem aber und hauptsächlich ist von verschiedenen Rednern nach mir anerkannt worden, im Grunde hätten wir recht, und man habe im Jahre 1889 beim Erlaß des Gesetzes einen großen Fehler gemacht. Heute wird die erste Lesung zu Ende kommen und damit die Geschichte für dieses Jahr wohl überhaupt fertig sein, denn daß ein praktischer Erfolg in der Richtung einer Reform des Invalidengesetzes eintreten werde, glaubt niemand.“

In der Tat beschloß kurze Zeit danach der Seniorenkonvent, auf die Durchberatung aller anderen Vorlagen als derer, die die Budgetkommission beschäftigten, zu verzichten.

Am 14. Mai ließ mich Fürst Hohenlohe zu sich bitten,

um mit mir über den Militärstrafprozeß zu sprechen. Man wußte, daß ein dahingehender Gesetzentwurf in Vorbereitung sei, aber in Bayern auf Schwierigkeiten stoße. In einem Briefe vom gleichen Tage schilderte ich den Eindruck, den ich bei diesem Besuche empfangen hatte: „Heute früh war ich beim Reichskanzler, der mit mir über den Militärstrafprozeß reden wollte. Der Unterschied der heutigen Situation gegen die von 1884, wo mich Fürst Bismarck hatte kommen lassen, trat mir sehr lebhaft vor Augen. Damals der Gewaltmensch, der genau wußte, was er wollte, und das Gewollte mit rücksichtsloser Energie durchführte, heute ein alter Diplomat, der mit Geschicklichkeit durch alle möglichen Schwierigkeiten hindurch segelt. Die damalige Entrevue hatte keinen politischen Erfolg; ob die heutige einen solchen haben wird, weiß ich nicht. Immerhin war es mir erwünscht, ihm persönlich den bayrischen Standpunkt mit aller Bestimmtheit darzulegen. Ich sagte ihm, daß nach meinen Informationen der Prinzregent nicht nachgeben werde und auch dabei nach einer sehr verbreiteten und meines Erachtens begründeten Ansicht das Recht auf seiner Seite habe. Eine Majorisierung Bayerns aber durch den Bundesrat und Reichstag werde die schlimmsten politischen Folgen haben; ich war eine gute halbe Stunde dort, und wir sprachen auch noch über allerhand sonstige Dinge. Interessant war dabei, daß Fürst Hohenlohe ernstlich zu zweifeln schien, ob er im Herbste noch im Amte sei."

Trotz des zuvor erwähnten Beschlusses des Seniorenkonvents hatte die Kommission die Beratung der Handwerkervorlage fortgesetzt. In den letzten Tagen des Mai fand die

zweite Lesung im Plenum statt. Hievon handelt der folgende Brief: „29. Mai. Gestern habe ich einen Sieg erfochten, der vielleicht nicht zu unterschätzen ist. Ich hatte schon am Donnerstag zur Handwerkervorlage sprechen und beantragen wollen, daß ein Zusatz, den die Kommission beschlossen hatte und der mir die Zustimmung ganz unmöglich gemacht haben würde, wieder aus dem Gesetz entfernt werde. Die Verhandlungen kamen aber nicht so weit. Am Abend war Fraktion, und da versuchte Hitze dahin zu wirken, daß ich bei meiner Aktion möglichst allein bliebe. Es handle sich um das Prinzip der Zwangsinnung, und dafür habe sich das Zentrum als solches stets erklärt. Ich sagte nicht viel darauf, sondern ersuchte ihn nur, doch auch seinen Standpunkt gleichfalls unumwunden zum Ausdruck zu bringen. Dabei unterließ ich es, irgend jemand zu mir herüberziehen zu wollen, und war der Meinung, daß höchstens vier oder fünf mit mir stimmen würden.... Es kam aber anders. Obwohl das Haus vorher und nachher sehr unruhig war, erzwang ich mir die volle Aufmerksamkeit für meine Ausführungen, die sodann auch von den folgenden Rednern in allererster Linie berücksichtigt wurden, und bei der Abstimmung fiel der in der Kommission beschlossene Zusatz mit 150 Stimmen gegen 180; gegen 30 Mitglieder des Zentrums, die mit mir gingen, gaben den Ausschlag. Dabei freute mich besonders, daß die große Mehrheit der Bayern — 16 gegen 9 — sich mir anschloß."

Im Juni bestätigte der Reichstag in dritter Lesung die in der zweiten gefaßten Beschlüsse.

Im August dieses Jahres fand in Freiburg in der Schweiz

der 4. internationale katholische Gelehrtenkongreß statt, zu dessen Präsidenten ich ausersehen war. Mein Sohn begleitete mich auch diesmal. In meiner Eröffnungsrede erörterte ich die Frage: Gibt es eine katholische Wissenschaft? und beantwortete sie dahin: „Unter katholischer Wissenschaft verstehen wir die Wissenschaft katholischer Gelehrter, welche in allen rein wissenschaftlichen Fragen keine anderen Regeln kennen als die allgemeinen Regeln des wissenschaftlichen Verfahrens, aber überall da, wo diesen unbeschadet der Standpunkt des Forschers seinen Ausdruck finden darf oder finden muß, ungescheut die Fahne ihrer aus übernatürlichem Grunde stammenden Glaubensüberzeugung aufpflanzen, fest durchdrungen von dem Satze, daß zwischen Glauben und Wissen kein Widerspruch möglich ist, solange der Glaube wirklicher, auf göttlicher Offenbarung ruhender Glaube und das Wissen wirkliches, vor keiner kritischen Prüfung zurückschreckendes, aber auch keiner grundlosen Behauptung Raum verstattendes Wissen ist." Von den Pariser Herren waren nur ganz wenige erschienen, darunter Lapparent, der mich aufs freundlichste begrüßte. Einigen seiner Landsleute dagegen schien es zu mißfallen, daß der Kongreß nicht wie seine Vorgänger in Paris (1891) und Brüssel (1894) ein vorwiegend französisches Gepräge trug, sondern ein deutscher Präsident in deutscher Sprache ihn eröffnet hatte. Zu unliebsamen Erörterungen kam es indessen nicht, und der Kongreß verlief in der gleichen Weise wie die früheren.

Mit meinem Sohne verbrachte ich nach Schluß der Versammlung noch einige genußreiche Tage im Berner Oberland.

Während des ganzen Sommers bis tief in den Herbst hinein hatte sich die Presse mit der zu erwartenden Marinevorlage beschäftigt. Wie man erfuhr, handelte es sich dabei um eine planmäßige Verstärkung der deutschen Flotte, für welche sich der Reichstag auf Jahre hinaus festlegen sollte. Es war die Absicht, dadurch dem heftigen und erbitterten Streite vorzubeugen, der in den letzten Jahren immer wieder entbrannte, wenn in dem Marineetat ein einzelner neuer Kreuzer oder ein Linienschiff angefordert wurde. Daß das nicht ohne große Schwierigkeiten durchzusetzen sein würde, war vorauszusehen. Lieber hatte sich als Marinereferent der Budgetkommission gründlich in die technische Seite hineingearbeitet und war für den Plan gewonnen. In finanzieller Beziehung aber bestanden vielfach auch in der Zentrumsfraktion große Bedenken gegen die Vorschläge der Regierung. Der Abgeordnete Müller-Fulda, dessen hervorragende Begabung damals zuerst deutlich in die Erscheinung trat, stellte den letzteren in einer vielfach beachteten Broschüre einen neuen Finanzplan gegenüber, der auch auf die endgültige Gestaltung zweifellos einen nicht unerheblichen Einfluß ausübte. Auch mit den Bundesregierungen wurde eingehend verhandelt; ein Vertreter des Reichsmarineamtes sprach in München vor, verhandelte mit dem Minister Baron Crailsheim und kam auch zu mir. Der Minister gab mir sodann vertraulich Kenntnis von dem Gesetzentwurf.

Am 6. Dezember begann der Reichstag die erste Beratung. An die Stelle des aus seinem Amte geschiedenen Freiherrn von Marschall war inzwischen der bisherige Botschafter

in Rom, Herr von Bülow, getreten, und im Reichsmarineamt an die Stelle des Admirals Hollmann Admiral Tirpitz. Auch Herr von Bötticher war im Laufe des Sommersemesters abgegangen und durch den bisherigen Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Grafen von Posadowsky, ersetzt worden.

Die Fraktion hatte an mehreren Tagen wichtige Besprechungen abgehalten. In der ersten Sitzung hielt Lieber eine zweistündige Rede, in der seine genaue Kenntnis von den Verhältnissen und Bedürfnissen der Marine zur Geltung kam, und die auch sonst manches Neue bot, aber die überwiegende Mehrheit schien eine ablehnende Haltung einnehmen zu wollen. Zuletzt wurde beschlossen, bei der ersten Lesung noch keine definitive Stellung zu nehmen und das Ergebnis der Kommissionsberatungen abzuwarten. In diesem Sinne sprach Lieber am 7. Dezember. Während er persönlich mit dem organisatorischen Gedanken der Vorlage einverstanden war, äußerte er insbesondere nach der finanziellen Seite hin die schwersten Bedenken und ließ auch im übrigen deutlich erkennen, daß die Fraktion keine Veranlassung habe, in ihrem bisherigen Verhältnisse zur Regierung eine Änderung eintreten zu lassen. Ich war mit seinen Ausführungen durchaus einverstanden, mußte aber zu meinem Bedauern bemerken, daß viele der Kollegen in und außerhalb der Fraktion ein anderes Urteil hatten. Wie jede scharf ausgeprägte Persönlichkeit hatte Lieber seine Ecken und Kanten, an denen sich manche stießen.

Die Verhandlungen im Reichstage zogen sich in die Länge, was für meine Lehrtätigkeit sehr unbequem war. Ich

wäre gern früher nach München zurückgereist, aber die Beratung des Militärstrafprozesses stand bevor, und so mußte ich bleiben. Ich habe über die hier zu lösenden Schwierigkeiten bereits anläßlich meines Besuches beim Fürsten Hohenlohe einiges gesagt.

Es handelte sich darum, die notwendige Einheitlichkeit der Rechtsprechung mit der in den Versailler Verträgen gewährleisteten Selbständigkeit der bayrischen Armee zu vereinigen. In die Einzelheiten einzugehen, verlohnt sich nicht; ich will nur berühren, wie es kam, daß ich innerhalb und außerhalb des Parlamentes mit der mir recht fern liegenden Materie befaßt wurde. Ich trat in der Plenarsitzung sehr entschieden für den bayrischen Standpunkt ein, kam auch dadurch zum ersten Male in nähere Beziehungen zu dem bayrischen Gesandten Graf Lerchenfeld, aus denen sich mit den Jahren ein freundschaftliches Verhältnis entwickeln sollte. In meinen Ausführungen hatte ich mich auf die Autorität Bismarcks berufen, der mit Recht Bayern nach gewissen Richtungen hin eine Vorzugsstellung eingeräumt habe. Gerade dies war aber leider ein Grund, weshalb Bayern im Bundesrat keinerlei Unterstützung fand; außerdem aber ließ mir Fürst Hohenlohe durch Vermittlung von Dr. Lieber sagen, ich möchte mich nicht nochmals auf Bismarck berufen, sonst würde er genötigt sein, aus den Akten einen Erlaß zu verlesen, in welchem der damalige Reichskanzler sehr entschieden für die Einheitlichkeit des Strafverfahrens in der ganzen deutschen Armee eingetreten sei.

Bei alledem wünschte Hohenlohe einen Konflikt mit

Bayern zu vermeiden und die Streitfrage in freundschaftlicher Weise zu erledigen. Er liebte es daher auch, gelegentlich mit Umgehung der amtlichen Stellen sich mit dem Prinzregenten in Verbindung zu setzen und bediente sich hiezu das eine oder andere Mal meiner Vermittlung, worüber es dann wieder in München mißvergnügte Gesichter gab. Man einigte sich endlich dahin, daß dem Obersten Militärgerichtshofe, der naturgemäß seinen Sitz in Berlin haben mußte, ein aus bayrischen Richtern bestehender Senat angegliedert werden sollte, dem die oberste Entscheidung in allen die bayrische Armee betreffenden Strafsachen zustehen sollte. In seiner Eigenschaft als Senat, dessen Entscheidungen sich nicht in grundsätzlichen Widerspruch mit Plenarentscheidungen setzen konnten, sah man eine Gewähr für die Einheitlichung der Rechtsprechung, andererseits war das bayrische Reservatrecht gewahrt. Angehörige der bayrischen Armee werden bis zur letzten Instanz von bayrischen Richtern abgeurteilt.

Ich will hier nachholen, daß ich seit meiner Ernennung zum Reichsrat der Krone Bayern mehrfach Gelegenheit hatte, den Prinzregenten zu sehen und zu sprechen. Der hohe Herr liebte es, einen kleinen Kreis von Gästen um 4 Uhr zur Tafel bei sich zu vereinigen, wobei stets seine große Liebenswürdigkeit und, wenn Damen geladen waren, seine ritterliche Höflichkeit in die Erscheinung trat. In der Unterhaltung brauchte man sich keine Reserven aufzuerlegen, sondern konnte frei von der Leber weg sprechen, was gelegentlich von großem Werte sein konnte. Außerdem aber hatte

mir Konrad Preysing den Zugang zu dem Chef der Geheimkanzlei, Freiherrn von Zoller, vermittelt, bei dem ich stets das freundlichste Entgegenkommen fand.

Bis das oben schon erwähnte Resultat gewonnen war, gab es natürlich immer wieder Hindernisse und Stimmungsumschläge; ich schrieb hierüber am 12. Februar 1898 an meine Frau: „Ich mußte über die Lage der Dinge und die Stimmung meiner Herren unterrichtet sein, um am Donnerstag in der Kommission zu sprechen, wie ich gesprochen habe; und ich müßte eigentlich fortwährend hier sein, bis die bayrische Angelegenheit sich in befriedigender Weise gelöst hat. Man kann nie wissen, welche Einflüsse sich geltend machen. Dazu kommt, daß die Behauptung, Bayern habe gar kein Reservatrecht in dieser Sache zu beanspruchen, an Bestimmtheit und Anhängerzahl zugenommen hat, wozu natürlich die schwankende und zweideutige Haltung unseres Ministeriums, wenigstens in früheren Stadien, erheblich beitrug. Man kann mit Erfolg nur noch politische Gründe geltend machen; ich hoffe, daß es gelingen wird, die Unterstützung der Fraktion dabei zu behalten; aber darum muß ich hier sein, um jeden Stimmungswechsel Liebers parieren zu können. Ich bin hier fortwährend in Tätigkeit, intriguiere mit Freisinn, Nationalliberalen und Sozialdemokraten, habe lange Konversationen mit dem preußischen Kriegsminister, ohne zu wissen, was schließlich werden wird. Die größten Schwierigkeiten habe ich mit Freund Lieber, obwohl ich in der Marinefrage ganz auf seiner Seite stehe."

Auch in der Zentrumsfraktion kam es zu erregten Aus-

Berlin, 15. Mai 1897

Lieber Freund!

Wie ich höre, befinden wir uns zur Zeit abermals in einer Krisis, und zwar scheint die gegenwärtige Krisis schlimmer zu sein, als alle bisherigen. Auch die nächsten Freunde von H. glauben nicht mehr, daß er zu halten sein wird, und natürlich fällt dann auch eine ganze Reihe mit, jedenfalls M. und B. Ich war gestern auf Veranlassung des Fr. A. beim Reichskanzler, um wegen des Militär-Strafprozesses mit ihm zu sprechen. Ich sagte ihm, daß nach meinen Informationen der Regent auf den allgemeinen Reichsgerichtshof nicht eingehen würde, weil er mit Grund darin eine Verletzung seines Reservatrechts erblicke, und daß eine Majorisierung Bayerns politisch von den schlimmsten Folgen sein würde. Der Reichsgedanke habe im letzten Jahrzehnt im Süden keine Fortschritte gemacht, eine neue

Beeinträchtigung der Selbständigkeit Bayerns würde hier u. in die
Kreisen der Sozialdemokratie sofort einen Sturm der Opposition
entfesseln, dem kein Ministerium würde Stand halten können.
Auf der anderen Seite hätten wir in Bayern gar kein Interesse
daran, die Vorlage des Gesetzes zu beschleunigen, das würde auch
Kreise der süddeutschen Mitglieder des Zentrums der Reichstagsfraktion
an die Einlösung des im vorigen Jahre gegebenen Versprechens er-
innern. Ich hatte den Eindruck, daß der alte Herr in dieser Beziehung
Herr der Situation sei, und so kam auch die etwa eine halbe
Stunde dauernde Unterredung zu keinem greifbaren Abschluß. Am
interessantesten war mir eigentlich die gelegentliche Bemerkung, er
wisse ja natürlich nicht, ob er im Herbste auch im Amte sei. Herr

Vergleich mit der Unterredung, die ich im Frühjahr 1884 mit Bismarck hatte, lag nahe; damals fand ich mich dem allein maßgebenden Willen gegenüber, der, was er für ersprießlich hielt, mit rücksichtsloser Energie durchzuführen wußte; jetzt hat an seiner Stelle ein alter Diplomat, dessen ganze Absicht es sein wird, durch alle möglichen Klippen hindurchzusteuern, und der nun doch in Gefahr stand, auf einen Felsen aufzufahren. Die nächsten Tage müssen die Entscheidung bringen. Für das Centrum bedeutet sie keine Besserung, aber vermuthlich auch keine Verschlimmerung.

Daß man sich an Landshut in Rom wenden würde, war vorauszusehen, und ich arbeite auch jetzt, daß Sr. H. die Sache in die Hand nimmt, um Schlimmeres zu vermeiden. Meine Vermuthung über die Gründe, die Kraus fr. [illegible] in den Ostertagen zu einem Briefe an Dich veranlaßt haben mochten, war sehr zutreffend. Schu ich hör. [illegible] L. jetzt als Präsidenten des Katholikentags.

die Sache muß jedenfalls ernstlich überlegt werden.

Das Wetter ist hier fortwährend entsetzlich, scheint aber in ganz Europa nicht viel besser zu sein; in Frankreich sind die Weinstöcke in weitem Umfange erfroren. Hoffentlich wird es bald besser. Wie lange ich noch in Berlin bleiben muß, läßt sich zur Zeit gar nicht absehen, an Pfingsten aber hoffe ich aber sicher in München zu sein.

Herzlich der Deinige

Hertling

H. = Hohenlohe. B. = Böttícher. M. = Miquel. Pr. A. = Prinz Arenberg.
Der Brief ist an den Grafen Konrad von Preysing gerichtet.

einandersetzungen. Gelegentlich redete man sich bis in die höchsten Kreise in eine erboste Stimmung gegen Bayern hinein; ärgerlich schrieb ich am 26., daß auch Gröber, Lieber und Spahn von diesen Stimmungen angesteckt seien: „Meine Situation ist unter diesen Umständen keine angenehme. Ich habe Lieber gestern abend gesagt, die Erfahrungen der letzten Zeit erleichterten mir den Entschluß, kein Mandat mehr anzunehmen. Ich hätte das Ziel verfolgt, im Interesse des Zentrums Einfluß auf die bayrischen Mitglieder zu gewinnen; dazu hätte ich Erfolg haben müssen; so habe mein Hiersein keinen Zweck."

Die letzte Entscheidung brachte eine Unterredung, welche der Kaiser auf der Rückreise von seiner Orientreise mit dem Prinzregenten in München hatte. Hierauf war ich durch ein Gespräch mit dem preußischen Kriegsminister vom 26. Februar vorbereitet worden. Die Frage des bayrischen Reservats sollte dadurch umgangen werden, daß die Zustimmung zur Errichtung des bayrischen Senats als ein dem Prinzregenten persönlich gemachtes Zugeständnis hingestellt wurde.

Mittlerweile waren in der Kommission die Beratungen über die Marinevorlage weiter geführt worden; am 26. Februar hatte Lieber in der Budgetkommission einen Antrag eingebracht, welcher eine erheblich veränderte Fassung des Gesetzentwurfes enthielt und die Grundlage für eine Verständigung bot. Auch die Majorität der Zentrumsfraktion war geneigt auf diesen Boden zu treten. Nachdem dann noch am 16. März ein weiterer von Lieber gemeinsam mit Herrn von Bennigsen gestellter Antrag, demzufolge ein etwaiger

Mehrbetrag der Kosten über eine bestimmte Summe hinaus nicht durch Erhöhung und Vermehrung der den Massenverbrauch belastenden Reichssteuern gedeckt werden dürfe, in der Kommission beschlossen worden war, konnte man die Annahme der Vorlage für gesichert erachten. Auch die Majorität der Fraktion war dafür gewonnen, nur die Bayern blieben unter der robusten Führung des Dr. Heim in der Opposition. Am 23. März begann die zweite Lesung; Lieber war Referent der Budgetkommission; ich sprach als Redner der Fraktion im Sinne der Mehrheit. Aggressive oder imperialistische Tendenzen lagen uns vollkommen fern, auf Grund des uns vorgelegten Materials waren wir zu der Auffassung gekommen, daß Deutschlands aufstrebende Stellung in der Welt einer maritimen Schutzwehr nicht entbehren könne. Auch späterhin haben darüber hinausgehende provokatorische Äußerungen innerhalb der Zentrumsfraktion kein Echo gefunden. Reden, wie sie in Kiel gehalten worden waren, wurden von uns stets beklagt, wenn auch in ihrer Gefährlichkeit die längste Zeit bedauerlicherweise unterschätzt.

Die dritte Lesung am 18. März bestätigte lediglich die Beschlüsse der zweiten. Bei Gelegenheit meines Eintretens für die Flottenvorlage kam ich zum ersten Male mit dem Staatssekretär von Bülow zusammen. Er sagte mir einige schmeichelhafte Worte über meine Rede, erzählte mir sodann, daß er vor seinem Abgang von Rom eine Audienz bei Papst Leo gehabt habe und fügte hinzu: „Meine Frau ist nämlich katholisch.“

Ich war der einzige Abgeordnete aus Bayern, der bei der Abstimmung mit „ja“ stimmte; darob entstand große Aufregung in der bayrischen Presse, die zum Teil sich in so heftigen persönlichen Angriffen erging, daß mir von Leuten aus dem Volke, die mir bis dahin kaum bekannt gewesen waren, Briefe zukamen, welche hiergegen Verwahrung einlegten. Ich selbst sah mich veranlaßt, in einer in meinem Wahlkreise erscheinenden Zeitung, dem „Memminger Volksblatt“ (Nr. 77) vom 6. April 1898 eine Erklärung zu veröffentlichen: Warum habe ich für die Marinevorlage gestimmt? Die Wirkung blieb nicht aus; die Presseangriffe verstummten und bei den demnächst erfolgenden Neuwahlen, für die ich freilich meine Werbetätigkeit wieder in gesteigertem Maße aufnehmen mußte, ging ich mit größerer Majorität als das erstemal als Sieger aus dem Kampfe hervor.

Im Laufe des Winters hatte ich noch ein überraschendes kleines Abenteuer bei Hofe, welches ich nicht mit Stillschweigen übergehen will. Es war üblich, daß Reichstagsabgeordnete, welche zu Hoffestlichkeiten eingeladen zu werden wünschten, durch Vermittlung des Bureaus ihre Karte beim Hofmarschallamt abgaben. Ich hatte meinerseits bisher hiervon Abstand genommen, da ich kein Freund von Festlichkeiten war und dieselben in München, wo ich als Reichsrat der Krone Bayern pflichtmäßig daran teilnehmen mußte, ausreichend kennen gelernt hatte. Um so größer war meine Verwunderung, als mir eines Abends durch den Portier des Hotels die Einladung zu einem demnächst stattfindenden Hofball eingehändigt wurde. Wie das zusammenhing, konnte

ich mir nicht erklären, vielleicht lag ein Versehen vor. Der Einladung Folge zu leisten hatte ich wenig Neigung; auch Graf Lerchenfeld, den ich am andern Tag darüber sprach, sah keinen Grund, warum ich meine bisherige Praxis ändern sollte. Zwei Tage später aber erhielt ich neuerdings Nachricht von Lerchenfeld, ich möge mir meine Uniform aus München kommen lassen; der Oberhofmarschall rechne damit, mich auf jenem Balle dem Kaiser vorzustellen. Dieses Amt nahm indessen der bayrische Gesandte für sich in Anspruch und wir verabredeten die Zeit und die Stelle, wo wir uns im Schlosse zusammenfinden wollten. So geschah es; der Kaiser befand sich im weißen Saal und nahm verschiedene Vorstellungen entgegen, wobei er uns, die wir uns in einiger Entfernung aufgestellt hatten, allmählich näher kam. Plötzlich aber machte er kehrt und trat den Rückweg an. „Das war also nichts," bemerkte Graf Lerchenfeld; „gehen wir auf die andere Seite!" Aber auch hier kamen wir nicht zum Zuge. Der Vorgang war indessen bemerkt worden, zumal Lerchenfeld eine in Berlin sehr bekannte Persönlichkeit war. Ein Kammerherr der Kaiserin überbrachte mir den Wunsch Ihrer Majestät, mich kennen zu lernen. Offenbar hatte die hohe Frau das Peinliche der Situation durchschaut. Sie empfing mich überaus gnädig, begrüßte mich als Bayer und erzählte von den schönen Tagen, die sie vor einiger Zeit in Kreuth zugebracht habe. Aber auch die den Kaiser begleitenden Adjutanten waren aufmerksam gemacht worden; einer derselben, ein Herr von Pritzelwitz, kam und berichtete, der Kaiser habe auf eine von ihm erstattete Meldung gesagt: „Laßt mich in Ruhe,

ich habe heute schon genug geschwätzt." Ich nahm die Sache nicht tragisch; unangenehm war sie mir nur für den bayrischen Gesandten und sehr unwillig waren meine näheren Freunde, insbesondere Prinz Arenberg, der noch im Schlosse seinem Unmut in lauten Worten Luft machte. Auch einzelne konservative Abgeordnete des Reichstags äußerten mir am andern Tage ihre Verwunderung und ihr Bedauern. Das war meine erste Begegnung oder vielmehr Nichtbegegnung mit Kaiser Wilhelm II.

Gegen Ende der Session war aber auch eine neue Aufgabe an mich herangetreten, die mich die nächsten Jahre hindurch stark in Anspruch nehmen sollte. „Sie müssen jetzt der katholische Roggenbach für Straßburg werden," sagte eines Tages Althoff zu mir. Bekanntlich hatte der frühere badische Minister von Roggenbach bei der Gründung der neuen Universität Straßburg eine maßgebende Tätigkeit entwickelt, wobei aber, wie seitdem wiederholt beklagt worden war, die katholischen Interessen keine Berücksichtigung gefunden hatten. Daß Althoff bestrebt war, diesen Interessen, wo immer möglich, gerecht zu werden, habe ich früher schon hervorgehoben. Das sollte nun aber auch in Straßburg geschehen, und zwar durch Gründung einer katholisch-theologischen Fakultät und Berufung eines katholischen Philosophen und eines katholischen Historikers in die philosophische Fakultät. Ich sollte als Kommissar des Reichskanzlers die hier nach verschiedenen Seiten erforderlichen Verhandlungen führen. Was ich dazu dächte? Ich bat mir Bedenkzeit aus und versicherte mich zunächst durch eine Anfrage bei dem Fürsten Hohenlohe,

mit dem ich kurz darauf zusammentraf, daß es sich nicht um einen bloßen Einfall Althoffs handelte. Der Fürst erklärte mir, daß er vollständig mit dem Plane einverstanden sei, und so sah ich mich genötigt, der Frage wenigstens in Gedanken näherzutreten. Während der Sommermonate korrespondierte ich darüber mit Althoff und begab mich auf dem Wege zur Generalversammlung der Görresgesellschaft in Münster nach Paderborn, um das erfahrene Urteil meines Freundes, des Bischofs Simar, einzuholen. Dieser war grundsätzlich dem Projekt nicht abgeneigt, vorausgesetzt, daß nach der kirchlichen Seite die gleichen Garantien gegeben würden, wie sie für Bonn und Breslau bestünden. Althoffs Projekte gingen indes noch weiter; er dachte an eine Umgestaltung der bischöflichen Lehranstalten nach dem Muster des Lyzeums Hosianum in Braunsberg und der bayrischen Lyzeen. Hiervon wollte indessen Simar nichts wissen. Auch war später davon nicht mehr die Rede.

Am 22. Oktober fiel in einer Besprechung beim Fürsten Hohenlohe in der Straßburger Sache die Entscheidung. Außer Althoff und mir hatte noch der Finanzminister Miquel daran teilgenommen. Daß die Errichtung der katholisch-theologischen Fakultät nur in Verbindung mit der obersten kirchlichen Behörde möglich sei, stand von vornherein fest. Es wurde beschlossen, alsbald Schritte nach dieser Richtung zu tun und ich erklärte mich bereit, zu diesem Zwecke nach Rom zu reisen. Aber ich wollte die Reise nicht allein machen, sondern nahm meine beiden ältesten Töchter mit. Mit ganz besonderer Freude denke ich noch an diese Reise zurück;

kann es etwas Schöneres geben, als zwei junge empfängliche Gemüter durch die Herrlichkeiten Italiens zu führen! In Padua machten wir unter anderem halt und ich ergriff die Gelegenheit, welche die Kirche S. Maria dell' Arena mit den Giotto-Fresken bot, ihnen einen kurzen Überblick über die Entwicklung der italienischen Malerei zu geben. Und nun erst Rom! Alles was an geschichtlichen Erinnerungen dort zu sehen ist, die Kunst der Antike, die Überreste des christlichen Altertums, die herrlichen Schöpfungen Raffaels und Michelangelos wurden wieder und wieder aufgesucht. Die Beiden kamen aus der Begeisterung gar nicht heraus. Auch die vatikanische Bibliothek wurde besichtigt, wobei wir nicht wußten, was wir mehr bewundern sollten, die vorgezeigten Schätze oder die anregende Erläuterung unseres Führers, des ebenso gelehrten wie liebenswürdigen Paters Ehrle. Größere Ausflüge in die Umgebung zu machen, daran hinderte uns leider das nicht immer günstige Wetter, immerhin konnten wir gleich an einem der ersten Tage S. Agnese fuori le mura aufsuchen und damit eine kleine Wanderung durch die Campagna verbinden.

Natürlich durfte der eigentliche Zweck der Reise darunter nicht leiden und so versuchte ich alsbald Hand ans Werk zu legen. Der kürzlich ernannte Gesandte beim Hl. Stuhl, Freiherr von Rotenhan, war noch nicht eingetroffen, Geschäftsträger war Herr von Below. Bereits am 13. November schrieb ich an den Fürsten Hohenlohe:

„Ich bin Freitag, den 11. d. M. hier angekommen und habe mich gestern zu dem k. preußischen Herrn Geschäfts-

träger begeben, denselben aber leider nicht zu Hause angetroffen. Dagegen gelang es mir noch am selben Tage Beziehungen, die ich aus früherer Zeit hier besaß, wieder anzuknüpfen und infolgedessen an einer ebenso unterrichteten, als vertrauenswürdigen Stelle wertvolle Erkundigungen einzuziehen. Folgendes waren die Ergebnisse dieser ersten vorläufigen Orientierung: Es empfiehlt sich nicht, die Frage der Straßburger katholisch-theologischen Fakultät mit der der Errichtung einer philosophisch-theologischen Lehranstalt in Posen in Verbindung zu bringen. Das Anrühren einer polnischen Frage würde sofort Gegenströmungen wachrufen, welche sich einer günstigen Lösung der Straßburger Angelegenheit hinderlich erweisen müßten. Die Hauptsache ist, das Interesse des Papstes für die letztere zu gewinnen, was mir trotz des hohen Alters Sr. Heiligkeit als möglich bezeichnet wird. Sofort aber und vor allem müsse die Angelegenheit dem Kardinalstaatssekretär unterbreitet werden. Dabei sei durchaus notwendig, erkennen zu lassen, daß es sich nicht um Wünsche und Pläne eines Privatmannes, sondern um ernsthafte Absichten maßgebender Persönlichkeiten handle. Heute vormittag begab ich mich demgemäß zu Kardinal Rampolla. Der Empfang war ein sehr freundlicher; alsbald und aus eigener Initiative bot mir Seine Eminenz an, mir eine Audienz bei dem Papst erwirken zu wollen, was ich um so dankbarer begrüßte, als der Zugang zu Seiner Heiligkeit augenblicklich sehr erschwert ist. Nachdem sich die Konversation kurze Zeit auf deutsche Verhältnisse im allgemeinen und die Stellung der Zentrumsfraktion insbesondere erstreckt

hatte, brachte ich den Gegenstand, welcher die Veranlassung meiner diesmaligen Romreise bildete, zur Sprache. Der Kardinal hörte mit großem Interesse zu, zeigte sich auch unterrichtet über die älteren, die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät verfolgenden Bestrebungen und die Stellung des Bischofs von Straßburg zu denselben. Daß der letztere in der gegenwärtigen Phase bisher nicht herangezogen worden war, schien er zu billigen. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten betonte er nicht stärker, als dies auch in Berlin in der Besprechung vom 22. Oktober von verschiedenen Seiten geschehen ist und zeigte durchaus keine Neigung, die ganze Frage a limine abzuweisen. Jedenfalls wird er schon morgen dem Papst Bericht erstatten. Später wird dann aller Wahrscheinlichkeit nach die Angelegenheit einer Kongregation von Kardinälen unterbreitet werden. Zuvor aber hoffe ich, in der mir zugesagten Audienz, und der ausdrücklichen Aufforderung des Kardinalstaatssekretärs entsprechend, dieselbe persönlich Seiner Heiligkeit vortragen zu können. Außerdem bin ich mit dem Herrn Kardinal übereingekommen, ihm ein kurzes Memoire darüber anzufertigen. Ich bin selbstverständlich weit entfernt, schon jetzt etwas über den endlichen Ausgang vorhersagen zu wollen, verhehle aber nicht, daß die ersten Eindrücke günstiger ausgefallen sind, als ich zu hoffen gewagt habe. Die Aufgabe wird nunmehr sein, einzelne einflußreiche Persönlichkeiten, wie den Sekretär der Congregazione degli affari straordinarii, Msgr. Cavagnis, für die Sache zu gewinnen. Auf eine rasche Entscheidung ist selbstverständlich

nicht zu rechnen; hoffentlich werde ich nicht durch den Zusammentritt des Reichstags zu einer vorzeitigen Abreise genötigt."

Der in dem Berichte erwähnte Bekannte aus früherer Zeit war Msgr. Montell, Dekan der Rota und daneben als geborener Südtiroler der österreichischen Botschaft attachiert. Als ich in meiner Jugend in Rom war, wurde ich mit Montell, der damals in dem Bureau des Grafen Bellegarde, des österreichischen Mitglieds der Rota, arbeitete, durch die Herren der Anima bekannt. Seitdem war er selbst zu einer der höchsten Würden an der Kurie aufgestiegen, einem posto cardinalizio, hatte aber seine Beziehungen zu der österreichischen Botschaft und auch sein seit Jahren bekundetes Interesse für deutsche Angelegenheiten nicht aufgegeben, und, als es sich um den Abbau der Kulturkampfgesetze handelte, viel mit dem damaligen Gesandten von Schlözer verkehrt. Jetzt führte mich am Abend Dr. Ehses, der Leiter des römischen Institutes der Görres-Gesellschaft, zu ihm. „Ein komisches Schicksal wollte," schrieb ich darüber an meine Frau, „daß ich die Karte nicht fand, die mir Kardinal Kopp geschickt hatte. Ich muß sie in München gelassen haben. Es tat aber gar nichts, vielleicht war es sogar so besser. Montell wußte genau, wer ich war, erinnerte sich meiner noch aus den sechziger Jahren und äußerte aufrichtige Freude, mich zu sehen. Auch war ich bei ihm ganz an die richtige Schmiede gekommen. Er faßte die Sache durchaus nicht so pessimistisch auf, stellte mir seine guten Dienste zur Verfügung und orientierte mich über allerhand Personalien."

Inzwischen hatte ich nun die Bekanntschaft des preußischen Geschäftsträgers gemacht und bei ihm Verständnis für meine Aufgabe gefunden, sowie die größte Bereitwilligkeit, mir nach Kräften behilflich zu sein. Ganz besonders wertvoll aber sollten mir die Beziehungen zu dem bayrischen Gesandten werden, welche ich im Jahre 1893 angeknüpft hatte. Der Freiherr von Cetto, welcher diese Stelle seit Jahren bekleidete, war ein Original. In London geboren, wo sein Vater bayrischer Gesandter gewesen war, sprach er bis in sein Alter das Deutsche mit englischem Akzent; er verfügte über keinerlei amtliches Personal, sondern besorgte alle Geschäfte selbst. Über die römischen Verhältnisse, Personalien, Gruppen und Schattierungen hatte er die genauesten Kenntnisse und war daher imstande, mir stets die zuverlässigsten Auskünfte zu erteilen; in gesellschaftlicher Beziehung übte er große Zurückhaltung, Einladungen gab er nicht. Wenn wir uns aber gelegentlich bei einem Diner trafen, bot er mir stets an, mich in seinem Wagen nach Hause zu fahren.

Geradezu als Glücksfall aber mußte ich es bezeichnen, daß ich den früheren Nuntius in München, Msgr. Agliardi, jetzt als Kardinal in Rom wiederfand. Er bewohnte dort den herrlichen Bau des Palazzo della Cancelleria; er empfing mich überaus herzlich, sprach sehr vergnügt von alten Zeiten und guten Freunden. Für meine Mission zeigte er das größte Interesse; wenige Tage danach lud er mich mit den Töchtern zu einem Frühstück ein, wo ich, was mir von großem Werte war, die Bekanntschaft des aus dem Jesuitenorden hervorgegangenen deutschen Kardinals Steinhuber machte. Für den

17. November waren wir zu einer Audienz beim Hl. Vater befohlen. Tags zuvor war es mir nach verschiedenen vergeblichen Versuchen gelungen, Kardinal Ledochowski zu besuchen, was mir Montell besonders ans Herz gelegt hatte. Hier ging alles nach Wunsch. „Ich trug meine Sache vor und fand damit eine ganz ebenso günstige Aufnahme, oder eigentlich eine noch günstigere, als bei Rampolla. Er meinte, es bestehe gute Aussicht zum Ziele zu gelangen. Schwierigkeiten würden sich bei der Regelung der Details ergeben, die aber nicht unüberwindlich seien. Nachdem ich so rasch zur Audienz gelangt sei, könne am Ende bis zum Zusammentritt des Reichstags die Entscheidung in der Hauptsache erfolgt sein." Ich war nicht sanguinisch genug, diese Hoffnung zu teilen, aber erfreut, daß alles so glatt gegangen war.

Über die Audienz bei Papst Leo XIII. berichtete ich an den Fürsten Hohenlohe und ebenso auch an meine Frau: „Der Papst war ganz außerordentlich gnädig, aber er liebt es, selbst über die Fragen zu reden, welche im Augenblick sein besonderes Interesse in Anspruch nehmen, und es ist nicht leicht, den Gang der Konversation zu leiten. Es gelang mir indessen, die Straßburger Sache zur Sprache zu bringen und in kurzen Zügen zu entwickeln, worum es sich handle, auch ein von Seiner Heiligkeit geäußertes Bedenken durch den Hinweis auf die in Deutschland vorhandenen Präcedenzfälle zu beschwichtigen. Die Aufnahme war eine freundliche, wenn auch, wie in der Natur der Sache begründet, etwas reservierter, als ich sie bei Kardinal Rampolla gefunden hatte. Der Papst bestätigte, daß die Frage einer Kongregation von Kardinälen unterbreitet werden würde."

Über einen höchst interessanten Punkt der Konversation habe ich damals aber weder an die eine noch an die andere Stelle berichtet. Ohne daß der Gang derselben Anlaß dazu gegeben hatte, begann der Papst plötzlich über Elsaß-Lothringen zu sprechen. Es sei ein Fehler von Bismarck gewesen, das Land für Deutschland zu annektieren, der in der Zukunft noch manche Verlegenheit für Deutschland nach sich ziehen werde. Auch hierüber sprach er ziemlich lang und eingehend; als er geendet hatte, bemerkte ich in aller Bescheidenheit, Elsaß-Lothringen sei deutsches Land und uns nur durch List und Gewalt von Frankreich entrissen worden; wir hätten jetzt lediglich das, was uns gehörte, zurückgenommen. Eine Entgegnung erfolgte hierauf nicht.

Am Tage darauf erhielt ich einen Brief von Althoff, der mir mitten in meine Mission eine Angelegenheit persönlichster Art unterbreitete. Von seinem wohlwollenden Interesse für mich hatte ich schon wiederholt Gelegenheit zu sprechen. Nun bot er mir im Auftrage des Ministers unter sehr günstigen Bedingungen eine Professur in Bonn an. Ich kann nicht umhin, einige seiner Worte herzusetzen, da sie zu deutlich den Gesinnungsumschwung beleuchten, den ich erfahren hatte: „Ich bitte Sie hiernach, diese Berufung in freundliche Erwägung zu ziehen und mir das Ergebnis, das, wie ich recht angelegentlich hoffe, für Bonn, wo Sie einst die ersten Erfolge Ihrer ausgezeichneten akademischen Wirksamkeit aufzuweisen hatten, ein günstiges sein wird, baldgefälligst mitzuteilen. Mir persönlich würde es noch eine ganz besondere Freude und Genugtuung sein, Sie nach Preußen zurückkehren zu sehen." Ich schrieb sofort an Althoff einen längeren Brief, worin ich

ihm für die ehrenvollen Formen der Berufung dankte und mir Bedenkzeit ausbat, und sandte Abschrift des an mich gerichteten Berufungsschreibens an den Kultusminister Landmann nach München, ohne selbst Stellung zu nehmen. Die Antwort desselben war persönlich durchaus entgegenkommend, bestimmte Zusagen konnten ja nicht gemacht werden; auch kam es darauf an, was Senat und Fakultät dazu sagen würden.

Weit weniger ging mir eine andere mich betreffende Frage zu Herzen, mit welcher sich zur Zeit die Presse recht überflüssigerweise beschäftigte. Der Zusammentritt des neu gewählten Reichstages stand bevor, und so konnte man allerdings die Frage aufwerfen, wer wohl Präsident werden würde. Irgend ein weiser Thebaner kam auf die gänzlich unbegründete Vermutung, daß ich der Glückliche sein würde, und die Zeitungen ergingen sich mit Vorliebe in der Hervorhebung der Konkurrenz, die dadurch zwischen mir und meinem Fraktionskollegen, dem Grafen Ballestrem, entstehe. Es war mir daher sehr erwünscht, als ein bayrisches Blatt, die Augsburger Postzeitung, hierüber ein verständiges Wort sprach, und ich hegte nur den Wunsch, daß dieses durch Vermittlung der preußischen Blätter Ballestrem zur Kenntnis käme. Ich hatte, wie ich meiner Frau schrieb, den aufrichtigen Wunsch, daß er, nicht ich, auf die Stelle gesetzt werde, da für mich die Präsidentschaft die schon immer vorhandene Kollision der parlamentarischen Tätigkeit mit dem akademischen Beruf ganz erheblich gesteigert und mich genötigt haben würde, während der ganzen Session in Berlin zu bleiben, während ich bisher nur periodenweise mich zu ganz besonders wichtigen Ver-

handlungen dorthin zu begeben pflegte. Auf der anderen Seite würde ich, käme die Frage ernsthaft an mich heran, kaum ablehnen können; denn wenn „die Situation in der Fraktion und im Hause dahin führt, mich auf die Stelle zu setzen, kann ich mich dem nicht wohl entziehen". Dazu kam die Rücksicht auf die hiesigen Verhältnisse. „Man legt in Rom großen Wert auf Stellungen, und es würde für meine hiesige Mission, wie mir noch heute Abend Baron Cetto versicherte, von großem Werte sein, wenn ich Präsident würde; jedenfalls riet er mir dringend ab, die Wahl abzulehnen." Auch war uns erzählt worden, der Papst habe sich wenige Tage vor der uns gewährten Audienz geäußert, er werde demnächst den zukünftigen Präsidenten des deutschen Reichstages empfangen. Auch Kardinal Rampolla fing bei meinem letzten Besuche davon an.

In der Straßburger Angelegenheit war für mich von besonderem Wert, daß Kardinal Steinhuber, in dem ich eher einen Gegner des Projektes erwartet hatte, im Gegenteil dem Plane der Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät wohlwollend gegenübertrat, so bereits bei unserer ersten durch den Kardinal Agliardi vermittelten Begegnung, und sodann bei einem Besuch, den ich ihm in seiner Wohnung im Kollegium Germanikum machte. Er hatte keinerlei prinzipielle Bedenken, tadelte die Abstinenzpolitik der elsäßischen Katholiken und führte den Widerstand innerhalb des Klerus gegen die Errichtung einer theologischen Fakultät auf die politische Stellung eines Teiles der letzteren zurück. Die Aussichten, daß der Plan gelingen werde, schienen hiernach günstige zu sein.

Auch Kardinal Satolli, der Präfekt der Studienkommission, dem ich, ebenso wie den übrigen Mitgliedern des hl. Kollegiums, mit denen ich über die Angelegenheit sprach, eine von mir in französischer Sprache verfaßte Denkschrift überreicht hatte, zeigte sich demselben geneigt. Aber die Schwierigkeiten sollten nicht ausbleiben. Bei Gelegenheit der Besprechung in Berlin, am 22. Oktober, war auch von den früheren Verhandlungen die Rede, welche Fürst Hohenlohe in seiner damaligen Stellung als Statthalter unternommen hatte. Ich fragte den anwesenden Kurator der Universität Straßburg, Hamm, ob damals auch der heilige Stuhl mit der Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät befaßt worden sei. Dieser glaubte die Frage auf Grund seiner Kenntnis verneinen zu sollen. Wie ich hier auf Umwegen erfuhr, war dies trotzdem der Fall gewesen. Die Angelegenheit wurde, wie mir scheint, ohne Kenntnis des Bischofs von Straßburg, dem Münchener Nuntius Aiuti vorgelegt, der pflichtmäßig darüber nach Rom berichtete. Die Entscheidung, die er von dort erhielt, und die er sofort dem Bischof zukommen ließ, ging dahin, man solle von der Errichtung einer Fakultät absehen und das bestehende System der Seminarerziehung als das wünschenswertere beibehalten.

Bischof Fritzen von Straßburg war ein alter Bekannter von mir aus den Berliner Studienjahren; er war damals schon Priester, hatte sich aber philologischen Studien hingegeben und war Mitglied des katholischen Lesevereins. Mit ihm hatte ich mich bald nach meiner Ankunft in Rom brieflich in Verbindung gesetzt; in seinem Antwortschreiben be-

stätigte er die mir hier gewordene Mitteilung und fügte hinzu: der Stimmung innerhalb seines Klerus wegen müsse er sich große Reserve auferlegen. Er selbst sei nicht grundsätzlich gegen die Errichtung einer theologischen Fakultät an der Universität und meine, daß auch der Klerus sich beruhigen werde, wenn der Hl. Stuhl einverstanden sei.

Am Abend des 26. November ging ich wieder zum Kardinalstaatssekretär; hierüber berichtet der am anderen Tag nach München geschriebene Brief: „Bei dem Kardinalstaatssekretär wurde ich, obwohl schon eine Menge Leute im Vorzimmer waren, sofort hineingeführt. Der Empfang war durchaus artig, aber erheblich reservierter wie die früheren Male. Auf seine Eröffnung, es habe sich eine Schwierigkeit gefunden, bemerkte ich, daß mich das nicht wundere. Er wiederholte dann, was ich von Agliardi wußte, und sagte, er könne der Kardinalskongregation nicht die gleiche Sache nochmals vorlegen. Ich entgegnete, man habe in Berlin nicht gewußt, daß dieselbe damals schon in Rom verhandelt worden sei, sonst würde ich die Aufgabe wahrscheinlich nicht übernommen haben. Das war ihm wieder zu viel; er meinte, die Entscheidung sei ja nicht definitiv, es handle sich nicht um ein Prinzip, sondern um Modalitäten; man müsse einen Ausweg suchen; er würde sich freuen, wenn ein solcher gefunden würde, usw. Er werde mir ein vertrauliches Memoire zugehen lassen, auf Grund dessen könnten wir weiter verhandeln. Ich blieb sehr kühl, wies auf die Wichtigkeit der Sache hin und die unangenehme Lage, in die das Zentrum käme, wenn auf seine Beschwerden

wegen des rein protestantischen Charakters der Universität Straßburg regierungsseitig geantwortet würde, man habe die Universität paritätisch gestalten wollen, sei aber an dem Widerspruch der kirchlichen Autorität gescheitert, erklärte aber, daß ich auf alle Fälle die Weisheit des Heiligen Stuhles verehrte. Wir schieden vollkommen friedlich voneinander; immerhin sah ich im Augenblicke nicht, wo sich ein Ausweg eröffnen könne."

Agliardi, den ich am andern Tage aufsuchte, nahm die Sache nicht tragisch; er habe mit verschiedenen einflußreichen Kardinälen gesprochen und bezweifle nicht, daß wir den Erfolg schließlich für uns haben würden. Daß aber die Entscheidung nicht rasch erfolgen werde, und allerhand Hindernisse zu überwinden sein würden, war mir klar; hiezu gehörte unzweifelhaft auch das Mißtrauen, welches man, nicht ohne Grund, an der Kurie den deutschen Universitäten gegenüber hegte. Das ging aus einer Bemerkung hervor, welche Rampolla über die theologische Fakultät in Tübingen machte. Ueber das alles wurde ich gründlich unterrichtet durch einen Besuch bei Msgr. Cavagnis, auf den mich Montell ausdrücklich hingewiesen hatte, und der mir Einsicht in die Akten über die im Jahre 1894 geführten Verhandlungen gab. In der Begründung des ablehnenden Bescheids war ausgeführt worden, daß man durch Bewilligung des Universitätsunterrichts eine günstige und gesicherte Position, die durch das Konkordat gegewährleistete Freiheit des Bischofs in der Leitung seines Seminars, gegen einen sehr unsicheren und zweifelhaften Vorteil aufgeben würde. Man könne nicht wissen, ob die jetzt in

Aussicht gestellten Zusagen in Betreff der Einflußnahme des Bischofs auf die Anstellung der theologischen Professoren auch wirklich gewährt, ob sie im Bejahungsfalle auf alle Zukunft festgehalten würden. Aber auch ganz abgesehen davon müsse man übereinstimmend mit den Vorschriften des Konzils von Trient die Seminarerziehung vorziehen. Die theologischen Fakultäten an den Universitäten könnten einen größeren Wert nur in Bezug auf die wissenschaftliche Seite in der Ausbildung des katholischen Klerus in Anspruch nehmen und auch dies nur in Bezug auf Philosophie und Kritik, nicht in Bezug auf die eigentliche Theologie. Weit entfernt endlich, daß durch die Anstellung einiger weniger katholischer Professoren an der Universität Straßburg der bis dahin exklusiv protestantische Charakter derselben beseitigt würde, sei viel mehr zu befürchten, daß diese wenigen von der protestantischen Majorität erdrückt würden.

Aber auch Msgr. Cavagnis wollte trotzdem nicht annehmen, daß die Sache damit definitiv erledigt sei; ähnlich wie Kardinal Rampolla, vielleicht mit etwas größerem Entgegenkommen, meinte er, ich solle versuchen, dem Unternehmen eine neue Seite abzugewinnen, neue Gesichtspunkte hervorzukehren usw., damit die Kongregation neuerdings mit der Prüfung betraut werden könne. Nach meinem Ermessen kam es darauf an, eine neue Formulierung in der Frage der Anstellung der Professoren zu finden, durch welche die notwendige Mitwirkung der Kirche deutlich gewahrt bleibe. Hierzu bedurfte es aber neuer Beratungen in Berlin, und so beschloß ich, am 5. Dezember abzureisen. Zuvor verab-

schiedete ich mich bei dem Kardinalstaatssekretär, der auch mir nochmals erklärte, es handle sich nicht um eine Frage des Prinzips, sondern der Modalitäten, und mich versicherte, daß ich jederzeit eines guten Empfanges im Vatikan gewärtig sein könne.

Am 8. Dezember war ich mit meinen Töchtern wieder in München.

Der Reichstag war am 6. wieder zusammengetreten. Die Präsidentenwahl fand am andern Tage statt und ergab die Wahl Ballestrems. Er hat eine Reihe von Jahren in geradezu glänzender Weise diese Stellung ausgefüllt; daß er über einen glücklichen Humor verfügte, kam ihm besonders zu statten und brachte wiederholt eine Lösung in kritischen Situationen. Daß die von den Zeitungen hervorgehobene Rivalität zwischen uns beiden keinerlei Störung des alten, freundschaftlichen Verhältnisses nach sich gezogen hatte, war selbstverständlich.

Von den beiden in Rom an mich gelangten Fragen war somit die eine rasch und glücklich gelöst. Nicht ebenso glatt ging es mit der andern. Ich hatte von Anfang an wenig Lust, München zu verlassen, wohl aber den begreiflichen Wunsch, daß mir der ehrenvolle Ruf nach auswärts zu einer Verbesserung meiner bescheidenen Verhältnisse verhelfen würde. Und hiezu schien man ja auch, nach mir zugegangenen Mitteilungen im Ministerium, geneigt zu sein. Nun aber fand ich bei meiner Rückkehr aus Rom einen Brief von Landmann vor, daß Fakultät und Senat eine ablehnende Haltung eingenommen hätten mit

Rücksicht darauf, daß ich durch meine parlamentarische Tätigkeit verhindert sei, meine ganze Kraft dem akademischen Berufe zu widmen. Nach allerhand Worten der Anerkennung und des Bedauerns schloß der Minister: „Ich sehe mich unter diesen Umständen außerstande, Gehaltsanbietungen zu machen und glaube Ihnen sofort von dieser Sachlage Mitteilung machen zu sollen, um Sie in Ihren weiteren Erwägungen nicht länger aufzuhalten." Mit anderen Worten hieß dies: „Packen Sie nur gar nicht aus, sondern fahren Sie gleich weiter nach Bonn!" und das verdroß mich. Ich würde mich nur sehr schwer entschlossen haben, München zu verlassen; ich war bisher mit meinem Einkommen ausgekommen und würde dies auch noch weiter gekonnt haben, aber eine Genugtuung in irgendeiner Form wollte ich haben und die wurde mir nun auch in der ehrenvollsten Weise zuteil. Freund Preysing, der von mir unterrichtet worden war, hatte nicht verfehlt, dem Chef der Geheimkanzlei Kenntnis von der an mich ergangenen Berufung zu geben. Kaum in Berlin angelangt, wohin ich am 11. Dezember gefahren war, erhielt ich von Freiherrn von Zoller das nachfolgende Schreiben: „Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich im Allerhöchsten Auftrage ganz ergebenst zu benachrichtigen, wie Seine Königliche Hoheit der Prinzregent es lebhaft bedauern, daß die Kürze der verfügbaren Zeit es Allerhöchst Ihm nicht gestatteten, Euer Hochwohlgeboren noch vor Ihrer Abreise nach Berlin persönlich zu sprechen, wie es der Allerhöchste Herr so sehr gewünscht hätte. Seine Königliche Hoheit haben mich nunmehr beauftragt, Euer Hochwohlgeboren

schriftlich zu eröffnen, daß Höchstdieselben auf Ihre ferneren Dienstleistungen in Bayern nach jeder Richtung hin großen Wert legen und es sehr beklagen würden, wenn Euer Hochwohlgeboren den Entschluß fassen würden, dem ehrenvollen Rufe nach Bonn folgend, das engere Vaterland zu verlassen. Seine Königliche Hoheit geben Sich gern der Hoffnung hin, daß es doch noch gelingen werde, den drohenden Verlust einer allseitig so bewährten Kraft in Bayern abzuwenden."

Infolgedessen entschloß ich mich, den Ruf nach Bonn abzulehnen und berichtete dies nach München. Umgehend erhielt ich darauf aus dem Kabinett das nachstehende Telegramm: „Im Allerhöchsten Auftrage teile ich Euer Hochwohlgeboren ergebenst mit, daß Seine Königliche Hoheit der Prinzregent gestern mit großer Genugtuung von dem Telegramme Kenntnis genommen haben." Und nicht nur das. Der Prinzregent ließ wenige Tage danach dem Kultusminister die Mitteilung zugehen, er freue sich, daß ich durch Ablehnung der Berufung nach Bonn Bayern erhalten bleibe; es sei mir die Allerhöchste wohlgefällige Anerkennung dieses Entschlusses mitzuteilen und zugleich das Bedauern auszusprechen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse nicht gestatteten, mir für das dabei gebrachte Opfer entsprechende Entschädigung zu gewähren. Das wirkte noch weiter nach. Es traf sich, daß noch ein anderes Mitglied der Fakultät einen Ruf nach auswärts erhalten und gleichfalls abgelehnt hatte. Wie ich durch eine Zuschrift des akademischen Senats erfuhr, hatte das Ministerium die Allerhöchste Ermächtigung

erhalten, bei dem nächsten Landtag die Bewilligung eines Postens zu erwirken, durch den in Zukunft in ähnlichen Fällen Gehaltserhöhungen möglich wurden. Am Schlusse des Schreibens verfehlte das Ministerium nicht, seiner lebhaften Freude und Befriedigung darüber Ausdruck zu geben, daß die beiden „ausgezeichneten Kräfte der Universität und dem engeren Vaterlande erhalten blieben".

Am 9. Januar 1899 war ich wieder in Berlin, um mich an den Arbeiten des Reichstags zu beteiligen und nahm auch das Wort in der Debatte über die neue Militärvorlage. Ich sprach meine Verwunderung darüber aus, daß nach der kürzlich beschlossenen erheblichen Steigerung unserer Seemacht jetzt noch eine Vermehrung der Landmacht angefordert wurde; in unseren Beziehungen zu den fremden Staaten könnte ich eine Veranlassung hiezu nicht erblicken, und unsere eigene Politik sei ja doch eine durchaus friedlich gerichtete. Freilich dem von Rußland gemachten Vorschlag, eine internationale Konferenz zum Zwecke einer allgemeinen Abrüstung zu berufen, stand ich skeptisch gegenüber.

Im übrigen interessierte ich mich begreiflicherweise vor allem für den Fortgang der Straßburger Angelegenheit. Hatte meine Reise nach Rom einer erstmaligen, vertraulichen Erkundung der in den dortigen maßgebenden Kreisen herrschenden Stimmung gegolten, so war die Absicht jetzt, zu amtlichen und im Namen der Regierung geführten Verhandlungen überzugehen. War es bisher, abgesehen vom Reichskanzler, nur Althoff gewesen, der die Angelegenheit betrieb, so kam jetzt noch der elsässische Bevollmächtigte

beim Bundesrat — einen elsässischen Bevollmächtigten im Bundesrat gab es damals noch nicht — Geheimrat Halley hinzu. Dieser war mit Althoff durch jahrelange Freundschaft verbunden; in dem vorliegenden Falle brachte er auch der Sache ein lebhaftes Interesse entgegen. Außerdem aber hatte er die Aufgabe, die Verbindung mit der Regierung der Reichslande herzustellen, denn wie jetzt festgestellt wurde, sollte die letztere als die Stelle erscheinen, von welcher die Absicht, eine katholisch-theologische Fakultät zu errichten, ausgehe, zumal sie auch künftighin die Ausführung übernommen hatte. Da sie aber nicht die Möglichkeit hatte, von sich aus internationale Verhandlungen zu führen, so mußte dies in ihrem Einverständnis mit dem Reichskanzler und dem von ihm beauftragten Vertreter geschehen. In diesem Sinne wurde demnächst der preußische Gesandte beim Heiligen Stuhl instruiert und ihm gleichzeitig mitgeteilt, daß ich als Spezialbevollmächtigter der Kaiserlichen Regierung ihm zur Führung der Verhandlungen beigegeben worden sei. Nunmehr aber kam es darauf an, für die zu machenden Vorschläge eine Formulierung zu finden, durch welche nicht nur das formale Bedenken, die Frage sei ja schon einmal negativ beschieden worden, beseitigt, sondern auch den berechtigten Forderungen der kirchlichen Autorität Rechnung getragen werde. Man einigte sich über folgende sechs Punkte:

1. Die wissenschaftliche Ausbildung der Theologen erfolgt in Zukunft durch die an der Universität Straßburg zu errichtende katholisch-theologische Fakultät.

2. In der theologischen Fakultät werden neben den Vertretern der Dogmatik, Kirchengeschichte, Moral und Exegese auch ein Professor des kanonischen Rechts und ein solcher für christliche Philosophie ernannt werden.

3. Die Anstellung der Professoren erfolgt durch die Regierung nach vorhergegangener Verständigung mit dem Bischof.

4. Wird der Nachweis erbracht, daß ein Professor wegen mangelnder Rechtgläubigkeit oder gröblichen Verstoßes gegen die Erfordernisse des priesterlichen Standes zur ferneren Ausübung des Lehramtes als dauernd unfähig anzusehen ist, so wird die Regierung darauf Bedacht nehmen, daß ein Ersatz geschaffen wird.

5. Die Regierung wird in derartigen Fällen den Professor von seiner akademischen Obliegenheit entbinden und zugleich darauf hinwirken, daß seine Beteiligung an den Geschäften der Fakultät aufhört.

6. Sollte die katholisch-theologische Fakultät wegen unvollständiger Besetzung der Lehrstühle außerstande kommen, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, so ist es dem Bischof unbenommen, die wissenschaftliche Ausbildung der Theologen wieder im Seminar erfolgen zu lassen.

Mit hervorragenden Mitgliedern der Zentrumspartei war ich der Meinung, daß dadurch die berechtigten Ansprüche der Kirche gewahrt seien, und daß die in Aussicht genommenen Bestimmungen einen erheblichen Fortschritt gegenüber den bisher für die deutschen Universitäten geltenden Anordnungen bedeuteten. Das bischöfliche Seminar sollte fortbestehen und

ihm die Erziehung der jungen Kleriker nach der religiös-kirchlichen Seite verbleiben; in der Errichtung und Leitung des Seminars behielt der Bischof die volle, ihm durch das Konkordat gewährleistete Freiheit. Der wissenschaftliche Unterricht ging auf die vom Staat ernannten und von Staatsmitteln besoldeten Universitätsprofessoren über. Das Hauptgewicht lag auf den die Anstellung und die eventuelle Beseitigung betreffenden Punkten.

In Preußen war bisher die Anstellung der Professoren in der Weise geordnet, daß dem Bischof das Recht der Exklusion zustand, das heißt er konnte in Bezug auf die Lehre oder den Lebenswandel eines von der Regierung in Aussicht genommenen Kandidaten Verwahrung einlegen; ob sie derselben Rechnung tragen wollte oder nicht, war dem Ermessen der Regierung anheimgestellt und somit von vornherein die Möglichkeit eines Konfliktes gegeben. Durch den neuen Vorschlag, welcher für die katholisch-theologische Fakultät in Straßburg Geltung haben sollte, war diese Gefahr beseitigt: die Regierung wird sich über die anzustellenden Persönlichkeiten mit dem Bischof verständigen, und nur derjenige wird ernannt werden, der beiden Teilen als geeignet erscheint. Das Gleiche gilt von den beiden folgenden Punkten: Voraussetzung war dabei, wie bei allen Vereinbarungen, daß auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden sei; immerhin schien es notwendig, auch den Fall ins Auge zu fassen, wo aus dem Mangel an gutem Willen und aus anderen Gründen sich Hindernisse herausstellten. Es ist ja möglich, daß eine Verständigung

zwischen dem Bischof und der Regierung über die Besetzung eines Lehrstuhles nicht zustande kommt, indem die Regierung sich weigert, auf die Vorschläge des Bischofs einzugehen und dieser sich im Gewissen verpflichtet fühlt, gegen die Vorschläge der Regierung Widerspruch zu erheben. Es ist ebenso möglich, daß der Landesausschuß von Elsaß-Lothringen die Mittel verweigert, welche erforderlich sind, im Falle des Punktes 4 Ersatz zu schaffen, und es ist somit möglich, daß Lehrstühle, welche für den Unterricht der Theologen nicht entbehrt werden können, unbesetzt bleiben. Aber dieser Unterricht erleidet keinen Aufschub; der Bischof ist dafür verantwortlich, daß es dem Weinberg des Herrn nicht an geeigneten Arbeitern fehle. Wenn also der loyal unternommene Versuch, den theologischen Unterricht der an der Universität Straßburg zu errichtenden Fakultät zu übertragen, an widrigen Umständen scheitert, so bleibt nur übrig, daß der Bischof denselben wieder in seinem Seminar erteilen läßt. Die obenstehende Bestimmung wahrt ihm ausdrücklich hiezu das Recht.

Hiezu kam aber dann noch die weitere, höchst wichtige Konzession, daß in der philosophischen Fakultät die Anstellung eines katholischen Philosophen und eines katholischen Historikers in Aussicht genommen war. Dies sollte durch Notenaustausch festgelegt werden.

So fuhr ich denn am 19. März wiederum nach Rom. Alsbald nach meiner Ankunft setzte ich mich mit dem inzwischen eingetroffenen preußischen Gesandten in Verbindung. Ich war mit dem Freiherrn von Rotenhan zur Zeit, da er

die Stelle des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt bekleidete, gelegentlich einer von der Gesandtschaft veranstalteten Feier, der er als geborener Bayer beiwohnte, flüchtig zusammengetroffen. Dem feinsinnigen, vielseitig gebildeten und dabei ernsthaften und charaktervollen Manne nähergetreten zu sein, war mir ein Gewinn fürs Leben. Er war schon als junger Diplomat in Rom tätig gewesen und hatte das vollste Verständnis für die unvergleichliche Stadt. Aber nicht nur das; im Unterschiede von den meisten seiner Glaubensgenossen war er bemüht, in den Sinn des katholischen Kultus, der sich bei den Kirchenfesten in vollem Glanze vor ihm zu entfalten pflegte, einzudringen. Ich fand ihn eines Tages, in einem Buche lesend, und auf meine Frage, was ihn beschäftigte, zeigte er mir das bekannte Buch Guérangers über das Kirchenjahr. „Er wolle doch wissen, was die Zeremonien in der Sixtina und in der Peterskirche bedeuteten."

Auch der vorigjährige Geschäftsträger Herr von Below und seine Gattin waren noch anwesend und begrüßten mich wie einen alten Bekannten. Sie haben auch späterhin, da sie längst Rom verlassen hatten, mir und den Meinigen die freundschaftliche Gesinnung bewahrt. Montell, der sachkundige und zuverlässige Berater, war zur Stelle, auf die Unterstützung der Kardinäle Agliardi, Steinhuber und wohl auch Satolli durfte ich rechnen, und so sah ich der weiteren Entwicklung der Dinge mit Zuversicht entgegen. Ich konnte nicht ahnen, welche Schwierigkeiten noch zu überwinden waren, bis endlich nach Jahr und Tag die Entscheidung erfolgte.

Schon bei meinem ersten Gespräch mit dem Kardinal

Rampolla hatte ich den Eindruck, daß während meiner Abwesenheit die Geneigtheit zu der Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät bei der Universität Straßburg nicht zugenommen habe. Der Kardinal bemerkte mir im Gegenteil, daß der Papst zur Zeit der Universitätsbildung des Klerus nicht sehr sympathisch gegenüberstehe, und begründete dies mit dem kürzlich erfolgten Vorgehen des Professors Schell in Würzburg, welches eine Zensurierung desselben notwendig gemacht habe. Immerhin nahm der Kardinal seine früheren Äußerungen, daß ein prinzipieller Widerspruch nicht bestehe, auch jetzt nicht zurück, betonte aber mit besonderem Nachdruck die großen Schwierigkeiten, welche sich ergeben würden, wenn man dazu übergehe, festzustellen, in welcher Weise den kirchlichen Autoritäten der erforderliche Einfluß auf die Anstellung der Professoren sicher gestellt werde. Hierauf erwiderte ich, daß meine in den vergangenen Monaten angestellten Bemühungen nicht ohne Erfolg geblieben seien, und gab ihm vertraulich Kenntnis von den neu formulierten Vorschlägen. Der Kardinal nahm mit großem Interesse davon Kenntnis und auch meine Bemerkung, daß ich es nach meiner aufrichtigen Überzeugung und in meiner Eigenschaft als Katholik nur freudig begrüßen könne, wenn sich in der angedeuteten Weise eine Vereinbarung würde erzielen lassen, schien nicht ohne Eindruck auf ihn zu bleiben. Zu einer bestimmten Erklärung ließ er sich indessen nicht herbei. Ich erfuhr aber, daß auf Anordnung des Papstes die Vorfrage, ob überhaupt über das neuerdings in Anregung gebrachte Projekt in Unterhandlung getreten werden solle,

der mehrmals genannten Kongregation zur Beantwortung vorgelegt werden würde; immerhin ein kleiner Fortschritt, nachdem mir im vorigen Jahre gesagt worden war, man könne derselben nicht zum zweiten Male eine Frage vorlegen, über welche dieselbe schon einmal negativ entschieden habe.

Wenige Tage danach teilte der Kardinal Herrn v. Rotenhan mit, die Frage müsse den deutschen Bischöfen vorgelegt werden. Ich hielt dies für den von der Kongregation erteilten Bescheid und war geneigt, darin eine verstärkte Ablehnung zu erblicken. Da erschien ganz unerwartet Kardinal Agliardi bei mir, um mir zu sagen, ich hätte einen ersten Sieg erfochten. Um den jetzt erteilten Bescheid richtig zu würdigen, sei es notwendig, die Denkweise zu kennen, welche bisher bei der Kurie geherrscht habe. Diese sei einer Universitätsbildung des Klerus durchaus abgeneigt, ja feindselig gewesen und stütze sich auf Anklagen der schwersten Art, welche in älterer und neuerer Zeit gegen die deutschen Universitäten und die theologischen Fakultäten an denselben nach Rom gelangt seien und sich im Laufe der Jahre dort angehäuft hätten. Demgegenüber aber seien nun die von mir, dessen Gesinnung man kenne, an verschiedenen einflußreichen Stellen gemachten Äußerungen nicht ohne Wirkung geblieben. Hätten dieselben auch die bisher festgehaltene Denkweise nicht mit einem Schlage beseitigen können, so habe man sich doch der Erkenntnis nicht verschlossen, daß den bisher allein ins Auge gefaßten Mißständen unter Umständen auch erhebliche Vorteile gegenübertreten könnten. Wer mit den hiesigen Verhältnissen vertraut sei, müsse hierin einen ganz erheblichen Fortschritt erblicken. Irre

geworden an der ausschließlichen Berechtigung der bisher festgehaltenen Meinung, wage man nur nicht, sofort einen entscheidenden Schritt nach der anderen Richtung zu unternehmen, ohne zuvor die Bischöfe gefragt zu haben, die auf Grund persönlicher Verhältnisse befähigt und berufen seien, ein maßgebendes Urteil abzugeben. Von dem Inhalt des letzteren werde alles Weitere abhängen.

Die ablehnende Haltung kirchlicher Kreise gegen die Universitätserziehung des Klerus, welche sich leider auch auf manche unliebsame Vorkommnisse stützen konnte, war mir aus persönlichem Verkehr mit Männern wie dem Kardinal Reisach und denen, die dem Kreise des Bischofs von Mainz angehörten, sehr wohl bekannt. Die Erfahrungen der Kulturkampfszeit mußten dazu beitragen, diese Haltung noch zu befestigen. Wenn man das neue Projekt nun nicht abermals wie im Jahre 1894 verwerfen wollte, sondern zuvor das Urteil der Bischöfe einzuholen beschlossen hatte, so konnte man in der Tat dies trotz der dadurch hervorgerufenen unliebsamen Verzögerung im günstigen Sinne auslegen. Diese Auffassung wurde mir durch den Kardinalstaatssekretär, den ich am andern Tage aufsuchte, bestätigt. Den Gedanken, daß die Antwort nur ein verhülltes „nein“ bedeute, wies er mit großer Bestimmtheit zurück und fügte bei, er sei bereit, das Eingehen des von fünf oder sechs Bischöfen eingeforderten Gutachtens so viel als möglich zu beschleunigen, um mir die ihm sehr erwünschte Beteiligung an den eventuellen weiteren Verhandlungen zu erleichtern. Zum Schlusse betonte er nochmals die großen Schwierigkeiten.

Ich war nun nicht der Meinung, daß es im Interesse der Sache wünschenswert sei, die Antworten der Bischöfe in solcher Weise zu beschleunigen, zumal mir der Wortlaut der ihnen vorgelegten Fragen nicht bekannt war; vielmehr schien es mir richtiger, zuvor mit den Herren in Verbindung zu treten, ihnen die besonderen Verhältnisse des konkreten Falles vorzulegen und sie womöglich zu bestimmen, etwaige grundsätzliche Bedenken angesichts der hier gebotenen großen Vorteile zurücktreten zu lassen. In diesem Sinne schrieb ich sofort nach Straßburg, Köln und Trier. Ich wäre am liebsten sogleich abgereist, um sicher zu Beginn der Vorlesungen am 24. April in München zu sein. Da aber Kardinal Rampolla mir eine Audienz bei Seiner Heiligkeit in Aussicht gestellt hatte, mußte ich jedenfalls diese noch abwarten. Glücklicherweise fand dieselbe in der Tat am 18. April statt. Meinerseits versuchte ich die Bedeutung der Straßburger Angelegenheit nachdrücklich auseinanderzusetzen. Der Papst bemerkte, die Anfrage bei den Bischöfen sei eine von der Klugheit geforderte Maßregel und wollte offenbar der Befürchtung entgegentreten, als ob man nur nach einem Ausweg in einer unerwünschten Sache gesucht habe.

Ich war gerade einen Monat in Rom gewesen und hatte wiederum schöne und angenehme Tage verlebt. Neben den alten Freunden und Bekannten, unter denen namentlich Dr. Ehses mir manche freie Stunde widmete und unermüdlich war, mich auf meinen Gängen inner- und außerhalb der Mauern zu begleiten, waren neue hinzugekommen. Abbé Duchesne hatte ich allerdings schon in Paris kennen gelernt; er war inzwischen Leiter der école française geworden und be-

wohnte den oberen Stock des Palazzo Farnese, wo die französische Botschaft ihren Sitz hatte. Ich sah ihn öfter und fand in dem berühmten Gelehrten einen überaus geistreichen Gesellschafter, der dabei nicht immer die Grenzen der Nächstenliebe scharf einzuhalten pflegte. Als ihm jemand darüber eine Bemerkung machte, meinte er: „Oh non, je ne suis pas mauvaise langue, mais le prochain m'amuse.“ Zu den neuen Bekannten gehörte der bayrische Gesandte beim Quirinal, Baron Tucher, der die schönen Räume im Palazzo Borghese mit seinen verständnisvoll gesammelten Kunstgegenständen, alten Bildern und Teppichen ausgeschmückt hatte; sodann Professor Hülsen vom Archäologischen Institut, der mir die Ausgrabungen auf dem Forum Romanum erläuterte, welche das Bild des ehemaligen Campo Vaccino so vollständig umgestaltet hatten; endlich der junge Kunsthistoriker Ernst Steinmann, der im Auftrage des Reichs eine groß angelegte Beschreibung der Capella Sistina vorbereitete. Das Unternehmen war seinerzeit in der Budgetkommission des Reichstags zur Sprache gekommen, und ich hatte darauf aufmerksam gemacht, daß es Pflicht der Höflichkeit sei, die Genehmigung des Papstes als des Besitzers des vatikanischen Palastes einzuholen, und Graf Posadowsky hatte versprochen, das Versäumnis alsbald wieder gutzumachen. Es war mir eine Freude, mit dem jungen, strebsamen Manne die herrlichen Denkmäler aus der Blütezeit italienischer Kunst neuerdings aufzusuchen. Auch führte er mich in die früher geschlossenen Appartamenti Borgia, welche kürzlich restauriert und den Besuchern geöffnet waren.

Am 20. April war ich wieder in München und benützte die kurze Zeit, die mich noch vom Beginne der Vorlesungen trennte, zu einer Reise nach Köln, um dort einem dringenden Wunsche der Berliner Herren entsprechend, die Straßburger Sache persönlich dem Erzbischof vorzutragen. Leider aber mußte ich darauf verzichten, Kardinal Krementz selbst zu sprechen, da er krank war, und sein Befinden gerade in den letzten Tagen eine erhebliche Verschlimmerung erfahren hatte. Glücklicherweise war mir der Generalvikar Dr. Kreutzwald, an den ich mich als seinen berufenen Vertreter wandte, von früher her bekannt. In einer längeren Unterredung, welche ich mit ihm hatte, wußte er die große Wichtigkeit des Planes nach der politischen, wie nach der kirchlichen Seite zu würdigen und verschloß sich auch der Einsicht nicht, daß die Vorschläge der Kaiserlichen Regierung, von welchen ich ihm im strengsten Vertrauen Kenntnis gab, gegenüber den gegenwärtig in Preußen geltenden Bestimmungen einen wesentlichen Fortschritt darstellten, und hatte irgendwelche Einwendungen überhaupt nicht zu erheben. Wenn er sich trotzdem zu keiner anderen Zusage verstand, als daß die Frage mit aller Sorgfalt geprüft werden solle, so dürfte diese Zurückhaltung sich hauptsächlich daraus erklären, daß Kardinal Krementz, wie ich alsbald erfuhr, sich neuerdings darüber in ablehnendem Sinne geäußert hatte. Vermutlich war ihm die Frage durch den Generalvikar auf Grund meines Briefes aus Rom vorgelegt worden, in welchem ich noch keine näheren Mitteilungen gemacht hatte. Dagegen war das amtliche Schreiben aus Rom bisher in Köln nicht eingetroffen;

nach dem, was ich von Kardinal Rampolla wußte, durfte ich annehmen daß das Gutachten der Bischöfe sich nicht auf die prinzipielle Frage, Seminarerziehung oder Universitätserziehung, sondern auf den konkreten Fall, den Vorschlag der Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg beziehen sollte, unter den von der Regierung vorgeschlagenen Modalitäten. Da ich annehmen mußte, daß das Schreiben auch in Trier noch nicht vorliegen werde, verzichtete ich auf die Reise dorthin, hatte dagegen auf dringendes Anraten des Generalvikars Dr. Kreutzwald noch eine Besprechung mit dem Herrn Weihbischof Dr. Fischer, welcher in Unterrichtsfragen der erste Berater des Kardinals zu sein pflegte und der nach meinen Ausführungen für den Plan gewonnen schien.

Die Natur meiner Mission brachte es mit sich, daß mir in Rom stets sehr viel freie Zeit blieb, die auch durch den Verkehr und die täglichen größeren und kleineren Rundgänge nicht ausgefüllt wurde. Ich hatte daher dort eine größere Arbeit begonnen, die ich jetzt in Deutschland zu Ende führte. Die von mir in den letzten Jahren wiederholt behandelte Frage der Stellung und Aufgabe der katholischen Gelehrten in der Gegenwart hatte neuerdings die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich gezogen. Professor Schell von der theologischen Fakultät in Würzburg hatte eine Schrift veröffentlicht unter dem Titel: Der Katholizismus als Prinzip des Fortschrittes. Es sollte damit die Absicht von vornherein kundgegeben werden, dem verbreiteten Vorurteile von der tatsächlichen und grundsätzlichen Rückständigkeit der Katho-

ihnen jeden Boden zu entziehen. Die Absicht war zweifellos eine gute, und auch manche Ausführungen des talentvollen Verfassers verdienten sicher Beachtung, so, wenn er darauf hinwies, daß für die protestantische Theologie die Absetzung gegenüber dem Katholizismus das eigentlichste Lebenselement sei, der Katholizismus aber nicht nur „nicht protestantisch“ sei, sondern einen über die polemische Absetzung weit hinausgehenden positiven Inhalt besitze. Indem er dann aber weiterhin für die katholischen Theologen die Freiheit der Forschung in sehr weitem Umfange in Anspruch nahm und den Standpunkt vertrat, daß die historische Entwicklung, welche die wissenschaftliche Ausdeutung der Offenbarungslehre an die bekannten philosophischen Systeme angeknüpft und in die in der griechischen Philosophie ausgebildeten Begriffe als Gefäße für ihren Inhalt verankert habe, keinen endgültigen Abschluß bedeute, sondern es erlaubt, ja erstrebenswert sei, auch ganz andere Wege zu gehen, begab er sich auf ein gefährliches Gebiet und erweckte, wie den lauten Widerspruch der traditionellen Theologie, so auch die Aufmerksamkeit der kirchlichen Behörden. Die Schrift wurde in Rom zensuriert; dies aber gab in der kirchenfeindlichen Presse das Signal, den Vorwurf katholischer Rückständigkeit in verstärktem Maße zu erheben. Dies zeige ja, daß die katholische Kirche in Wahrheit keinen Fortschritt und keine Freiheit der wissenschaftlichen Forschung zulasse.

Das gab mir Veranlassung, der Frage intensiv und in ihrem ganzen Umfange oder richtiger in ihrer ganzen

Tiefe nachzugehen. „Das Prinzip des Katholizismus und die Wissenschaft, grundsätzliche Erörterungen aus Anlaß einer Tagesfrage“, das war die Aufschrift, die ich den Darlegungen gab und in der ich zugleich die Richtung derselben bezeichnete.

Was also ist das Prinzip des Katholizismus? Worin findet der Standpunkt des gläubigen Katholiken seinen deutlichen, ihn von dem des Nichtkatholiken oder Nichtgläubigen scheidenden Ausdruck? In der Anerkennung der Kirche, als der von Christus gestifteten, in der Menschheit wirkenden Heilsanstalt, in der Anerkennung des kirchlichen Lehramtes zur Bewahrung und Verkündigung der von Gott geoffenbarten, in der Kirche hinterlegten Heilswahrheiten. Aber wie verträgt sich diese mit der Wissenschaft, mit der gewissenhaften Arbeit des die Wahrheit suchenden Forschers? Muß nicht die Wissenschaft, wenn sie echte Wissenschaft sein will, voraussetzungslos sein, so daß also der an jene Anerkennung des kirchlichen Lehramtes gebundene Katholik von vornherein aus der Reihe ihrer Mitarbeiter ausscheidet? Hier nun kam es mir darauf an, das gedankenlos ausgesprochene Schlagwort von der voraussetzungslosen Wissenschaft auf seinen Wert und seine Tragweite zu untersuchen. Es gibt in Wahrheit gar keine voraussetzungslose Wissenschaft, vielmehr ist unser Erkennen und Wissen von bestimmten Voraussetzungen abhängig, an die wir durch das tägliche Leben so sehr gewöhnt sind, daß wir sie ohne Nachdenken als selbstverständlich hinnehmen, die aber nicht selbstgewußt, sondern nur als erstmalige Bedingung des Wissens angenommen werden. Daß unser Denken als ein in den

Grenzen unseres subjektiven Bewußtseins sich vollziehender Akt uns in den Besitz einer für alle gleichermaßen gültigen Wahrheit bringe, daß es uns die Erkenntnis einer von uns verschiedenen Welt der Dinge vermittle, das können wir nicht wissenschaftlich beweisen, denn jeder Beweisversuch setzt die Anerkennung der Glaubwürdigkeit unseres Denkens voraus; und ebenso ist es etwas, das jedem Beweisversuch vorausgeht, daß unser Denken es ist, welches uns in bestimmter Weise den Besitz des Wahren verbürgt und es von dem Unrichtigen unterscheiden läßt.[1]) Und zu diesen beiden ersten Voraussetzungen, welche für alles Wissen und Erkennen gelten, tritt für die Naturwissenschaft noch eine weitere, grundlegende hinzu. Als das ausgezeichnete Merkmal der exakten Naturwissenschaft und dessen, was die Zuverlässigkeit ihrer Aufstellungen gewährleistet, gilt der Umstand, daß sie sich auf die Erfahrung stützt und nur auf Erfahrbares erstreckt. Aber was heißt Erfahrung? Denkt man dabei an die Erfahrung, die jeder selbst gemacht hat, sein eigenes Erlebnis, oder auch an das, was von anderen als ihr Erlebnis wieder mitgeteilt wurde? Der Umfang des speziellen Erfahrungsfeldes würde auf ein bescheidenes Maß eingeschränkt, wenn dabei an die eigene selbstgemachte Erfahrung des einzelnen gedacht werden sollte; aber so ist es auch nicht gemeint, auch der Naturforscher nimmt, selbst wo es sich um sein ureigenstes Gebiet handelt, die Ergebnisse fremder Forschung

---

1) Das Manuskript meines Vaters war hier unleserlich. Der Satz ist nach den freundlichen Bemühungen des Herrn Universitäts-Professors Dr. Baeumker-München sinngemäß ergänzt. D. Herausgeber.

gläubig hin, ohne sie in jedem Fall nachzuprüfen. Er setzt also voraus, daß ihm diese Ergebnisse, von denen er eigene Kenntnis nicht besitzt, glaubwürdig mitgeteilt werden können, also, daß Wort und Zeichen und Aufschlüsse glaubwürdig mitgeteilt werden.

Aber nicht nur das. Die unmittelbare Erfahrung geht immer nur auf den einzelnen Fall; wie kommt also die auf Erfahrung begründete Naturwissenschaft dazu, allgemeine Sätze über das Verhalten der chemischen Elemente, die Wirksamkeit der physikalischen Kräfte aufzustellen? Wieder auf Grund einer Voraussetzung, die selbst nicht bewiesen werden kann, die auch früheren Forschern bis ins 17. Jahrhundert hinein fremd war, die Voraussetzung einer gegebenen unverbrüchlichen Natureinrichtung. Wir bezweifeln nicht, daß ein uns in seinen Eigenschaften bekanntes chemisches Element, das unter bestimmten Bedingungen ein bestimmtes Verhalten zeigt, bei Wiederkehr der gleichen Bedingungen stets das gleiche Verhalten zeigen werde; aber daß dies so sein müsse und etwas anders unmöglich sei, können wir nicht behaupten. Es ist eine Annahme, die Leben und Wissenschaft stets aufs neue bestätigen, an die wir so sehr gewöhnt sind, daß wir sie für selbstverständlich halten, aber auf den Einblick in den erstmaligen Sachverhalt können wir uns nicht berufen. Wenn also selbst das wirkliche Wissen, das wir besitzen, getragen ist von Voraussetzungen, die selbst nicht gewußt werden können, so kann jenes Wissen auch nicht den Maßstab dafür abgeben, was Anspruch darauf erheben darf, Bestandteil unserer Ueberzeugung zu bilden, und die Meinung, daß

zwischen Glauben und Wissen ein Widerspruch bestehe und wer dem Glauben huldige, sich dem Weg zum Wissen versperre, ist nichts als ein haltloses Vorurteil.

Des weiteren führte ich dann im Sinne meiner früheren Erörterungen aus, daß in der Tat auf dem Gebiete der Profanwissenschaft dem Forscher keinerlei Schaden aus dem Festhalten an Offenbarungswahrheiten entstehen könne, und er an nichts anderes gebunden sei, als an die Gesetze der Logik und die strengen Regeln der wissenschaftlichen Methode. Für den Theologen besteht die gleiche Freiheit nicht. Er ist an die Lehre der Kirche gebunden. Dem gegenüber hat der Protestantismus das Recht der freien Forschung ganz allgemein proklamiert, und die protestantischen Theologen haben davon ausgiebig Gebrauch gemacht. Aber auch für sie besteht eine Schranke. Ein Theologieprofessor mag die überlieferte Lehre seiner wissenschaftlichen Kritik bis zur völligen Bedeutungslosigkeit unterstellen, nur muß er sich hüten, sich durch seine Forschung auf den katholischen Standpunkt hinüberführen zu lassen, dann würde auch ihm sofort von den Behörden ein kräftiges Halt zugerufen werden, ein Fall freilich, den man in jenen Kreisen als einen unmöglichen gar nicht der Erwägung wert hält.

Auch bei früheren Gelegenheiten, wenn ich von dem Zurückbleiben der Katholiken auf dem Gebiete der Wissenschaft und ihrer völlig ungenügenden Vertretung an den höheren Lehranstalten sprach, habe ich nicht verfehlt, unter den aus der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands sich ergebenden Gründen auf die Unterlassungsschuld auf unserer Seite hinzuweisen.

Hierauf kam ich jetzt mit besonderem Nachdrucke zurück; der Abschnitt unter dem Titel: „Hindernisse, die überwunden werden müssen", umfaßt mehr als die Hälfte der Broschüre. Als solche Hindernisse bezeichnete ich die ungenügende Wertschätzung der Wissenschaft, eine gewisse Ängstlichkeit der Wissenschaft gegenüber und einen übertriebenen Konservatismus, und faßte nach eingehender Erörterung derselben meine Gedanken in folgender Weise zusammen:

„Die freimütige Aufdeckung gewisser Mängel im eigenen Lager scheint mir der beste Weg zur Beseitigung derselben zu sein. Denn um ein tieferes, im Organismus der Kirche wirksames Übel handelt es sich nicht, sondern um Nebenwirkungen und Begleiterscheinungen, wie sie sich bei der Unvollkommenheit der Menschen an die größten und glänzendsten Vorzüge anzuheften pflegen. Es gilt, nach wie vor die ewigen Heilswahrheiten höher als alle Schätze irdischer Weisheit zu werten, aber auch menschlicher Erkenntnis und Wissenschaft die volle Hochachtung entgegenzubringen, die ihr als der schönsten unter den natürlichen Gottesgaben gebührt. Es gilt, den ererbten Glauben als ein teures Gut zu wahren und vor jeder Irrung und Trübung zu behüten, aber zugleich ohne Scheu, mit männlicher Zuversicht das weite Gebiet der Forschung zu betreten, um in erfolgreicher Arbeit den Schatz des Wissens zu bereichern. Es soll der Mechanismus der natürlichen Ursachen unsern Sinn nicht derart gefangen nehmen, daß uns die Gesamtheit des Wirklichen in Materie und Bewegung aufgeht; aber wir wollen auch nicht voreilig die Verknüpfung natürlicher Ursachen überfliegen, um uns an

vermeintlichen Wundern zu erfreuen. Bei treuem Festhalten an allem, was einen Bestandteil der Glaubenslehre bildet, gilt es zugleich, mit unbefangenem Blick an die mannigfachen geschichtlichen Ueberlieferungen heranzutreten, und sie mit den Mitteln der Kritik auf ihren Wahrheitsgehalt zu untersuchen. Das sind keine neuen und unerhörten Zumutungen, es sind Forderungen, die sich sämtlich aus dem kategorischen Imperativ aller wissenschaftlichen Forschung ergeben, welcher vorschreibt, das ehrliche Streben nach Erkenntnis der Wahrheit durch keine Triebfeder anderer Art beeinträchtigen zu lassen."

Den Abschluß bildete eine auf dem Kongreß zu Freiburg in der Schweiz gehaltene Rede: „Gibt es eine katholische Wissenschaft?", von der früher die Rede war. Ich war mir bei der Abfassung meiner ernsten Absicht bewußt, und glaubte auch annehmen zu dürfen, nachdem ich mich so viel und so lange mit den einschlägigen Fragen befaßt hatte, daß ich bei meinen Ausführungen dem katholischen Standpunkte nichts vergeben hätte. Um aber ganz sicher zu gehen, legte ich das Manuskript meinem alten Freunde und ehemaligen Lehrmeister Bischof Simar in Paderborn vor, der meine Aussprüche ohne jede Einschränkung billigte. Die Broschüre erschien im Juni 1899 und erlebte in wenigen Wochen 4 Auflagen, ein Zeichen, welches Interesse man in weiten Kreisen der „Tagesfrage" damals entgegenbrachte. Auch die nichtkatholische Presse beschäftigte sich lebhaft damit, aber Erfreuliches trat dabei nirgendwo zutage, nirgendwo das Bestreben, ich sage nicht, dem katholischen Standpunkte ge-

recht zu werden, sondern nur denselben zu verstehen. Die Überzeugung von der Rückständigkeit der Katholiken durfte nicht erschüttert werden, und so gab man sich in der Regel keine Mühe, auf meine Ausführungen einzugehen. Da aber, wo man diese nicht einfach ignorierte, ja sogar eine gewisse Achtung vor denselben nicht unterdrücken konnte, verband sich dies höchst charakteristischerweise mit der Vermutung, um nicht zu sagen, der Besorgnis, daß ich mit meinen freimütigen Äußerungen den echt kirchlichen Standpunkt verlassen hätte und Gefahr liefe, die Zensur der Indexkongregation zu erhalten. Der altkatholische Bischof Weber schrieb einen Artikel unter der Aufschrift: Georg Frhr. v. Hertling in Gefahr der Ketzerei. Wenn die Leute gewußt hätten, daß ich meine Schrift dem Präfekten dieser Kongregation, Kardinal Steinhuber, übersandt und von diesem ein sehr anerkennendes Schreiben erhalten hatte, welches mit den Worten schloß: „Gott segne Sie für das Gute, welches Sie durch Ihr Büchlein zu seiner Ehre den Katholiken Deutschlands getan haben, und lasse Sie uns noch öfters Ihr Wort vernehmen!“ Ich hätte das Schreiben veröffentlichen können, wußte aber nicht, was sein Verfasser dazu sagen würde, und was würde es auch genutzt haben?

Fünftes Kapitel. 1899—1902.

Mit dem vierten Kapitel endigt das Manuskript meines Vaters. Wenige Tage vor seinem Tode hat er noch daran gearbeitet; in den letzten Stunden vor seinem Hinscheiden hat er wohl auch mit meiner Schwester, die seine treue Helferin

bei der Gestaltung der Erinnerungen gewesen ist, über ihre Fortsetzung und das, was er dem zweiten Bande noch anvertrauen wollte, gesprochen. Dann aber hat er seine Gedanken den großen Philosophen des Altertums zugewandt und in der lichten Erinnerung an sie, die seine Lehrmeister in früher Jugend waren, der Schatten der Gegenwart vergessen.

So versuche ich es denn, den zweiten Band mit Hilfe des dafür gesammelten Stoffes zum Abschlusse zu bringen; daß ich das Vorbild weder nach Inhalt noch nach der äußeren Form erreichen werde, bin ich mir wohl bewußt. Scheint es doch fast unmöglich, das, was eines anderen Erinnerungen ausmachen, in lebenswarmer, mitfühlender Darstellung zu schildern.

Die im Frühsommer 1899 in Freiburg erschienene Broschüre „Das Prinzip des Katholizismus und die Wissenschaft" hat innerhalb der katholischen Kreise Deutschlands die ihr gebührende Achtung und Anerkennung sehr bald gefunden. Wie weit sich die Gegner mit ihr beschäftigt haben, ist im Vorausgehenden schon angedeutet. Doch mögen zwei Urteile kirchlicher Würdenträger hier folgen. So schreibt der Bischof von Passau an meinen Vater: „Ihre prinzipielle Darlegung des Verhältnisses von Katholizismus und Wissenschaft ist unanfechtbar. Unsere Gesinnungsgenossen werden sich freuen, daß Sie das, was sie oft unklar in Kopf und Herz getragen, in klaren und schönen Worten zur Aussprache brachten. Diejenigen aber, welche von einer anderen Weltanschauung gefangen gehalten werden, können dieser Rechtfertigung unseres Standpunktes unmöglich ihren Respekt versagen."

Und Kardinal Steinhuber, dem mein Vater die Broschüre hatte nach Rom zugehen lassen: „Es ist mir nicht zweifelhaft, daß sie viele Mißverständnisse und falsche Ansichten nicht bloß bei unseren Gegnern zerstören oder doch zum Wanken bringen wird. Aber noch ungleich höher schlage ich die von tiefer Einsicht und Umsicht eingegebenen Ausführungen und Ratschläge an, durch welche Sie sich bemühen, die allseitig geforderte und befürwortete größere Beteiligung der deutschen Katholiken an den wissenschaftlichen Bestrebungen in die rechten Bahnen zu leiten. . ."

Nicht uninteressant ist auch das Echo, welches die Broschüre außerhalb Deutschlands, in Holland gefunden hat; ein halbes Jahr nach ihrem Erscheinen erreichte meinen Vater eine Stimme aus Nymwegen, und zwar war es der Lehrer an der höheren Bürgerschule, Poelhekke, der sich mit den in der Broschüre aufgeworfenen Fragen beschäftigt und in Rücksicht auf ähnliche Verhältnisse in Holland eine Abhandlung über „Das Defizit der Katholiken in der Wissenschaft" verfaßt hatte. Der Brief Herrn P.s nennt das Resultat seiner Untersuchungen für Holland „nicht schön". Er sagt u. a.: „Auch hier muß viel mehr studiert werden. Alle Gründe, welche Sie nennen, gelten auch hier. Auch unsere Zurücksetzung, obwohl wir Holländer in einigen Hinsichten viel mehr Freiheit genießen. Und doch: An unseren Universitäten mit einer Gesamtzahl von 235 Professoren sind z w e i katholische!" . . . . Wie mag sich dieses Verhältnis seit dem Januar 1899 (dem Datum des Briefes) geändert haben?

Am 6. Mai des Jahres 1899 starb der Erzbischof von

Köln, Kardinal Krementz. Die Wahl des Nachfolgers beschäftigte meinen Vater kaum weniger als die preußische Regierung; hoffte er doch im stillen, daß sie auf seinen Freund Simar, den Bischof von Paderborn, fallen würde, dessen segensreiches Wirken er sich für die rheinische Erzdiözese besonders herbeisehnte. In einem Briefe aus Berlin, wo er seit Mai weilte, schreibt er meiner Mutter: „... Gestern besuchte ich den Reichskanzler. Er interessierte sich natürlich sehr für die Straßburger Sache, augenblicklich aber liegt ihm die Kölner Erzbischofswahl sehr am Herzen. Hier wünscht man sich sehr, daß Simar gewählt werde; ich wünsche es natürlich auch im Interesse der Sache, befürchte aber, daß die Domherrn stutzig werden, wenn der Wunsch der Regierungskreise verlautet ..."

Die Regierung hatte jedenfalls nach der negativen Seite der fraglichen Wahl recht bestimmte Ansichten. Denn in einem Briefe des Reichskanzlers an meinen Vater vom 26. Mai heißt es: „Für das gefällige Schreiben vom 25. dankend, beehre ich mich mitzuteilen, daß Seine Majestät unter keinen Umständen der Wahl des Bischofs von Münster zum Erzbischof von Köln zustimmen wird. Ich kann mir wohl denken, daß in Rom eine „Suhse" wie D. bequem und genehm wäre. Wir haben aber schon genug von der Sorte mit Bischof F."

Inwieweit die Meinung des Fürsten Hohenlohe über die Ansichten der Kurie begründet war, entzieht sich meiner Kenntnis.

Indessen ging der Wunsch meines Vaters schließlich in Erfüllung, Bischof Simar von Paderborn wurde zum Erzbischof von Köln erwählt. Die Wahl entsprach keineswegs den Wün-

schen des Gewählten, dem seine bisherige Diözese ans Herz gewachsen war und der sich daher nur ungern von ihr trennte. Ein Weiteres aber kam für ihn dazu. Es waren das die Verhältnisse an der theologischen Fakultät der Bonner Universität, an der seit den siebziger Jahren altkatholische Professoren als mit den katholischen gleichberechtigte Fakultätsmitglieder vom Staate berufen bezw. in ihrer amtlichen Tätigkeit belassen wurden, obwohl sie aus der katholischen Kirche tatsächlich und rechtlich ausgeschieden waren. In diesem Zusammenhange schrieb der Bischof noch vor seiner Wahl im Oktober an meinen Vater: „Welche Rechtsverletzungen darin liegen, brauche ich Ihnen ja nicht auseinanderzusetzen, auch nicht, welche Konsequenzen dieser Zustand für den Erzbischof von Köln nach sich zieht, der auf diese Fakultät zur Ausbildung seines Diözesanklerus angewiesen ist. Es bedarf keines Beweises, daß die Fakultät in ihrem dermaligen konfessionellen Zwiespalt ihrer ursprünglichen und gesetzmäßig geregelten Verfassung nicht entspricht...

... Liegt es nun in der Absicht der Staatsregierung, diesen Zustand fortdauern zu lassen, so würde mir bei etwaiger Übernahme der Erzdiözese die Erfüllung einer der wesentlichsten bischöflichen Obliegenheiten unmöglich sein und würde ich dann weder vor meinem Gewissen noch vor dem Hl. Stuhle und vor der Erzdiözese die Annahme der Wahl rechtfertigen können. Ich mußte also die Bedingung stellen, daß die Staatsregierung mir erklärte, sie wolle weder bei Lebzeiten von A. und L., die beide durch Schlaganfälle gehindert sind zu lesen, noch auch nach deren Ableben altkatholische Dozenten nach

Bonn berufen oder auch anderen Altkatholiken (Bischof Weber) die Abhaltung von Vorlesungen an derselben gestatten. . ."

Die hier genannten Schwierigkeiten sind offenbar von der preußischen Regierung in entgegenkommender Weise beseitigt worden. Leider aber hat der neue Erzbischof von Köln nicht lange an der Spitze der Erzdiözese gestanden. Eine Lungenentzündung raffte ihn schon im Jahre 1902 nach kurzem Krankenlager hinweg.

Im Juni 1899 war der bayrische Landtag zu Ende gegangen. Einen Monat später fanden die Neuwahlen (Urwahlen) statt. Das bayrische Zentrum hatte es damals für gut befunden, ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie einzugehen. Mein Vater war damit sehr wenig einverstanden. Ihm schien der Bund ein verfehlter, auch wenn er diesmal dem Zentrum sogar die absolute Majorität in der Kammer brachte, was wohl von niemand erwartet worden und keineswegs angenehm von den Sozialdemokraten empfunden wurde. Mit großer Offenheit schreibt er hierüber an seinen Freund Graf Konrad Preysing am 27. Juli:

„. . . Die Wahlen zum Landtag haben freilich eine große Überraschung gebracht, und ich glaube nicht, daß dieselbe für die Herren Minister eine besonders freudige gewesen ist. Das Kompromiß mit den Sozialisten hier und in der Pfalz hat auch mir nicht gefallen, und ich würde nie dazu geraten haben, aber da sein Ergebnis nun die absolute Mehrheit für die Zentrumspartei ist, so sind eigentlich bedenkliche Konsequenzen ja wohl ausgeschlossen. Eine große politische Be-

deutung wird die veränderte Zusammensetzung der Kammer im Augenblick eines Thronwechsels haben, falls sie dann noch in ihrer jetzigen Gestalt besteht. Vorläufig sehe ich den Leistungen der Majorität skeptisch und sogar nicht ohne eine gewisse Sorge entgegen. Denn im Grunde repräsentiert sie doch die Partei der „kleinen Leute", die argwöhnisch und mißtrauisch auf jeden blicken, der an Besitz und Bildung über ihnen steht. Was Herr Pfarrer K. neulich irgendwo zum besten gab, läßt recht unerfreuliche Debatten beim Kultusetat erwarten. Und ganz schlimm würde ich es finden, wenn der extreme preußenfeindliche Partikularismus, den Fr. gelegentlich in der Neuen Bayrischen Zeitung anschlägt, zum politischen Leitmotiv erhoben werden sollte. Damit ist doch, weiß Gott, nichts zu machen. Soll Bayern die Versailler Verträge kündigen? Und was dann, vorausgesetzt, daß die Kündigung angenommen werden würde? Wie ich bestimmt höre, ambiert Orterer die Stelle des ersten Präsidenten. Ich würde das bedauern, denn er ist nicht nur der einzige politische Kopf aus der ganzen Gesellschaft, sondern auch der beste Redner und Debatteur. . ."

Achtzehn Jahre später hat mein Vater bei Übernahme des Kanzleramtes das Zentrum des Deutschen Reichstages auch im Bunde mit der Sozialdemokratie unter den sogenannten „Mehrheitsparteien" vorgefunden. Seine allgemeinen Anschauungen hat er aber auch damals nicht geändert und das Zusammengehen dieser beiden großen Parteien als eine dira necessitas empfunden, die zu beseitigen ihm politisch unklug

erschien, wenn er freilich über den antimonarchischen Charakter der Sozialdemokratie sich keinerlei Täuschungen hingab. Darüber wird noch an späterer Stelle zu reden sein.

Aus dem Sommer des Jahres 1899, den mein Vater mit den Seinen wie immer in den bayrischen Bergen in Ruhpolding verbrachte, stammt ein anderer Brief von ihm an seinen Freund Graf Preysing, dem er ja mehr wie einmal sein Herz in politischen Dingen ausgeschüttet hat. Diesmal ist es u. a. die Betonung des sogenannten Lokalpatriotismus, der anscheinend nach den vollzogenen Neuwahlen in Bayern seine Blüten trieb und seinen Widerhall in der damals noch nicht lange ins Leben gerufenen „Neuen Bayrischen Zeitung" fand. Mein Vater schreibt:

„. . . Was die „Neue Bayrische Zeitung" betrifft, so höre ich verschiedentlich Urteile, die mit meinem übereinstimmen. Was ich tadle, ist das absichtliche Kultivieren der ohnehin schon genügsam vorhandenen Abneigung gegen die „Preußen". Da wir nun doch das Reich nicht sprengen und Bayern zu einer selbständigen Großmacht machen können, so ist damit gar nichts zu erreichen. Es lähmt nur die Lust zu einem gedeihlichen und erfolgreichen Arbeiten des Reiches und verstärkt jene bekannte Tendenz, alle Forderungen a limine abzuweisen, noch ehe sie nur geprüft sind. Ganz besonders unzweckmäßig aber erscheint mir das Hervorkehren des Preußenhasses und des extremen Partikularismus mit Rücksicht auf den Prinzen Ludwig. Eine „reichsfeindliche" Majorität ist für ihn keine Stütze, sondern eine Verlegenheit.

Was sagst du zu den Vorgängen in Berlin? Wird nun

wirklich ein Systemwechsel erfolgen und die konservative Partei ihren traditionellen Einfluß auf die preußische Politik und Verwaltung einbüßen? Ich glaube es nicht, und erst recht nicht wegen der großen Worte von dem unbeugsamen Willen. Alsdann aber ist es wieder die Monarchie, die den Schaden zu tragen hat. . . ."

Was den letzten Absatz dieses Briefes betrifft, so handelt es sich hiebei um die von der preußischen Regierung eingebrachte Vorlage für den Bau des Mittelland- und des Dortmund-Rheinkanals, die trotz der Bemühungen der Regierung an dem Widerstande in erster Linie der Konservativen gescheitert und in den drei Lesungen abgelehnt worden war. Der Zwist zwischen der Regierung und den Konservativen wurde in der Presse der Linken mit Freude begrüßt und eine Auflösung des Abgeordnetenhauses empfohlen, die indessen nicht zur Tatsache wurde.

Im übrigen brachte der Sommer des Jahres 1899 die Verhandlungen meines Vaters mit der Kurie über die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät an der Universität Straßburg um einen kleinen Schritt vorwärts. Ein vertrauliches Memoire des Kardinals Rampolla vom 29. August an meinen Vater enthielt den grundsätzlichen Entscheid des Vatikans, in Unterhandlungen mit der Kaiserlichen Regierung eintreten zu wollen. Zugleich waren in dem Memoire die Bedingungen bekannt gemacht, welche die Kurie ihrerseits stellen zu müssen glaubte. Sie lauteten:

1. Daß dem Bischof von Straßburg das Recht vorbehalten werde, die Namen der sämtlichen Professoren zu präsen-

tieren, die für die Lehrstühle der theologischen Fakultät zu ernennen waren, und daß dieselben, wenn sie in Funktion treten, die professio fidei in der herkömmlichen Form abzulegen hätten.

2. Daß es ebenso dem Bischofe zustehe, die Studienordnung festzustellen, die Lehrbücher zu bestimmen und die Lehrtätigkeit der gesamten theologischen Fakultät zu überwachen.

3. Daß, wenn der Bischof genötigt sein sollte, Professoren von zweifelhafter Gläubigkeit oder nicht tadelloser Moralität die missio canonica für den Unterricht zu entziehen, die Regierung dieselben an der Ausübung der Lehrtätigkeit hindere.

4. Daß außer den Fächern der Dogmatik, der Exegese, der Moral und der Kirchengeschichte an der Universität neue Lehrstühle für Philosophie, für Geschichte und für kanonisches Recht gegründet und katholischen Professoren unter den sub 1—3 aufgeführten Bedingungen übertragen werden.

5. Daß das gegenwärtige Seminar zu bestehen fortfahre, sowohl um den Studierenden der Theologie als Konvikt zu dienen, als auch für den praktischen Unterricht und die geistliche Ausbildung der Kandidaten des Priesterstandes.

6. Daß der kirchlichen Autorität ausdrücklich das Recht gewahrt bleibe, die Dinge auf ihren früheren Stand zurückzubringen, falls nicht die sämtlichen oben angeführten Bedingungen erfüllt würden.

Wenn nun auch diese Bedingungen der Kurie von der deutschen Regierung nicht ohne weiteres zugestanden werden

konnten, und namentlich der erste Punkt, der die Art der Anstellung der Professoren betraf, Bedenken auslösen mußte, da er die Initiative zu der Anstellung in die Hände des Bischofs von Straßburg gelegt haben wollte, so mußte die deutsche Regierung doch auch die Bereitwilligkeit anerkennen, mit der man sich in Rom grundsätzlich für den Eintritt in Verhandlungen ausgesprochen hatte.

Mein Vater begab sich infolgedessen im ersten Drittel des November neuerdings nach Rom. Hier setzte er die Besprechungen mit den maßgebenden Persönlichkeiten mit Eifer fort, wovon eine Anzahl Briefe an meine Mutter sowohl wie auch an den Bevollmächtigten beim Bundesrat für Elsaß-Lothringen, den Geheimrat Halley, Zeugnis ablegen. Der Aufenthalt meines Vaters in Rom war durch die stets findige Presse bekannt geworden und hatte nicht nur in den Kreisen der elsässischen Protestler, sondern auch bei den französischen Katholiken große Beunruhigung hervorgerufen, welche „die Geschichte doch mit Haut und Haaren nichts anging", wie mein Vater an Geheimrat Halley in einem Briefe schrieb.

Als die Frucht seiner Besprechungen, an denen auch der preußische Gesandte, Freiherr von Rotenhan, lebhaften Anteil genommen hatte, übergab er am 24. November dem Kardinalstaatssekretär Rampolla ein in französischer Sprache abgefaßtes Memorandum, das sich im besonderen mit der Anstellungsfrage beschäftigte, aber auch zu den anderen fünf Punkten der vatikanischen Denkschrift vom 29. August Stellung nahm.

Es würde zu weit führen, wollte ich den Inhalt des Memorandums hier ausführlich wiedergeben. Was wohl auch heute noch allgemeines Interesse beansprucht, das ist die angestrebte Verständigung über die Art der Anstellung der künftigen Hochschullehrer und über den Weg, der von der deutschen Regierung zu beschreiten war, falls einer der Angestellten in seinen Vorlesungen den kirchlichen Boden verließ, oder auf Grund seines Lebenswandels nicht mehr als Lehrer für die angehenden Theologen in Betracht kommen konnte.

Was den ersten Punkt anlangt, so äußerte sich mein Vater in dem Memorandum etwa dahin, daß die preußische Regierung niemals darauf eingehen könne, das Recht der Ernennung von Professoren ausschließlich dem Bischof zuzuerkennen. In Deutschland genössen die Universitäten das Recht, der Regierung Vorschläge zu machen; verweigere man dieses Recht der neugegründeten Fakultät, so würde man sie dadurch von Anfang an geringer bewerten wie die anderen Fakultäten, die sie dann nicht als vollwertig ansehen würden. Man könne auch von der Regierung nicht verlangen, die Vorschläge des Bischofs nur zu ratifizieren, da in diesem Falle der Bischof tatsächlich das Recht der Ernennung habe. Bleibe man bei dieser Forderung bestehen, so käme das einer Verweigerung der Zustimmung zu der Errichtung der theologischen Fakultät in Straßburg gleich. In der Praxis würde die Ernennung der Professoren sich nicht ohne die schon früher vorgeschlagene „Entente préalable“ zwischen Regierung und Bischof bewerkstelligen lassen.

In bezug auf Punkt 3 der Denkschrift der Kurie vom 29. August schlug mein Vater folgenden Wortlaut vor:

„Daß, wenn von kirchlicher Seite der Beweis erbracht wird, daß der Professor, sei es durch seinen Lebenswandel, sei es durch seine Lehre, sich unwürdig oder unfähig des ihm übertragenen Amtes zeigt, die Regierung denselben an der Ausübung der Lehrtätigkeit hindere."

Diese Punktation war insofern eine Präzision der von der Kurie vorgeschlagenen, als nach ihr der Regierung erst von Seiten der kirchlichen Behörde der für ihr eventuelles Vorgehen notwendige Beweis zu erbringen war. „Die Regierung", so fährt mein Vater hier fort, „würde meiner Ansicht nach nicht einen katholischen Theologieprofessor schützen wollen, von dessen ‚Heterodoxie' sie überzeugt worden sei."

Über den Fortgang der Angelegenheit berichtet er am 26. November an meine Mutter:

„. . . Mein Besuch bei Kardinal Rampolla hat die Angelegenheit insoweit gefördert, als wir in der ersten Dezemberwoche eine Entscheidung der Kardinalskongregation über die Frage der Anstellung erhalten sollen. Auf diesen Punkt konzentriert sich hier jetzt alles; die übrigen werden meines Erachtens zum Teil sogar zu wenig gewürdigt. Es fragt sich nun, wie die Antwort ausfallen wird. Daß das Präsentationsrecht des Bischofs näher bestimmt werden müsse, daß er nicht den ersten besten, sondern nur solche vorschlagen könne, welche die Qualifikation zum akademischen Lehramt besitzen, und daß die Regierung nicht gehalten sein könne, die ihr vorgeschlagenen ohne weiteres anzustellen, gestand

mir der Kardinal zu. Dann ist in der Sache aber kein Unterschied mehr gegen die von uns proponierte Entente préalable, wie ich sie verstehe, und man könnte also gut zu einer Einigung gelangen ..."

Des weiteren am 30. November:

"... Um eine günstige Entscheidung zu fördern, ging ich gestern nachmittag nochmals zu Kardinal Steinhuber ... Ich sagte ihm, ich würde bereit sein, für alles einzutreten, was möglich sei. Möglich sei nicht, daß die Regierung sich einfach den Vorschlägen des Bischofs unterwerfen solle ... Kardinal Steinhuber war wieder sehr freundlich und versicherte mir, daß sie hier alle, einschließlich des Kardinals Rampolla, volles Vertrauen zu mir hätten. Ich mußte ihm genau erklären, wie ich mir den Hergang der Ernennung im einzelnen denke: die Fakultät macht ihre Vorschläge, die Regierung übergibt sie dem Bischof, der nicht daran gebunden ist, sondern neue Vorschläge machen kann, und unterhandelt mit ihm über einen ihm genehmen Kandidaten, so zwar, daß ohne seine ausdrückliche Genehmigung keiner angestellt wird ..."

Über die Entscheidung, die in der Kardinalskongregation gefällt wurde, fehlen mir die amtlichen Berichte. Indessen schreibt mein Vater darüber am 7. Dezember an Geheimrat Halley:

"... Leider hat diese Antwort unsere Angelegenheit nicht wesentlich gefördert. Erfreulich ist ja immerhin, daß, wie nunmehr feststeht, die ganze Diskussion sich nur noch um zwei Punkte dreht, und die übrigen als erledigt gelten

können. Diese beiden Punkte sind die Anstellung und die eventuelle Behinderung der Professoren. Was das letztere betrifft, so wünscht man, daß die Entziehung der missio canonica die einstweilige Einstellung der Vorlesungen von Seiten des Professors bis zur definitiven Entscheidung der Streitfrage zur Folge hat. Dies wird wohl keine Schwierigkeiten machen ..."

Am Tage darauf erschien Kardinal Agliardi bei meinem Vater, um mit ihm über die getroffene Entscheidung der Kardinalskongregation zu sprechen. Über diesen Besuch berichtet er an meine Mutter:

„... Gestern kam Kardinal Agliardi zu mir ins Hotel. Er hatte sich gedacht, daß die Entscheidung der Kongregation mir einen ungünstigen Eindruck gemacht habe, und ich vielleicht über die Bedeutung derselben irrig unterrichtet sei. In der Tat wich seine Auffassung ganz und gar von derjenigen Montells ab. Wenn man wisse, welches Maß von Anklagen gegen die deutschen Universitäten hier in alter und in neuer Zeit aufgehäuft worden sei, so bedeute die Behandlung der Frage durch die Kongregation und die gefällte Entscheidung vielmehr einen Fortschritt in günstigem Sinne. Meine Ausführungen seien durchaus nicht ohne Wirkung geblieben. Hätte man Rotenhan allein vorgehen lassen, so wäre eine definitive Ablehnung unzweifelhaft gewesen. Die Meinung, als ob Kardinal Steinhuber ein Gegner des Projektes sei, sei ganz und gar unrichtig. Aber angesichts der bis dahin ausschließlich herrschenden Auffassung habe man sich nicht entschließen können, derselben näherzutreten,

ohne zuvor die Meinung der Bischöfe einzuholen. Auf deren Antworten käme jetzt alles an . . ."

Am 21. Dezember verließ mein Vater die ewige Stadt und kehrte nach München zurück. Er hatte in der Zwischenzeit anläßlich eines Besuches bei dem Kardinal Rampolla Einsicht in den offiziellen Wortlaut der Entscheidung der Kardinalskongregation nehmen können, aus dem ihm hervorzugehen schien, daß die Auffassung in Rom noch wesentlich von derjenigen abwich, die in Berlin in der Niederlegung der erstmalig fixierten sechs Paragraphen zum Ausdruck gegebracht war.

Wenn ihn nun auch Kardinal Rampolla wiederholt der „braves dispositions" versicherte, in denen man sich der deutschen Regierung gegenüber befinde, so wollte mein Vater doch nicht den Anschein erwecken, als sei der Regierung an der raschen Erledigung der Angelegenheit so viel gelegen, daß sie sich auch in der Anstellungsfrage zu weiterem Nachgeben bereit zeige, und verabschiedete sich infolgedessen beim Kardinal, indem er es absichtlich offen ließ, ob er zurückkehren werde. —

Das Jahr 1900 hat dem Deutschen Reiche die Annahme des Flottengesetzes gebracht; es ist das Jahr der Unruhen in China, denen der deutsche Gesandte in Peking zum Opfer fiel, und welche die Entsendung des deutschen Expeditionskorps nach China zur Folge hatten, das zusammen mit den Truppen der anderen Kulturmächte Europas an der Niederwerfung der Aufständischen führenden Anteil nahm. Außerdem vollzog sich in demselben der schon seit längerem

erwartete Kanzlerwechsel: am 18. Oktober machte Fürst Hohenlohe dem bisherigen Staatssekretär des Auswärtigen, dem Grafen Bülow, Platz. Die drei genannten Ereignisse haben auch bei meinem Vater ein lebhaftes Interesse erweckt, wie das aus manchem seiner Briefe zu entnehmen ist. Mehr noch als diese beschäftigte ihn die Angelegenheit der Errichtung der katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg, der er sich mit ganzer Kraft widmete, und die ihn schon mit Beginn des neuen Jahres nach Rom führen sollte. Die Schwierigkeiten, die sich der Lösung dieser Frage entgegenstellten, waren ja durch die Verhandlungen vom Vorjahre keineswegs gehoben; die Kurie hatte ihre Gegenvorschläge gemacht, die ohne weiteres Verhandeln von der deutschen Regierung nicht angenommen werden konnten. Aber auch andere Schwierigkeiten machten sich bemerkbar. So war es vor allem der elsässische Klerus selbst, der sich von der neu zu errichtenden Fakultät wenig versprach und zum Teil aus politischen, zum Teil aus kirchlichen Gründen an der Seminarbildung der angehenden Priester festgehalten haben wollte. Die Stimmen, die sich aus diesen Kreisen in der Presse vernehmen ließen, waren zum Teil recht unfreundlich. Man lese zum Beispiel folgendes Zitat, welches dem „Elsässischen Volksboten" vom 17. Januar 1900 entnommen ist:

„Baron von Hertling ist — schreibt der stets vortrefflich unterrichtete römische Korrespondent der ‚Justice sociale' — ein hoher Herr aus Bayern, der Meldereiter des Kaisers in München. Gelehrt und arm, träumt er von hohen Stellen. Bis vor kurzem war er in Rom geradezu volkstümlich.

Einschmeichelnd, kühl, zurückhaltend, aber sehr ausdauernd und liebenswürdig, hat er hervorragende Persönlichkeiten zu gewinnen gewußt. Seit einiger Zeit aber ist diese Gunst im Sinken. Man findet ihn zudringlich und kompromittierend. Er langweilt die römischen Kongregationen mit seinem ewigen Plan einer katholisch-theologischen Fakultät an der Straßburger Universität. Rom hat kein Zutrauen zu diesen Staatseinrichtungen. Das Andenken an Döllinger und den Altkatholizismus ist noch lebendig. Zwar soll diesmal der offiziöse Bote Gegenleistungen versprochen haben; aber Rom bleibt bei seinem durch schmerzhafte Erfahrungen gerechtfertigten Mißtrauen. Das katholische Elsaß ebenfalls."

Es war indes nicht nur der elsässische Klerus, auch Einflüsse von jenseits der deutschen Grenze, wo man die Verschiebung der Grenzpfähle seit dem Jahre 1871 niemals vergessen hatte, machten sich bemerkbar. Dieselben fanden ihren Niederschlag unzweifelhaft in einem Memoire, welches der Kanonikus von Straßburg J. Chr. Joder in Rom unter dem 7. Februar 1900 wohl der Kurie nahestehenden Kreisen überreicht haben muß, und das über die Zurückhaltung der Katholiken im Elsaß im politischen Leben handelt und gegen die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät Stellung nimmt. Aus dem mehrere Seiten umfassenden Memoire, das in die Hände meines Vaters gelangte, möchte ich als politisch allgemein interessant hier den Absatz 3 wiedergeben:

„Veut-on nous reprocher notre abstension des carrières gouvernementales? Mais elles étaient fermées aux catholiques déjà par les circonstances indiquées au N. 1. De plus on

nous l'a cent et cent fois répété, nous sommes un peuple conquis, le gouvernement ne veut pas de nous pour ces sortes de carrières, elles forment l'apanage des Vieux-Allemands, qui tiennent à les transmettre comme héritage à leurs fils; même les protestants d'Alsace sont écartés, bien que moins que les catholiques. Il a fallu des années de lutte pour amener enfin le gouvernement à faire entrer deux Alsaciens-Lorrains dans le ministère: l'un, catholique (M. le baron de Bulach), a été confiné dans un ministère insignifiant et sans influence; l'autre, protestant (M. Petri, membre du consistoire superieur de l'église de la confession d'Augsbourg, partisan de la séparation de l'église et de l'état) est devenu notre ministre des cultes!! Il semble, après cela, que la défiance des Alsaciens catholiques n'est pas sans fondement."

Einen weiteren Gegner fand mein Vater auch in dem Stadtpfarrer Winterer von Straßburg, der in seinem Wochenblatt „Arbeiterfreund" mehrere Artikel gegen die zu errichtende Fakultät schrieb, dessen einer mit den Worten schloß: „Und nun katholische Elsässer, haben wir vor euch den Fakultätstheologen erscheinen lassen, wie er sich selber vorstellt. Wollt ihr Priester haben, die nach seinem Ebenbilde gebildet sind? Wollt ihr eine solche Bildung mit eurem Gelde bezahlen?"

Mein Vater ließ sich durch solche und andere Einwürfe nicht irre machen; er sah in der Heranbildung des katholischen Klerus, wie sie an anderen Universitäten Deutschlands gepflegt wurde, den richtigen Weg, um ihn für seine großen Aufgaben der Neuzeit entsprechend zu schulen; er wollte

diese Ausbildung ganz besonders auch in den Reichslanden verwirklicht sehen, um sie dadurch der Geisteskultur Deutschlands näher zu bringen und damit dem Reiche inniger anzugliedern.

Schon im Januar begab er sich, diesmal begleitet von meiner Mutter, nach Rom und setzte dort seine Bemühungen fort, ohne allerdings einen Erfolg für sich buchen zu können. Wieder waren es die Fragen der Anstellung und diejenige des von der Kurie unter gewissen Umständen geforderten Rechtes auf Verbot des Besuches der Vorlesungen mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen, die den Inhalt mancher Besprechung bildete. Zu einem Ergebnis kam es indes nicht.

Unter solchen Umständen war der Aufenthalt in Rom nur ein kurzer. In den ersten Tagen des Februars kehrten die Eltern nach Hause zurück; mein Vater reiste unmittelbar darauf nach Berlin, wo man seinen Rat „auf Grund der Eindrücke und Erfahrungen wünschte, die er an Ort und Stelle erhalten und gemacht habe". (Brief von Geheimrat Halley.) Hier sprach er unter anderen Persönlichkeiten auch bald den Reichskanzler, den er nach einem Briefe an meine Mutter vom 15. Februar „seit vorigem Jahre sehr gealtert fand, und der sich zwar für Straßburg, aber mehr noch für die Flottenvorlage interessierte."

Die Besprechungen über die Frage der katholisch-theologischen Fakultät verliefen günstig; als warmer Anhänger des Gedankens hatte sich auch Kardinal Kopp von Breslau die Mühe nicht verdrießen lassen, auf einer Durchreise in Berlin

haltzumachen, um mit meinem Vater und den Herren der preußischen Regierung neue Vorschläge aufzustellen, die den Wünschen der Kurie entgegenkommen sollten, ohne den berechtigten Standpunkt der Regierung aufzugeben. „Heute war," so schreibt mein Vater in dem oben zitierten Briefe weiter, „zuerst eine zweistündige Konferenz bei Kardinal Kopp. Ich hatte die Vorsicht gebraucht, etwas früher hinzugehen, um ihn zunächst allein zu orientieren. Wir waren dann auch bei der folgenden Besprechung im besten Einverständnis und Althoff zog sich immer mehr zurück, bis wir zu dem Resultat gelangten, daß die Verhandlungen zunächst fortgesetzt und daher vor allem der Wortlaut unserer Antwort formuliert werden sollte. An der endgültigen Redaktion will sich auch Kardinal Kopp beteiligen, was mir ganz recht ist."

Der Fortgang der Angelegenheit ist aus einem weiteren Briefe an meine Mutter vom 17. Februar zu entnehmen: „Gestern abend war Besprechung bei Hallen, wobei der deutsche Wortlaut der Antworten bzw. unserer Propositionen vorläufig festgestellt wurde; es ging alles ganz glatt. Althoff und Hallen wünschen durchaus, daß ich wieder nach Rom gehen soll. . . ."

Am 18. Februar fand in der gleichen Angelegenheit eine Konferenz beim Reichskanzler mit sämtlichen beteiligten Herrn statt. Nach einem Briefe an meine Mutter zu schließen, war mein Vater über den Erfolg derselben noch etwas in Zweifel: „Obwohl Althoff vorgestern abend bei Hallen überaus entgegenkommend war, fürchte ich noch immer, daß nicht alle

Schwierigkeiten überwunden sind. Um so wichtiger ist mir unter diesen Umständen die Mitwirkung des Kardinals. Er will an Rampolla schreiben, um ihn wenn irgend möglich zur Annahme zu bestimmen. . . ."

Die Konferenz führte übrigens doch zu dem Resultat, daß die neuen Vorschläge durchberaten und gutgeheißen wurden; nachdem sie schließlich dem Kardinal Kopp zur Begutachtung zugegangen waren, nahmen sie die folgende endgültige Gestaltung an:[1])

1. Die wissenschaftliche Ausbildung der angehenden Kleriker der Diözese Straßburg wird durch die katholisch-theologische Fakultät erfolgen, welche an der dortigen Universität zu errichten ist. Gleichzeitig wird das bischöfliche große Seminar fortbestehen und in der bisherigen Weise in Tätigkeit bleiben in bezug auf die priesterliche, asketische und praktische Erziehung der genannten Kleriker, welche dort die erforderliche Unterweisung auf allen Gebieten erhalten, die sich auf die Ausübung des priesterlichen Amtes beziehen.
2. Die katholisch-theologische Fakultät wird außer den Lehrstühlen für Dogmatik, alt- und neutestamentliche Exegese, Moral und Kirchengeschichte, auch solche für kanonisches Recht und für philosophische Propädeutik umfassen.
3. Die Ernennung der Professoren durch die Regierung erfolgt auf Grund Einvernehmens mit dem Bischof, dem es frei steht, Vorschläge zu machen.

---

1) Nach einer mir vom Ausw. Amte freundlich überlassenen Abschrift. (Der Herausgeber.)

Die Professoren haben, bevor sie in Funktion treten, die professio fidei in die Hand des Dekans in den vorgeschriebenen kirchlichen Formen abzulegen.

4. Der Unterricht der gesamten Fakultät untersteht der Aufsicht des Bischofs, dem insbesondere die Studienprogramme zur Prüfung und Erklärung des Einverständnisses vorzulegen sind.
5. Sollte sich der Bischof aus schwerwiegenden Gründen genötigt sehen, den Theologen den ferneren Besuch der Vorlesungen eines bestimmten Professors zu untersagen, so wird er hiervon der Regierung sofort Anzeige machen. Wird dieser sodann der Nachweis erbracht, daß der betreffende Professor wegen mangelnder Rechtgläubigkeit oder gröblichen Verstoßes gegen die Erfordernisse priesterlichen Wandels zur weiteren Ausübung seines Lehramtes als dauernd unfähig anzusehen ist, so wird die Regierung darauf Bedacht nehmen, daß ein Ersatz beschafft wird; sie wird ferner den Professor von seinen akademischen Obliegenheiten entbinden und darauf hinwirken, daß seine Beteiligung an den Geschäften der Fakultät aufhört.
6. Der kirchlichen Autorität wird das Recht vorbehalten, die Dinge auf den früheren Stand zurückzuführen und somit die wissenschaftliche Ausbildung der angehenden Kleriker wieder im großen Seminar erfolgen zu lassen, wenn und insoweit infolge Nichterfüllung der obigen Bedingungen die Fakultät wegen unvollständiger Besetzung ihrer Lehrstühle außerstande kommt, ihrer Aufgabe gerecht zu werden.

Die Vorschläge gingen nach Rom, unterstützt durch einen Brief des Kardinals Kopp an den Kardinalstaatssekretär, während mein Vater wiederum gebeten wurde, die Verhandlungen in Rom persönlich weiterzuführen.

Vor seiner Abreise von Berlin wurde er am 8. März zum Kaiser gerufen; die Audienz fand in Gegenwart des Reichskanzlers im Reichskanzlerhause statt und hatte wohl nur den Zweck, durch ihre Veröffentlichung in der Presse die Person meines Vaters der Kurie gegenüber etwas mehr in den Vordergrund zu stellen. Eine Aufzeichnung über diese Audienz ist jedenfalls nicht mehr vorhanden.

Noch in den ersten Tagen des Januars 1900, während er mit meiner Mutter in Rom weilte, hat meinen Vater eine erneute Berufung an die Universität Bonn als Nachfolger des am 5. Januar verstorbenen Geh. Reg.-Rats Professor Dr. Neuhäuser ereilt. Eine ähnliche Anfrage war ja schon vor Jahresfrist an ihn ergangen. Damals hat er sie aus Gründen, die er selbst in diesem Buche angeführt hat, abgelehnt, obwohl ihm von Seiten der bayrischen Regierung keinerlei Entschädigung, wenn auch eine moralische Genugtuung gegeben worden war. Auch dieses Mal konnte er sich nur sehr schwer entschließen, dem Rufe nach Bonn Folge zu leisten. In einem Briefe an den bayrischen Kultusminister von Landmann schreibt er hierüber: „Ich fühle mich mit Bayern und München verwachsen. Die Akademie der Wissenschaft hat mich seit kurzem zum ordentlichen Mitglied erwählt, mein Sohn steht im bayrischen Militärdienst usw. Euer Exzellenz haben vor etwa Jahresfrist veranlaßt, daß mir

Einsicht in ein Allerhöchstes Schreiben gegeben wurde, welches an die Universität gerichtet und in welchem die Aussicht eröffnet war, daß es möglich sein werde, nach vorangegangener Verständigung mit dem Landtage aus der Etatsposition für Ersatzprofessuren Herrn Professor Heigl und mir ein Equivalent für die abgelehnten Berufungen zu gewähren. Euer Exzellenz würden mir die Ablehnung des neuerdings an mich ergangenen Rufes erleichtern und mich zu ebenso ergebenem als verbindlichem Dank verpflichten, wenn ich erfahren könnte, ob zur Zeit mit einiger Bestimmtheit auf die Verwirklichung jener Aussichten gerechnet werden kann. . . ."

Der Erfolg des Schreibens blieb diesmal nicht aus. Herr von Landmann war in der Lage, meinem Vater die Mitteilung zukommen zu lassen, daß die bayrische Regierung eine erneute Ablehnung der Berufung an die Bonner Universität durch eine entsprechende Erhöhung des Gehaltes ausgleichen werde. So konnte mein Vater, seinem inneren Wunsch entsprechend, der Universität München erhalten bleiben.

Bereits Ende März führte ihn sein Weg zum zweiten Male nach Rom: „Ist das melancholisch, die Wege allein gehen zu müssen, die wir noch vor wenigen Wochen so vergnügt zusammen gegangen sind," schreibt er von dort am 31. März an meine Mutter.

Die neuen von der Regierung der Kurie unterbreiteten Vorschläge fanden indessen nicht die Zustimmung, die mein Vater erwartet hatte. Wiederum schleppten sich die Verhandlungen mühsam weiter. Vor allem erfreute sich die

Fassung des Artikels 3 nicht der Billigung des Vatikans, der seinerseits mit einer Formulierung kam, die von meinem Vater als unannehmbar bezeichnet wurde. Er war nach seiner Art dem Kardinalstaatssekretär gegenüber recht offen: „Natürlich trug ich ihm gegenüber die Farben etwas weniger stark auf, sagte aber doch, ich betrachte die Sache als gescheitert. Es sei ein großer Echèque für mich und die deutschen Katholiken, und die Regierung werde sehr froissiert sein. Auf sein ewiges „vous comprenez" erwiderte ich, daß ich nichts verstünde. Die Sache war ihm sichtbar unangenehm, ein entschiedenes „nein" gerade so fatal wie ein wirkliches „ja", und als er eine Andeutung machte, es lasse sich vielleicht doch noch ein Ausweg finden, improvisierte ich scheinbar die Formel, die wir am Freitag nach Berlin telegraphiert hatten. . . ."

In einem anderen Briefe aus dieser Zeit an meine Mutter heißt es: „Der Papst will die Sache machen. Ein Abkommen mit dem Deutschen Reiche in einer wichtigen Sache läßt er sich nicht entgehen. Aber er trägt sich mit unmöglichen Vorstellungen über die Art der Durchführung . . . Daß neuerdings wieder Vorstellungen von französischer Seite stattgefunden haben, nehmen hier die meisten Leute an. Ich bin trotzdem der Meinung, daß man nicht locker lassen soll, und habe dies auch nach Berlin geschrieben. Beharrlichkeit führt zum Ziel. Daß ich selbst jetzt, wenigstens was Rom betrifft, aus den Verhandlungen ausscheide, halte ich für ganz günstig. Was im katholischen Interesse erreicht werden mußte, ist erreicht worden; mehr kann nicht verlangt werden. Bei mir hatten sie vielleicht

immer die Hoffnung, mehr zu erreichen, als sie bei dem protestantischen Gesandten erreichen würden."

Dieser Brief ist einer der letzten, den mein Vater vor seiner Abreise aus Rom an meine Mutter schrieb. Er selbst rechnete damals nicht mit der Möglichkeit, zu weiteren Verhandlungen in der gleichen Angelegenheit nochmals herangezogen zu werden, und glaubte, die preußische Regierung werde ihren endgültigen Abschluß ohne seine Mithilfe durch die Gesandtschaft herbeiführen.

Als Ergebnis seiner Tätigkeit berichtet er an den Reichskanzler Fürst Hohenlohe:

„Darf ich mir gestatten, einen Rückblick auf die bisherigen Bemühungen zu werfen, so ist zwar ein langsamer, aber doch sehr wesentlicher Fortschritt in den Ergebnissen nicht zu verkennen. Vor Jahresfrist bestand hier die größte Abneigung, auf die Errichtung einer theologischen Fakultät an einer staatlichen Universität überhaupt einzugehen. Dieser Standpunkt ist aufgegeben worden; man hat sich in Verhandlungen über die Bedingungen eingelassen, unter denen einer solchen Einrichtung zugestimmt werden könnte. Vor noch nicht langer Zeit wurde, und zwar gelegentlich vom Papste selbst, der Gedanke ausgesprochen, die Ernennung der Professoren müsse von dem Bischofe ausgehen. Davon ist keine Rede mehr, die Ernennung durch die Regierung wird nicht weiter angefochten. In einem späteren Stadium verlangte man das Präsentationsrecht für den Bischof. Auch das ist aufgegeben und statt dessen die von uns vorgeschlagene Ernennung auf Grund beiderseitigen Einvernehmens angenommen. Ebenso ist die

noch im Dezember vorigen Jahres erhobene Forderung aufgegeben, daß die Zurückziehung der missio canonica seitens des Bischofs die sofortige Amtsentsetzung zur Folge haben müsse. Die jetzt noch bestehenden Differenzen liegen hauptsächlich in der Form, weniger in materiellen Forderungen. Allerdings legt man hier aber gerade auf die Redaktion, auf eine gut klingende Formel sehr großen Wert.

Endlich erlaube ich mir noch auf Folgendes aufmerksam zu machen. Es ist unzweifelhaft richtig, daß bei dem zu treffenden Abkommen die eigentlichen Leistungen ganz auf Seiten der Regierung sind, welche die Fakultät ins Leben ruft und für die Kosten der Errichtung und der Erhaltung aufkommt. Von der Kurie wird nur verlangt, daß sie ihre Zustimmung gebe. Indessen ist doch zu bedenken, daß die Kurie mit dem bisherigen Zustand der Seminarerziehung durchaus zufrieden war, daß sie nur höchst ungern an eine Änderung herantrat, und daß auch das Mißtrauen, welches sie dabei beseelt, mit Rücksicht auf mancherlei an den theologischen Fakultäten gemachte Erfahrungen — Hermesianismus, Güntherianismus, die altkatholische Bewegung — von ihrem Standpunkt aus sehr wohl begreiflich ist. Auch wenn man daher von politischen Erwägungen völlig absieht, welche möglicher Weise mitbestimmend sein können, kann man es verstehen, wenn die Kurie die Bedingungen für ihre Zustimmung möglichst hoch greift. Wir unsererseits wünschen dringend die Errichtung der theologischen Fakultät, im nationalen Interesse und im Interesse einer besseren wissenschaftlichen Ausbildung des elsässischen Klerus. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß es gelingen werde, durch

einen beide Teile befriedigenden Wortlaut die noch vorhandenen Schwierigkeiten zu heben."

In den letzten Tagen des Aprils kehrte mein Vater nach München zurück, um seine Tätigkeit an der Hochschule wieder aufzunehmen. Der Sommer dieses Jahres verlief für ihn ruhig. Nach Berlin zu den Sitzungen des Parlaments kam er nicht, da ihm dies die Vorlesungen an der Universität nicht gestatteten. Doch hat er seine Gedanken im stillen oft der Politik zugewendet, die im Sommer dieses Jahres für Deutschland durch die im fernen Osten ausgebrochenen Unruhen einen ernsten Hintergrund erhielt: „Inzwischen zieht sich's im Osten drohend genug zusammen," schrieb er an seinen Freund Graf Preysing. „Noch weiß ich zwar nicht, ob sich die schlimmsten Nachrichten aus Peking bewahrheitet haben, da heute keine Morgenblätter erschienen sind, aber auch das Sichere ist böse. Eine energische Gesamtaktion der Mächte scheint unvermeidlich, aber darf man hoffen, daß es gelingen werde, dieselbe durchzuführen ohne ein Aufeinanderplatzen der Interessengegensätze? Wie lange werden Rußland und England friedlich zusammen gehen, und wie lange werden die Franzosen ihre Ungeduld bemeistern, an dem verhaßten England oder dem noch verhaßteren Deutschland Rache zu üben? Ich fürchte, mit dem Friedengebieten wird es alsdann, auch nach der jüngsten Flottenbewilligung, nicht viel her sein, und auch mit dem bisherigen Hin-und-her-Balancieren wird man dann nichts mehr ausrichten."

Der letzte Satz dieses Briefes hat heute, nach 20 Jahren, seinen Reiz nicht verloren; gibt er doch dem Unmut meines

Vaters über die damals schon hin- und herschwankende deutsche auswärtige Politik unverhohlen Ausdruck, jener Politik, die uns letzten Endes den Weltkrieg und den Zusammenbruch des Vaterlandes gebracht hat.

Der regelmäßige Sommeraufenthalt in Ruhpolding fand im Jahre 1900 im September eine kurze Unterbrechung. Der fünfte internationale Kongreß katholischer Gelehrten, der am 24. September in München eröffnet wurde, rief die Eltern mit der Familie dorthin zurück. Mein Vater gehörte mit dem apostolischen Nuntius, dem Erzbischof von München-Freising, dem Rektor der Universität München, Prälat Professor Dr. Bach, und anderen dem Kongresse als Ehrenpräsident an. Zum Vorsitzenden wurde auf Vorschlag des Professors Dr. Grauert, welcher bei der Eröffnung des Kongresses im Kaimsaal in Anwesenheit zahlreicher Mitglieder des bayrischen Königshauses und hoher staatlicher Würdenträger die einleitenden Begüßungsworte sprach, der Professor der Geologie am Institut Catholique zu Paris, Dr. Albert de Lapparent de l'Academie des Sciences gewählt.

Der Kongreß nahm die Tage vom 24. bis 28. September in Anspruch und erfreute sich eines allgemein anerkannten, würdigen und glänzenden Verlaufs. Seine Akten verzeichnen eine Mitgliederzahl von etwa 3500 Teilnehmern aller Länder. Am dritten Tage hielt mein Vater in der Hauptversammlung eine Rede über Christentum und christliche Philosophie. Am Abend war das Haus meiner Eltern der Sammelpunkt zahlreicher Freunde und Bekannten von nah und fern. Mit berechtigter Befriedigung konnte mein Vater nach seiner

Rückkehr in die Berge seiner Schwester schreiben: „Nun liegt der Gelehrtenkongreß hinter uns. Der Verlauf war ein unerwartet guter, nach außen sogar glänzender. Auf eine solche Beteiligung von Prinzen und Prinzessinnen und auch die Begünstigung durch den Kultusminister und den Bürgermeister hatte ich nicht gerechnet. Die Vorträge waren gut, teilweise, wie insbesondere der des Jesuitenpaters Grisar in der Schlußsitzung, vortrefflich, und in den Sektionen wurde ernsthaft gearbeitet. Die Zeitungen konnten das alles nicht ignorieren und brachten ausführliche Berichte. So wurde der Kongreß für München zu einem Ereignis, das doch auch vielleicht seine Früchte tragen wird.“ Die weitere Fortsetzung dieses Briefes, der am 1. Oktober geschrieben ist, ist insofern interessant, als mein Vater darin wieder seinen Gedanken über die auswärtige Politik Deutschlands Ausdruck gibt: „Zu der politischen Situation läßt sich nach wie vor nur ein Fragezeichen machen. Das Beste ist, daß nun doch schon seit einigen Wochen keine neue rhetorische Kundgebung von höchster Stelle erfolgt ist. Aber was werden wird, ist bei der Unzuverlässigkeit der Verbündeten und dem Widerstreit der Interessen, nicht zu sagen.“ Gemeint sind hier die Vorgänge im fernen Osten mit ihrer nahen Möglichkeit internationaler Komplikationen. Der Brief ist kennzeichnend für das ganze Leben meines Vaters, dem Wissenschaft und Politik in gleichem Maße den Inhalt gaben.

Während der Sommermonate des Jahres traten, auch abgesehen von dem Kongreß katholischer Gelehrten, die wissenschaftlichen Fragen wieder mehr in den Vordergrund. So wurde mein Vater von dem Referenten im preußischen

Kultusministerium, dem Geheimrat Dr. Elster, im Auftrage von Ministerialdirektor Dr. Althoff in Anspruch genommen. Diesmal handelte es sich um die Berufung eines Professors für Philosophie an die Universität Breslau, für welche sich das preußische Kultusministerium den Rat meines Vaters erbat. In Frage kamen, von der philosophischen Fakultät in Breslau in Vorschlag gebracht, Privatdozent Dr. Dyroff-München, Professor Übinger-Braunsberg und Gymnasiallehrer Offner-München. Keiner der genannten Herren wurde am Ende nach Breslau berufen, wenn sich mein Vater auch in dem mit Dr. Elster geführten Schriftwechsel sicherlich nicht gegen sie ausgesprochen hat. Dagegen wurde dem Professor Baumgartner, einem Schüler meines Vaters, die freie Lehrstelle in Breslau angeboten, der sie auch nach kurzem Zögern annahm und im Frühjahr 1901 dahin übersiedelte.

Im gleichen Herbst trat Dr. Martin Spahn, damals noch Privatdozent in Berlin, an meinen Vater mit der Bitte heran, für eine von ihm sowie dem Historiker Franz Kampers und dem Kirchenhistoriker Merkle-Würzburg herauszugebende „Weltgeschichte in Charakterbildern" eine Schilderung des Lebens des großen Kirchenvaters Augustinus zu übernehmen. Namhafte Kräfte hatten dem Unternehmen schon ihre Mitwirkung zugesagt. Eine chronologische Reihenfolge der Einzelbände war nicht vorgesehen, dagegen fünf Jahre für das Erscheinen der ganzen Sammlung in Aussicht genommen. Mein Vater gab dem Wunsche der Herausgeber gerne seine Zustimmung und hat die Arbeit an diesem Werke sehr bald aufgenommen.

Im Spätherbste des Jahres 1900 vollzog sich der Rücktritt des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe und sein Ersatz durch den Grafen Bülow. Der schon des längeren erwartete Kanzlerwechsel interessierte meinen Vater zunächst nur insoweit, als es sich für ihn darum handelte, inwieweit der neue Kanzler den Spuren seines Vorgängers in der Straßburger Angelegenheit folgen und ihr seine Unterstützung zuteil werden lassen würde. Indessen entwickelte sich eben infolge der für sie notwendigen Besprechungen mit dem Grafen Bülow bald ein näherer Verkehr zwischen diesem und meinem Vater, der auch nach dem Abschluß der römischen Verhandlungen noch einige Jahre fortdauerte, bis es dann im Jahre 1907 zu dem Bruch mit dem späteren Fürsten gekommen ist.

Die Straßburger Angelegenheit hatte inzwischen geruht. In Berlin war man reichlich verstimmt darüber, daß trotz der weitgehenden Konzessionen, die man gemacht hatte, sich Rom so wenig entgegenkommend zeigte. Dagegen war es meinem Vater in der Zwischenzeit durch Freunde, die ihre Schritte dorthin gelenkt hatten, bekannt geworden, daß sich die Kurie im Prinzip für die Errichtung einer theologischen Fakultät tatsächlich entschieden hatte, daß sie sich aber zu der endgültigen bejahenden Verbescheidung aus mancherlei Gründen nicht entschließen konnte, zu denen unter anderen auch die neutrale Haltung des Bischofs Fritzen von Straßburg zählte, der sich zu einer ausgesprochenen Stellungnahme für die Fakultät trotz eines dringenden Briefes meines Vaters nicht durchringen konnte. Nun schien es im Herbste der preußischen Regierung an der Zeit, sich über eine eventuelle Fortsetzung der Verhand-

lungen schlüssig zu werden. Mein Vater hatte zuletzt angenommen, daß sie gegebenenfalls ohne seine Mitwirkung fortgeführt würden. In Berlin indessen war man anderer Ansicht. Geheimrat Klehmet vom Auswärtigen Amte schrieb meinem Vater Mitte Oktober, daß „es an der Zeit sein möchte, der Frage einer Fortsetzung der Verhandlungen näherzutreten".

Auch aus diesem Grunde begab sich mein Vater im November für kurze Zeit nach Berlin. Der Reichstag nahm ihn anscheinend nicht allzuviel in Anspruch, dagegen berichtet er über die Straßburger Frage an meine Mutter: „Gestern war ich bei Klehmet. Dieser sagte mir, man nehme hier allerdings an, daß ich spätestens im Frühjahr wieder nach Rom gehen werde. Übrigens käme jetzt alles auf Bülow an, der sich bisher vollständig von der Straßburger Sache zurückgehalten habe. Er war erfreut zu hören, daß ich schon mit dem Reichskanzler einige Worte gewechselt habe, und hofft mit mir, daß es möglich sein wird, morgen oder übermorgen eingehender darüber zu sprechen." —

Auch das Jahr 1901 sollte den Abschluß der Bemühungen meines Vaters um die katholisch-theologische Fakultät noch nicht bringen. Zeitweise erschien es im Gegenteil, als ob man in Rom nicht mehr viel für sie übrig hätte. Anders in Straßburg, am Sitze der Regierung. Schon im Januar frug der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst Hohenlohe, bei meinem Vater an, ob er geneigt sei, seine Kraft wieder in den Dienst der Sache zu stellen. Noch aber vergingen einige Monate, ehe mein Vater seine Zusage erfüllen und die erneute Reise über die Alpen antreten konnte. In Straßburg hatte man sich inzwischen ent-

schlossen, der Frage der Errichtung der neuen Professuren für Geschichte und Philosophie näherzutreten, die, dem Wunsche des Vatikans nicht nur, sondern auch dem der Reichslande selbst entsprechend, mit zwei katholischen Gelehrten besetzt werden sollten. Dieser Schritt hat später, auch durch die Wahl des Dozenten für Geschichte zu allerlei Schwierigkeiten geführt, von denen noch zu reden sein wird.

Im März war mein Vater wieder in Berlin. Leider liegen mir keine Aufzeichnungen mehr über die Eindrücke vor, die er von den Verhandlungen im Reichstage über die deutsche auswärtige Politik im Osten und über die Expedition nach China mit nach Hause nahm. Nur in einem späteren Briefe meines Vaters an den Grafen Preysing vom Juni desselben Jahres findet sich darüber eine Andeutung: „Ich habe, glaube ich, von dem jetzigen Reichskanzler eine etwas günstigere Meinung als Du, meine aber auch, daß mir die letzten Vorgänge nicht Unrecht gegeben haben. Miquels Abgang hat jedenfalls seine Stellung neu befestigt, und daß die gloriose Chinaexpedition nunmehr ihr Ende finden soll, ist überall als ein Glück empfunden worden."

Andere Fragen, vorwiegend beruflicher, wissenschaftlicher Natur, beschäftigten meinen Vater in dieser Zeit mehr. So hatten sich verschiedene Professoren der Freiburger Hochschule an ihn gewandt und ihn um Rat gebeten. Eine neue Professur an der philosophischen Fakultät sollte dort errichtet werden, die badische Regierung wünschte Vorschläge für ihre Besetzung zu erhalten.

Vor mir liegt die Korrespondenz, die mein Vater in dieser

Angelegenheit mit den Professoren Rickert, Finke und Baumgartner geführt hat. Sie zeigt, welchen Wert die gleichgesinnten Kollegen einer deutschen Hochschule auf das Urteil meines Vaters gelegt haben, als sie ihn um die Nennung geeigneter Persönlichkeiten für die neue Professur baten.

Im April ging es dann wieder nach Rom. Der Empfang beim Kardinalstaatssekretär war eher frostig zu nennen, so daß meinem Vater die Aussicht auf die Erreichung des erstrebten Zieles nicht eben groß erschien. Sein Aufenthalt in Rom war auch diesmal ein kurzer. Der beifolgende Bericht, den er vor seiner Abreise an das Auswärtige Amt nach Berlin richtete, ist indessen interessant genug, um hier teilweise zum Ausdruck zu gelangen:

„Am 12. April bin ich in Rom angekommen. Auf der Reise dorthin traf ich mit dem Herrn Bischof von Straßburg zusammen. Ich hatte so die gewünschte Gelegenheit, mit demselben Rücksprache zu nehmen, ehe er mit maßgebenden Persönlichkeiten in Rom in Berührung kam. Die Stellungnahme des Herrn Dr. Fritzen ist bekannt; im Herzen der Fakultät zugeneigt, fühlt er die Opposition seines Klerus und glaubt sich daher völlig neutral halten zu müssen. Am 14. besuchte er den Kardinalstaatssekretär. Dieser brachte alsbald die Rede auf die Fakultätsfrage und sagte, alles drehe sich um die Ernennung der Professoren; dieselbe müsse nach den Vorschlägen des Bischofs erfolgen, der die Initiative und die freie Wahl haben müsse. Auf die Bemerkung des Bischofs, daß nach seiner Kenntnis der notwendige Einfluß der kirchlichen Autorität in dem Vorschlage der Kaiserlichen Regierung

vollkommen gewahrt sei, und nur ein von der Kongregation gemachter Zusatz in Berlin nicht angenommen werden könne, ging er nicht ein. Dagegen legte er großes Gewicht auf die Opposition des elsässischen Klerus und der elsässischen Laien. Welche diese letzteren sind, ist mir nicht bekannt. In ähnlichem Sinne äußerte sich der Kardinalstaatssekretär am folgenden Tage dem Kardinal Agliardi gegenüber, so zwar, daß dieser zu der Auffassung neigte, eine günstige Lösung sei zur Zeit nicht zu erwarten, worüber er mir sein rückhaltloses Bedauern ausdrückte. Auch was sonst zu meiner Kenntnis kam, ließ mich befürchten, daß die Stimmung seit vorigem Jahre statt besser vielmehr schlechter geworden sei. Unter diesen Umständen entschloß ich mich, dem Kardinalstaatssekretär eine kurze Denkschrift vorzulegen, um darin nochmals auf die ganze Wichtigkeit der Sache hinzuweisen. Ich habe im Eingang derselben erklärt, daß ich nicht im offiziellen Auftrage spräche, sondern lediglich meine persönliche Ansicht als Katholik und Zentrumsangehöriger zum Ausdruck brächte. Dem Herrn preußischen Gesandten habe ich erst nachträglich Mitteilung gemacht, um meinem Vorgehen den rein privaten und persönlichen Charakter zu wahren; doch hatte ich die Herren Kardinal Agliardi und Monsignore Montell unterrichtet und mich ihres Einverständnisses versichert. Am Abend des 19. begab ich mich zu Kardinal Rampolla. Ich hatte gegen meine frühere Gepflogenheit so lange gewartet, einmal, weil der Kardinal durch die beiden Konsistorien besonders stark in Anspruch genommen sein mochte, sodann aber auch, weil es mir zweckmäßig erschien, keinen allzu großen Eifer an den Tag zu legen.

Der Empfang war ziemlich kühl. Kardinal Rampolla fragte mich, was ich Neues aus Berlin brächte und gab mir dadurch Gelegenheit, mich über die innere politische Lage auszusprechen und insbesondere das Zentrum gegen den, wie mir bekannt war, auch in Rom wiederholt erhobenen Vorwurf zu verteidigen, daß es unter Vernachlässigung seiner eigentlichen Interessen zu einer rein gouvernementalen Partei geworden sei. Nachdem sich das Gespräch etwa eine Viertelstunde hingezogen hatte, ohne bemerkenswerte Momente zu ergeben, und der Sekretär bereits einen von den zahlreich im Vorzimmer wartenden Herrn angemeldet hatte, bemerkte ich, daß ich noch mti zwei Worten auf die Straßburger Sache kommen müsse. Der Kardinal begann seine bekannte Rede, der Hl. Stuhl sei nicht eigentlich übelwollend, aber die Schwierigkeiten seien groß, jetzt habe der Bischof vollkommene Freiheit in der Heranbildung seines Klerus, in Elsaß-Lothringen bestehe Opposition gegen die staatliche Fakultät usw. Ich sagte, daß ich das alles wisse, daß man aber das für und wieder abzuwägen habe. Zu diesem Ende wollte ich mir erlauben, nochmals eine kurze Denkschrift vorzulegen, in der ich aber diesmal lediglich meine persönliche Ansicht vorbringe. Ich hielte dafür, daß ein Nichtzustandekommen des Projektes unter mehr als einem Gesichtspunkte sehr bedauerlich sein würde, und legte daher das größte Gewicht darauf, daß der Hl. Vater von der kleinen Denkschrift Kenntnis erhielte. Letzterem Wunsche versprach der Kardinal sogleich am folgenden Tage nachzukommen. Ich fragte, ob ich selbst den Hl. Vater im Laufe der acht Tage, die ich noch hier zu bleiben gedächte, würde sehen können,

und erhielt die Antwort, daß dies zwar schwierig sein werde, daß aber alles geschehen solle, um es zu ermöglichen.

Wenn die nicht ungünstige Aufnahme der Denkschrift in mir für einen Augenblick die leise Hoffnung hatte erwecken können, daß die Kurie den Vorschlag der Kaiserlichen Regierung noch einmal in ernstliche Erwägung nehmen werde, so wurde dieselbe sofort durch Mitteilungen untergraben, die mir im strengsten Vertrauen zukamen. Wenige Tage zuvor, bei einem Diner im Hause des belgischen Gesandten, hatte Kardinal Rampolla dem österreichischen Botschafter, Grafen Revertera, ohne daß irgend ein Anlaß irgendwie sichtbar gewesen wäre, gesagt, ich sei wieder in Rom, es handle sich um Straßburg, die deutsche Regierung wolle an der dortigen Universität eine katholisch-theologische Fakultät errichten, aber die Sache habe ihre größten Schwierigkeiten. Erstens sei der wünschenswerte Einfluß des Bischofs für die Ernennung der Professoren nicht gewahrt, zweitens sei die Majorität der deutschen Bischöfe dagegen, und drittens stoße das Projekt bei dem elsässischen Klerus auf die stärkste Opposition.

Welche Gründe den Kardinalstaatssekretär zu diesem ungewöhnlichen Vorgehen veranlaßt haben, ob er wirklich den Wert der Zugeständnisse nicht zu würdigen wußte, ob er auf die Ablehnung der Vorschläge vorbereitete und diese Ablehnung als durch das Interesse der Kirche gefordert hinstellen wollte, entzieht sich meiner Kenntnis. Jedenfalls glaube ich aus der gemachten, in ihren beiden Teilen jedenfalls ungenauen Bemerkung annehmen zu müssen, daß die Ablehnung beschlossene Tatsache ist und man nur, wie ich dies auch

in meiner Denkschrift angedeutet hatte, die Aufstellung unerfüllbarer Forderungen der einfachen Ablehnung vorziehe. Um indessen ganz sicher zu sein, begab ich mich am 22. zu Msgr. della Chiesa, dem Vertrauensmann des Kardinals Rampolla und nunmehrigen Unterstaatssekretärs. Wider Erwarten schien derselbe von meiner am 19. übergebenen Denkschrift keine Kenntnis zu haben. Ich teilte ihm daher den Inhalt derselben mit, wies nachdrücklich auf die üblen Folgen hin, welche nach meinem Dafürhalten die Ablehnung der Vorschläge nach sich ziehen werde, und erklärte ihm, daß, wenn ich nicht bis zu meiner demnächst bevorstehenden Abreise unzweideutige Beweise vom Gegenteil erhalten hätte, ich mit der Überzeugung fortgehen würde, daß der Kardinalstaatssekretär nicht w o l l e. Msgr. della Chiesa war über meine Ausführungen sehr bestürzt und bemerkte, daß er mit der Angelegenheit nicht befaßt sei, aber trotzdem nicht unterlassen wolle, zuständigen Orts die Aufmerksamkeit darauf zu lenken und dabei vorzutragen, was ich ihm gesagt hätte.

Die nächsten Tage vergingen, ohne daß mir eine Nachricht aus dem Vatikan zugegangen wäre. Meine Auffassung wurde aber weiter dadurch bestätigt, daß Kardinal Steinhuber, welcher bei meiner Ankunft krank gewesen war, sich aber inzwischen erholt hatte, so daß er mich am 24. empfangen konnte, in seiner vorsichtigen Art die Meinung äußerte, meine Auffassung möchte wohl begründet sein."

Mein Vater berichtet dann weiter, daß er den österreichischen Botschafter aufgesucht habe, um ihm nun auch seinerseits von dem ganzen Stand der Dinge Kenntnis

zu geben und um nicht den Anschein aufkommen zu lassen, als vertrete er im Auftrage der deutschen Regierung Dinge, die er als Katholik eigentlich nicht vertreten könne.

Graf Revertera nahm lebhaftes Interesse an den Mitteilungen und hatte Gelegenheit, wenige Tage darauf mit dem Kardinalstaatssekretär darüber zu sprechen. Er unterstützte seinerseits die Anschauungen meines Vaters, ohne zunächst den Widerstand des Kardinals überwinden zu können, der auf der Forderung stehen blieb, der Bischof müsse das ausschließliche Vorschlagsrecht der Professoren haben.

Der Bericht meines Vaters fährt dann fort: „Dem für den Abend des 25. in Aussicht genommenen Abschiedsbesuch bei Kardinal Rampolla wollte ich nur noch die Bedeutung eines unerläßlichen Höflichkeitsaktes beimessen. Um so größer war meine Überraschung, als ich ein völliges Umschlagen der Stimmung zu erkennen hatte. Der Empfang war diesmal ebenso impressioniert, wie er das erstemal frostig gewesen war. Anknüpfend an das von mir übergebene Memoire brachte der Kardinal sofort die Rede auf die Straßburger Angelegenheit und wollte auf eine Gegenbemerkung von meiner Seite durchaus nicht zugeben, daß die Sache als gescheitert anzusehen sei. Ich erwiderte, daß ich von meiner Auffassung nicht wohl abgehen könne; die von der Regierung gebotenen Konzessionen bedeuteten das Maximum und würden auch von meinen Freunden und mir als das Maximum des Erreichbaren angesehen. Darüber hinausgehende sachliche Forderungen, speziell das ausschließliche Vorschlagsrecht des Bischofs, seien völlig aussichtslos. Bei meiner letzten Besprechung

in Berlin hätte ich auch für etwaige Konzessionen rein formeller Art keine Neigung mehr vorgefunden. Mit mir hätten meine Freunde im Zentrum und mit uns die Majorität der deutschen Bischöfe die Errichtung der katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg unter den gebotenen Bedingungen als eine wertvolle Errungenschaft angesehen. Lägen die Dinge anders, so würde ich mich zu einer Vertretung des Projektes nicht bereit gefunden haben. Das Scheitern der Verhandlungen bedeute, abgesehen von vielem anderen, eine Niederlage für das Zentrum. Der Kardinal hörte nicht auf, gegen diese meine pessimistische Auffassung der Sachlage zu protestieren. Er wolle ja vielmehr die Sache zum guten Ende führen! Ich möchte eine neue Formel vorschlagen. Die nochmalige Berufung auf die Opposition des elsässischen Klerus gab mir Gelegenheit, mit bestimmten Worten die Bedeutung derselben auf ihr richtiges Maß zurückzuführen und insbesondere mit Erfolg die Zusage des Bischofs Fritzen anzuführen, welcher gesagt hatte, sobald die Entscheidung von Rom erfolgt sei, würde der Klerus sich unterwerfen."

Der Bericht behandelt dann die Möglichkeit, für den oft genannten Artikel 3 eine etwas veränderte Fassung zu finden, die von der Kurie angenommen, auch in Berlin Aussicht habe, Zustimmung zu finden. Er erläutert des weiteren, weshalb mein Vater es für zweckentsprechender gehalten hat, seine schon festgesetzte Abreise von Rom nicht mehr zu verschieben, und schließt folgendermaßen: „Den Schlüssel zu der eingetretenen Sinnesänderung fand Kardinal Agliardi, dem ich unmittelbar vor meiner Abreise am 28.

einen Besuch machen konnte, darin, daß der Papst, nachdem er von dem Inhalt meines Memoires Kenntnis erhalten hatte, eingegriffen und den Wunsch, zu einem günstigen Abschluß zu gelangen, geäußert und nochmalige Prüfung der Sache angeordnet hat. Ich will den Wert dieses Erfolges nicht überschätzen; immerhin ist soviel erreicht, daß, obwohl die Möglichkeit einer sachlichen Erweiterung der gebotenen Konzessionen von mir in bestimmter Weise in Abrede gestellt und Gegenforderungen der Kurie ebenso bestimmt als unerfüllbar bezeichnet worden sind, man trotzdem in Rom nicht ablehnen will, vielmehr neuerdings Aussicht auf eine Verständigung eröffnet hat."

Mit diesem Resultate verließ mein Vater Ende April Rom, um sich in München wieder seinen Vorlesungen an der Universität widmen zu können. Die Verhandlungen über Straßburg wurden den Sommer über schriftlich fortgeführt. Etwa einen Monat nach der Rückkehr aus Italien traf bei meinem Vater ein Schreiben von Kardinal Rampolla ein, wonach die Kurie im wesentlichen den Artikel 3 in der zuletzt vorgeschlagenen Fassung angenommen habe und nur noch einige Modifikationen als wünschenswert bezeichnete. Nun aber ergaben sich neue Schwierigkeiten, die diesmal in Berlin lagen und deren Überwindung wieder Zeit und Mühe kostete: „Bezüglich Straßburg liegt die Sache so, daß der preußische Geheimrat nicht mehr will, und das ist schlimm genug. Selbst Bismarck behauptete, gelegentlich an diesem Widerstande gescheitert zu sein. Es kommt alles darauf an, welchen Wert Bülow auf die Sache legt, und ob er Energie genug besitzt,

durchzugreifen. Nach dem, was vorangegangen ist, müßte er es tun, und ich habe meinerseits alles getan, um ihn dazu zu bestimmen." (Brief an den Grafen Preysing.)

Es würde zu weit führen, hier auf die Hindernisse einzugehen, die von dem „preußischen Geheimrat" gemacht wurden. Dank den Bemühungen meines Vaters wurden auch sie am Ende überwunden. Wesentliche Dienste leistete ihm dabei der Zentrumsabgeordnete Prinz Arenberg, der, mit dem Reichskanzler Graf Bülow befreundet, den Sommer des Jahres 1901 gleich diesem in Norderney verbrachte, und durch sein Geschick in der Behandlung der Straßburger Frage dem Kanzler gegenüber dafür sorgte, daß sie an dem Widerstand des „preußischen Geheimrats" nicht zum Scheitern kam. Und hatte man früher in Rom, wenigstens zeitweise, wenig Entgegenkommen gezeigt, so war es jetzt gerade die Kurie, die den Abschluß der mehrjährigen Verhandlungen herbeizuführen wünschte. Schon anfangs September frug Kardinal Rampolla brieflich bei meinem Vater an, ob er ihn im November in Rom erwarten dürfe, „pour prendre les derniers accords". Es erscheint mir fraglos, daß zu diesem Umschwung in der Stimmung Roms ganz wesentlich das Memoire meines Vaters beitrug, das er im April vor seiner Abreise dem Kardinalstaatssekretär unterbreitet, und das auch den Papst selbst von der Nützlichkeit und Wichtigkeit des Abkommens mit der Kaiserlichen Regierung überzeugt hatte.

Nicht viel hätte freilich gefehlt und die freundliche Stimmung der Kurie wäre durch die Vorfälle ungünstig beein-

flußt worden, die sich im Herbste desselben Jahres in deutschen Hochschulkreisen ereigneten, und die ihren Anfang nahmen mit der Ernennung des Bonner außerordentlichen Professors Dr. Martin Spahn zum ordentlichen Professor für Geschichte an der Universität Straßburg (neben dem gleichzeitig ernannten Professor Meinecke). Ich habe sie schon früher angedeutet. Die Ernennung erregte zunächst lebhaften Unwillen in den Kreisen der dortigen Universität, welche die Berechtigung der Besetzung der Lehrstühle nach konfessionellen Gesichtspunkten grundsätzlich anfochten, sie als Gefälligkeit der Kaiserlichen Regierung dem Zentrum gegenüber bezeichneten und als ein Mittel, den Vatikan für die Errichtung der katholisch-theologischen Fakultät an dieser Universität zu gewinnen. Die Professoren der genannten Hochschule nahmen sogar in einer Eingabe an den Kaiser gegen die bevorstehende Ernennung Spahns Stellung, erreichten freilich hierdurch nur das bekannte Telegramm des Kaisers an den Statthalter von Elsaß-Lothringen vom 17. Oktober, in welchem er seiner Freude darüber Ausdruck gab, „den lang gehegten Wunsch der Elsaß-Lothringer erfüllen zu können und ihnen sowohl als seinen katholischen Untertanen überhaupt bewiesen zu haben, daß anerkannte wissenschaftliche Tüchtigkeit auf der Basis der Vaterlandsliebe und der Treue zum Reiche immer zu Nutz und Frommen des Vaterlandes von ihm verwendet wird".

Die Erregung, die anfangs nur die nichtkatholischen Kreise ergriffen hatte, breitete sich auf ihre katholischen Gegner aus, als sich infolge von Veröffentlichungen in der

„Täglichen Rundschau" herausstellte, daß Professor Spahn in früheren Jahren Beziehungen zu dem Exjesuiten Graf Hoensbroech gepflogen hatte. Endlich fühlte sich Professor Mommsen zu seiner bekannten Erklärung über die „Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft" im Anschlusse an den „Fall Spahn" verpflichtet und führte dadurch eine Erregung der um die „Freiheit" der Wissenschaft besorgten Gemüter herbei, die zeitweise das Heraufziehen eines neuen Kulturkampfes befürchten ließ. Bekanntlich hat mein Vater eine Zustimmungsadresse der Münchener Universität an Professor Mommsen zusammen mit den Professoren v. Grauert und v. Meyer nicht unterschrieben, dagegen in einem offenen Brief an seinen Vetter, den bekannten Professor der Staatswissenschaften, Lujo Brentano zu der Erklärung Mommsens Stellung genommen und sich gegen die schiefen Darstellungen Mommsens zur Wehr gesetzt. Eine zweite Erklärung desselben in der nämlichen Angelegenheit sah einem Rückzuge nicht unähnlich.

Es bleibt unter diesen Umständen ein großes Verdienst der Kurie, daß sie sich durch das Aufsehen, welches die „Enthüllungen" der „Täglichen Rundschau" und der einige Wochen währende Kampf um die angeblich bedrohte Freiheit der Wissenschaften verursacht hatten, von dem Entschluß nicht mehr abbringen ließ, den sie in der Straßburger Angelegenheit einmal gefaßt hatte. Dagegen bestanden die „bureaukratischen" Widerstände, einem Brief des Prinzen Arenberg an meinen Vater zufolge, auch im Spätherbste in Berlin unvermindert fort, und es ergab sich für das Ende

dieses Jahres nunmehr das merkwürdige Bild, daß es diesmal die deutsche Regierung oder wenigstens ein Teil ihrer Unterorgane war, welcher dem Zustandekommen der katholisch-theologischen Fakultät Schwierigkeiten bereitete. Andererseits darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Regierung sich durch den Lärm, den die Gegner der „paritätischen" Besetzung von Lehrstühlen an deutschen Hochschulen anläßlich des „Falles Spahn" geschlagen hatten, nicht irre machen ließ, vielmehr auch die Besetzung zunächst einer philosophischen Professur an der Universität Straßburg mit einem katholischen Gelehrten nicht aus dem Auge verlor und hierdurch wiederum die Wege für die Errichtung der theologischen Fakultät zu ebnen bemüht war. Letzteres entnehme ich einem der erwähnten Briefe des Prinzen Arenberg an meinen Vater. Die gute Absicht des Reichskanzlers scheint dann aber später wieder zeitweise durchkreuzt worden zu sein.

Während mein Vater in diesen Angelegenheiten den Sommer über von mancher Seite lebhaft in Anspruch genommen war, fand er doch Zeit, seine im Vorjahre begonnene Arbeit über den hl. Augustinus zu Ende zu führen. Sie erschien noch im Herbste dieses Jahres als erste Darbietung des Kirchheimschen Sammelwerkes: „Weltgeschichte in Charakterbildern", und hat bald mehrere Auflagen erlebt. —

Das Jahr 1902 sah meinen Vater schon im Februar in Berlin. Besprechungen wegen Straßburg führten ihn dorthin. Außerdem aber auch die Beratungen im Reichstage über den Zolltarif, der damals wenig Aussicht hatte, angenommen zu werden.

Ein reger Briefwechsel in jenen Tagen zwischen meinem Vater und den Herren der preußischen wie der elsässischen Regierung beweist, daß die Straßburger Frage erneut in Fluß gekommen war. Auf eine Anfrage des Grafen Bülow erklärt sich mein Vater wieder bereit, die Verhandlungen in Rom fortzuführen, falls von Seiten der Regierung nicht hinter die bereits gemachten Konzessionen zurückgegangen würde, wofür zeitweise regierungsseitig Neigung bestanden hat.

In diese Zeit fällt der Tod des Zentrumsabgeordneten Dr. Lieber, zu dessen in Camberg stattfindender Beisetzung auch mein Vater geeilt war, um dem Fraktionsgenossen die letzte Ehre zu erweisen. Durch sein Hinscheiden war der Zentrumspartei des Reichstages eine empfindliche Lücke entstanden. Die Frage, wer berufen sei, sie auszufüllen, hat nicht allein die Partei beschäftigt; war das Zentrum doch seit der Beendigung des Kulturkampfes mit den Jahren aus seiner Stellung als Oppositionspartei herausgetreten und hatte in mehr wie in einem Falle für die Vorlagen der Regierung gestimmt. Es war somit natürlich, daß auch in der Öffentlichkeit die Nachfolgerschaft Liebers viel besprochen wurde. Für das „Berliner Tageblatt" charakteristisch ist ein Artikel, der sich am 7. April 1902 unter dem Titel: Wer soll des Zentrums Führer sein? in seinen Spalten findet: „Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Graf Hompesch, kommt für die Nachfolgerschaft Liebers nicht in Betracht. Sein Name und sein Alter haben ihm diese Würde eingetragen. Ein Führer ist er aber nicht. Obendrein ist er kränklich. Der vielvermögende Aristokrat Graf Ballestrem scheidet aus, da er auf dem Präsidenten-

stuhl schwer zu ersetzen ist. Aber ein dritter Aristokrat ist vorhanden, der merkwürdigerweise in den Betrachtungen, die der Tod Liebers hervorgerufen, bisher kaum Erwähnung gefunden hat, und der doch für das Führeramt der Zentrumspartei reiche und bestechende Gaben besitzt. Es ist der Freiherr von Hertling, als Redner wie als Politiker von vollendeter Glätte und Vornehmheit, ein Abgeordneter, der in den Künsten der Diplomatie wohlbewandert ist, ein päpstlicher Nuntius in bürgerlichem Kleide. Der bayrische Professor mit dem Freiherrntitel war seinerzeit neben dem Grafen Ballestrem der Kandidat des Zentrums für den Posten des Reichstagspräsidenten. Damals wurde er nicht auserwählt. Sollte er jetzt vielleicht berufen sein, das Erbe Liebers anzutreten? Dagegen spricht, daß Herr v. Hertling bei seinen engeren Landsleuten nicht beliebt ist. Dem bayrischen Flügel des Zentrums ist der zwischen Rom und Berlin vermittelnde Professor zu konservativ, zu preußisch. Diesem aristokratischen Bayern folgen die Bayern nicht. . . ."

Die Kombination des Berliner Blattes ging zunächst nicht in Erfüllung. Erst vom Jahre 1906 ab kann mein Vater es für sich in Anspruch nehmen, als einer der Führer der Zentrumspartei genannt zu werden. Im Jahre 1909 ist er dann nach dem Tode des Grafen Hompesch auch ihr offizieller Vorsitzender geworden.

Am 28. April begab sich mein Vater wiederum nach Rom, auf dem Umwege über Straßburg, wohin ihn der Statthalter der Reichslande, Fürst Hohenlohe, gebeten hatte, um mit ihm über die Fakultätsfrage zu sprechen. Nach eintägigem

Aufenthalt ging es weiter nach der ewigen Stadt, die mein Vater nicht vor den ersten Tagen des August verließ. Über den mehr als dreimonatigen Aufenthalt geben die Briefe an meine Mutter ausführlichen und interessanten Aufschluß. Sie enthalten nicht nur Mitteilungen, die sich auf den jeweiligen Stand der Straßburger Angelegenheit beziehen; sie erzählen auch von den mancherlei Persönlichkeiten, mit denen mein Vater während dieser Zeit in nähere und weitere Berührung gekommen ist. Sie berichten von Land und Leuten des sonnigen Südens, der von alters her die Sehnsucht des Deutschen gewesen ist, sie schildern Führungen des deutschen Archäologen Professor Hülsen, der neue Ausgrabungen auf dem Forum leitete, die eine Reihe bisher unbekannter christlicher Altertümer an das Tageslicht brachten. Sie erwähnen die Bemühungen meines Vaters, dem um die Katakombenforschung hochverdienten Monsignore Wilpert die materielle Unterstützung der deutschen Reichsregierung zuteil werden zu lassen; Bemühungen, die dank dem Entgegenkommen des Grafen Bülow von Erfolg gekrönt waren und die Herausgabe des hochbedeutenden, wohl einzigartigen Werkes möglich machten. Auch der Bericht über den eintägigen Ausflug nach dem schönen Florenz, wo der Schweizer Kunstmäcen v. Marquard die Herren des k. preußischen kunsthistorischen Instituts in Florenz, dem mein Vater als Mitglied angehörte, anläßlich einer Mitglieder-Versammlung in seinen der Kunst Italiens geweihten Räumen auf das liebenswürdigste bewirtete, gehört unter die Briefe; die sich nicht ausschließlich mit der Straßburger Angelegenheit beschäftigen. Sie alle hier wieder-

zugeben, würde zu viel Raum beanspruchen, wenngleich sie für jeden, der die Sehnsucht nach den lachenden Gefilden Italiens, nach seiner Sonne, nach seinen Farben im Herzen trägt, eine Quelle des Genusses bieten.

Einige andere möchte ich hier wenigstens teilweise veröffentlichen. So diejenigen, welche von dem schmerzlichen Verluste sprechen, den mein Vater durch den Tod des in der Blüte des Mannesalters hinweggerafften Erzbischofs von Köln erlitt, der Ende des Monats Mai einer Lungenentzündung zum Opfer gefallen war. Sie scheinen mir der Wiedergabe wert; beleuchten sie ja das schöne, freundschaftliche Verhältnis, das meinen Vater mit dem zu früh hingegangenen Kirchenfürsten verband. „Nun weißt du auch bereits", so schreibt er nach Erhalt der Todesnachricht an meine Mutter, „was mich seit gestern abend ganz erfüllt, daß unser lieber Erzbischof gestorben ist. Es geht mir furchtbar nahe und bei dir wird es gerade so sein. Er war unser ältester, treuester und zuverlässigster Freund. War auch seit unserer Übersiedelung nach München der persönliche Verkehr seltener geworden, so war doch das innere Verhältnis unverändert geblieben. Ich gab so viel auf seinen Rat und sein Urteil und wußte, daß auch er jederzeit für mich eintreten würde. Nun ist auch das zu Ende und man wird immer mehr auf sich allein angewiesen. Ich kann gar nicht von dem Gedanken loskommen. . . ."

Und am Tage darauf: „Mehr noch fast als den Verlust des persönlichen Freundes empfinde ich den Verlust, den die gute Sache, so wie ich sie verstehe, erlitten hat. Simar und ich waren in den meisten Fragen einerlei Mei-

nung und wenn dies einmal nicht zutraf, war ich immer geneigt, mich der seinen zu akkomodieren. Er war gewiß streng kirchlich gesinnt, und doch so gar kein engherziger Eiferer, und dabei führte er immer alles auf den höchsten, übernatürlichen Standpunkt zurück. Nun ist auch kein Bischof mehr da, der für die Görresgesellschaft ein wirkliches inneres Interesse hätte. . . .“

Die Straßburger Angelegenheit ging unterdessen ihren Weg weiter. Die neuen Vorschläge der Regierung wurden der Kardinalskongregation unterbreitet und mein Vater bestrebte sich, durch zahlreiche Besuche und Besprechungen mit den Freunden, die er in Rom für seine Mission gewonnen, ein günstiges Resultat herbeizuführen. Nach langem Warten erhielt er endlich am 12. Juni die Nachricht, daß die letzten Formulierungen, wie sie im Frühjahr in Berlin vereinbart worden waren, die Billigung der Kurie gefunden hatten. Schwierigkeiten bereitete noch die Frage der Veröffentlichung des abzuschließenden Abkommens, inhaltlich aber war endlich nach mehrjährigen Bemühungen ein Einverständnis erzielt. Noch im selben Monat hatte mein Vater eine Audienz beim Papst, über welche er ausführlich an meine Mutter geschrieben hat. Ihr Verlauf war so interessant, daß ich mir die Wiedergabe des Briefes nicht versagen kann: „Endlich wurde ich hereingerufen; ich mußte mich wieder rechts vom Papste setzen und nun begann, nicht wie ich erwartet hatte, ein längerer Vortrag, sondern eine höchst animierte Konversation, die eine Menge von Fragen berührte, von einem aufs andere sprang, früher Fallengelassenes wieder

aufnahm usw. Der Papst war liebenswürdiger und lebhafter denn je; ich kam zum ersten Male unter den Zauber seiner Persönlichkeit. Straßburg wurde nur kurz gestreift. Der Papst betonte die Notwendigkeit, sich durch eventuelle Veröffentlichung der Schriftstücke verteidigen zu können. Sehr viel war von der Rede des Kaisers[1]) und dem Kaiser überhaupt die Sprache. Der Papst war von der ersteren sehr befriedigt, meinte aber, einiges bliebe noch zu tun, und ich solle das in seinem Namen sagen: Die Rückberufung der Jesuiten und die bessere Handhabung der Parität. Ich habe es sofort in meinem Bericht geschrieben, in die Zeitungen kann ich es einstweilen nicht bringen, solange ich mit einer Mission der Regierung betraut bin. Als er unter Bezugnahme auf die Rede des Kaisers von Leo III. sprach, der Karl dem Großen die Kaiserwürde übertragen habe, sagte ich: „Und Leo XIII. habe die guten Beziehungen zum Deutschen Kaiser wieder angeknüpft", was ihm sichtbar Freude machte. Am Schlusse meinte er: „Von Frankreich, wo die Dinge unter dem kirchenfeindlichen Regime von Tag zu Tag schlimmer würden, habe er nichts zu erwarten, ebenso wenig von dem in sich gespalteten Österreich. Der Deutsche Kaiser solle des Papstes gedenken; das würde nur seinen großen Ideen und Gesinnungen entsprechen. Wollte er für die Freiheit des Papstes eintreten, so würde er sich den

1) Anläßlich des Besuches des Kaiserpaares in Aachen am 19. Juni 1902 sagte der Kaiser am Schlusse seiner Rede: „Ich stelle mich selbst (der ich das ganze Volk, das ganze Reich vertrete,) und mein Haus unter das Zeichen des Kreuzes."

Dank der ganzen katholischen Welt und nicht zum wenigsten der katholischen Franzosen erwerben." Der Papst war hier noch lebhafter geworden und gestikulierte mit beiden Armen. Ich entgegnete, wenn auch der Kaiser persönlich für derartige große Gedanken zugänglich sei, so bildeten doch die Protestanten, welche bei uns die Majorität hätten, das große Hindernis. Ich solle trotzdem, sagte der Papst, in Berlin seine Äußerung melden. Der Kaiser habe gute Gesinnung und die Vorsehung könne ihn ja in außerordentlicher Weise erleuchten. Ihr müsse man alles anheimstellen. . . ."

Von Anfang Juli ab lauten die Briefe meines Vaters nach München recht ungeduldig. Er sehnt seine Abreise herbei, die dadurch verzögert wird, daß die Antwort von Berlin, die in der Frage der Veröffentlichung des Abkommens zwischen Rom und der Kaiserlichen Regierung erwartet wurde, lange nicht eintreffen wollte. Endlich telegraphiert Ministerialdirektor Althoff am 17. Juli: Unsere Antwort ist fertig. „Das bedeutet für mich ungefähr, was der Ruf des Matrosen im Mastkorb: Land," schreibt mein Vater nach Hause. Schon war bei ihm in den letzten Tagen das Interesse an den Vorgängen in der engeren Heimat wieder mehr in den Vordergrund getreten, wo der Kultusminister v. Landmann infolge eines Konfliktes mit der Universität Würzburg einen längeren Urlaub angetreten hatte, der mit seiner Verabschiedung endigte. „Und, Landmann geht wirklich! Trotz aller Bestrebungen von Crailsheim bleibt der Eindruck doch der, daß man ihn preisgegeben hat aus Furcht vor der liberalen Minorität. Und wer wird sein Nachfolger

werden? Podewils, von dem die Zeitungen reden, kann doch nicht das Kultusdepartement übernehmen. Ich könnte mir höchstens denken, daß er Verkehrsminister würde und Crailsheim, der dadurch entlastet wäre, den Kultus übernähme. Aber einen protestantischen Kultusminister hielt man bisher für ausgeschlossen." Sodann einige Tage später: „Also Podewils wird doch wirklich Kultusminister. Er muß wissen, was er tut, und ob es in seinem Interesse liegt, in ein Ministerium einzutreten, das bei aller Zähigkeit den Abgang des Regenten nicht überleben wird. Gestern wurde ich durch einen Besuch von Tucher überrascht, der Geschäfte halber seinen Urlaub hatte unterbrechen müssen. Er ist durch die Münchener Krisis insofern nahe berührt, als er die nächste Anwartschaft auf den freiwerdenden Gesandtenposten in Wien hat. Ist es nicht amüsant, daß er mich um Rat fragte, was er in dieser Situation tun solle?"

Dann kam am 4. August der Tag der Abreise für meinen Vater endlich heran. Die wenigen formellen Kleinigkeiten, die bis zum Austausch der diplomatischen Noten zu erledigen waren, wurden den zuverlässigen Händen des um die Sache von Anfang an verdienten preußischen Gesandten anvertraut, und mit dem Gefühle, ein Werk vollendet zu haben, das den Interessen des Deutschen Reiches wie der Kurie in gleicher Weise dienlich war, konnte mein Vater die Heimreise antreten.

Die nächsten Wochen waren der wohlverdienten Ruhe in den bayrischen Bergen gewidmet, wo am 16. August ein Schreiben des Reichskanzlers eintraf, der meinem Vater in

verbindlichen Worten seinen Dank und seinen Glückwunsch für die Vollendung seiner mehrjährigen Bemühungen aussprach. Ebenso ließ es sich Prinzregent Luitpold von Bayern nicht nehmen, etwas später von der „Jägerhütte am Schrattenberg" ihm seinen Dank und seine Glückwünsche zu senden.

Der Aufenthalt auf dem Lande ward auch dieses Jahr wiederholt unterbrochen; zunächst durch einen kurzen Besuch in Berlin, der den Verhandlungen im Reichstage über den Zolltarif galt, dessen Zustandekommen auch im September noch recht zweifelhaft erschien. Ein paar Wochen später ist mein Vater in Breslau, in dem sich in diesem Jahre die Mitglieder der Görresgesellschaft zu ihrer Generalversammlung einfanden. Hier hielt mein Vater eine längere Rede über Katholizismus und Wissenschaft, in welcher er der Erklärung des Professors Mommsen vom Vorjahre gedachte und aufs neue ausführte, „daß und warum Glaube und Wissenschaft einander nicht ausschließen". Die schönen und eindringlichen Worte, mit denen er dies zu beleuchten verstand, mit denen er den Verfechtern der „Voraussetzungslosigkeit" in der Wissenschaft nachwies, daß keine Wissenschaft ohne Voraussetzungen bestehen kann, und ihnen nahelegte, die Probleme schärfer ins Auge zu fassen, welche die Welt seit Jahrhunderten beschäftigten, haben auch bei der Tagespresse Aufmerksamkeit und Beachtung gefunden. Während sich aber z. B. die Berliner „Post" einen „Umschwung in der katholischen Wissenschaft" versprach, war die „Magdeburger Zeitung" der Ansicht, daß auch „die Görresgesellschaft wieder dabei sei, eine neue Schuld dadurch auf sich

zu laden, daß sie zwischen Katholiken und Protestanten sogar auf wissenschaftlichem Gebiete unübersteigliche konfessionelle Schranken ohne alle und jede sachliche Berechtigung aufrichte."

Die Verfasser beider Artikel scheinen mir bei ihrer Kritik nicht in die Tiefe des von meinem Vater aufgeworfenen Problemes eingedrungen zu sein und aus seinen Worten eben nur das entnommen zu haben, was ihrer Weltanschauung entgegenstand. Daß die Rede weder einen „Umschwung in der katholischen Wissenschaft", noch eine Injurie gegen die protestantische Wissenschaft (wie die „Magdeburger Zeitung" so geistreich geschrieben hat) bedeutete, daß sie vielmehr einzig den Standpunkt des gläubigen Gelehrten wiedergab, dem sich, je mehr er sich mit den höchsten und letzten Dingen beschäftigte, um so mehr die Überzeugung festigte, daß zwischen Glauben und Wissen ein Gegensatz nicht besteht, hatten sie nicht begriffen. Es steht zu befürchten, daß in der Zeit, in der wir heute leben, diese Überzeugung weiten Kreisen in Deutschland immer fremder werden wird.

Anschließend an die Versammlung in Breslau begab sich mein Vater nach Berlin, wo er nur kurz weilte, um sich nach dem Stande seiner römischen Mission zu erkundigen, die mittlerweile soweit zu Ende gebracht worden war, daß die Unterzeichnung der Schriftstücke in Bälde zu erwarten stand. Bei dieser Gelegenheit suchte er auch den Kanzler auf, von dem er nach München an meine Mutter berichtet: „Er war wie immer sehr liebenswürdig, sprach seine große Befriedigung über den Erfolg meiner römischen Mission aus

und meinte, es sei das Beste, was seit Jahren von deutscher Seite gemacht worden sei. . . . Lieb war mir, daß er mir sagte, er werde sich keinen Augenblick durch das blöde Geschrei der liberalen Presse einschüchtern lassen."

Die Unterzeichnung der Akten durch meinen Vater fand dann im November im Auswärtigen Amte statt. Ein Brief aus jenen Tagen, der von einer Einladung beim Reichskanzler in kleinem Kreise erzählt, hat sicher auch heute noch Interesse: „Wir waren fünf Personen, Graf und Gräfin Bülow, Donna Laura Minghetti und der im Hause aus und eingehende, dem Auswärtigen Amte attachierte Fürst Lichnowski. Nach Tische saß ich wohl eineinhalb Stunden mit Bülow zusammen. Wir sprachen zuerst über Reichstag und Zolltarif, dann über den Kaiser und zuletzt auch sehr eingehend über die Verhältnisse in Bayern. Hiebei sprach Bülow den Gedanken aus, daß ich dort der geborene Ministerpräsident sei, er wisse überhaupt nur dafür mich, Lerchenfeld und Podewils, und schien mich für den geeignetsten zu halten; auch wollte er mich lieber als Ministerpräsident wie als Kultusminister haben; da würde ich zu große Schwierigkeiten haben. Ich begnügte mich, zu sagen, daß nach meiner Überzeugung in Bayern selbst niemand an mich denke. . . ."

Mit letzterer Wendung hat mein Vater damals wohl recht gehabt; vergingen doch noch volle zehn Jahre, bis man in Bayern an ihn gedacht und ihn Prinzregent Luitpold gebeten hat, an die Spitze eines von ihm zu bildenden neuen Ministeriums zu treten! Wie wenig mein Vater selbst nach

solchen Würden strebte, bestätigen übrigens unter anderem auch zwei Briefe an den Grafen Preysing aus demselben Jahre, in denen er schreibt (am 28. August): „Daß Du den letzten politischen Ereignissen im engeren Vaterlande ziemlich kühl gegenüberstehst, wundert mich nicht. Wir erleben seit Jahren ja in regelmäßiger Wiederkehr das gleiche Schauspiel, Sturm im Parlament, wochenlange Hetze in den Blättern und dann bleibt alles beim Alten und man beruhigt sich auf beiden Seiten. Dazu sind die Gegensätze in der Regel weit mehr persönlicher als prinzipieller Art. Früher wollten die „Patrioten" Lutz forthaben, jetzt geht es gegen Crailsheim. An einen Systemwechsel, an die Möglichkeit, katholische Gesichtspunkte in der Regierung zur Geltung zu bringen, denkt niemand. Warum sollte man sich also für den Kleinkram interessieren?"

Und wenige Tage später: „Das Eigentümliche der bayrischen Verhältnisse beruht im tiefsten Grunde darin, daß die Majorität in der Kammer und die von ihr vertretene Majorität der Bevölkerung nur die größere Zahl darstellt, nicht den vorherrschenden Machtfaktor. Sie ist die Partei der kleinen Leute, der Bauern und Handwerker mit einigen wenigen intelligenten Führern. Ihr stehen die Reichen, die höher Gebildeten, die Welt der Gelehrten und Künstler und die gesamte Beamtenschaft gegenüber, die auf den regelmäßigen Gang des öffentlichen Lebens und auf die Bestimmung der öffentlichen Meinung einen weit größeren Einfluß ausüben. Jene Majorität proklamiert das katholische Prinzip, weil die katholische Religion ein Element des bay-

rischen Volkstums, wenigstens seinem überwiegenden Teile nach bildet, und der Gegensatz zwischen Kammermajorität und Regierung wird immer dann eine schärfere Zuspitzung erfahren, wenn das religiöse Element in Frage kommt. Darum ist es ein Unglück, daß wir seit Menschengedenken ein liberales Ministerium besitzen. Wir bräuchten ein Ministerium, welches allerdings nicht der Kammermajorität entnommen sein könnte, welches sich aber an jenem entscheidenden Punkte auch nicht im Gegensatz dazu befände, und eben darum befähigt wäre, allmählich jene Partei der Zurückgebliebenen auf ein höheres Niveau zu führen. . . . Nach meiner Rückkehr aus Breslau werde ich Dir wieder schreiben. Ich liebe diese Versammlungen, obwohl sie für mich recht anstrengend zu sein pflegen, und habe bisher noch keine einzige versäumt. Eigene Beschäftigung mit der Wissenschaft und Förderung wissenschaftlicher Bestrebungen im katholischen Lager werden mir, denke ich, als Altenteil bleiben, wenn ich mich aus der Politik zurückgezogen haben werde."

Anfangs Dezember wurde mein Vater nach Straßburg gerufen. Die Einrichtung und erstmalige Besetzung der neuen katholisch-theologischen Fakultät, die ja seine eigentliche Schöpfung war, sollte nach den Wünschen des Statthalters von Elsaß-Lothringen und der preußischen Regierung nicht ohne Hinzuziehung meines Vaters vor sich gehen. In einer längeren Besprechung unter dem Vorsitz des Statthalters, an der außer meinem Vater der Staatssekretär von Köller, der Geheime Oberregierungsrat Hallev, der Kurator der Straßburger Universität Hamm und der Geheime Regierungsrat

Frhr. von Liebenstein, sowie der Regierungsrat Bischof teilnahmen, wurde die Liste der Kandidaten für die neue Fakultät und der Weg besprochen, welcher zu der „entente préalable" mit dem Bischof von Straßburg führen sollte; es wurde ferner über die Aufstellung des Fakultätsstatutes und des Rechtes der Promotion für die Fakultät, über den Zeitpunkt ihrer Eröffnung u. a. ein allseitiges Einverständnis erzielt.

Endlich kam am 5. Dezember der Tag heran, an welchem in Rom die diplomatischen Noten über die Errichtung der Fakultät zwischen der Kurie und dem preußischen Gesandten ausgetauscht wurden. Einem Entgegenkommen des Auswärtigen Amtes verdanke ich es, wenn ich ihren Hauptinhalt im Nachstehenden wiedergeben kann:

„Am 5. Dezember 1902 haben der Staatssekretär des Päpstlichen Stuhles Kardinal Rampolla und der Königlich Preußische Gesandte am Päpstlichen Stuhle, Freiherr von Rotenhan, identische Noten ausgetauscht über den Abschluß einer Konvention, betreffend die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät an der Kaiser Wilhelms-Universität in Straßburg.

Die Konvention hat folgenden Wortlaut:

Art. 1.

Die wissenschaftliche Ausbildung der angehenden Kleriker der Diözese Straßburg wird durch die katholisch-theologische Fakultät erfolgen, welche an der dortigen Kaiser Wilhelm-Universität zu errichten ist. Gleichzeitig wird das bischöfliche große Seminar fortbestehen und in Tätigkeit bleiben in

Bezug auf die praktische Erziehung der genannten Kleriker, welche dort die erforderliche Unterweisung auf allen Gebieten erhalten, die sich auf die Ausübung des priesterlichen Amtes beziehen.

Art. 2.

In der Fakultät werden namentlich folgende Fächer vertreten sein:

1. Philosophisch-theologische Propädeutik,
2. Dogmatik,
3. Moral,
4. Apologetik,
5. Kirchengeschichte,
6. Exegese des Alten Testaments,
7. Exegese des Neuen Testaments,
8. Kanonisches Recht,
9. Pastoraltheologie,
10. Kirchliche Archäologie.

Art. 3.

Die Ernennung der Professoren erfolgt nach vorherigem Einvernehmen mit dem Bischof.

Die Professoren haben, bevor sie in Funktion treten, die professio fidei, den Formeln und Regeln der Kirche entsprechend, in die Hand des Dekans abzulegen.

Art. 4.

Für das Verhältnis der Fakultät und ihrer Mitglieder zu der Kirche und den kirchlichen Autoritäten sind die Bestimmungen maßgebend, welche für die katholisch-theologischen Fakultäten in Bonn und Breslau gelten.

Art. 5.

Wird durch die kirchliche Behörde der Nachweis erbracht, daß ein Professor wegen mangelnder Rechtgläubigkeit oder wegen gröblicher Verstöße gegen die Erfordernisse priesterlichen Wandels zur weiteren Ausübung seines Lehramtes als unfähig anzusehen ist, so wird die Regierung für einen alsbaldigen Ersatz sorgen und die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, daß seine Beteiligung an den Geschäften der Fakultät aufhört.

Der äußere Lohn für seine mehrjährigen Bemühungen wurde meinem Vater von päpstlicher Seite durch die Verleihung des Großkreuzes des Gregoriusordens, die ihm Kardinal Rampolla in einem sehr verbindlichen Schreiben mitteilte, von preußischer Seite durch diejenige des Kronenordens II. Klasse mit dem Stern zuteil.

Mehr noch als diese Anerkennung durch die Welt aber befriedigte meinen Vater das Bewußtsein, ein Werk geschaffen zu haben, das der zukünftigen Ausbildung des elsässischen Klerus in ebenso hohem Maße zustatten kam, wie es geeignet war, die Reichslande auf dem Wege der Durchdringung mit deutschem Geistesleben immer enger mit dem Reiche zu verknüpfen. Als im November des Jahres 1918 die Revolution ganz Deutschland erschütterte, als in ihrem Gefolge der schmachvolle Waffenstillstand uns nahm, was wir im Jahre 1870/71 in glorreichen Kämpfen zurückerstritten hatten, da erfüllte es meinen Vater mit besonderem Schmerze,

daß auch die Früchte seiner Anstrengungen in den Jahren 1899/1902 unwiederbringlich verloren waren; noch in seinen letzten Lebenstagen hat er darüber mit seinen Kindern gesprochen und seiner römischen Mission gedacht, deren Erfolg gleich manch anderem, was er in langen Jahren der Arbeit und der Hingebung an das Vaterland geschaffen, von allzu kurzer Dauer gewesen ist.

Ende.

Namenverzeichnis.

C.

D.

E.

F.

G.

